

Reader des Frühjahrsratschlags 2022

8. bis 10. April 2022 in Frankfurt am Main



Inhaltsverzeichnis

1. Willkommen.....	1
2. Tagesordnung Frühjahrsvorschlag 2022	3
3. Organisatorisches.....	4
3.1 Anfahrt.....	4
3.2 Verpflegung	5
3.3 Übernachtung.....	5
3.4 Konsensprinzip.....	6
3.5 Awareness Grundlagen.....	6
3.6 Hygieneregeln.....	10
4. Berichte aus den Gremien	12
4.1 Bericht aus dem KoKreis	12
4.2 Bericht aus dem Rat.....	14
5. Vorschläge 2022.....	16
5.1 Vorschlag Verfahrensregel bei Verstößen gegen den Konsens	17
5.2 Vorschlag Schiedskommission	19
5.3 Vorschlag Schiedskommission	22
5.4 Vorschlag Schiedskommission II	26
5.5 Vorschlag Rücknahme Beschluss - den Bruch des Konsensprinzips in Ordnung bringen.....	26
5.6 Vorschlag Cottbus Rehabilitation und Freischaltung Website	29
5.7 Vorschlag Dortmund Abgrenzung.....	30
5.8 Vorschlag Basisdemokratische Debatte Selbstverständnis.....	31
5.9 Vorschläge der AG WeWi Finanzen	34
5.10 Vorschlag Discourse.....	36
5.11 Vorschlag Attac Diskussionsliste	45
5.12 Vorschlag AG Finanzen und Steuern Grundposition Steuern	47
5.13 Vorschlag Peter Berres Wissenschaftlicher Beirat.....	71
5.14 Vorschlag Peter Berres Unvereinbarkeit & Begründung	72
5.15 Vorschlag Abstimmungen der Regionalgruppen	78
5.16 Vorschlag Verkehrswende (nicht fristgerecht eingegangen)	80
6. Kandidaturen KoKreis 2022	82
6.1 Kandidatur Sonja Taubert - Nord.....	82
6.2 Kandidatur Carmen Junge – Mitte.....	82
6.3 Kandidatur Hermann Mahler – AG JdW.....	83
6.4 Kandidatur Roland Süß – Süd.....	84
6.5 Kandidatur Alfred Eibl – Süd	85
6.6 Kandidatur Thomas Eberhardt-Köster – West.....	85
6.7 Kandidatur Judith Amler – Süd	86
6.8 Kandidatur Achim Heier – Nord.....	87
6.9 Kandidatur Christine Rose – Nord.....	88
6.10 Kandidatur AG Finanzmärkte und Steuern – Stephan Lindner	88
6.11 Kandidatur Hendrik Küster	89
6.12 Kandidatur Florian Leiner	89
6.13 Kandidatur Hugo Braun - MGO.....	90

6.14 Kandidatur Maria Wahle.....	90
7. Kandidaturen Rat	91
7.1 Region Mitte.....	91
7.1.1 Kandidatur Werner Heinz.....	91
7.1.2 Kandidatur Irene Himbert	91
7.1.3 Kandidatur Martin Uebelacker	92
7.2 Region Nord.....	93
7.2.1 Kandidatur Carsten P. Malchow	93
7.2.2 Kandidatur Jürgen Sylvester	94
7.2.3 Kandidatur Hanni Gramann.....	95
7.2.4 Kandidatur Ulrike Paschek.....	96
7.2.5 Kandidatur Marie-Dominique Vernhes	97
7.2.6 Kandidatur Gabriele Stribrny	99
7.2.7 Kandidatur Aaron Gerdes.....	100
7.3 Region Ost	100
7.3.1 Kandidatur Antje Kirchner	100
7.3.2 Kandidatur Uwe Schnabel	101
7.3.3 Kandidatur Barbara Fuchs	102
7.3.4 Kandidatur Milena.....	102
7.3.5 Kandidatur Remi Fiedler.....	102
7.3.6 Kandidatur Helga Reimund.....	103
7.4 Region Süd.....	103
7.4.1 Kandidatur Angela Fleck.....	103
7.4.2 Kandidatur Julia Günther.....	104
7.4.3 Kandidatur Harald Porten.....	104
7.4.4 Kandidatur Dani Dörper	105
7.4.5 Kandidatur Herma Geiß.....	106
7.4.6 Kandidatur Carla Renzi	106
7.5 Region West	107
7.5.1 Kandidatur Annette Schnoor	107
7.5.2 Kandidatur Günter Küsters.....	108
7.5.3 Kandidatur Gabi Bieberstein	109
7.5.4 Kandidatur Anne Bergmann	110
7.6 Mitgliedsorganisationen.....	110
7.6.1 Kandidatur Emilio (Alfred) Weinberg – MGO Kritische Aktionäre	110
7.6.2 Kandidatur Matthias Jochheim – MGO IPPNW	111
7.6.3 Kandidatur Werner Rätz – MGO ila	111
8. Texte, Diskussionsbeiträge & Ankündigungen	112
8.1 Barbara Volhard: Kampf gegen Rechts – Abgrenzung oder Ausgrenzung?	112
8.2 Peter Wahl: Ukraine – Hintergrundpapier	116
8.3 Den Krieg in der Ukraine stoppen!	129
8.4 Richtigstellungen zum Antrag an den Ratschlag zur neuen Attac-Diskussionsliste.....	130
8.5 Die EKU-AG lädt ein	135

1. Willkommen

Liebe Attacies,

wir treffen uns am Wochenende vom 8. bis 10. April in Frankfurt am Main in der bekannten Waldorfschule zum Frühjahrsratschlag.

Wir werden im April viel zu diskutieren haben: Der Angriff Russlands auf die Ukraine macht uns fassungslos. In einer von multiplen Krisen ohnehin schon gebeutelten Weltgemeinschaft markiert dieser eklatante Bruch des Völkerrechts einen weiteren Tiefpunkt für eine „bessere Welt“, für die wir uns seit über 20 Jahren mit Attac einsetzen.

Auch mit unserem Netzwerk steht es nicht zum Besten: Interne Streitigkeiten blockieren die Arbeit, wirken demotivierend und fressen Zeit und Energie, die für die inhaltliche Arbeit fehlen. Wie bekommen wir die Konflikte gelöst und Attac wieder so aufgestellt, dass wir die systemischen und politischen Herausforderungen angehen können? Dieser Ratschlag wird in verschiedener Hinsicht für Attac eine Zäsur darstellen und deswegen möchten wir Attacies auch über den „harten Kern“ der letzten Jahre hinaus ermuntern, sich konstruktiv an der Lösung der Probleme zu beteiligen und sich bei diesem Ratschlag aktiv einzubringen und mitzuentcheiden.

Wir starten am Freitag mit einer Abendveranstaltung mit der Frage, welche Bedeutung der Überfall Russlands auf die Ukraine für die emanzipatorische Linke und die Friedensbewegung im Hinblick auf die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft hat.

Am Samstag werden wir uns weitergehend mit dem im Herbst gestarteten Erneuerungsprozess „Globalisierungskritik fortschreiben und für Attac wirksam machen“ beschäftigen. In der nachmittäglichen Vorschlagsphase behandeln und entscheiden wir das Thema der Einrichtung einer Schlichtungsstelle. Nach dem FLINTA*-/Männerplenum werden wir den Tag mit den Gremienwahlen für Attac-Rat und Kokreis abschließen.

Wir bitten daher die Regionalgruppen, Delegierte für die Wahlen zu bestimmen.

Am Sonntag haben wir eine längere Phase zur Beschäftigung mit den Vorschlägen eingeplant.

Die Ratschlags-VG hat sich eine Veränderung der Vorschlagsbehandlung überlegt, um mehr Gelegenheit zur Konsensfindung zu haben und zugleich Leerlauf auf dem Ratschlag zu verhindern: Eine Woche vor dem Ratschlag, am 2.4. um 11 Uhr, wird eine offene Vorbesprechung zu allen Vorschlägen stattfinden, ähnlich der Vorbesprechung der Verteilung der Projektmittel, die schon seit einigen Jahren Praxis ist. Diese bietet allen Interessierten die Möglichkeit, Fragen an die Vorschlagssteller*innen zu stellen, Unklarheiten zu klären und, wo nötig, Möglichkeiten für konsensuale Änderungen zu finden. Außerdem besteht damit in der Woche vor dem Ratschlag noch Zeit, um Konsensvorschläge zu erarbeiten. Wir versprechen uns davon, Diskussionen ohne Zeitdruck führen zu können.

Für Änderungsvorschläge zu eingereichten Vorschlägen setzen wir wegen der umfangreichen Möglichkeiten zur Konsensfindung im Vorfeld die Einreichungsfrist Donnerstag, den 7.4., 18 Uhr. Damit besteht noch die Möglichkeit, diese allen Teilnehmenden ausgedruckt zur Verfügung zu

stellen. Damit sollen Situationen vermieden werden, bei denen Änderungsvorschläge mündlich gestellt werden, erst abgetippt werden müssen, wodurch Leerlauf und Unklarheiten entstehen.

Das Hygienekonzept sieht 3G vor: Entweder vollständig geimpft und geboostert oder genesen oder täglich getestet. Außerdem besteht während der gesamten Dauer der Veranstaltung Maskenpflicht im Gebäude.

Für Teilnehmende mit einer längeren Anreise kümmern wir uns um gemeinschaftliche Übernachtungsmöglichkeiten in der Schule, damit zum Start alle dabei sein können. Genauere Informationen findet Ihr hier unter Organisatorisches.

Wir halten euch auf dem Laufenden und freuen uns schon jetzt auf einen konstruktiven und produktiven Ratschlag!

Solidarische Grüße

Eure VG Ratschlag

Thomas Eberhardt-Köster | Alfred Eibl | Achim Heier | Matthias Jochheim | Stephan Lindner |
Christine Rose | Stephanie Handtmann | Jakob Migenda | Lukas Sauer

2. Tagesordnung Frühjahrsratschlag 2022

Frankfurt am Main, 8. – 10.04.

Freitag, 8.4.22

Uhrzeit	Aktivität	Raum
19:00 – 20:30	Abendveranstaltung: Was bedeutet der Überfall Russland auf die Ukraine für die emanzipatorische Linke und die Friedensbewegung im Blick auf die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft?	Großer Saal

Samstag, 9.4.22

Uhrzeit	Aktivität	Raum
10.00 – 10.30	Begrüßung, Aktionen Herbst 2021 / Frühjahr 2022, Organisatorisches, Beschlussfassung der TO & Awareness	Großer Saal
10:30 – 13:00	Projekt Erneuerung	Großer Saal
13:00 – 14:30	Mittagspause	Aula
14:30 – 16:00	Vorschläge Schiedskommission	Großer Saal
16:00 – 16:30	Pause	
16:30 – 17:30	FLINTA*-/Männerplenum	
17:30 – 18:30	Pause	Aula
18:30 – 19:00	„In drei Minuten auf den Punkt“ / ggf. auch während Auszählung der Wahlen	Großer Saal
19:00 – 21:00	Wahlen	

Sonntag, 10.4.22

Uhrzeit	Aktivität	Raum
9:00 – 11:00	Vorschläge	Großer Saal
11:00 – 11:30	Pause	
11:30 – 13:00	Vorschläge	Großer Saal
13:00 – 13:30	Feedback, Verabschiedung & Dankeschön	Großer Saal

Abendveranstaltung | Freitag, 8.4.22:

Was bedeutet der Überfall Russlands auf die Ukraine für die emanzipatorische Linke und die Friedensbewegung im Blick auf die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft?

Fragestellung:

Attac will die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft, um globale Armut und Naturzerstörung solidarisch zu überwinden. Obwohl es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, dass Veränderungen anstehen, ist die Bereitschaft diese tatsächlich in der notwendigen Radikalität umzusetzen kaum ausgeprägt. Die Ampelkoalition will keine gesellschaftliche Transformation, sondern eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu verbessern und Wirtschaftswachstum zu generieren. Zudem rückt der Überfall Russlands auf die Ukraine die Fragen nach Klimagerechtigkeit und Sozialreformen in den Hintergrund.

Was bedeutet der imperiale Akt Russlands gegen die Ukraine für die emanzipatorische Linke? Wie muss sich in den damit zusammenhängenden geostrategischen Fragen positionieren und welche Bedeutung hat dabei das Militärische? Welche Zusammenhänge zwischen dem Krieg und der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation gibt es und wie lassen sich die für die politischen Auseinandersetzungen vermitteln?

3. Organisatorisches

3.1 Anfahrt

Adresse der Freien Waldorfschule Frankfurt

Waldorfschulverein Frankfurt/M. e. V.

Friedlebenstr. 52

60433 Frankfurt

www.waldorfschule-frankfurt.de

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Waldorfschule befindet sich zwischen den Stadtteilen Eschersheim/Eckenheim und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Hauptbahnhof aus zu erreichen.

Hauptbahnhof Ffm → Hauptwache (mit S-Bahn 1-9, nicht S7), dann umsteigen

Hauptwache → U-Bahn-Station Hühelstraße (U1,2,3,8,9)

Nach dem Ausstieg in Fahrtrichtung weiter in eine Unterführung laufen. In der Unterführung nach rechts wenden, „zurücklaufen“, entgegen der Fahrtrichtung bis zur **Friedlebensstraße**. Dann links in

die Friedlebensstraße einbiegen und 500m durch das Wohngebiet auf der Friedlebensstraße laufen. Auf der rechten Seite befindet sich der Eingang zur Waldorfschule.

Die Anmeldung befindet sich auf der linken Seite, 2. Seiteneingang.

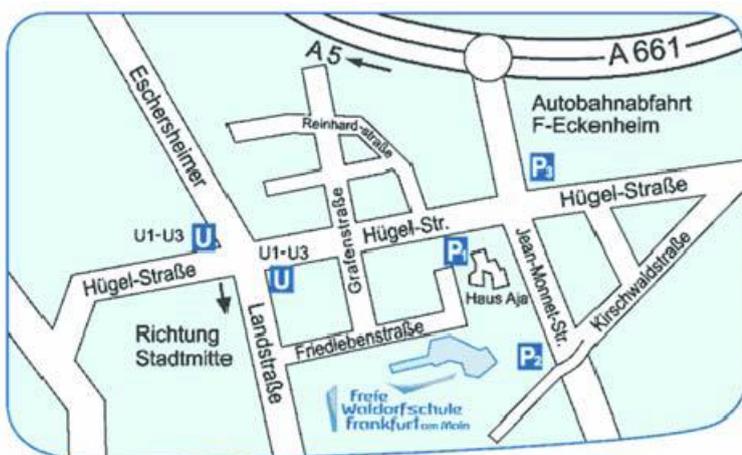
Für Autos

Es gibt im sehr begrenzten Rahmen Parkmöglichkeiten (Anwohner*innenparken). Parken auf dem Schulgelände ist nicht möglich.

Aufgrund der begrenzten Parkmöglichkeiten und der Diskussion um die Frage des motorisierten Individualverkehrs, bitten wir euch auf die Anreise mit PKWs zu verzichten und stattdessen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen.

Für Fahrräder

Fahradparkmöglichkeiten sind ausreichend vorhanden.



3.2 Verpflegung

Die Essensmarken für die verbindlich gebuchten Mahlzeiten können Ihr vor Ort bei der Anmeldung erwerben. Die kostendeckenden Preise (8 € Mittagessen, 8 € Abendessen) können bei Bedarf subventioniert werden (5 Euro pro Mahlzeit).

Wir bieten auch für Personen, die in der Waldorfschule übernachten ein Frühstück für sechs Euro an. Bitte gebt bei der Anmeldung vor Ort an, ob ihr in der Schule übernachtet und Frühstück benötigt – die Bezahlung folgt dann (wie bei Mittag- und Abendessen) vor Ort.

Zu beachten ist, dass ein Alkohol- und Rauchverbot auf dem Schulgelände besteht.

3.3 Übernachtung

Die Übernachtung beim Frühjahrsratschlag ist wieder in der Schule möglich – allerdings besteht dieses Jahr nicht die Möglichkeit in der Schulturnhalle zu übernachten, da diese aufgrund von

Bauarbeiten gesperrt ist. Deswegen haben wir Klassenzimmer gebucht, in denen Ihr euch verteilen und coronakonform übernachten könnt. Mehr erfahrt ihr dann vor Ort.

Ausreichend Duschen und Toiletten sind in der Schule auch vorhanden. Für die Übernachtung in der Turnhalle benötigt ihr Isomatten, Schlafsäcke etc.

Damit ein reibungsloser Ablauf des Ratschlags gewährleistet werden kann und die Klassenzimmer für Wahlen etc. genutzt werden können, bitten wir euch nach der Übernachtung euer Gepäck aufzuräumen.

Alle von uns gebuchten Räumlichkeiten in der Waldorfschule sind barrierefrei.

3.4 Konsensprinzip

Entscheidungen bei Attac werden grundsätzlich im Konsens herbeigeführt. Das Konsensverfahren ist für uns aus folgenden Gründen sehr wichtig:

- a. Attac ist ein breites Bündnis, in dem sehr unterschiedliche Personen und Organisationen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Dies gilt sowohl für Ratschläge als auch Attac-Rat und Koordinierungskreis. Auch unsere Diskussions- und Entscheidungskultur soll dieses Ziel widerspiegeln,
- b. Konsens erhöht die Motivation, gemeinsam beschlossene Aktivitäten auch gemeinsam in die Praxis umzusetzen. Damit wird das Potential von ATTAC viel besser ausgeschöpft. Bei 51%-Entscheidungen wird die 49%-Minderheit sich sicher nicht sehr engagiert – wenn überhaupt – für die gemeinsame Politik einsetzen,
- c. Konsensdruck reduziert die Spielräume für Fraktionsbildung und die machtpolitische Bearbeitung von Meinungsverschiedenheiten.

Konsens bedeutet dabei, wenn niemand widerspricht, nicht wenn alle zustimmen. Nur wenn dies trotz intensiven Bemühens nicht möglich ist, kommt es zu Abstimmungen. Dieser Grundsatz entspricht den im Attac-Selbstverständnispapier formulierten Grundsätzen.

(Beschluss Ratschlag Frankfurt 2002)

Die komplette Regelsammlung von Attac könnt ihr [hier](#) aufrufen.

3.5 Awareness Grundlagen

Was bedeutet für uns Awareness?

Awareness lässt sich nicht gut auf Deutsch übersetzen, am ehesten noch durch die Begriffe Achtsamkeit, Aufmerksamkeit, Bewusstsein, Erkenntnis, Bewusstheit. Es geht bei Awareness um einen achtsamen und respektvollen Umgang miteinander. Der Begriff 'Awareness' kommt aus dem

Englischen: „to be aware“ bedeutet, sich bewusst sein, sich informieren, für gewisse Problematiken sensibilisiert zu sein.

Unter Awareness verstehen wir ein machtkritisches Bewusstsein für die eigene Position. Unsere gesellschaftliche Position wird von strukturellen Machtverhältnissen mitbestimmt. In sozialen Gefügen wirkt sich das auf die Teilnehmenden aus. Menschen, die gesellschaftlich privilegiert sind, haben es häufig leichter; andere, die öfter Diskriminierung erleben, haben es häufig schwerer. Awareness ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Grenzverletzung, Gewalt und Diskriminierung stellt und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

Die unterschiedliche Positioniertheit muss sichtbar gemacht werden, wenn eine Veranstaltung möglichst angenehm für alle Beteiligten ablaufen soll. Awareness-Arbeit hat das Ziel, mit allen Beteiligten diskriminierungsfreie(re) soziale Räume herzustellen. Durch Awareness soll ein Bewusstsein für Ungleichheiten geschaffen und geschärft werden. Ziel ist es, aufmerksamer und respektvoller miteinander umzugehen, respektvoll zuzuhören und ausreden zu lassen. Und zu reflektieren, welche Redeanteile habe ich selber, und sich einmal in einer Diskussion zurückzunehmen, einfach kürzer zu reden.

Es geht darum, ein machtkritisches Bewusstsein für die eigene Position zu entwickeln, Diskriminierungen in der Sprache aufzuzeigen und Veränderungen anzustossen.

Zuständigkeiten

Awareness ist die Aufgabe aller am Attac-Netzwerk Beteiligter und kann nicht an eine spezielle Gruppe oder an einzelne Personen delegiert werden. Ein Awarenesssteam hat nicht die Rolle von "Aufpasser*innen", sondern kann lediglich eine positive und achtsame Kommunikation in einzelnen Zusammenhängen und im Gesamtnetzwerk fördern, indem es:

- Methoden zur herrschaftskritischen und achtsamen Kommunikation sammelt, erarbeitet und mit anderen im Netzwerk teilt,
- von Menschen angesprochen werden kann, die in einer bestimmten Situation die Achtsamkeit nicht gewährleistet sehen oder machtstabilisierende Verhaltensweisen sehen und
- interveniert, wenn es den Eindruck hat, dass in einer Situation die Achtsamkeit fehlt oder Machtpositionen reproduziert werden.

Es wäre eine völlige Überforderung, wenn sich ein Awarenesssteam um alle Bereiche in Attac kümmern wollte. Deshalb ist es sinnvoll, dass sich für die einzelnen Arbeitsbereiche (KoKreis, Rat, Sommerakademie etc.) eigene Awarenessteams bilden, die sich regelmäßig austauschen und nach dem gleichen Grundverständnis arbeiten. Für den gemeinsamen Austausch sollten dieser Grundlagentext sowie regelmäßige Treffen dienen.

Ein Awarenesssteam kann bei einem Treffen die Moderation sinnvoll ergänzen und muss sich gut mit ihr abstimmen, es kann aber nicht die Rolle der Moderation ersetzen, auf eine achtsame Kommunikation während eines Arbeitstreffens zu sorgen. Bei allen Treffen, bei denen es ein Awarenesssteam gibt, muss sich dieses vorab mit der Moderation abstimmen, während des Treffens

mit dieser in Kontakt stehen und das Treffen auch mit ihr gemeinsam nachbereiten. Ein Awarenesssteam kann nicht die Rolle einer Listenmoderation oder der Moderation eines Online-Diskussionsforums ersetzen, sollte sich aber während der Veranstaltung mit den Moderator*innen austauschen.

Gremien / Arbeitszusammenhänge

Für KoKreis, Rat und bundesweite Arbeitszusammenhänge empfiehlt es sich, kontinuierlich arbeitende Awarenesssteams zu etablieren. Für größere Veranstaltungen, wie Ratschlag und Soak ist es sinnvoll, jeweils anlassbezogen ein Awarenesssteam einzurichten. Den Regionalgruppen wird empfohlen, ebenfalls Awarenessstrukturen aufzubauen.

Um einen Austausch der Awarenessstrukturen im Gesamtnetzwerk zu etablieren, wird angeregt, eine AG Awareness beim Rat einzurichten.

Welche Möglichkeiten zur Intervention haben wir?

Vor einem Treffen wird das Awarenesssteam mittels Folien vorgestellt. Das hat zur Folge, dass alle Anwesenden über das Awarenesssteam Bescheid wissen. Ausserdem lassen sich Folien im Bedarfsfalle immer wieder zeigen (z. B. wenn jemand später zum Treffen dazukommt).

Nach Möglichkeit sollten die Moderation und das Awarenesssteam schon einige Zeit vor einem Treffen Kontakt aufnehmen. Dabei sollte festgelegt werden, wie während eines Treffens kommuniziert werden kann. Hierzu eignen sich am ehesten ein Telegram- oder ein Signalkanal.

Wenn das Awarenesssteam die Notwendigkeit erachtet, dass es während eines Treffens bilaterale Gespräche mit einzelnen Teilnehmenden führen muss, dann wird dazu der private Chat genutzt. Auf diese Weise kann auf die Chatbeiträge der betreffenden Personen direkt reagiert werden.

Wenn das Treffen in irgendeiner Form unübersichtlich zu werden droht, wenn also z.B. der Kontakt zwischen Moderation, dem Awarenesssteam, der Vorbereitungsgruppe und den Protokollant*innen verloren geht, dann ist es hilfreich, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um Abstimmungen zwischen der Moderation und dem Awarenesssteam vorzunehmen zu können.

Nach einem Treffen sollte es Nachbereitungen geben. Dabei sollte es dann Rückmeldungen an die Teilnehmenden als Gruppe oder als Einzelpersonen geben

Welche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für Awareness?

Videokonferenzen sind wesentlich belastender als Präsenzveranstaltungen. Wenn die Kamera an ist, steht jede*r unter ständiger Beobachtung. Um uns alle, aber insbesondere die Moderator*innen zu entlasten, ist es notwendig, sich auf bestimmte Regeln zu verständigen, die aber teilweise auch für Präsenzveranstaltungen gelten sollen.

Der Chat bei Videokonferenzen

Der Chat ist dafür da, um organisatorische Fragen zu klären, sich zu Wort zu melden (mit * oder m), und Zustimmung (+, ++, +++) oder Ablehnung (-, --, ---) zu Gesagtem zu äußern. Auch kann der/die Moderator*in ein Meinungsbild zu einem Sachverhalt anfordern.

Inhaltliche Beiträge, die an eine einzelne Person gerichtet sind, gehören in den Persönlichen Chat. Meinungsäußerungen, die alle betreffen, sollten durch Wortmeldung kundgetan werden und nicht im Chat geäußert werden.

Wortmeldungen

Wenn man etwas sagen will, meldet man sich zu Wort. Der/die Moderator*in bestimmt die Reihenfolge. Dabei wird die doppelte Quotierung angewandt. Wie funktioniert das?

Doppelt quotiert heißt, dass Frauen und Männer abwechselnd sprechen (d.h. Frauen werden hineinquotiert) und Erstrednerinnen den Erstrednern vorgezogen werden (d.h. Erstrednerinnen werden hineinquotiert). Meldet sich also eine Person, die noch nichts gesagt hat, dann darf sie vor denen sprechen, die bereits etwas gesagt haben. Frauen sprechen vor Männern.

Wenn keine Frau mehr auf der Redeliste steht, wird darauf aufmerksam gemacht, wenn sich dann keine Frau mehr meldet, wird die Redeliste geschlossen. Alle Männer, die bereits auf der Redeliste stehen, können noch sprechen.

Redebeobachtung

Die Mitglieder des Awarenessteams reflektieren zusammen mit der Moderation die Häufigkeit der Redebeiträge der einzelnen Redner*innen.

Redezeitbegrenzung

Zu Beginn der Sitzung wird eine Redezeit festgelegt. Personen, die einleitend den Inhalt eines Tagesordnungspunktes präsentieren, fallen nicht unter diese Regelung. Mit ihnen muss die Vorbereitungsgruppe absprechen, wieviel Zeit benötigt wird, damit die Tagesordnung entsprechend geplant werden kann.

Das Awarenesssteam

besteht im Regelfall aus zwei Personen. Bei größeren Sitzungen (z.B. Ratssitzungen, Ratschläge) wird ein Telegramkanal für das Awarenesssteam und die Moderation eingerichtet, damit sie untereinander während der Sitzung kommunizieren können.

Regeln werden transparent gemacht

Allen Teilnehmer*innen muss klar sein, welche Regeln wann gelten. Deshalb sollen die Regeln bei der Einladung mit versandt werden ("Wir haben vor, folgende Regeln anzuwenden und bitten um dein Einverständnis!") und vor Beginn der Sitzung muss noch einmal darauf hingewiesen werden.

Aufbau von Kompetenzen

Diejenigen, die im Awarenesssteam mitarbeiten möchten, müssen dazu befähigt werden, ihre Aufgabe wahrnehmen zu können. Dazu können Übungen, Fortbildungen, u.ä. sinnvoll sein.

Strukturelle Rahmenbedingungen, um allen die Teilhabe an der politischen Arbeit in Attac zu ermöglichen

Möglichkeit zur digitalen Teilnahme auch an Gremien

Insbesondere in der aktuellen Phase einer Corona-Pandemie (mit den eingeschränkten Räumen des physischen Kontakts) ist die Möglichkeit der digitalen Teilnahme essenziell. Außer der Verfügbarkeit

der erforderlichen Geräte ist dafür auch die Kenntnis der entsprechenden elektronischen Sprachen und Verfahren wichtig. Für die Einführung und Unterstützung sollte das entsprechende Team (Büro) bereitstehen. Eine Vorbereitungszeit vor Beginn der Sitzung ist notwendig.

Barrierefreie Teilhabe an Treffen und an der gemeinsamen Arbeit

Auf physische und psychische Barrieren von Aktiven (z.B. Reisefähigkeit etwa einer/s Interessierten mit Angstproblematik) sollte beispielsweise durch die Möglichkeit hybrider Sitzungen Rücksicht genommen werden. Individuelle Lösungen auch für Interessierte etwa mit psychischen/sozialen Besonderheiten und Schwierigkeiten müssen erörtert und angestrebt werden. Es ist also ein Integrationskonzept zu erstellen, das auch die Grenzen der Teilnahmemöglichkeiten erkennen lässt. Bei der Erstellung kann hier das Awarenesssteam die jeweilige Vorbereitungsgruppe unterstützen.

3.6 Hygieneregeln

Wie angekündigt werden wir die 3G-Regel (Geimpft – Genesen – Getestet) anwenden. Das bedeutet, dass alle Teilnehmer*innen, die nicht geimpft oder genesen sind einen jeweils tagesaktuellen Testnachweis benötigen. Den jeweiligen Status werden wir dann täglich am Einlass checken und Tages-Bändchen ausgeben. Im gesamten Gebäude gilt bei Veranstaltungen die Maskenpflicht.

Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln



Wahrt bitte mit Rücksicht auf die anderen Teilnehmer*innen die Nies- und Hustenetikette, haltet ausreichend Abstand zu den anderen Besucher*innen (mindestens 1,50 Meter) und desinfiziert Eure Hände vor Eintritt in den Veranstaltungsraum.

Mund-Nasen-Bedeckungen (MNB)



Bei Veranstaltungen gilt im Gebäude (in allen Räumen) die Verpflichtung, eine Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) zu tragen.



Die MNB darf im Gebäude nur zum Essen abgenommen werden. Auf dem Außengelände gilt keine Maskenpflicht.

Kommt gesund zu uns



Um andere Teilnehmer*innen nicht zu gefährden, kommt bitte nur gesund zur Veranstaltung und bleibt bei Erkältungssymptomen zu Hause. Teilnehmer*innen mit Erkältungs- oder Krankheitssymptomen können nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

Sanitäre Einrichtungen



Unsere sanitären Einrichtungen können momentan nur von einer begrenzten Anzahl von Besuchern unter Einhaltung des Abstandgebots von mindesten 1,50 Meter zeitgleich genutzt werden. Das Tragen der MNB ist obligatorisch.

Platzangebote



Um die Einhaltung der Abstandsregeln sicherstellen zu können, kann in unseren Veranstaltungsräumen nur eine begrenzte Sitzplatzanzahl genutzt werden. Bitte beachtet, dass die abgesperrten Sitzplätze nicht besetzt werden dürfen.

Persönliche Daten

Um im Verdachtsfall die Nachverfolgung der Infektionskette sicherstellen zu können, sind wir als Veranstalter*innen verpflichtet, eine Teilnehmer*innenliste zu führen und diese für die zuständigen Behörden für die Dauer eines Monats ab Beginn der Veranstaltung vorzuhalten und auf Anforderung an diese zu übermitteln. Die Datenerhebung erfolgt auf Grundlage des durch die Corona Kontakt- und Betriebsbeschränkungsverordnung konkretisierten Art. 6 Abs. 1 lit. d EU-DSGVO und wird von uns nach Art. 5 DSGVO unter Einhaltung datenschutzrechtlicher Grundsätze geführt. Die Löschung bzw. Vernichtung der Daten erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorgaben.

Corona Teststelle

Die nächste Corona-Teststelle ist das „Testzentrum FFM“ – zu finden in der Eckenheimer Landstr. 341 in 60435 Frankfurt am Main Die Teststelle ist – fußläufig – 15 Minuten von der Waldorfschule entfernt und an der U-Bahn-Haltestelle „Marbachweg/Sozialzentrum“ zu finden. Die Öffnungszeiten sind:

Fr: 07:00 -19:00 Uhr

Sa: 07:00 -19:00 Uhr

So: 09:00 -19:00 Uhr

Weitere Informationen zu dieser Teststelle findet Ihr hier: <http://testzentrumffm.de/>

Weitere Teststellen findet Ihr hier: <https://www.corona-test-hessen.de/>

4. Berichte aus den Gremien

4.1 Bericht aus dem KoKreis

Bericht zur

Arbeit des Koordinierungskreises von Attac Deutschland

seit dem Herbstratschlag 2021:

Grundsätzliches

Der KoKreis, 2021 bestehend aus 21 Mitgliedern,

- vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Ratschlag nach außen,
- organisiert die Durchführung bundesweiter Kampagnen und Aktionen und
- den internen Kommunikationsfluss.
- Er ist zuständig und verantwortlich für die
 - Außendarstellung von Attac und für die
 - Öffentlichkeitsarbeit.
- Für das Büro hat der KoKreis Arbeitgeberfunktion.

Der KoKreis ist ein Arbeitsgremium, das sich seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie vierzehntäglich alternierend in eintägigen und zweistündigen Sitzungen trifft und sich außerdem intensiv über Mailinglisten abstimmt.

Für seine Kernaufgaben strukturiert der KoKreis seine Arbeit in Unterarbeitsgruppen mit drei bis sechs Mitgliedern (die sich z.B. um die Pressearbeit, internationale Kontakte, Haushalt und Finanzen sowie Büroentwicklung) kümmern. Auch vertreten die KoKreis-Mitglieder die inhaltlichen Kontexte (aus Regionen und bundesweiten Arbeitsgruppen, in Kampagnen, der Projekte und Mitgliedsorganisationen, Regionen), in denen sie arbeiten. Der KoKreis vertritt Attac Deutschland in verschiedenen bundesweiten Bündnissen.

Ein gut funktionierender KoKreis ermöglicht eine konstruktive politische Zusammenarbeit mit sehr unterschiedlichen Menschen und eine intensive bundesweite Vernetzung möglichst vieler Teile des Netzwerks von Attac Deutschland und der emanzipatorischen Bewegung insgesamt.

Dies geschieht weiterhin vor dem Hintergrund, dass sich die Bewegungslandschaft in den letzten Jahren stark verändert hat. Darunter sind neue Akteure hinzugekommen, besonders aus der Klimagerechtigkeitsbewegung. Neben klassischen großen Bündnissen gibt es vermehrt aktionsorientierte Bündnisse wie die zur Unterstützung der Klimastreiks und der Antikohlebewegung.

Attac ist dabei selbst kein harmonisches Gefüge, sondern eher ein vergleichsweise loser Zusammenhalt mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Daraus ergeben sich Beteiligungen in den prägenden emanzipatorischen Bündnissen von unterschiedlicher Intensität, die stark von den vorhandenen personellen Ressourcen abhängen – sprich: von Attacies, die es machen.

Hintergrundbedingungen des derzeitigen Engagements des KoKreises

Dabei agiert der KoKreis in einem neuen politischen Kontext, der sich aus der Ablösung des vierten Kabinetts Merkel durch eine sogenannte Ampelkoalition sowie durch eine Vervielfachung (weltweiter) Krisen wie die anhaltende Covid-19-Pandemie und die kriegerische Eskalation imperialer Politik durch den Angriff von Putin und seiner Armee auf die Ukraine ergibt.

Die (diskurs-)beherrschenden Vorschläge zur angeblichen Bewältigung beider Krisen bzw. teils auch deren Durchsetzung, sind meist nicht nur ignorant ggü. wirtschaftlich und sozial benachteiligten Menschen

hierzulande und erst recht weltweit – sie schaffen bis dato kaum eine Perspektive in Richtung der Vision, die die gesamte Menschheit für ihr Überleben braucht: Ein gutes Leben für alle, das den drohenden Klimakollaps abwendet und Artenvielfalt erhält.

Stattdessen setzen die herrschenden Regierungen in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt mehrheitlich auf eine totale Ökonomisierung des Klimaschutzes und die gleichzeitige Marginalisierung sozial benachteiligter Gruppen mit den bekannten Folgen – inzwischen verbunden mit einer (Re-)Aktivierung militaristischer Ideen. Die Frage, wer für die Krisen zahlt, steht dessen ungeachtet immer noch prominent auf der Agenda.

Der KoKreis von Attac Deutschland war vor diesem Hintergrund in den vergangenen Monaten mit zunehmender Intensität herausgefordert,

- den Erneuerungsprozess von Attac Deutschland, der nicht nur zu einer Verjüngung, sondern auch zur Glaubwürdigkeit globalisierungskritischer Analysen auf der Höhe der Zeit beitragen soll, zu organisieren und voranzubringen,
- Kampagnen wie die für die Aussetzung der Patente auf Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 (auch aktivistisch) zu unterstützen,
- die erforderliche Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern aufrecht zu erhalten,
- interne Konflikte zu benennen und soweit als möglich auszutragen
- sowie dabei fortwährend das Attac-Selbstverständnis von Attac Deutschland zu wahren.

Vor diesen vielfältigen, teils schwierigen und immer arbeitsintensiven Arbeiten im Hintergrund organisiert der KoKreis fortlaufend eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit sowie innerhalb als auch außerhalb von Attac. Ungeachtet aller Schwierigkeiten

- bringen sich Mitglieder des KoKreises Attac derzeit verantwortlich in den Bewegungs-Prozess für einen Vergesellschaftungskongress im Oktober 2022 ein,
- unterstützen Mitglieder des KoKreises nahezu unermüdlich die Verjüngung von Attac Deutschland und seinen Erneuerungsprozess und
- organisieren KoKreis-Mitglieder die Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen vom 17. – 21. August 2022 in Mönchengladbach.

Bericht zur Tätigkeit des KoKreises als Arbeitgeber

Ungeachtet der im vorhergehenden und nachfolgend geschilderten Herausforderungen konnte die Geschäftsführung von Attac Deutschland neu aufgestellt werden: Nach dem Ausscheiden von Andreas v. B. aus der Geschäftsführung hatte gemeinsam mit den Beschäftigten des Bundesbüros ein intensiver Prozess über die künftige Leitungsstruktur im Bundesbüro stattgefunden – inzwischen führt ein Dreierteam bestehend aus Stephanie Handtmann als Geschäftsführerin sowie Frauke Distelrath und Nicolai Wenzel als Stellvertreter*innen das hauptamtliche Büro von Attac Deutschland. Das Ziel einer stabilen Struktur mit geteilter Verantwortung und klaren Ansprechpartner*innen und Zuständigkeiten innerhalb der Geschäftsführung ist damit erreicht.

Für die Organisation des Programms der Europäischen Sommeruniversität der sozialen Bewegungen hat der KoKreis darüber hinaus einen weiteren Projektmitarbeiter, Markus Zwilling, eingestellt.

Bestehende Konflikte und nötige Klärungen im Netzwerk

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen zur notwendigen Abgrenzung nach rechts haben Mitglieder des KoKreises auch in den vergangenen Monaten wieder viel Zeit und Energie gekostet. Das erforderliche Bekenntnis zu Grundsatzbeschlüssen des Netzwerks wird innerhalb von Attac von einzelnen Gruppen

weiterhin und zunehmend aktiv in Frage gestellt. Die Auseinandersetzung damit erfordert viel Zeit und Energie, die zu Lasten des bewegungspolitischen aktiven Engagements geht.

Fazit

Die Einschätzung zur realen Arbeitsfähigkeit und Wirksamkeit des Attac-Netzwerks hat sich in den vergangenen beiden Jahren kaum verändert.

Wenn wir uns bei der Einschätzung unserer Interventionsmöglichkeiten nicht an unserem Anspruch, sondern an unseren realen Ressourcen orientieren, zeigt sich weiterhin, dass

- wir zwar in der interessierten Öffentlichkeit weiterhin einigermaßen gut dastehen (und dennoch aktive wie inaktive Mitglieder verlieren),
- die meisten inhaltlichen bundesweiten AGs unter ihren Möglichkeiten bleiben und ihre Expertise auch im Rahmen des Erneuerungsprozesses noch zu wenig in die gemeinsame Erzählung einbringen,
- viele Attacies, die sich auf den Listen und im Diskussionsforum in Diskussionen einmischen, nicht über die Rolle von Kommentator*innen hinauskommen und
- nur wenige Regionalgruppen die Aufrufe zu Aktivitäten aufgreifen.

Um die notwendige Grundlage für wirksame Globalisierungskritik auf der Höhe der Zeit zu schaffen, hat der KoKreis bereits im Frühjahr das Erneuerungsprojekt „Globalisierungskritik neu denken und für Attac wirksam machen“ angestoßen. Das Projekt, das vom Rat in seiner August-Sitzung 2021 beschlossen wurde, ist inzwischen angelaufen und soll in den nächsten ein bis zwei Jahren unter ausdrücklicher Beteiligung aller Attac-Gruppierungen einschließlich der Regionalgruppen die notwendigen Aktualisierungen in unserem Selbstverständnis diskutieren. Damit wollen wir unsere Interventionsmöglichkeiten in dem verschärften Ringen um eine globale sozial-ökologische Zukunft verbessern und verlässliche Partner*innen innerhalb der emanzipatorischen Bewegung bleiben.

4.2 Bericht aus dem Rat

Bericht über die Arbeit des Rates 2021/22

Seit dem letzten Ratschlag hat sich der Rat zweimal getroffen. Alle Treffen fanden in Form von Video-Konferenzen statt. An den Sitzungen haben wieder eine Reihe an Gästen teilgenommen.

Klausur im Dezember 2021:

Ein großer Teil der Attac-Arbeitsgruppen berichtet über ihre jeweiligen Aktivitäten der letzten zwei Jahre. Sie wurden alle bestätigt und können damit ihre Aktivitäten fortführen.

Die beiden vom Rat eingerichteten Projektarbeitsgruppen „Untersuchung Vergangenheit“ zu den bisherigen Konflikten über Verstöße gegen den Konsens und „Verfahrensvorschlag für zukünftige Vorfälle“ zur Einrichtung einer Schlichtungsstelle berichteten über ihre Aktivitäten, konnten aber keine gemeinsamen Arbeitsergebnisse erreichen.

Inhaltlicher Schwerpunkt war der Vortrag von Dr. Rainer Land "Gelenkte Marktwirtschaft – Eine Alternative zum Finanzkapitalismus?". Der Vortrag wurde positiv aufgenommen und intensiv diskutiert. Die Folien sind über die Internetseite der Sitzung zu erreichen:

<https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/rat/sitzungen/2021/04u05122021>

Sitzung im März 2022:

Im Mittelpunkt stand die Diskussion über den Überfall auf die Ukraine. Auch hier folgte auf die Einführung von Jürgen Wagner vom IMI eine intensive Diskussion, die wir umfangreich protokolliert haben. Die AG Finanzmärkte & Steuern hat ihre Grundposition zur Steuerpolitik vorab im Rat zur Diskussion gestellt, um die Stellung der anderen AGs dazu zu hören. Nach Hinweisen im Rahmen der Diskussion wurden Anpassungen vorgenommen. Die Grundposition steht nun auf diesem Ratschlag zur Beschlussfassung an. Darüber hinaus hat der Rat für sich selber eine Wochenendveranstaltung zur Bearbeitung seiner Kommunikationsprobleme und Konflikte beschlossen, die demnächst durchgeführt werden soll. Die gezeigten Präsentationen zu den genannten Themen sind über die Seite der Sitzung zu erreichen: <https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/rat/sitzungen/2022/12032022>

Weitere Details zu den Sitzungsinhalten und Diskussionen können den Sitzungsunterlagen und den Protokollen entnommen werden, die alle auf den entsprechenden Seiten zu finden sind. (Siehe die Links zu den Sitzungsseiten im Text.)

Für die Rats-VG

Alfred, Christine, Hardy, Julia, Thomas E-K, Ulrike, Wolf 31.03.2022

5. Vorschläge 2022

Nummer	Vorschlagstitel	Antragssteller*innen
5.1	Vorschlag Verfahrensregel bei Verstößen gegen den Konsens	Alfred Eibl
5.2	Vorschlag Schiedskommission*	Ingeborg Schellmann
5.3	Vorschlag Schiedskommission*	Peter Berres
5.4	Vorschlag Schiedskommission II* - der Vorschlag wurde von den Antragssteller*innen zugunsten des Vorschlags 1 von Alfred Eibl zurückgezogen.	Achim Heier et al.
5.5	Vorschlag Rücknahme Beschluss - den Bruch des Konsensprinzips in Ordnung bringen	Micha Amiri et al.
5.6	Vorschlag Cottbus Rehabilitierung und Freischaltung Website*	Attac Cottbus
5.7	Vorschlag Dortmund Abgrenzung	Attac Dortmund
5.8	Vorschlag Basisdemokratische Debatte Selbstverständnis	Barbara Volhard
5.9	Vorschläge der AG WeWi Finanzen	Dieter Fornoni et al.
5.10	Vorschlag Discourse*	Barbara Volhard et al.
5.11	Vorschlag Attac Diskussionsliste*	Marie-Dominique Vernhes u. Carsten Malchow
5.12	Vorschlag AG Finanzen und Steuern Grundposition Steuern	AGFS
5.13	Vorschlag Peter Berres Wissenschaftlicher Beirat*	Peter Berres
5.14	Vorschläge Peter Berres Unvereinbarkeit und Begründung	Peter Berres
5.15	Vorschlag Abstimmung der Regionalgruppen	Micha Amiri et al.
5.16	Vorschlag Verkehrswende (nicht fristgerecht eingegangen)	Kampagnengruppe einfach.umsteigen

* Diese Vorschläge wurden vom Herbstratschlag 2021 auf den Frühjahrsratschlag 2022 überwiesen (dazu siehe [Protokoll HRS 2021](#)). Teilweise wurden die Vorschläge aber neu und leicht überarbeitet eingereicht, dies betrifft die Vorschläge 2, 6 und 13.

5.1 Vorschlag Verfahrensregel bei Verstößen gegen den Konsens

Der Ratschlag beschließt folgende Verfahrensregel bei Hinweisen auf Verstöße gegen den Konsens

I. Meldestelle

Die Meldestelle für Verstöße gegen den Attac-Konsens ist der KoKreis.

Der KoKreis ist verpflichtet unverzüglich den Hinweisen nachzugehen und Informationen einzuholen so- wie die Schlichtungskommission zu informieren. Dabei ist insbesondere der Sachverhalt zu klären und es ist die Einzelperson oder eine Gruppe (im Folgenden allgemein „die Betroffenen“) zur Stellungnahme aufzufordern, mit einer der Sachlage angemessenen Frist, mindestens von vierzehn Tagen.

Nach Klärung der Sachverhalte und Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen bzw. nach Fristablauf hat der KoKreis über den Sachverhalt zu entscheiden.

II. Vorgehensweise des KoKreises

Die Beschlussfassung zu den Vorgängen nach IIa. und IIb. hat im Regelfall innerhalb von drei Wochen nach der Stellungnahme der Betroffenen zu erfolgen. Eine verzögerte Beschlussfassung bedarf der Begründung.

Der Prozessablauf ist zu dokumentieren und den Betroffenen und der Schlichtungskommission zur Verfügung zu stellen.

IIa. Bei Ordnungsmaßnahmen

Hält der KoKreis Ordnungsmaßnahmen (beispielsweise Entzug von Kompetenzen und Funktionen oder Korrekturen von Veröffentlichungen im Namen von Attac oder Attac-Gliederungen) für notwendig, sind die Betroffenen über das Untersuchungsergebnis und über die beabsichtigten Maßnahmen zu informieren. Vor Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist eine angemessene Reaktionsfrist einzuräumen um eine eigenständige Anpassung (z. B. Überarbeitung von Texten, Veränderung von Webseiten) zu ermöglichen.

In dringenden Fällen (z. B. drohende negative öffentliche Resonanz) können Maßnahmen auch unmittelbar nach Kenntnisnahme ergriffen werden.

IIb. Bei der Feststellung, dass sich Personen außerhalb des Attac-Konsenses befinden

Hält der KoKreis darüber hinaus die Feststellung für notwendig, dass sich bestimmte Personen außerhalb des Attac-Konsenses befinden, so hat er dies der Schlichtungskommission vorzulegen und die Betroffenen über den Vorgang zu informieren.

III. Einspruch bei der Schlichtungskommission

Sind die Betroffenen mit den vom KoKreis getroffenen Maßnahmen nicht einverstanden, oder bleibt der KoKreis untätig, kann bei der Schlichtungskommission Beschwerde eingelegt werden.

Die Anrufung der Schlichtungskommission kann auch bei Einsprüchen gegen Maßnahmen der Moderation der bundesweiten Mailinglisten, bzw. der Diskussionsplattform erfolgen. (Die bisherige AG Mailingliste des Rates kann dann entfallen.)

IV. Schlichtungskommission – Vorgehensweise

Die Schlichtungskommission hat Einsprüchen nachzugehen, die Antragsteller, die Betroffenen und den KoKreis anzuhören (im Folgenden die Beteiligten) und kann weitere eigene Untersuchungen vornehmen.

Die Beschlussfassung hat im Regelfall innerhalb von vier Wochen zu erfolgen. Eine verzögerte Beschlussfassung bedarf der Begründung.

Die Schlichtungskommission hat ihre Aktivitäten zu dokumentieren.

IVa. Bei Ordnungsmaßnahmen:

Stimmt die Schlichtungskommission den Maßnahmen des KoKreises zu, so sind anschließend die Maßnahmen umzusetzen bzw. zu bestätigen, soweit der KoKreis in dringenden Fällen bereits gehandelt hat.

Kommt die Schlichtungskommission zu Bewertungen, die von denen des KoKreises abweichen oder hält sie Maßnahmen nicht für angemessen, so hat sie dies dem KoKreis unter Vorlage von Alternativen mitzuteilen. KoKreis und Schlichtungskommission haben den Versuch einer Einigung zu unternehmen.

Kommt eine Einigung zustande, so sind anschließend die modifizierten Maßnahmen umzusetzen bzw. Maßnahmen anzupassen, soweit der KoKreis in dringenden Fällen bereits gehandelt hat.

Kommt keine Einigung zustande, hat die Schlichtungskommission die weitere Vorgehensweise zu beschließen. Eventuell vorläufige Maßnahmen des KoKreises sind anzupassen bzw. aufzuheben.

Anschließend sind die Beteiligten über das Ergebnis zu informieren.

IVb. Bei der Feststellung, dass sich Personen außerhalb des Attac-Konsenses befinden:

Die Schlichtungskommission beschließt über den Antrag des KoKreises.

Anschließend sind die Beteiligten über das Ergebnis zu informieren.

V. Anrufung des Ratschlags

Gegen Entscheidungen der Schlichtungskommission ist die Anrufung des Ratschlags durch die Betroffenen und durch den KoKreis zur endgültigen Beschlussfassung möglich.

Dies hat innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Mitteilung zu erfolgen.

Der darauffolgende Ratschlag entscheidet endgültig.

VI. Schlichtungskommission – Besetzung

Die Schlichtungskommission besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Ratschlag im Rahmen der jährlichen Wahlen für drei Jahre gewählt. Dem Gremium gehören nicht mehr als drei Männer an.

Um die eigenständige Willensbildung zu unterstützen, können der Schlichtungskommission keine KoKreis-Mitglieder angehören. Ebenso können bei Attac Beschäftigte nicht Mitglied werden.

VII. In-Kraft-Treten des Vorschlags

Die Schlichtungskommission tritt nach ihrer Wahl unverzüglich zusammen und bestimmt eine Ansprechperson.

Mit Bekanntgabe der Ansprechperson ist nach den in diesem Vorschlag festgelegten Regeln zu verfahren.

Kommentar zu strittigen Punkten:

Erstinstanz / Kurzfristige Entscheidungen:

Anlaufstelle für Verstöße gegen den Konsens bleibt der KoKreis, da er unser allgemeines operatives Gremium ist, das gegebenenfalls schnell reagieren kann. Gerade die letzten Fälle eines Verstoßes zeigten die Notwendigkeit zur schnellen Reaktion, da die zu Grunde liegenden inhaltlichen Positionen öffentlich bekannt gegeben wurden und eine negative öffentliche Reaktion droht, insbesondere über Social-Media-Kanäle.

Eine solche Regelung ist allgemein üblich. Selbst das Parteiengesetz billigt in § 10 Abs. 5 dem Parteivorstand eine solche Vorgehensweise zu.

Besetzung der Kommission - Ausschluss von Ratsmitgliedern:

Die Kommission sollte mit Personen besetzt sein, die nicht direkt in aktuelle Auseinandersetzungen involviert sind, die aber mit den Grundpositionen von Attac vertraut sind und wissen wie Attac ‚tickt‘.

Da auch im Rat solche Mitglieder zu finden sind, ist ein kompletter Ausschluss von Ratsmitgliedern bei der Besetzung der Schiedskommission nicht angebracht, da damit ein erheblicher Anteil an Personen mit vertieften Organisations-Kenntnissen ausgeschlossen wird.

Anrufung Ratschlag:

Dies entspricht unserem Selbstverständnis, dass der Ratschlag das letztlich entscheidende Gremium ist. Ergänzend der Hinweis, dass dies auch in der Fachliteratur und vom Rechtsberater empfohlen wird.

19. März 2020

Alfred Eibl

5.2 Vorschlag Schiedskommission

Antrag an den Attac-Frühjahrsratschlag April 2022 auf Einrichtung einer unabhängigen Schiedskommission

Ingeborg Schellmann

Der Attac-Ratschlag möge folgendes beschließen:

Attac gründet eine Attac-Schiedskommission, die zugleich Schlichtungskommission ist

1. Zuständigkeit der Schiedskommission

Die Schiedskommission ist für alle Konflikte zuständig, die sich aus Regelverletzungen, aus der Verletzung von Grundsätzen und dem Selbstverständnis von Attac und sonstigen Konflikten sowohl von einzelnen Mitgliedern als auch von Gruppen ergeben.

2. Zusammensetzung der Schieds-/Schlichtungskommission

Die Schiedskommission besteht aus 4 bzw. 5 Mitgliedern und 2-3 Ersatzmitgliedern und ist geschlechterparitatisch zu besetzen. Sie sollen Mitglieder von Attac sein. Sie müssen unabhängig sein, d.h. sie dürfen weder dem KoKreis noch dem Rat angehören. Sie dürfen weder finanziell noch sonst wie (z.B. in einem Abhängigkeitsverhältnis stehend) von Attac

abhängig sein. Mediationserfahrung oder psychologische oder juristische Kenntnisse sind wünschenswert.

Die Kommission beschließt im Konsens.

Die Mitglieder der Schiedskommission bewerben sich schriftlich und werden vom Plenum des Ratschlags in geheimer Wahl für zwei Jahre gewählt.

3. Der Rat von Attac erarbeitet ein für die Schiedskommission geltendes Regelwerk. Die Regionalgruppen werden hierzu angehört.

Das Regelwerk muss allgemeine rechtstaatliche Grundsätze berücksichtigen.

Es gilt

- a das Recht der Partei auf juristischen Beistand bzw. auf Vertretung und Beistand durch eine Vertrauensperson
- b das Recht der Partei, Zeuginnen zu benennen und Gutachten einholen zu lassen
- c das Recht der Partei, Beweis- und allgemeine Verfahrensanträge zu stellen
- d auch die Schiedskommission kann Zeuginnen benennen sowie Gutachten einholen.
- e Es gilt der Grundsatz der Unschuldsvermutung, d.h. eine Person/Gruppe gilt solange als unschuldig als ihre Schuld nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist.
- f Es gilt der Grundsatz der Mündlichkeit, d.h. es sind mündliche Verhandlungen durchzuführen.
- g Es gilt der Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme, d.h. es dürfen nur solche Beweismittel verwendet werden, die der Schiedskommission vorgebracht bzw. vorgelegt wurden.
- h Es gilt der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“. Bestehen Zweifel, kann eine Sanktion nicht verhängt werden.
- i Es gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- j Ein Mitglied der Schiedskommission kann wegen Befangenheit abgelehnt werden
- k Für komplexe Vorgänge kann die Schiedskommission externe Unterstützung anfordern. Hierfür sind finanzielle Mittel zu gewähren.
- l Die Entscheidung der Schiedskommission ist schriftlich zu begründen.
- m Für Eilfälle wird ein Eilverfahren eingerichtet, das mit einer vorläufigen Entscheidung endet. Die endgültige Entscheidung wird im folgenden Hauptsacheverfahren gefällt.

Es wird ein Instanzenzug eingerichtet. In erster Instanz entscheidet die Schiedskommission, in zweiter Instanz eine Beschwerdekommision. Diese wird nach denselben Grundsätzen wie die Schiedskommission erster Instanz gewählt. Es gelten dieselben Verfahrensgrundsätze.

Ferner wird ein Maßnahmenkatalog erstellt, der die Tatbestände konkretisiert und Sanktionen festlegt. Zu den möglichen Maßnahmen zählen: Ermahnung, Verwarnung, Ausschluss aus einem Gremium (auf Zeit oder auf Dauer). Auf Ausschluss aus Attac kann nur erkannt werden, wenn ein Mitglied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen das Selbstverständnis von Attac verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für Attac entstanden ist.

Ein Wiederaufnahmeverfahren wird vorgesehen.

4. Über das Regelwerk entscheidet abschließend der Ratschlag.

Begründung:

Grundsatz der Demokratie und der Gewaltenteilung

Attac versteht sich als eine prinzipiell demokratische Organisation mit einer weitgefächerten unmittelbaren Beteiligung der Mitglieder und einer weitestgehend nicht hierarchischen Struktur.

Kerngedanke der Demokratie ist die Gewaltenteilung. Gewaltenteilung bedeutet Kontrolle der Exekutive und der rechtsetzenden Gewalt durch eine unabhängige Justiz. Nur durch die Kontrolle der Gewalten ist Demokratie möglich.

Für Attac bedeutet dies, dass der Kokreis als der exekutiven Gewalt und der Ratschlag wie auch der Rat als die politischen Willensbildungsorgane von einem unabhängigen judikativen Gremium zu kontrollieren sind. Deshalb dürfen Mitglieder der Schiedskommission weder dem Kokreis noch dem Rat angehören. Sie dürfen ferner nicht in einem irgendwie gearteten Abhängigkeitsverhältnis zu Attac stehen. Des Weiteren können die Gremien selbst, nämlich Kokreis, Rat und Ratschlag, nicht Teil des Schiedsverfahrens sein.

Als Teil der sozialen Bewegungen versteht sich Attac demokratischer als Parteien.

Deshalb kann Attac mit seinen Regeln nicht hinter die Regeln, die das Parteiengesetz für die Parteien vorsieht, zurückfallen. Zentral ist die Unabhängigkeit der Schiedsgerichte.

Eine weitere Orientierung kann die Schiedsordnung der Partei Die Linke sein.

<https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/schiedsordnung/>

Attac muss auf Grund seiner demokratischen Grundorientierung über diese Regeln hinausgehen, da Attac mehr Demokratie anstrebt als zur Zeit in unserer Gesellschaft praktiziert wird. Darüber hinaus versteht sich Attac demokratischer als die demokratische Grundordnung der BRD, muss demnach auch über die für die BRD geltenden Regeln hinausgehen.

Die Unabhängigkeit der Schiedskommission ist daher unabdingbar.

Sicherung der Grundsätze von Attac

Der Grundsatz der Unabhängigkeit der Schiedskommission gefährdet nicht die Einhaltung der Grundsätze von Attac und sein Selbstverständnis. Die Mitglieder selbst sind grundsätzlich Attacies. Zudem können der Kokreis und der Rat ihr Wissen einbringen. Sie sind anzuhören.

Eilverfahren

Ist Eile geboten, können solche Vorgänge auf Grund besonderer Eilverfahrensregeln – wie allgemein üblich – vorläufig entschieden werden. Ein für Eilverfahren zuständiges Gremium wird halbjährlich aus dem Kreis der Mitglieder der Schiedskommission bestellt, so dass jederzeit und sofort entschieden werden kann.

Eilbedürftigkeit einer Regelung

Ein Regelwerk kann im nächsten halben Jahr erstellt und verabschiedet werden. Es muss nicht zwingend am Frühjahrsratschlag 2022 geschehen. Vor mehr als 10 Jahren wurden Vorschläge für eine Schiedskommission erarbeitet. Sie wurden abgewehrt. Eine angebliche Eilbedürftigkeit heute ist nicht gegeben.

Richtig ist allerdings, dass die regelwidrigen Sanktionen des Kokreises aufzuheben und zu unterbinden sind.

Anmerkung zum Schluss: Die Schiedskommission ist ein Gremium des Netzwerks, nicht des Trägervereins von Attac. Der Verein wurde nur aus haftungs- und steuerrechtlichen Gründen eingerichtet. Das Netzwerk ist Kernstück von Attac und gibt sich eigene Gremien und Regeln. Schiedskommissionen sind in Organisationen allgemein als friedensstiftendes Mittel üblich.

Unterschriften

Althaus Eckhard Attac Dortmund, Amiri Micha Attac München, Bieberstein Gabi Rat Attac Bielefeld, Boerger Renate Attac München, Bohrer Hermann Attac Untere Saar, Bohrer Marianne Attac Untere Saar, Brandt Achim Attac München, Claro Raul Attac München, Eilhard Stelzner Attac Itzehoe, Eschbach Franz BAG Globalisierung und Krieg, Rat, Feldmeier Solveig Attac Halle, Fiedler Remi Attac Berlin, Hansen Christiane Attac München, Harting Roswitha Attac München, Hielscher Almut Attac München, Himbert Irene Attac Untere Saar, Hintze Henning Attac München, Jäger Martina Attac Würzburg, Jehnert Silke Attac Halle, Kapraun Inge Attac München, Kirchner Antje Attac Cottbus, Klippenstein Cornelia Attac Leipzig, Küsters Günter Rat, IMI, BAG Globalisierung und Krieg, Läßle Rolf Attac Schwäbisch-Halle, Ludwig Henning Attac München, Müller-Maige Siegfried Attac Frankfurt, Nagler Mike Attac Leipzig, Rieger Franz Attac München, Rieger Margot Attac München, Schellmann Ingeborg Attac Halle, Schmid Richard , Attac Halle, Schulze-Allen Anne Attac Dortmund, Steinberger Max Attac Hamburg, Strucksberg Till Attac Dortmund, Vernhes Marie-Dominique Attac Hamburg, Volhard Barbara Attac Freiburg, Wagner Uta Attac München , Waßmuth Carl Attac Berlin, Weber Christian Attac Würzburg, Weber-Herfort Christine Attac Itzehoe, Westphal Rainer Attac RG Gütersloh, RG Attac Würzburg

5.3 Vorschlag Schiedskommission

(überwiesen vom HRS 2021)

© Peter Berres 2021, GPL gilt

Antrag an den ATTAC-Ratschlag auf Einrichtung einer Schiedskommission

Der ATTAC-Herbst-Ratschlag 2021 möge folgendes beschließen:

„ATTAC-Deutschland gründet bei seinem Trägerverein ein Schiedsgericht, das zugleich Schlichter-Funktion hat.

Hierzu wird eine Vorschrift in die Satzung des Trägervereins eingefügt, durch die das Schiedsgericht für die Mitglieder des Vereins und die Beteiligten an dem Vereinsprojekt ATTAC-Deutschland Verbindlichkeit erhält. Die Einzelheiten der Ergänzung der Vereinssatzung regelt der Rat mit Mehrheit, ein Vetorecht hierbei gibt es nicht.

Für das Schiedsgericht gelten folgende Regeln:

I Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern, von denen mindestens zwei weiblichen und zwei männlichen Geschlechts sein müssen. Mindestens ein Mitglied des Schiedsgerichts muss die Befähigung zum Richteramt haben. Gelingt die Wahl eines derart qualifizierten Mitglieds nicht, muss für die förmlichen Verfahrensteile – nach erfolgloser Schlichtung und für die konstituierende

Sitzung - ein solcher/ eine solche ohne Stimmrecht als Verfahrensleiter oder Verfahrensleiterin auf Kosten des Trägervereins eingestellt werden. Weiter sollte mindestens ein Mitglied eine abgeschlossene Ausbildung in Mediation und ein weiteres Mitglied eine abgeschlossene Ausbildung in Gesprächstherapie oder Gesprächspsychotherapie haben. Die Mitglieder sowie nach gleichen Regeln fünf Ersatzmitglieder werden vom Ratschlag in geheimer Wahl gewählt – ein Vetorecht besteht nicht - und behalten ihr Amt bis zur konstruktiven Abwahl auf einem Ratschlag, also bis zu ihrer demokratischen Ersetzung. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen weder der Geschäftsstelle noch dem Verein noch dem Rat noch dem Ko-Kreis angehören, sie dürfen keinerlei finanzielle Abhängigkeit vom Trägerverein oder anderen ATTAC-Unternehmungen haben, auch nicht durch freiberufliche Auftragserteilungen, und müssen dies vor ihrer Wahl in ihrer Bewerbungsschrift an Eides Statt versichern.

II Die Mitglieder des Schiedsgerichts sind bei ihren Entscheidungen an die Rechtsordnung der BRD gebunden und können sie beim Verfahren in vollem Umfang der ZPO, der StPO, des GVG, des FGG und sonstiger Verfahrensgesetze der BRD anwenden. Ordnungsstrafen können sie nicht verhängen, jedoch Sitzungsausschlüsse mit 2/3 Mehrheit aussprechen.

Sie geben sich auf ihrer konstituierenden Sitzung eine Geschäftsordnung. Gelingt dies nicht einvernehmlich, gilt subsidiär die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, wie ohnehin bei allen nicht geregelten Verfahrens- Fragen in Vereinen, rechtsfähig oder nicht, Gesellschaften und Gemeinschaften.

Entscheidungen werden mit einer 2/3 Mehrheit getroffen (also 4 von 5 Stimmen). Abwesenheit oder Enthaltung zählen als Zustimmung zur nicht qualifizierten Mehrheitsentscheidung.

Ein abweichendes Votum darf begründet werden und muss mit der Mehrheitsentscheidung verkündet werden.

Insbesondere gelten ALLE Rechte von Beteiligten aus der Verfassung der BRD, sowohl in prozessualer als auch in materiell-rechtlicher Hinsicht.

Die Sitzungen des Schiedsgerichts finden Vereins- bzw. ATTAC-öffentlich statt, außer der konstituierenden Sitzung, an der auch alle Ersatzmitglieder mit Sitzungsstimmrecht teilnehmen, jedoch keine Öffentlichkeit.

Nichtbeteiligte haben kein Rederecht, es kann aber durch einstimmigen Beschluss des Schiedsgerichts gewährt werden.

Auf Antrag ALLER Beteiligten oder durch einstimmige Entscheidung des Schiedsgerichts kann die Öffentlichkeit für bestimmte Verfahrensabschnitte ausgeschlossen werden, auch für Beratungen. Pressemitteilungen bedürfen der Zustimmung aller Beteiligten, auch inhaltlich.

Jeder Beteiligte kann sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Hierfür gilt § 79 ZPO. Das persönliche Erscheinen der Beteiligten kann angeordnet werden; wird gegen eine solche Anordnung verstoßen, wird dessen gestellter Antrag nicht beachtet. Eine Wiedereinsetzung nach allgemeinen ZPO- bzw. StPO-Regeln findet statt.

III Das Schiedsgericht MUSS vor Einleitung eines förmlichen Entscheidungsverfahrens eine Schlichtung versuchen; diese findet vor einem oder zwei beauftragten Mitgliedern des Gerichts unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Diese/r wird/werden von den Streitenden benannt.

Das Protokoll einer erfolgreichen Schlichtung wird wie ein Gerichtsentscheid veröffentlicht. Gelingt die Schlichtung nicht, wird in das förmliche Schiedsverfahren übergegangen.

IV Ein Verfahren wird durch schriftliche Anrufung des Schiedsgerichts mit Benennung des Streitgegenstandes, einer Sachverhalts-Schilderung und des Streitgegners in Gang gesetzt. Hierbei sind alle Mitglieder von ATTAC-D aktiv legitimiert. § 1030 I ZPO gilt NICHT. Es kann daher jede vergleichsfähige Streitfrage und jeder Antrag zum Verfahrensgegenstand gemacht werden

Das Schiedsgericht ist nicht dazu da, um über die Richtigkeit von politischen Auffassungen zu entscheiden, es sei denn, dass durch die Verbreitung von politischen Überzeugungen im Raum von ATTAC-D der falsche Eindruck entsteht oder sogar absichtsvoll erweckt wird, dies sei eine mehrheitliche Grundüberzeugung von ATTAC. Ihre eigenen politischen und gesellschaftlichen Auffassungen dürfen die Mitglieder des Schiedsgerichts bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigen.

Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Überzeugung und deren mindestens ATTAC-öffentliche Kundgabe gegen Gesetze und/oder den ATTAC-Konsens verstößt, ist äußerste Zurückhaltung zu wahren.

Dem Schiedsgericht sind folgende Maßnahmen möglich:

- A. Ermahnung
- B. Verwarnung (auch arbeitsvertraglicher Art)
- C. Abmahnung (auch arbeitsvertraglicher Art)
- D. Suspendierung von Funktionsträgern, auch angestellten, auf Zeit
- E. Aberkennung der Teilhabe an einem ATTAC-Gremium auf Zeit
- F. Suspendierung aller Rechte aus der Mitgliedschaft, auf Zeit
- G. Ausschluss aus ATTAC-D und/oder dem Trägerverein

Sind zeitliche Maßnahmen nicht ohnehin befristet, können sie vom nächsten Ratschlag mit Mehrheit aufgehoben werden; hierbei gilt kein VETO-Recht.

H) Unvereinbarkeitsbeschlüsse, aber nur im Bezug auf Organisationen, die verfassungsfeindlich sind oder als solche wegen des Verdachtes unter legaler Beobachtung der Verfassungsschutzorgane der BRD stehen oder schon verboten sind oder rechtskräftig von mindestens einem Obergericht der BRD (ab OLG, LSG, FG, OVG) als kriminelle Vereinigungen eingestuft sind.

V Den Parteien werden deren Kosten nicht erstattet, außer auf Antrag nach den Regeln der ZPO-Prozesskostenhilfe.

Die Kommissionsmitglieder erhalten Aufwendungsersatz nach den Regeln des Bundes-Beamtenrechts, aber nicht für ihr Tätig-Werden als solches.

Dieser und die Sachkosten der Tätigkeit werden vom Trägerverein ersetzt.

VI Mit Anrufung des Schiedsgerichts verzichten die Parteien auf den Rechtsweg, 1026 ZPO, soweit dies zulässig ist. Die widerstreitenden Parteien müssen dies vorher schriftlich erklären.

VII Mit Inkrafttreten dieser Schiedsgerichts-Ordnung enden alle angemäßen, vermeintlichen oder tatsächlich - rechtlich und statutenmäßig - gegebenen Rechte von Funktionsträgern und Wortführern von ATTAC, selbständig die in Ziffer IV genannten Maßnahmen gegenüber irgendjemandem in ATTAC zu ergreifen.

Begründung:

Anlass für diesen Antrag sind verschiedene Ausschlüsse aus ATTAC, vor allem die vorgebliche Abschaffung des Beirats, die in der Vergangenheit und in jüngster Zeit ohne rechtmäßiges Verfahren und völlig statutenwidrig stattfanden. Durch das Einrichten der Schiedskommission soll erreicht werden, dass derartige Verfahren und Sanktionen nach anerkannten rechtsstaatlichen Prinzipien, wie sie im Antrag formuliert sind, stattfinden.

Rechtsstaatliche Prinzipien sind wesentlicher Teil einer Rechtsstaats-Demokratie und haben den Sinn, allen Menschen den Schutz der Menschenrechte zukommen zu lassen, auch denjenigen, die Fehler begangen haben, sogar denjenigen, die kriminell geworden sind. Eine Organisation, die diese Prinzipien missachtet, begibt sich in die Gefahr, totalitäre Züge zu entwickeln und Menschenrechte zu missachten.

Es ist daher undenkbar, dass bei ATTAC rechtsstaatliche Prinzipien und damit auch die Menschen- und Grundrechte nicht gelten!

Leider wird die Würde des Menschen täglich verletzt, obwohl unsere Verfassung den Staatsorganen gebietet, sie zu achten.

Es ist daher leider doch auch bei ATTAC nicht nur denkbar, sondern vielfach schon geschehen.

Die Erfahrung zeigt, wie zerstörerisch personalisierte Konflikte wirken können. Zu leicht gibt es Verletzungen auf allen Seiten, die die politische Handlungsfähigkeit lähmen. Es darf nicht um Siegende oder Besiegte gehen. Beleidigt sein ist noch kein Beweis für eine Beleidigung, und vor allem ein SEHR schwaches Argument. Wir alle müssen wegen unseres eigenen Anspruchs, fair und menschlich korrekt mit anderen Menschen umzugehen, Konfliktfälle mit der notwendigen Sorgfalt behandeln. Wenn wir mit Hilfe einer unabhängigen Schiedskommission ein Verfahren etablieren, um sowohl der Sache als auch den beteiligten Personen gerecht zu werden und gleichzeitig ein faires Vorgehen zu sichern, können wir uns voll auf das konzentrieren, was der eigentliche Zweck von ATTAC ist: auf unsere politische Arbeit

(ja, aber welche, und wie arbeiten?)

5.4 Vorschlag Schiedskommission II

Der Vorschlag wurde von den Antragsteller*innen zugunsten des Vorschlags 1 von Alfred Eibl zurückgezogen.

5.5 Vorschlag Rücknahme Beschluss - den Bruch des Konsensprinzips in Ordnung bringen

Antrag an den Attac-Frühjahrsratschlag 2022 zur Rücknahme eines Beschlusses aufgrund formaler Fehler

Der Attac-Ratschlag möge beschließen:

Da der Antrag 6.12 von drei Darmstädtern auf dem Herbstratschlag 2021 in einem Verfahren beschlossen wurde, das in Attac nicht legitim ist, ist er aufgrund formaler Fehler ungültig. Damit ist auch die bisherige bzw. zukünftige Nutzung dieses Beschlusses ungültig.

Es ist den Antragsteller*innen unbenommen, diesen Antrag erneut zu stellen und in einem legitimen Verfahren abzustimmen.

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Ratschlag/Protokolle/Protokoll_Herbstratschlag_2021.pdf

Begründung:

Auszug aus der **Regelsammlung Attac-d (vorläufig)** (Stand: 16.08.06, ergänzt am 19.05.09 um Satz 2 der Regel 11a aufgrund des Attac-Herbstratschlags vom 16.-18. November 2007 in Gladbeck. https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Zusammenfassungen/20090519_Regelsammlung.pdf) :

1) Bedeutung des Konsens Entscheidungen bei Attac werden grundsätzlich im Konsens herbeigeführt. Das Konsensverfahren ist für uns aus folgenden Gründen sehr wichtig:

- a. Attac ist ein breites Bündnis, in dem sehr unterschiedliche Personen und Organisationen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Dies gilt sowohl für Ratschläge, als auch Attac-Rat und Koordinierungskreis. Auch unsere Diskussions- und Entscheidungskultur soll dieses Ziel widerspiegeln,
- b. Konsens erhöht die Motivation, gemeinsam beschlossene Aktivitäten auch gemeinsam in die Praxis umzusetzen. Damit wird das Potential von ATTAC viel besser ausgeschöpft. Bei 51%-Entscheidungen wird die 49%-Minderheit sich sicher nicht sehr engagiert – wenn überhaupt – für die gemeinsame Politik einsetzen,
- c. Konsensdruck reduziert die Spielräume für Fraktionsbildung und die machtpolitische Bearbeitung von Meinungsverschiedenheiten. Konsens bedeutet dabei, wenn niemand widerspricht, nicht wenn alle zustimmen. Nur wenn dies trotz intensiven Bemühens nicht möglich ist, kommt es zu Abstimmungen.

Dieser Grundsatz entspricht den im Attac-Selbstverständnispapier formulierten Grundsätzen. (*Beschluss Ratschlag Frankfurt 2002*)

...

Konsensorientiertes Entscheidungsverfahren Mit diesem Verfahren werden alle Entscheidungen behandelt außer Finanzfragen, Haushaltsplan, Wahlen, Ort des nächsten Ratschlages und andere Entscheidungen, die einen ähnlich wenig grundsätzlichen Charakter haben. **Politische Grundsatzentscheidungen müssen** so behandelt werden.

Mehrheitsentscheidungen Mehrheitsentscheidungen und Wahlen werden von den Delegierten bestimmt. Mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten wird entschieden: Geschäftsordnung, Finanzfragen, Haushaltsplan, Ort des nächsten Ratschlages. Politische Grundsatzfragen werden nach dem konsensorientierten Verfahren entschieden. (*alles Beschlüsse vom Ratschlag Frankfurt 2002*)

10) Konsensfindungsverfahren Für alle inhaltlichen Beschlüsse der Attac Organe gilt das Konsensprinzip unter Einhaltung des folgenden Konsensfindungsverfahrens. Es gilt der Grundsatz: "Konsens ist nicht, wenn alle zustimmen, sondern wenn kein Veto eingelegt wird". Es wird grundsätzlich versucht, auf Konsens zu diskutieren. Das Veto soll ultima ratio sein. Ein Veto kann von 10% der Anwesenden herbeigeführt werden.

1. Diese Konsensfindung vollzieht sich in der ersten Stufe im Rahmen einer moderierten Debatte (z. B. um den Inhalt eines Antrages), bei welcher auch jederzeit durch Handzeichen ein Meinungsbild eingeholt werden kann. Führt diese Debatte innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit festgelegten Zeitrahmens nicht zu einem solchen Konsens wird die Debatte zunächst abgebrochen. (Die Konsens-Abstimmung erfolgt, indem zunächst die Zustimmung abgefragt wird, danach die Gegenstimmen dann die Enthaltungen. Und zum Schluss die Vetostimmen) Dieses Verfahren kann (!) auch unter Verwendung verschieden farbiger Karten durchgeführt werden: z. B.: Grün: Volle Zustimmung Blau: Zustimmung mit Bedenken; Weiß: Enthaltung, Gelb: Dagegen, aber Kein Veto, sondern passieren lassen Rot: Veto („Ich Verbiete“) Beschlüsse sind nur möglich, wenn ein Vorschlag mehr positive (blau und grün) als negative Stimmen (rot und gelb) hat und die Zahl derjenigen, die ein Veto einlegen wollen kleiner 10% liegt. Wenn möglich sollten auch bei weniger als 10% Vetos nach einem Meinungsbild die Einwände vor der Entscheidung gehört werden.
2. Bei fehlendem Konsens wird in der zweiten Stufe eine offene Gruppe gebildet, an der sich insbesondere die Kontrahenten der Debatte beteiligen. Diese Gruppe ("Konsensrunde" genannt) geht "in Klausur" und bemüht sich innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens einen konsensfähigen Kompromiss zu formulieren.
3. Gelingt dies wird in der dritten Stufe über diesen Kompromissvorschlag nach einer kurzen Debatte im Plenum, also unter allen Anwesenden abgestimmt.
4. Wenn diese Abstimmung dann nicht weniger als 10% Vetostimmen ergibt, kann (!) in der vierten Stufe innerhalb der Minorität ohne weitere Debatte eine Abstimmung durchgeführt werden, ob der Konsens – unter Einräumung der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum ebenfalls zu veröffentlichen (bei Nennung der Prozentzahl der Minderheit) - dennoch akzeptiert wird oder nicht. Wenn diese Abstimmung mit einfacher Mehrheit zum Ergebnis kommt, dass der Konsens dennoch nicht akzeptiert werden kann, ist die Konsensfindung auf diesem Ratschlag gescheitert. In diesem Fall können weitere Konsensrunden zwischen den Ratschlägen stattfinden. Auf dem nächsten Ratschlag kann es dann möglich sein, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden. – Die Details dieses Prozesses sind noch zu klären.).

5. Andernfalls wird in der fünften Stufe abschließend innerhalb eines zuvor mit einfacher Mehrheit aller Anwesenden festgelegten Zeitrahmens der Inhalt des Minderheitenvotums zur Kenntnisnahme vorgelegt. Danach wird nicht mehr über den Inhalt des Beschlusses oder des Minderheitenvotums abgestimmt, sondern mittels 90%iger Mehrheit lediglich darüber, ob beide als solche von attac verabschiedet werden oder nicht. Vorteile des Konsensprinzips/ des 5 stufigen Konsensfindungsprozesses:

- Die sehr heterogene Mitglieder-Struktur von attac wird zusammengehalten und das Netzwerk zerreißt nicht
- Die Diskussions- und Streitkultur wird merklich verbessert
- Fraktionsbildungen innerhalb von Attac werden vermieden
- Endlose, fruchtlose Debatten und "Zerreißproben" durch knappe Kampf Abstimmungen finden nicht statt

Diese Regelungen wurden nicht eingehalten:

Nach dem ersten Wahldurchgang, der an 16 Vetos scheiterte, wurde vor dem Konsensgesprch **via Mehrheitsentscheidung** beschlossen, das Konsensverfahren für den 2. Wahlgang auszusetzen und statt dessen **eine Mehrheitsentscheidung** zuzulassen. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Selbstverständnis von Attac.

Das wäre so, als würde man die Regelung, Grundgesetzänderungen nur mit 2/3 Mehrheit zuzulassen, mit einer einfachen Mehrheitsentscheidung aussetzen können. Ganz Attac wäre mit wehenden Fahnen auf den Barrikaden, um dies zu verhindern, weil dann bei jeder strittigen Frage eine einfache Mehrheit genügen würde, um das Grundgesetz zu ändern.

Eigentlich hätten alle Gremienmitglieder ans Mikrofon gehen müssen, um diesen Regelbruch zu verhindern. Stattdessen wurde mir (Micha) verwehrt, dies zu tun. Das Konsensgesprch war dann kein Echtes mehr, weil bei den Antragsteller*innen kein Anlaß mehr da war, auf die Vetoleute zuzugehen. Es fand ein rein machtpolitisches Agieren statt, das unserem Grundverständnis von Zusammenarbeit entgegensteht.

Nach diesem Ratschlag sind bereits Menschen aus Attac ausgetreten. Weitere werden austreten, wenn dieser Bruch mit unserer basisdemokratischen Grundlage nicht rückgängig gemacht wird.

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Zusammenfassungen/20090519_Regelsammlung.pdf

Erstunterschriften:

Micha Amiri, noch Mitglied von Attac München

Christiane Hansen, attac München

Antje Kirchner, Mitglied des Attac Rats, BAG Globalisierung und Krieg

Barbara Volhard, Attac Freiburg, BAG WTO und Welthandel

Christian Weber, Attac Würzburg

Ingeborg Schellmann, Attac Halle

Franz Eschbach, Mitglied des Attac-Rats, BAG Globalisierung und Krieg, Attac Karlsruhe

Silke Jehnert, Attac Halle

Marie-Dominique Vernhes, Mitglied des Attac-Rats, Attac Hamburg, BAG Europa + EKV, PG Soziale Frage, SiG-Redaktion

Irene Himbert, Mitglied des Attac-Rats, BAG Globalisierung und Krieg, Attac Untere Saar

Reinhard Frankl, BAG Globalisierung und Krieg, Attac Aschaffenburg-Miltenberg

Remi Fiedler, Attac Berlin

Werner Heinz, Attac Frankfurt, Mitglied des Rats
Uta Wagner, Attac München
Franz Rieger, Attac München
Margot Rieger, Attac München
Henning Ludwig, Attac München
Klaus-P. Schleisiek, Attac Aachen
Birgitt Kerres, Attac Aachen
Anne Schulze-Allen, Attac Dortmund
Till Strucksberg, Attac Dortmund
Raul Claro, Attac München

5.6 Vorschlag Cottbus Rehabilitierung und Freischaltung Website

Antrag an den Attac-Frühjahrsratschlag 2022 auf sofortige Rehabilitierung unseres Gruppen-Mitgliedes und Freischaltung unserer Regionalgruppen-Homepage

Da unser Antrag trotz Dringlichkeit beim letzten Herbstratschlag aus Zeitgründen nicht mehr behandelt wurde, reichen wir ihn hiermit erneut ein. Wir bitten um vorgezogene Behandlung, da das öffentlich-aktive Leben unserer kleinen Ortsgruppe davon abhängt.

Wir, die Attac-Gruppe Cottbus, beantragen mit sofortiger Wirkung die volle Rehabilitierung unseres Mitglieds Ralph Schöpke und die Freischaltung unserer Attac-Homepage aus folgenden Gründen:

1. Keine der Aussagen eines unserer Mitglieder ist justiziabel! Es gibt keine Belege, dass wir uns durch unsere Aussagen auch nur im Geringsten eines Vergehens schuldig gemacht haben.
2. Alle der Aussagen unserer Mitglieder sind von der Meinungsfreiheit gedeckt! Wir haben niemanden beleidigt, wir grenzen niemanden aus, wir bedrohen niemanden.
3. Zitate historischer Persönlichkeiten, um Sachverhalte zu verdeutlichen, sind vom KoKreis mit Absicht fehlinterpretiert worden, um Vorwürfe konstruieren zu können.
4. Die Vita und das politische Verhalten all unserer Mitglieder zeigt eindeutig, dass von 'Rechtsoffenheit' nicht im Geringsten die Rede sein kann. Den Mitgliedern dieses vorzuwerfen, hat schon verleumderische Züge und wir verwahren uns aufs energischste dagegen.
5. Beschuldigten gibt man in einem Rechtsstaat die Möglichkeit der Anhörung. Der Ausschluss erfolgte aber ohne jegliche Anhörung. Das ist eine Frechheit. Selbst die Hexen bei der Inquisition wurden angehört, auch wenn es eigentlich egal war, was sie sagten.
6. Der wahre Grund, weshalb von der Attac-Spitze so scharf gegen Attac-Cottbus vorgegangen wird, zeigte sich deutlich daran, wie der Quelltext unserer vom Bundesbüro auf Beschluss des KoKreises abgeschaltete Webseite mit ASCII-Arts verschandelt (überschrieben) wurde und wie dann auch noch mit dem Verantwortlichen umgegangen wurde.

Aussagen, wie 'DEEP STATE IS HERE - Wir impfen euch alle' sind einer Organisation wie Attac unwürdig, zeigen aber wo der aktuelle Geist der Attac-Führung gerade hingeht, wenn der dafür Verantwortliche immer noch als Attac-Web-Team-Mitglied in Amt und Würden ist.

Alle Vorwürfe, wir oder einzelne von uns hätten gegen den Attac-Konsens verstoßen, sind haltlos. Die Mindeststandards eines Ausschlussverfahrens wurden nicht eingehalten und somit ist die volle Souveränität der Attac-Gruppe Cottbus sofort wiederherzustellen.

Demokratie braucht Debatte, ansonsten gleitet sie in eine Diktatur ab. Mangelndes Kritikverständnis ist immer der Anfang vom Untergang, das kennen wir als Ostdeutsche noch aus eigener Erfahrung. Wir brauchen zum Austausch unserer Vorstellungen von einer anderen, besseren, friedlichen Welt eine vertrauensvolle, offene Debattenkultur mit allen Menschen, denen es wie uns darum geht, Forderungen mit allgemeinen Gültigkeitscharakter zu erarbeiten. Dies als Rechtsoffenheit zu bezeichnen, zeigt die Engstirnigkeit und den Dogmatismus, der bei Attac Einzug gehalten hat.

Die kritische Haltung von einigen Attac-Mitgliedern gegenüber den Corona-'Schutzmaßnahmen' wurde und wird durch den KoKreis und das Bundesbüro negativ bewertet. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Analysen aus 2 Jahren Corona-Pandemie-Ausnahmezustand und daraus resultierenden Problemen für unsere Demokratie findet bis heute nicht statt.

Schadet Regierungskritik dem Versuch, die Gemeinnützigkeit von Attac-Deutschland e. V. wiederzuerlangen?

Wie aber wollen wir als Attac je wieder Kritik am neoliberalen Gesellschaftssystem üben, wenn wir mit Unterwürfigkeit, Selbstzensur und Bestrafung agieren?

Die vom Herbstratschlag beschlossenen Unvereinbarkeitsregeln sind zu streichen. Die Unvereinbarkeit nach dem ATTAC-Selbstverständnis von 2006 reicht vollkommen aus.

Eine bessere Welt ist möglich - und nötig!

Attac Gruppe Cottbus

5.7 Vorschlag Dortmund Abgrenzung

Vorschlag der RG Dortmund

Beschluss der Regionalgruppe Dortmund (Plenum v. 7.3.)

Antrag zum Frühjahrsratschlag

"Bei der Beteiligung von Attac an Demonstrationen und Veranstaltungen ist selbstverständlich auszuschließen, dass Aufrufe unterstützt werden, an denen auch Rechtsextremist*innen beteiligt sind. Auch das Auftreten von Redner*innen aus diesem Spektrum schließt eine Beteiligung von Attac aus. Die Tatsache, dass auf solchen Demonstrationen oder Veranstaltungen einige Rechtsextremist*innen gesichtet werden, darf jedoch nicht zu der Forderung führen, dass wir uns dort fernzuhalten hätten ("Kontaktschuld")."

Begründung:

Es ist offensichtlich, dass wir jede Möglichkeit einer Beteiligung an Aktivitäten auf der Straße oder an Veranstaltungen verlieren, wenn schon das Auftauchen von Rechtsextremisten dazu führen müsste, dass Attac fern bleibt. Das würde auch dem Sinn unserer Organisation als "aktionsorientierte Bildungsorganisation" entgegen laufen. Selbstverständlich ist eine Beteiligung auszuschließen, wenn diese Menschen als Redner*innen eingeladen werden oder sie am Aufruf beteiligt sind. Sollten sie sich als Organisation (mit Organisationsfahnen oder Organisationstransparenten) beteiligen, müssen sie sofort ausgeschlossen werden (was auch polizeirechtlich möglich ist).

5.8 Vorschlag Basisdemokratische Debatte Selbstverständnis

Antrag an den Frühjahrsratschlag am 9./10. April 2022

(Leicht geändert gegenüber der ersten Version)

Der Ratschlag beschließt eine basisdemokratische Debatte zum Selbstverständnis und zur Struktur von Attac Deutschland, die von Rat und KoKreis zu organisieren ist. Dafür erarbeiten die Vertreter*innen unterschiedlicher Positionen im Rat jeweils unterschiedliche Vorschläge, die dann an alle RGen, BAGen und MGOen zur weiteren Debatte versandt werden.

Begründung:

Die Struktur einer Gruppierung, Organisation oder Bewegung ist abhängig von ihrem jeweiligen Selbstverständnis. Also: Wozu gibt es Attac überhaupt, was will es, was sind seine Ziele? Erst wenn das geklärt ist, kann eine Strategie auf diese Ziele hin entwickelt werden. Dazu benötigt Attac eine Struktur, die die Entwicklung seiner Strategie unterstützt und möglich macht. Die aktuelle Struktur mit einer Regelsammlung, die von jeder politischen Position her beliebig im je eigenen Interesse auslegbar ist, hilft bei Konflikten jedoch nicht und droht die Glaubwürdigkeit von Attac zu untergraben.

Struktur und Selbstverständnis müssen also einander entsprechen. In der Sicht vieler Attacies trifft das bei Attac D nicht mehr zu. Entscheidungen des KoKreises werden offenbar ohne Absprache mit dem Rat getroffen (obwohl der Rat doch dem KoKreis den Rahmen vorgeben sollte), geschweige denn dass die Basis von Attac, also RGen, BAGen, MGOen und Einzelmitglieder davon wissen. Der Konflikt um Attac Hamburg macht mehr als deutlich, wie dringend eine attac-interne Debatte darüber jetzt geworden ist und auch, dass sie schon letztes Jahr hätte geführt werden müssen. Zentral ist dabei die Frage: Was soll als „rechts-offen“ gelten, und wie soll damit umgegangen werden? Wie der Konflikt zeigt, gibt es mindestens zwei Positionen dazu, vielleicht aber auch mehrere, und das muss solidarisch attac-intern geklärt werden, bevor die ganze Sache die Glaubwürdigkeit von Attac D beschädigt, was dann auch negative Auswirkungen auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das BVerfG haben dürfte. Es gibt bereits Attacies, die

nicht mehr an eine attac-interne Lösung des Konflikts glauben und daher erwägen, mit ihrem Austritt aus Attac an die Öffentlichkeit zu gehen weil sie sich wegen der Reaktionen des Kokreises auf die Hamburger Demo für dieses Attac „schämen“. Sie sind aber bereit, das Ergebnis der auf diesen Antrag folgenden Debatte noch abzuwarten.

Im Zusammenhang mit der Klärung von Positionen betrachte ich meine schon im letzten Jahr an den Rat gestellten Fragen (Anhang) als Teil dieses Antrags. Denn sie beziehen sich auf eine Position, die von Werner Rätz formuliert wurde und es sollte geklärt werden, ob diese Position für ganz Attac D gelten kann.

Ich schlage vor, trotz der offensichtlich festgefahrenen Fronten in der Debatte auf gegenseitige Vorwürfe (wie sie jetzt schon zum Thema Hamburg zirkulieren) zu verzichten, denn sie führen nicht weiter. Vielmehr sollte eine sachliche Vor-Debatte im Rat klären, **wie viele und welche Positionen es zu Selbstverständnis und Struktur von Attac gibt**, denn beides hängt zusammen. Dann sollten die jeweiligen Vertreter*innen ihre Positionen schriftlich formulieren und erläutern, und dann könnten diese Papiere gleichzeitig an alle RGen, BAGen, MGOen gehen mit der Aufforderung, diese Positionen auch innerhalb ihrer Gruppen zu debattieren.

Ziel sollte sein:

ein Ratschlag, bei dem eine auf diese Weise informierte Basis noch einmal übergreifend debattiert und zu Beschlüssen kommt.

Anhang:

Barbara Volhard: **Fragen an den Attac-Rat**

Es geht – darüber muss endlich geredet werden – um **die politische Grundausrichtung von Attac**, und dazu hat Werner Rätz auf der Diskussionsliste am 25.03.21, 07:02 einiges offen gelegt. In einer Reaktion auf Mike Nagler schreibt er:

"Ich war ja nun wirklich von Anfang an dabei und habe alle Phasen mit geprägt. Attac war zu Beginn ein Netzwerk, das sehr bewusst die Wege bis weit in die CDU und den rechten Teil der Grünen ebenso offengehalten hat wie in den Mainstream der Gewerkschaften und der SPD, also in deiner Terminologie ein Zusammenhang, der bewusst und betont "bürgerlich" sein wollte. Dafür standen fast alle einflussreichen Individuen der Gründergeneration außer mir ganz ausdrücklich und wir haben viel darüber gestritten.

Erst in den letzten zehn Jahren hat sich Attac zu einem Akteur gewandelt, der sich selbst als Teil der Linken versteht und und auch so wahrgenommen wird. Allerdings haben wir uns der Bewegungslinken angenähert, mit der wir bei Blockupy, aber auch schon in Heiligendamm auf der Straße waren, und nicht der traditionssozialistischen Altlinken, die ihre Orientierungen noch aus den 80er-Jahren zieht."

Ich bin 2002 bewusst und aus guten Gründen in jenes überparteiliche Attac eingetreten, das breite Gemeinsamkeit suchte auf dem Weg in eine *mögliche andere Welt* bei klarer Abgrenzung nach rechts. Dieser erstaunlich offenherzige Text von Werner wirft daher für mich einige Fragen auf:

1. Mit wem wurde diese so grundsätzliche Umorientierung von Attac debattiert und vor allem: auf dem Ratschlag beschlossen?
2. Welchen konkreten Niederschlag hat das Ergebnis dieser Debatte in der Definition dessen, „was Attac ist“ gefunden?
3. Steht diese neue Definition von Attac auf der Webseite und wie lautet sie im Gegensatz zu der vorherigen Definition?
4. Waren sämtliche Regionalgruppen und Mitgliedsorganisationen an dieser Umorientierung beteiligt und tragen sie sie mit bzw. wissen sie überhaupt davon?
5. Wurden die Attac-Mitglieder von dieser Umorientierung von Attac informiert, um entscheiden zu können, ob sie unter diesen Umständen noch dabei bleiben wollten?

Dazu kommen strukturelle Fragen:

6. Wie demokratisch ist Attac überhaupt, wenn eine Person praktisch die Richtung bestimmt?
7. Ist es demokratisch, dass ein Einzelner, der nie in den Kokreis gewählt wurde, weil er von einer Mitgliedsorganisation dorthin entsendet wurde (seine Kokreis-Mitgliedschaft also einer Art Abstammungsrecht verdankt), daher auch nie abgewählt werden kann, jahrzehntelang dort einen so tiefgreifenden Einfluss auf das Selbstverständnis des Netzwerks nehmen kann, dass es sich völlig wandelt, ohne dass gesichert wurde, dass alle Beteiligten und davon Betroffenen das mittragen bzw. überhaupt davon wissen?
8. Müsste nicht endlich der Status der Mitglieder, die mal welche sind, mal nicht, einschließlich ihrer Rechte und Pflichten geklärt werden?

Es hilft nichts: Das alles muss breit in Attac debattiert werden und die eine Ratsklausur am kommenden Wochenende wird nicht reichen. Eine Chance, die die Pandemie uns aber eröffnet ist ja, dass wir jetzt alle mit Videokonferenzen umzugehen gelernt haben, also auch häufiger welche veranstalten und so – vor allem unter breiterer Beteiligung – weiter debattieren können.

Barbara Volhard, Attac-Aktivistin seit 2003 und ehemaliges Ratsmitglied (2007-2009)

5.9 Vorschläge der AG WeWi Finanzen

Vorschläge an den Attac Frühjahrsratschlag 2022:

6.10 Vorschläge AG „Weltwirtschaft und Finanzmärkte“ RG FfM

Drei Anträge an den Attac Herbst-Ratschlag 2021 (erstmalig eingereicht):

Zur Organisation und Struktur von Attac DE

Antragsteller: Dieter Fornoni, Patrick McIntire, Konrad Mohrmann, Siegfried Müller-Maige, Werner Heinz (Mitglieder der AG „Weltwirtschaft und Finanzmärkte“, Frankfurt/Main)

1. Wahlperiode Bundes-KoKreis und Rat

Die Wahlperiode für beide Gremien wird auf zwei Jahre verlängert. Eine Wiederwahl ist zweimal hintereinander möglich. Auch eine erneute Wiederwahl nach weiteren vier Jahren ist möglich.

2. Kandidatur für Bundes-KoKreis und Rat

KandidatInnen müssen die Unterstützung einer Regionalgruppe oder AG haben. KandidatInnen aus einer Mitgliedsorganisation müssen im Ratschlag über ihre Organisation berichten und nachweisen, dass sie diese in Attac vertreten.

3. Klärung von Fragen (siehe Begründung unten), die beim Herbst-Ratschlag 2022 diskutiert und abgestimmt werden sollen

Hierzu wählt der Ratschlag eine kleine aber repräsentative Gruppe von Attac-Mitgliedern (je 2-3 Mitglieder aus Regionalgruppen, KoKreis und Rat).

Begründung:

Wer Attac inhaltlich erneuern will ¹ braucht eine effektive Arbeitsweise und -struktur. Diese sind, wie sich gerade in den letzten Monaten einmal mehr gezeigt hat, aktuell in Attac DE nicht gegeben. Das hängt aus unserer Sicht vor allem an unserer Organisationsstruktur und damit zusammenhängenden Verfahren. Diese wurden vor über 20 Jahren festgelegt und trugen den damaligen Anforderungen sicherlich Rechnung. Diese Anforderungen haben sich aber verändert, auch weil inzwischen neben Attac vielfältige zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen aktiv sind, mit denen Attac organisatorisch zusammenarbeitet und z.T. auch personell verflochten ist.

¹ So beispielsweise angestrebt mit dem von Thomas Eberhardt-Köster vorgelegten Papier „Globalisierung neu denken“.

Tatsächlich glauben wir, dass über die inhaltlichen Ziele des in Fußnote 1 genannten Papiers im Kern weitgehende Übereinstimmung herrscht, dass wir uns aber aufgrund von Problemen in den Strukturen und Verfahren zur Entscheidungsfindung kaum über konkrete Inhalte verständigen können. Vielen Aktivisten sind diese Strukturen ² sowie deren Zustandekommen, Aufgaben, Verantwortungen usw. vielleicht kaum bekannt, obgleich sie großen Einfluss auf die Wirkung unserer Arbeit nach Außen haben, aber auch auf die Effektivität im Innern.

Deshalb besteht aus unserer Sicht Anlass, die Organisation und Struktur der Attac-Gremien zu überarbeiten.

Dabei sollte folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Wie wird man Mitglied im Ko-Kreis und Rat (Wahlverfahren), ist die Mitgliederzahl optimal, welche Funktion haben dabei die Regionalgruppen und AGs? Hier sind auch die Wahl- bzw. Entsendungsverfahren kritisch zu überprüfen.
- Für welchen Zeitraum gilt die Wahl? Ist dieser noch angemessen? (diese Frage erübrigt sich, wenn Antrag 1 angenommen wird)
- Über welche Kompetenzen verfügen Ko-Kreis und Rat? Über welche sollte sie verfügen?
- Welche sind immer wieder geäußerte Kritikpunkte an der Arbeit von Ko-Kreis und Rat? Wo besteht welcher Verbesserungsbedarf?
- Was ist erforderlich, um die Kommunikation/Zusammenarbeit zwischen Regionalgruppen/Bundes-AGs und Ko-Kreis und Rat zu verbessern/verstärken?
- Sollten KoKreis-Mitglieder wirklich im Rat sein? Der Rat soll doch dem KoKreis den Entscheidungsrahmen setzen!
- Wie können Arbeit und Entscheidungskompetenzen des Ratschlags (der AttacVollversammlung) verbessert werden?
- Was genau tut der Trägerverein, wer sind die Mitglieder, welche Aufgaben und Verantwortungen hat er?
- Entspricht das Konsensprinzip mit der Vetosperrklausel von 10% der Abstimmenden noch den aktuellen Anforderungen?

Wir haben die personelle Zusammensetzung des KoKreis für 18 von 19 Legislaturperioden beispielhaft analysiert. Das Ergebnis in Bezug auf die Verweilzeiten der Mitglieder ergibt folgendes Bild: Von den insgesamt 107 Menschen, die im Kokreis gewesen sind bzw. noch vertreten sind, waren 66 nur für ein oder zwei Jahre im KoKreis. Dem gegenüber stehen 15 Menschen, die sechs und mehr Legislaturperioden im KoKreis gewesen sind bzw. noch sind. Durchgängig ist zu erkennen, dass es über die gesamte Zeit „Kernteam“ gegeben hat, die natürlich gegenüber den eher peripheren Mitgliedern der KoKreis über „Insiderwissen“ verfügten bzw. verfügen, das heißt, den Kokreis eigentlich steuern. Bei den komplexen, außergewöhnlichen Verfahrensweisen von Attac kann das kaum ausbleiben und ist nicht notwendig Ausfluss von Machtstreben.

² Insbesondere: Trägerverein und Netzwerk, Ratschlag, Rat und Bundes-KoKreis, Regionalgruppen und AGs, Mitgliederorganisationen und Einzelmitglieder.

Unter den „Langzeit-Mitgliedern“ des Kokreis ist der Anteil derer, die über das Ticket „Vertreter von Mitgliedsorganisationen“ einen Sitz im Kokreis haben, auffällig hoch. Gleichzeitig ist der Kreis der Mitgliedsorganisationen, die im Kokreis vertreten sind, gering. Die Vorstellung, dass durch den entsprechenden Passus im Attac-Statut die gesellschaftliche Vernetzung eine breite Basis sich bilden wird, hat sich nicht wirklich erfüllt.

5.10 Vorschlag Discourse

Antrag an den Ratschlag

zur neuen Attac-Diskussionsliste mit dem Discourse-Tool

9.9.2021 (überwiesen vom HRS 2021)

- 1 Die neue Diskussionsliste mit dem Discourse-Tool wird beendet.**
- 2 Der Ratschlag beschließt, dass die alte Allgemeine Attac-Diskussionsliste wieder eröffnet wird, und weist den Kokreis an, dies zu tun.**

34 Erstunterschriften

Michaela Amiri, Attac München

Renate Börger, Attac München

Marianne Bohrer Attac untere Saarja

Hans Hermann Bohrer Attac untere Saarja

Franz Eschbach, Attac Karlsruhe, BAG Globalisierung und Krieg, Attac-Rat

Solveig Feldmeier, Attac Anhalt

Christiane Hansen attac München AG Europa

Günter Küsters., Attac-Rat, BAG Globalisierung und Krieg., Mitglied der Attac -Mitgliedsorganisation IMI

Irene Himbert, Attac Untere Saar, Attac-Rat, BAG Globalisierung und Krieg

Andreas Hoffmann, Attac Regensburg, Attac-Rat, AG Europa

Werner Horch, Attac Hamburg

Elke Hügel, Attac Freiburg

Heiner Hügel, Attac Freiburg

Martina Jäger, Attac Würzburg, Attac G&K, Attac Rat

Silke Jehnert, Attac Halle ja

Antje Kirchner, Attac-Gruppe Cottbus, Attac-Rat, BAG Globalisierung und Krieg

Karl Kneisner, Attac Hamburg

Henning Ludwig, Attac München

Carsten P. Malchow, attac Lübeck, attac-Rat

Mike Nagler. Attac Leipzig, GlobaLE Festival

Franz Rieger, Attac München

Margot Rieger, Attac München

Dr. Werner Rügemer, Mitglied des aufgelösten WB

Wolfgang Scheer Attac Hamburg

Ingeborg Schellmann, Attac Halle, AG Europa, Mitglied des Rats

Richard Schmid, Attac Anhalt

Max Steinberger, Attac Hamburg

Bettina Steinberger, Attac Hamburg

Martin Steiner, Attac Freiburg

Eilhard Stelzner Attac Itzehoe

Marie-Dominique Vernhes, Attac Hamburg, Attac-Rat, Europa- und EKV-BAG,
Barbara Volhard, Attac Freiburg, BAG WTO und Welthandel
Carl Waßmuth, Attac Berlin, Wiss. Beirat bis 04/21
Peter Wahl, Mitbegründer von Attac und des Wissenschaftlichen Beirats (WB)
Dani Dörper, Mitglied des Attac-Rats, AG Europa, Attac Mannheim

Begründung

1. Entstehung und Einführung des Discourse-Tools

Seit Anfang April 2021 ist die alte attac-diskussionsliste geschlossen. Stattdessen gibt es die neue Diskussionsliste, für die das Tool „Discourse“ verwendet wird.³

Das Ende der alten Diskussionsliste beschloss der Kokreis, obwohl er nur für die Durchführung von Beschlüssen des Rats wie des Ratsschlags zuständig ist, nicht aber für Neuerungen dieser Art, und obwohl er selbst zunächst die Zuständigkeit des Rats annahm.⁴

Auf der Ratssitzung am 24.4./25.4. wurde beantragt, die ursprüngliche allgemeine Attac Diskussionsliste wieder zu eröffnen. Obwohl in die TO aufgenommen, wurde über den Antrag weder am 24./25.4. noch am 30.05. abgestimmt.⁵

2. Allgemeine Möglichkeiten des Discourse-Tools über Internet recherchiert⁶

a) Erstellung eines Profils

Über Benachrichtigungsstufen „Verfolgen“ oder „Beobachten“ können Nutzer und Nutzerinnen mit Hilfe eines Algorithmus automatisch beobachtet werden. Jedes neue Mitglied wird in die Kategorie aufgenommen. Einen Zugriff hierauf haben die Nutzer und Nutzerinnen nicht.

Nutzungsaktivitäten sowie Teilnahmehäufigkeit werden erfasst.

Diese Daten können gefiltert und sortiert sowie das Verhalten und die Reaktionen aller bewertet werden. Etwa so: A mag den Inhalt von B und A antwortet auf den Inhalt von B. Die Datenstruktur ermöglicht eine vollständige Vernetzung Benutzer zu Inhalten.

So entsteht ein Profil über jeden und jede, ohne dass dies nach außen erkenntlich ist.

b) Automatische Einwilligung in die Nutzung der eigenen Daten für Forschungszwecke.

Wer etwas posten möchte, darf dies nur nach Beantwortung von vorgegebenen Fragen. Die Antworten werden dann als Einwilligung in die Nutzung zu Forschungszwecken interpretiert. Es heißt: „Wir interpretieren diese Abfolge von Ereignissen folgendermaßen: Der Benutzer hat sein Einverständnis gegeben, an einem Forschungsprojekt mit Edgeryders teilzunehmen, und er hat die Art seiner Rolle in der Übung verstanden.“ (s. Fussnote 4)

c) Löschung von Beiträgen und Nutzern

³ <https://diskussion.attac.de/login>

⁴

https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Kokreis/Protokolle/2021/KoKreis_Protokoll_09_2021.pdf

⁵ https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Antraege/20210417_Antrag_Attac-Diskussions-Mailingliste.pdf

⁶ <https://edgeryders.eu/t/discourse-admin-manual/6647> und [https://de.wikipedia.org/wiki/Discourse_\(Software\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Discourse_(Software))

Unter bestimmten Bedingungen kann der Administrator Nutzer und Beiträge löschen. Allerdings sind die gelöschten Einstellungen „anschließend wieder auf die vorherigen Werte zurückzusetzen, da sie als Schutz gegen versehentlich oder absichtlich von Mitarbeitern verursachte Schäden dienen.“⁷ Mit anderen Worten sie sind offiziell gelöscht, intern jedoch nicht.

d) Missbrauch einer Anmeldung

Der Administrator kann ein Konto für einen Benutzer anmelden, der gar nicht versucht hat, sich anzumelden.⁸

e) Erstellung und Herunterladen von Profilbildern von Kategorie-Beitragenden in Massen

Es ist möglich, Profilbilder von allen Personen zu erstellen, die zu einer bestimmten Kategorie und deren Unterkategorien beigetragen haben. Über ein Massendownload können diese Profilbilder in ein ausgewähltes Verzeichnis übertragen und für Publikationen verwertet werden. Möglich ist ferner ein Massendownload dieser links.

f) Allgemeines Abfragen von Daten

Die sog. SQL-Abfrage (Structured Query Language, deutsch: Strukturierte Abfrage Sprache) ermöglicht es, alle Daten, die auf Discourse gespeichert sind, abzufragen. Dies ist ein Mittel für den Administrator und kann für einzelne oder alle anderen gesondert zugelassen werden. Damit ist eine individuelle oder allgemeine Abfrage und eigene Auswertung ermöglicht.

g) Besonderheiten der Anmeldung

Aus den Anmeldungen kann gefiltert werden, ob und wie viele Benutzer sich über soziale Logins anmeldeten: z.B. 5 Google-Anmeldungen 8 Twitter-Anmeldungen 4 Facebook-Anmeldungen 4GitHub-Anmeldungen.

h) Gestufter Zugang

Mit erstmaligem Zugang wird man eingestuft: „neu“, „einfach“, „Mitglied“, „regelmäßig“ und „Leiter“

Je nach Stufe sind Nutzungen gestaffelt: Hyperlinks posten, Bilder oder Dateianhänge posten, private Nachrichten verschicken, Beiträge oder Themen markieren etc.

i) Nutzer mit besonderem Vertrauen

Nutzer, die mit der Zeit das Vertrauen der Community verdient haben, können bei der Verwaltung der Community mitwirken. Sie können verschiedene Grade erreichen und sogar Titel mitbearbeiten sowie helfen, Themenkategorien zu ändern, bis hin zum Recht der globalen Bearbeitung für alle Themen oder Beiträge.⁹

j) weitere Kontrollmöglichkeiten¹⁰

Der Administrator hat Zugriff auf die privaten Nachrichten des Nutzers.

Das Profil des Nutzers ist versehen mit der Anzahl der offiziellen Verwarnungen, der Suspendierungen und der Flaggen die er erhalten oder vergeben hat.

7 <https://edgeryders.eu/t/discourse-admin-manual/6647>

8 <https://edgeryders.eu/t/discourse-admin-manual/6647>

„Der Admin-Benutzer würde einfach simulieren, dass der Benutzer das Anmeldeformular ausfüllt, und dann als Admin-Benutzer zur Kontoaktivierung und zum Anlegen des verbundenen Kontos auf einer Edgeryders-Community-Seite vorgehen. Achten Sie dabei besonders darauf, die richtige E-Mail-Adresse zu verwenden, da der Prozess es ermöglicht, Konten (und E-Mails von diesen Konten) für Personen zu erstellen, die nie eines wollten“.

9 <https://blog.discourse.org/2018/06/understanding-discourse-trust-levels/>

10 <https://meta.discourse.org/t/discourse-moderation-guide/63116>

Seine Einstellungen können eingesehen und geändert werden, so z.B. nicht-öffentliche Informationen wie beispielsweise seine Registrierung und die zuletzt verwendete IP-Adresse.

Nutzer können zum Schweigen gebracht, gesperrt und ihre Vertrauensstufe „angepasst“ werden. Stumm geschaltete Nutzer können dann keine neuen Themen, Beiträge, Flaggen auf der Website erstellen. Sie können nur noch Beiträge „ liken“ und Themen lesen. Gesperrte Nutzer können sich nicht mehr einloggen und keine Aktionen durchführen.

k) Verlinkung zu Social Medias wie Facebook etc und Google Analytics

Discourse unterstützt gängige social-Login-Methoden sowie lokale Logins, und ist mit Google Analytics verknüpft.¹¹

Gespeichert werden: Sitzungsdauer, Absprungrate, Ansehen von Kontaktdaten, Ansehen von Bewertungen, Abspielen von Medien, Herkunft des Benutzers (E-Mail oder Google-Suche o.a.)

Google Analytics verknüpft diese Daten mit Suchanfragen und demografischen Daten, die nicht auf dieser Website gesammelt wurden.

Google Analytics ist äußerst umstritten.¹² Es ermöglicht ein umfassendes Benutzerprofil. Die Daten werden in den USA bei nach deutschen und EU--Recht ungesichertem Datenschutz gespeichert.

3. Finanzierung des Tools Discourse, seine Zielsetzung und eine allgemeinen Bewertung

Discourse wird von den Risikokapitalunternehmen First Round Capital, SV Angel und Greylock Partners mit einem gebundenen Kapital von zwei Milliarden Dollar finanziert.¹³ Ziel ist es, durch eingebaute Moderations- und Governance-Systeme die Diskussionsgemeinschaften „vor Trollen, Spammern und böartigen Akteuren und dies ohne offizielle Moderatoren zu schützen“. ¹⁴

Weil Google Analytics integriert ist, wird dies kritisch als ein Echtzeit-Labor des Verhaltens verstanden und als Entmündigung der Nutzer bewertet. ¹⁵

Dies ist bei Rainer Mühlhoff, einem Philosophen, in seiner Schrift „Big Data is watching you“ nachlesbar.¹⁶

4. Neuerungen der Liste mit Discourse Tool und Vergleich mit der alten Diskussionsliste

a) Zur alten Allgemeinen Attac Diskussionliste

Die alte Allgemeine Attac Diskussionliste ermöglichte eine universale Diskussion, die über die Themen der Attac-AGs, PGs und Regionalgruppen hinausging. Die Themen waren unmittelbar zugänglich und konnten direkt beantwortet werden. In der neuen Diskussionsliste mit dem Discourse Tool sind die Themen fragmentiert. Überschneidungen sind nicht sofort ersichtlich. Das verhindert eine sinnvolle Fortsetzung der Diskussion.

11 <https://www.discourse.org/integrations>

12 https://de.wikipedia.org/wiki/Google_Analytics

13 [https://de.wikipedia.org/wiki/Discourse_\(Software\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Discourse_(Software))

14 <https://blog.codinghorror.com/civilized-discourse-construction-kit/>

15 <https://www.discourse.org/integrations>

16 https://docs.rainermuehlhoff.de/m%C3%BChlhoff_2019_big-data-is-watching-you_prepub-2018-10-03.pdf

Außerdem galten für sie eine Nettiquette und eine Administrationsregel, die angemessene Sanktionen und detaillierte Vorgaben enthielt.¹⁷ Sie hätten bei sorgfältiger Kontrolle alles Fehlverhalten einhegen können.

b) Zur neuen Diskussionsliste mit dem Discourse Tool

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige Aspekte genannt.

(1) Profiling

Entgegen der alten Liste erstellt die neue Liste ein Profil der Nutzer und Nutzerinnen. Für die alte Liste galt dagegen die allgemeine Attac Datenschutzregelung, die unter Ziff. 8 ein Profiling ausdrücklich verneint. Sie gilt noch heute.¹⁸

Ein Profiling findet jetzt statt.¹⁹ Bei Aufruf eines Teilnehmers oder einer Teilnehmerin werden viele Daten ersichtlich, und zwar für jeden: Unter der Rubrik „Statistiken“ sind die Zahl der Besuchstage, die Lesezeit, die aktuelle Lesezeit, die betrachteten Themen, die gelesenen und gestellten Beiträge, die erstellten Themen, die likes, die besten Themen, die besten Beiträge, die besten Links, die häufigsten Antworten, häufigsten Likes für etwas und von wem zu erfahren..

Unter „Aktivität“ ist ersichtlich, zu welchen Themen, welche Beiträge der Nutzer/ die Nutzerin veröffentlichte und welche und wie viele likes auf den Nutzer/die Nutzerin entfallen.

Die Rubrik „Abzeichen“ gibt Auskunft über folgende „Bewertungen und Daten“: Anwärter, Bearbeiter, Enthusiast, Erster Like, Erster Link, Erstes Zitat, Mitglied, Richtlinien gelesen und Willkommen, d.h. hat Like bekommen.

All diese Daten kann jeder und jede über jeden und jede auf diesem Forum nachlesen. Sie sind öffentlich. Es handelt sich nicht nur um Daten sondern auch um Bewertungen, und zwar nach Kriterien, auf die der/die NutzerIn keinen Einfluss hat. So entsteht ein virtuelles Persönlichkeitsprofil außerhalb der individuellen und ganz persönlichen Bewertung. Es entsteht ein virtuelles Ich.

(2) Ausschluss

Der Betreiber kann ohne ausführliche Begründung dem Nutzer/der Nutzerin mitteilen, dass er/sie nicht mehr befugt ist, das Forum zu nutzen.

Ein Nutzer des Forums wurde ohne Verständigung vom Forum ausgeschlossen, und zwar minutengenau auf 1000 Jahre.

Die Begründung war automatisiert und im Übrigen nicht faktenbasiert.

Eine natürliche Person hatte die Entscheidung nicht unterzeichnet. Eine Nachfrage war nicht möglich, da sich der Entscheider, die Plattformmoderation, mit „no reply“ einer Antwort entzieht.

17 https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/kommunikation/Mailinglisten_Verwaltungs-Moderationsregeln_2018-02-27.pdf

18 <https://www.attac.de/datenschutz>

19 <https://diskussion.attac.de/tos> Die Inhalte, die du im Forum einreichst, gehören dir, und du entscheidest, welche Berechtigung du hast, anderen dafür zu geben. Aber zumindest lizenziest du den Betreiber, Inhalte, die du im Forum einreichst, an andere Benutzer des Forums weiterzugeben. Diese spezielle Lizenz erlaubt es dem Betreiber, Inhalte, die du an das Forum übermittelst, zu kopieren, zu veröffentlichen und zu analysieren.

Eine anderweitige Nachfrage eines Nutzers/einer Nutzerin nach den Gründen der Entscheidung wurde nicht beantwortet.

Die Entscheidung verstößt gegen Art. 22 DSGVO. Danach darf „die betroffene Person“ „nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung“ unterworfen werden.

(3) Änderung der Inhalte im Forum durch den Betreiber

Der Betreiber ist jederzeit berechtigt, Inhalte im Forum beliebig zu ändern, zu bearbeiten und zu löschen. In den Nutzungsbedingungen heißt es:

„Rechtsdurchsetzung: Der Betreiber behält sich das Recht vor, Inhalte im Forum aus irgendeinem Grund zu ändern, zu bearbeiten und zu löschen.“

Eine solche Regelung überschreitet die Grenze zur Willkür. Durch eine nach Art. 6,7 DSGVO erforderliche (freiwillige) Einwilligung des Nutzers/der Nutzerin zu den Nutzungsbedingungen ist dies nicht verbindlich gedeckt.

(4) Streitigkeiten - Rechtswege

Wegen der besonderen Bedeutung dieser Regelung sei hier der volle Wortlaut aus den Nutzungsbedingungen genannt:²⁰

„Streitigkeiten Deutsches Recht wird alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Bedingungen oder deiner Nutzung des Forums regeln.

Du und der Betreiber stimmen zu, Unterlassungsklagen im Zusammenhang mit diesen Bedingungen nur vor einem staatlichen oder bundesstaatlichen Gericht in Berlin zu erheben. Weder du noch der Betreiber werden der Zuständigkeit, dem Gerichtsstand oder dem Gerichtsstand dieser Gerichte widersprechen.

Abgesehen davon, dass du und der Betreiber eine einstweilige Verfügung einholen oder Ansprüche nach dem Computer Fraud and Abuse Act geltend machen müssen, werden du und der Betreiber alle Streitigkeiten durch ein verbindliches Schiedsverfahren der American Arbitration Association lösen. Das Schiedsverfahren folgt den Commercial Arbitration Rules und Supplementary Procedures for Consumer Related Disputes der AAA. Das Schiedsverfahren findet in Berlin, statt. Du wirst alle Streitigkeiten als Einzelperson beilegen und nicht im Rahmen einer Sammelklage oder eines anderen repräsentativen Verfahrens, sei es als Kläger oder als Klassenmitglied. Kein Schiedsrichter wird Streitigkeiten mit anderen Schiedsgerichten ohne die Erlaubnis des Betreibers konsolidieren.(besonders hervorgehoben in den Nutzungsbedingungen

Jeder Schiedsspruch beinhaltet die Kosten des Schiedsverfahrens, angemessene Anwaltskosten und angemessene Kosten für Zeugen. Du und der Betreiber können Schiedssprüche vor jedem zuständigen Gericht einreichen.“

Unklar ist, welches Verfahren gilt, das allgemeine nach deutschem Gesetz oder doch das Schiedsverfahren der American Arbitration Association. Letzteres soll für alle Streitigkeiten gelten. Diese Unklarheit spricht wegen mangelnder Transparenz für die Unwirksamkeit der Regelung.

Ungeachtet dessen sind die Regeln des amerikanischen Schiedsverfahrens nicht aufgenommen und bleiben im Dunkeln. Eine etwaige Einwilligung in die Nutzungsbedingungen durch einen Nutzer/eine Nutzerin wäre insoweit wegen mangelnder Transparenz unwirksam. Art. 5-7 DSGVO

Sammelklagen sind unzulässig. Das bedeutet, dass eine Beteiligung an Musterfeststellungsklagen im Schiedsverfahren unzulässig ist. Kein Schiedsrichter darf sich auf andere Schiedsgerichtsentscheidungen stützen. Damit sind unterschiedliche Entscheidungen trotz gleichen Sachverhalts möglich.

Und schließlich noch ein Wort zu den Kosten. Die Anwaltskosten wie auch die Kosten für Zeugen sollen angemessen sein. Eine Bezugsgröße ist nicht genannt. Damit können sie beliebig festgesetzt werden. Prima vista sind Anwaltskosten, wie sie in den Freihandelsverträgen üblicherweise im vierstelligen Bereich pro Stunde liegen, nicht ohne weiteres ausgeschlossen. Das kommt eine Rechtsverweigerung gleich.

(5) Einwilligung

Um das Forum zu nutzen, sei es als registriertes Mitglied oder als Lesende/r, sind die Bedingungen von Attac Deutschland, als dem Betreiber, zu akzeptieren. In den Nutzungsbedingungen heißt es:

„Um das Forum zu nutzen, musst du diesen Bedingungen mit Attac Deutschland zustimmen, dem Betreiber des Forums.“

Art 5,6 und Art. 7 DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) verlangen eine Einwilligung. Diese muss freiwillig sein.²¹

Auch die Verarbeitung personeller Daten erfordert eine Einwilligung, und zwar eine freiwillige, d.h. es muss eine Wahlmöglichkeit bestehen.

Welche Wahlmöglichkeit hat ein Attacie, wenn einerseits die Vernetzung und der gemeinsame Gedankenaustausch konstitutionelles Element von attac als Netzwerk ist, andererseits das einzige bundesweite Kommunikationsmittel eben diese Liste mit dem discoursetool ist? Es gibt keine Wahlmöglichkeit. Deshalb ist jede Einwilligung unverbindlich.

Hinzukommt, dass jederzeit Änderungen durch den Betreiber und die Moderatoren sowie den Administrator möglich sind. Nutzer und Nutzerinnen sind verpflichtet sind, etwaigen Änderungen ohne Wenn und Aber zuzustimmen.

5. Kommentar

Rechtliche Zweifel bestehen oder sind teilweise evident. **Das informationelle Selbstbestimmungsrecht** wird missachtet. Dieses Recht, 1983 vom Bundesverfassungsgericht

21 <https://dsgvo-gesetz.de/art-7-dsgvo/>

anerkannt, gibt jedem das Recht, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.

Vor allem aber ist das Discourse Tool mit dem Selbstverständnis von attac als Netzwerk und seiner basisdemokratischen Ausrichtung nicht vereinbar. Die alte Allgemeine Attac Diskussionsliste diente dem Austausch unter den Mitgliedern von Attac DE über den Rahmen ihrer Projekt- /Arbeitsgruppen hinaus. Sie bot die Förderung der inhaltlichen und praktischen Vernetzung sowie der Information über Aktionen und Beiträge in und außerhalb von attac.

Die Discourse Liste bietet dies nicht. Schon die Aufteilung in Themenblöcke verhindert eine unmittelbare Übersicht über die einzelnen Beiträge. Zudem sind Überschneidungen der Themen in den Beiträgen nicht direkt ersichtlich.

Die bisherigen Regelungen waren ausreichend. Sie ermöglichten der Administration eine abgestimmte und detaillierte Regelung für Regelverletzungen.²² Warum diese nicht genügen sollte, ist nicht nachvollziehbar.

Es mehren sich die Stimmen in attac, dass rechtsstaatliche Grundsätze als Teil des demokratischen Prinzips nur im Verhältnis zum Staat gelten würden, nicht aber innerhalb von attac. Das ist angesichts des GGs und der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung nicht vertretbar. Es gibt in unserem Rechtsstaat keinen rechtsfreien Raum. Attac sollte sich nicht in den Ruch und in die Nähe der Reichsbürger bringen lassen.

Eine Anmerkung noch zum Schluss. Die Nutzungsbedingungen sind in einigen, und zwar wesentlichen Punkten, absolut unverständlich. Auf eine Lektüre der Nutzungsbedingungen sei verwiesen.

6. Meinungen einiger Nutzer und Nutzerinnen zur Liste mit dem Discourse Tool

„Aber es kommt noch härter. Denn während wir in den Regionalgruppen, der WTO-AG und im NGW gegen multinationale Schiedsgerichte kämpfen, hat der Attac-Trägerverein einen Vertrag mit dem (natürlich privaten) Betreiber von „Discourse“ geschlossen, in dessen Nutzungsbedingungen das Folgende steht:

"Abgesehen davon, dass du und der Betreiber eine einstweilige Verfügung einholen oder Ansprüche nach dem Computer Fraud and Abuse Act geltend machen müssen, werden du und der Betreiber alle Streitigkeiten durch ein verbindliches Schiedsverfahren der American Arbitration Association lösen. Das Schiedsverfahren folgt den Commercial Arbitration Rules und Supplementary Procedures for Consumer Related Disputes der AAA."

Nachdem ich das gelesen habe, traue ich mich nicht mehr, da noch etwas hinein zu schreiben. Oh ja, „eine andere Welt ist möglich“: eine, in der am Ende ein Algorithmus darüber bestimmen wird, ob ich für Attac politisch noch tragbar bin, vielleicht weil ich ein paar Begriffe gebraucht habe, die dem Algorithmus als „rechtsoffen“ einprogrammiert wurden."

„Ich habe mich entschlossen nicht an der Diskussion teilzunehmen, da uns xxx genau das berichtet hat, was ich hier jetzt auch lese. Ich kann also hier nur beitragen, dass ich eine solche Plattform

22 https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/kommunikation/Mailinglisten_Verwaltungs-Moderationsregeln_2018-02-27.pdf

abschreckend finde. Sie führt also dazu, dass niemand mehr diskutieren will. Ist das vielleicht beabsichtigt?“

„Ich werde mich nicht bei Discourse registrieren und verweise auf die gesteuerte und einseitige Kommunikation auf der Plattform.“

„Nach dem unterirdischen Statement von xxx habe ich mich länger mit Discourse beschäftigt. Die Überwachung kann genutzt werden. So ist ersichtlich das xx. und yy. offensichtlich Discourse überwachen. Alle anderen Kokreismitglieder haben sich nicht an Discourse beteiligt. Fast alle Nutzer haben null Aktivität. Übrigens kann ich über den Nutzernamen sehen welche Herzchen die Nutzer vergeben. xx z.B. hat yy viele Herzchen verliehen“

Es scheint so, dass die Nutzer dieses Tool nicht annehmen. es schreiben nur wenige, einigen lesen nur. Eine lebhaft sinnvolle Diskussion sieht anders aus.“

„Wer nicht auf D. ist, bekommt nichts mit. Es gibt keine Transparenz. Wenn du reingehst, darfst du mitspielen, wenn nicht, bist du weg.“

„Ich entdeckte, dass beide Personen sich ähnlich (unter verschiedenen Themenblöcken) geäußert hatten und ich einen Teil meiner Antwort unter dieses Thema hätte packen sollen. Das ist doch ein Zerreißen von Zusammenhängen! Wären wir noch auf der alten Diskussionsliste, hätte ich von beiden gewusst, weil ihre Beiträge mir „ins Haus geflattert“ wären. An einer Debatte, von der du nur durch Zufall – und nur von Teilaspekten – erfährst, kannst du auch nicht qualifiziert teilnehmen. Dieses Tool schließt sowohl Themen wie auch Personen und vor allem die Herstellung von Zusammenhängen aus. Taugt nix für Attac.“

Diese Begründung wird unterschrieben von:

Franz Eschbach, Attac Karlsruhe, BAG Globalisierung und Krieg, Attac-Rat, ja

Heiner Hügel,attac Freiburg

Karl Kneisner, Attac Hamburg

Ralph Schöpke, Cottbus

Ingeborg Schellmann, Attac Halle, Mitglied Attac Rat

Marie-Dominique Vernhes, Attac Hamburg, Attac-Rat, Europa-BAG und EKU-BAG

Barbara Volhard, Attac Freiburg, BAG WTO und Welthandel

Uta Wagner, München

5.11 Vorschlag Attac Diskussionsliste

Die allgemeine Attac-Diskussions-Mailingliste wird von Grund auf neu erstellt und wieder geöffnet

1. wozu soll diese Mailingliste dienen

Die Mailingliste dient

- dem Austausch unter den Mitgliedern von attac DE über den Rahmen ihrer Projekt- /Arbeitsgruppen hinaus und somit zur Förderung der inhaltlichen und praktischen Vernetzung sowie
- zur Information über Aktionen / Beiträge in und außerhalb von attac, die für ganz attac relevant sein könnten und über die sich lohnen könnte, zu diskutieren.

2. wer soll die hier geteilten Inhalte lesen (und schreiben) können

Der Kreis der Teilnehmenden ist auf die aktiven Mitglieder von Attac begrenzt, also auf die Mitglieder des Rats (schließt den Kokreis ein), der Bundesarbeitsgruppen, der anderen Attac-Arbeits- und der Regionalgruppen, anderer Arbeitszusammenhänge sowie der AnsprechpartnerInnen der Mitgliedsorganisationen. *)

3. wie kann (/soll) eine positive und konstruktive Form des Umgangs sichergestellt werden: Netiquette

- Die Ausführungen über Netiquette werden von einer Arbeitsgruppe ergänzt:
<https://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/kommunikation/listenetiquette/>
vgl. auch: <https://de.wikipedia.org/wiki/Netiquette>
Sie werden auf dem Frühjahrsratschlag verabschiedet; eine vorläufige Fassung wird der nächsten Ratssitzung 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt
- Alle Teilnehmenden sorgen selber für einen wertschätzenden Umgang.
- Jeder Teilnehmer der Mailingliste kann bei einem von ihm/ihr als Verstoß gegen die Netiquette wahrgenommenen Posting dem Absender eine individuelle Rückmeldung schicken.

4. was kann bei widerstreitenden Positionen getan werden, um daraus einen Lernprozess zu generieren und auch destruktive Entwicklungen zu vermeiden.

Kontroverse Diskussionen müssen möglich sein

- Bei einem „Schlagabtausch“ zwischen zwei (oder auch mehreren) Listenteilnehmer*innen werden diese von der Moderation aufgefordert, im kleinen Kreis gemeinsam (!) Ihre kontroversen Positionen darzustellen (und natürlich auch Punkte, in denen sie übereinstimmen); das Ergebnis wird der Diskussionsliste mitgeteilt.
- Bei Themen mit größerer Beteiligung und politischer Brisanz fördert die Moderation eine ergebnisorientierte Debatte mit dem Ziel,
 - Übereinstimmungen und Differenzen herausarbeiten, einen Konsens zu suchen.
 - Fazit aus der Diskussion ziehen. Lernprozesse festhalten.

Die ModeratorInnen sprechen dafür gegebenenfalls die Arbeitsgruppen an, die zum gleichen Thema tätig sind.

Sie können die Moderation für ein eingegrenztes Thema und eine begrenzte Zeit weiter delegieren.

- Die Moderation der Diskussionsliste hat folgende Aufgaben:
 - Einrichtung der Mailingliste; Aufnahme in die Liste / Streichung von der Liste
 - Vereinbarung ihrer Arbeitsweise.
 - Festlegung von „Präsenzzeiten“, um zeitnah reagieren zu können.
 - Gewährleistung der Transparenz: Die Moderationsgruppe teilt monatlich der gesamten Liste die Namen und Gruppenzugehörigkeit der Listenmitglieder mit.
 - Ergebnisorientierte Moderation, insbesondere bei kontroversen Diskussionen.
- Für die Versuchsphase bis zum nächsten Ratsschlag wird auf dem HerbstRatsschlag 21 eine 5köpfige Moderationsgruppe gebildet.

***) Übergang und Ergänzungen**

- Wer die technische Hilfsmittel und tools kennt, mit denen eine produktive Diskussion leichter zu führen sei könnte (Pad, Wiki, Extraliste, Foren,...), sollte entsprechende Vorschläge machen; anzustreben wäre die Bildung einer Projektgruppe, die noch 2021 diesbezüglich Vorschläge sammelt und weitere Schritte (z.B. Probe-Installationen) vorschlägt.

- Prozedere zur Eintragung in die Attac-Diskussions-Mailingliste:

Die Verantwortlichen für die jeweilige attac-Gruppe teilen die Mailadressen der daran interessierten Attac-Mitglieder an die Listenverantwortlichen mit, damit diese die Adressen aufnehmen.

Alle Mitglieder der am 25.4.21 noch vorhandenen Diskussionsliste werden unmittelbar vom Beschluss informiert, so dass sie sich zur Aufnahme anmelden können.

Attac-Mitglieder, die keiner Attac-Gruppe angehören, können ihre Aufnahme beantragen. Zu deren Aufnahme in die Liste ist der einstimmige Beschluss der Moderationsgruppe notwendig.

- Alle Listenmitglieder bekommen Zugriff auf die E-Mail-Adressen aller anderen Mitglieder, um, falls gewünscht oder notwendig, auch vertrauliche, nicht-Listen-öffentliche Dialoge führen zu können. (Dies soll es unter anderem ermöglichen, niedrigschwellige Kritik und Rückmeldungen, etwa wegen Verstoßes gegen die Netiquette, zu geben, ohne den/die Betroffene*n gleich öffentlich an den Pranger zu stellen.)

Erläuterung:

Wir hatten nach der Schließung der Diskussionsliste durch deren Moderation im März 2021 einen ähnlich lautenden Antrag an den Rat für die Ratsklausur am 24., 25.4. gestellt; dieser wurde auf der Klausur und auf den beiden folgenden Rats-Sitzungen nicht behandelt.

Wir sind der Meinung, dass für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung von attac neue Kommunikationswege geschaffen werden müssen, u.a. eine allgemeine Diskussionsliste, dafür ist aber Discourse nicht geeignet.

Antragssteller: Carsten Malchow, Marie-Dominique Vernhes, 18.10.2021

5.12 Vorschlag AG Finanzen und Steuern Grundposition Steuern

Vorschlag zum Attac Frühjahrsratschlag vom 8. – 10. April 2022

Antrag:

Der Ratschlag stimmt dem Vorschlag der AG Fi & St für ein gerechtes ökologisches und soziales Steuersystem zu.

Erläuterung:

Die meisten Menschen erwarten von der Demokratie nicht nur politische Teilhabe, sondern vor allem Gerechtigkeit!

Wir legen einen konkreten Vorschlag vor, wie ein gerechtes ökologisches und soziales Steuersystem aussehen kann, das die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit umkehrt.

Wir wollen damit auch in Deutschland eine Debatte anstoßen, die in anderen Ländern bereits geführt wird.

Die im Vorschlag genannten konkreten Zahlen stellen keine Fixpunkte dar, sondern dienen zur Orientierung in der Debatte, die ansonsten immer droht, im Ungefähren zu bleiben.

Für die AG Finanzmärkte & Steuern
Karl-Martin Hentschel, Alfred Eibl



Attac –
Finanzmärkte und Steuern

Arbeitsgruppe

16. März 2022

Steuern, Abgaben und Umverteilung

Position der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

„Ungleichheit ist Gift für die Demokratie“ (Roger de Weck, Ex-Chefredakteur der „Zeit“)

Der Kampf um Demokratie war für die meisten Menschen vor allem ein Kampf für eine gerechte Gesellschaft. Nach dem Durchbruch der parlamentarischen Demokratie nach dem 1. Weltkrieg nahm tatsächlich über mehr als 50 Jahre lang die Ungleichheit in allen Industriestaaten ab. Aber seit 1980 nimmt

die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen weltweit wieder zu. In Deutschland ist das Vermögen der Milliardäre ausgerechnet im Coronajahr 2020 um 178 Mrd. Euro oder 40% gewachsen.²³ Die Familien der superreichen Milliardäre haben sich zu einer neuen Finanzaristokratie entwickelt.

Auch der Einfluss internationaler Konzerne auf die Politik wächst. Insbesondere sind Monopole auf Basis von digitalen Plattformen entstanden, die die sozialen Medien beherrschen und zunehmend auch die klassischen Medien übernehmen. Daneben versuchen Oligarchen aus autoritären oder halbautoritären Staaten ökonomischen und politischen Einfluss auch in demokratischen Staaten zu nehmen.

Zugleich gefährden ökologischen Themen wie Klimaschutz und andere Fragen der Nachhaltigkeit unsere Gesellschaft. Dies hat massive Auswirkungen auf das Vertrauen in die Demokratie, die Wahlbeteiligung der Unterschichten an Wahlen bis hin zur Flucht in den Populismus.²⁴

Für die Zukunft der Demokratie hat deshalb die Konzeption eines gerechten, nachhaltigen und resilienten Abgabensystem²⁵ eine zentrale Bedeutung gewonnen.

Der Bundes-AG Finanzmärkte und Steuern von Attac Deutschland legt hiermit ein Diskussionspapier vor, in dem wir darstellen, wie ein Steuersystem aussehen müsste, bei dem die Ungleichheit wieder abnimmt und die Finanzierung einer sozialen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft möglich ist. Diese Debatte wurde international durch Thomas Piketty, Emanuel Saez und Gabriel Zucman ausgelöst. ²⁶

Die Herausforderung ist gewaltig. Wir haben diesen Diskussionsvorschlag bewusst sehr konkret gehalten, um eine Debatte auch in Deutschland anzustoßen. Dabei sind die jeweiligen Zahlen nur als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Es geht uns vor allem um die Größenordnung der Veränderung, die bewirkt werden muss, wenn wir das Versprechen der Demokratie einlösen wollen.

Anmerkung zur sozial-ökologischen Transformation (SÖT): Dieses Papier ist kein Konzept für die Finanzierung der SÖT. Bei der Zielsetzung, die Staatsquote auf deutlich über 50% anzuheben, wurde jedoch der zusätzlich auf uns zukommende Finanzierungsbedarf mitgedacht.

1 Grundsätzliches

1.1 Steuern, Abgaben und Umverteilung

Steuern (allgemeine Finanzierung von Staatsausgaben), **Abgaben** (zweckgebundene Einnahmen) und **Gebühren** bzw. Beiträge für staatliche Leistungen müssen zusammen mit dem System der staatlichen **Umverteilung** und den **Sozialausgaben** in ihrer gesamten Wirkung betrachtet werden.

Begründung: Was in einigen Staaten über Sozialabgaben finanziert wird, wird in anderen Staaten über Steuern oder gar über Gebühren und Beiträge finanziert. Typische Beispiele sind die Finanzierung der Renten (über Beiträge, Abgaben oder Steuern) und die Finanzierung der Hochschulen (über Gebühren oder Steuern). Gebühren sind dann sinnvoll, wenn staatliche Leistungen nach Quantität abgerechnet werden, um Einspareffekte zu bewirken (z.B. Wassergeld).²⁷

²³ Siehe <https://www.forbes.com/billionaires/>

²⁴ Michael J. Sandel: Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt.

²⁵ Wir benutzen den Begriff *Abgabensystem* als Oberbegriff für Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstige Abgaben.

²⁶ Thomas Piketty: Kapital und Ideologie, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert.

²⁷ International werden die Sozialabgaben sowieso meist den Steuern zugerechnet. So spricht man im englischen von „payroll taxes“, in Frankreich von „taxes sur le traitement et salaire“ (siehe die Anlagen 14 und 15). Nur die betriebliche

Differenziertheit: Das Abgabensystem soll aus einer Vielzahl von gezielten Abgabenarten bestehen: Umwelt- und Gesundheitsabgaben/-steuern, Umsatzsteuern, Einkommenssteuern, Unternehmenssteuern, Sozialversicherungsabgaben/-steuern und Gebühren.

Begründung: Damit wenden wir uns gegen Vorschläge, die eine radikale Vereinfachung und Reduzierung der Steuerarten vorschlagen. Die Vielzahl der Steuern und Abgaben ermöglicht es, die Steuersätze moderat zu halten und die Belastungen sachgerecht zu verteilen. Das ist sowohl zielgenauer in der Wirkung wie auch effizienter, da der Anreiz zur Steuervermeidung bei den einzelnen Steuern und Abgaben reduziert wird.

Transparenz: Das Steuergeheimnis soll aufgehoben und eine öffentliche Statistik der Einkommen, Vermögen, Steuern und Abgaben geführt werden.

Begründung: Eine Aufhebung des Steuergeheimnisses ist in Schweden Praxis und daher praktisch realisierbar. Damit werden eine öffentliche Kontrolle und Debatte über die Steuern möglich und Steuerhinterziehung zumindest erschwert.

Verlagerung der Steuerlast von Arbeit zu Vermögen: Die Steuerbelastung auf Einkommen aus Arbeit soll für den Großteil der Bevölkerung gesenkt und die auf Vermögen und Kapitaleinkommen deutlich erhöht werden.

Begründung: Deutschland ist eine Steueroase für Vermögen. Gegenwärtig wird Einkommen aus Erwerbstätigkeit hoch mit Steuern und Abgaben belastet während Vermögen und Einkommen aus Vermögen gering (Abgeltungssteuer) oder gar nicht besteuert (nicht ausgeschüttete Gewinne, Firmenerben) wird. Im Sinne einer gerechten Steuerbelastung muss dies verändert werden.

1.2 Staatsquote

Zielgröße ist eine Staatsquote zwischen 50% und 60% des Bruttoinlandsproduktes.

Begründung: Das Abgabensystem soll ausreichende Finanzmittel bereitstellen, um einen modernen Sozialstaat mit Altersversorgung, Gesundheitsversorgung, Hilfe in Notlagen für alle Mitmenschen sowie eine moderne öffentliche Infrastruktur für Bildung, Verkehr, Kultur, Wissenschaft, Städtebau usw. und eine Erhaltung einer und gesunder Umwelt zu gewährleisten. Insbesondere für die notwendige sozialökologische Transformation werden in den nächsten Jahren deutlich mehr staatliche Mittel benötigt. Im internationalen Vergleich findet man Staatsquoten zwischen 30 und 60% (Deutschland 44,5 % im Jahre 2017). Es gibt keinen Hinweis darauf, dass eine hohe Staatsquote die Wettbewerbsfähigkeit schwächt. Selbst kleine Länder mit sehr hoher Staatsquote wie Dänemark und Finnland zählen zu den wettbewerbsfähigsten der Welt – leisten sich dabei weniger Ungleichheit, gute Sozialleistungen und öffentliche Einrichtungen.

1.3 Gerechtigkeit in die Verfassung

In die Verfassung soll als konkretes **einklagbares Ziel** für ein gerechtes Steuersystem ein symmetrischer Gini-Index von unter 20% für Einkommen und von unter 50% für Vermögen aufgenommen werden.²⁸ Die Einhaltung dieses Ziels soll durch eine Kommission jährlich überprüft werden. Diese macht jeweils Vorschläge für die Weiterentwicklung des Steuersystems, wenn die Daten sich nicht auf die Zielsetzung zubewegen.

Krankenversicherung wird in der Statistik der USA teilweise gesondert aufgeführt, da nur Arbeitgeber mit mehr als 50 Beschäftigten diese abführen (weshalb viele US-Bürger nicht versichert sind).

²⁸ Der Gini-Index ist einer der meistverwendeten Maßstäbe für Ungleichheit. Da ein relativ niedriger Gini-Index aber auch durch breite Armut und eine reiche Mittelklasse erreicht werden kann, fordern wir einen symmetrischen Index (siehe dazu <https://de.wikipedia.org/wiki/Gini-Koeffizient>).

Begründung: Das Grundversprechen der Demokratie ist eine soziale und gerechte Gesellschaft. Ohne eine Aufnahme in die Verfassung ist eine Durchsetzung einer wirksamen Umverteilung gegen die starken Lobbys nicht realistisch zu erreichen. Die Kommission bewirkt einen Automatismus, ohne den eine solche Politik kaum durchsetzbar sein dürfte.

Zu der Zielformulierung: Seit ca. 1980 nimmt die Ungleichheit wieder zu. Die genannten Ziele für das Maß der Ungleichheit sind realistische Ziele. In Dänemark und Finnland lag der Gini-Index für Einkommen in den 90-er Jahren unter 20%, der Index für Vermögen lag im Jahr 2000 noch in mehreren Staaten wie Japan und Spanien deutlich unter 60%. Heute liegt Deutschland bei der Ungleichheit der Vermögen mit 82% an zweiter Stelle in der EU, bei der Ungleichheit der Einkommen mit 31% im Mittelfeld.

1.4 Dezentralität und Finanzausgleich

Die **Einkommenssteuer** für Jahreseinkommen bis zu 50.000 € (Basis-Einkommenssteuer) wird zur kommunalen Steuer mit kommunalen Hebesätzen, darüber hinaus gehende Einkommen werden einheitlich durch den Bund besteuert (Obere Einkommenssteuer).

Die **Unternehmenssteuern** sollen bis zu einem Gewinn von 2 Mio. € an die Länder gehen. Die Steuern für die darüber hinaus gehende Gewinne werden vom Bund erhoben, der für diese Betriebe auch die Steuererhebung übernimmt. Für große Unternehmen (Konzerne) mit Gewinnen oberhalb von 10 Mio. Euro erfolgt die Steuerverwaltung durch die EU. Die Steuern auf Unternehmensgewinne oberhalb von 10 Mio. Euro und die Steuern und Abgaben auf den internationalen Verkehr (Straßen, Schiene, Flugverkehr, Schiffsverkehr) fließen an die EU. Die Finanztransaktionssteuer geht zu einem Drittel an die EU und zu zwei Dritteln an die UN für Klima, Umwelt und Armutsbekämpfung. Die Gewerbesteuer wird durch eine Gemeindeertragssteuer ersetzt (siehe Unternehmenssteuern).

Die **Mehrwertsteuer** geht anteilig an EU, Bund, Land und Kommunen. Der Verteilungsschlüssel gewährleistet eine Verteilung der gesamten Steuereinnahmen ohne die Sozialabgaben und die Nationaleinkommenssteuer nach dem Schlüssel 1:2:2:5.

Ein **Finanzausgleich** zwischen Regionen und Kommunen soll so erfolgen, dass der Bedarf pro Einwohner*in bei durchschnittlichem Hebesatz nach objektiven Kriterien (Zahl der Einwohner*innen, Arbeitslosen, alten Menschen, Kinder und Zuschläge für Regionen mit Entwicklungsbedarf) sichergestellt wird (schwedisches Modell).

Begründung: Der Finanzausgleich soll überall gleiche Lebensbedingungen ermöglichen. Das vorgeschlagene System ergibt für strukturschwache Kommunen einen höheren Bedarf, der durch einen entsprechend erhöhten Finanzausgleich ausgeglichen wird.

Die Dezentralisierung der Finanzmittel ermöglicht eine weitgehende Dezentralisierung der Staatstätigkeit nach dem Vorbild von Dänemark und der Schweiz. Jede Ebene finanziert sich möglichst autonom. Ein Großteil der Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder kann dann wegfallen und die Kommunen können über ihre Finanzmittel weitgehend selbst entscheiden.

*Die Finanzierung der Kommunen durch die Einkommenssteuer stärkt die Verbindung der Kommunen und ihrer Bürger*innen. Zusätzliche Einnahmen durch den Hebesatz bleiben zu 100% in der Kommune. Dieses Konzept erhöht die Akzeptanz der Demokratie und der Steuerzahlung, da Bürger*innen weit eher bereit sind, Steuern an ihre Kommune zu zahlen als an den Zentralstaat.*

Die Verlagerung der Steuern aus hohen Einkommen und Gewinnen nach oben an den Bund bzw. die EU verhindert die verbreitete „Schonung“ von großen Unternehmen und Einkommen im Rahmen des Standortwettbewerbs und die gezielte Werbung um Millionäre und Firmenzentralen.

Da die Folgen von Finanzkrise und Spekulationsgeschäften insbesondere Länder des globalen Südens treffen, soll die Finanztransaktionssteuer anteilig zur Finanzierung der UN beitragen.

1.5 Internationale Steuerbehörde

Zuständig für Festlegung internationaler Steuervereinbarungen soll eine internationale Steuerbehörde als Unterorganisation der UN werden. Wir unterstützen daher den Vorschlag einer UN-Rahmen-Konvention für Steuern.²⁹

Begründung: Es gibt immer noch keine Steuerbehörde der UN, da die Industriestaaten weiter darauf bestehen, die Verhandlungen im Rahmen der OECD zu führen. Das hat zu einer Vielzahl von Einrichtungen geführt³⁰. Daher wird von den G77 und den internationalen NGOs die Einrichtung einer Framework Convention on Tax Cooperation im Rahmen der UN (UN FCTC) gefordert, damit die Interessen der Länder des globalen Südens, insbesondere der Rohstofflieferstaaten besser berücksichtigt werden.

2 Steuern und Abgaben auf Umsätze und Verbrauch

2.1 Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer soll beibehalten werden. Miete und pflanzliche Grundnahrungsmittel sollen mehrwertsteuerfrei sein. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz wird abgeschafft.

Begründung: Die Mehrwertsteuer liefert eine solide Grundfinanzierung der Staatsausgaben. Da sie stets regressiv ist, weil Menschen mit geringeren Einkommen einen höheren Anteil ihres Einkommens konsumieren, muss dieser Nachteil durch entsprechende Progression bei den Einkommenssteuern ausgeglichen werden (siehe dazu auch Luxussteuer).

Die Freistellung der Mieten (die es schon heute gibt) und der pflanzlichen Grundnahrungsmittel ist sozialpolitisch wirksamer und zielgenauer als der heutige reduzierte Steuersatz und zugleich klimapolitisch sinnvoll.

2.2 Finanztransaktionssteuer

Es soll eine **Finanztransaktionssteuer** von 0,5% auf alle Finanztransaktionen im Handel mit Aktien, Anleihen und Devisen sowie von 0,1% auf den Nominalwert von Derivaten eingeführt werden.

Begründung: Durch die Besteuerung werden die meisten rein spekulativen Geschäfte unrentabel und die Finanzwirtschaft wird endlich an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben angemessen beteiligt. Die Erlöse sollen zu zwei Dritteln an die UN und zu einem Drittel an die EU gehen.

2.3 Klimaabgaben

Klimaabgaben sollen auf alle Treibhausgase entsprechend ihrer Treibhauswirkung erhoben werden mit einem Basiswert für 2020 von 50 € pro Tonne CO₂-Äquivalent und einer jährlichen Steigerung von 10 Euro. Die Steigerung kann aufgrund einer jährlichen Evaluation variiert werden.

²⁹ Der Vorschlag stammt von EURODAD und GATJ (Global Alliance for Tax Justice): *Proposal for a United Nations Convention on Tax*

³⁰ UNCT (UN-Tax-Committee), ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat), FACTI Panel, IFRSF OECD, G20, BEPS, Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes u.a.

Begründung: Dies entspricht einer Auswertung der einschlägigen wissenschaftlichen Studien.³¹

Rückzahlung - Klimabürgergeld: Die Einnahmen aus der Klimaabgabe sollen pro Kopf in Form eines Bürgergeldes zurückgezahlt werden.

Begründung: Die bevorstehende Transformation wird nur gelingen, wenn es eine hohe Akzeptanz dafür gibt und nicht der Eindruck entsteht, dies sei ein Projekt, das sich nur die Reichen leisten können

2.4 Sonstige Umwelt- und Gesundheitsabgaben

Weitere Umwelt- und Gesundheitsabgaben sollen erhoben werden, wenn diese geeignet sind, Schäden zu reduzieren und oder zu kompensieren (zum Beispiel auf Tabak, Alkohol und ggf. andere Suchtmittel, Zucker, Spielautomaten usw.) und diese effizienter sind als Ordnungsrecht. Dazu gehört auch die Abschaffung aller Steuererleichterungen, die ökologisch schädliches Verhalten begünstigen (Dieselprivileg, Steuerfreiheit von internationalen Flügen). Zur Umsetzung soll eine Fachkommission berufen werden, die die bestehenden Abgaben bewertet und Vorschläge für deren Weiterentwicklung macht.

Erläuterung: Die Umwelt- und Gesundheitsabgaben sind reine Lenkungsabgaben und dienen nicht der Staatsfinanzierung, da sie möglichst gegen Null tendieren sollen.

2.5 Weitere Verbrauchs- und Luxussteuern

Mineralöl- und Kfz-Steuern: Die Mineralölsteuer läuft mit der Umstellung auf Elektro-Fahrzeuge aus. Dafür sollte die Kfz-Steuer schrittweise deutlich erhöht werden und dabei mit wachsendem Energieverbrauch pro Sitzplatz stark progressiv ansteigen. Ergänzt werden soll sie durch eine kommunale City-Maut in den Städten und eine Autobahnmaut für alle Fahrzeuge.

Begründung: Die Kfz-Steuern sollen der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur dienen. Zielsetzung ist die Verlagerung des Fern-Verkehrs und des Stadtverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder. Keine Maut wird für den Regionalverkehr im ländlichen Raum erhoben, da es hier bislang nur begrenzte Alternativen für den Individualverkehr gibt.

Luxussteuern: Echte Luxussteuern auf Waren, die fast ausschließlich von der Oberschicht gekauft werden (teurer Schmuck, teure Wagen, teure Yachten, Kunstwerke usw. oberhalb einer Luxusschranke) machen Sinn und sollten eingeführt werden, ggf. als erhöhter Mehrwertsteuersatz.

Erläuterung: Luxussteuern haben sowohl eine erwünschte verteilungspolitische, aber meist auch eine ökologische Komponente. Die einzig verbliebene Luxussteuer in Deutschland ist die Schaumweinsteuer. In der EU gibt es Luxussteuern u.a. in Finnland, den Niederlanden und in Dänemark (progressive Registrierungssteuer für PKWs bis zu 180 Prozent des Kaufpreises).

3 Umverteilen durch Steuern

3.1 Obergrenze für Einkommen und Vermögen und zeitliche Begrenzung

Ziel des Steuersystems soll eine von allen Menschen akzeptierte Verteilung der Einkommen und Vermögen sein. Dieses Ziel sollte in einer breiten gesellschaftlichen Deliberation festgelegt werden. Die im folgenden genannten Zahlen dienen daher nur dazu, die Dimension des Problems darzustellen und eine Diskussion darüber in Gang zu setzen.

³¹ Siehe BBK u.a.: *Handbuch Klimaschutz*.

Für **Einkommen** soll es eine Obergrenze von 2 Mio. Euro geben. Als Einkommen zählt auch jeder Vermögenszuwachs.

Begründung: 2 Mio. Euro ist etwa das 100-fache des Arbeitseinkommens auf Basis des Mindestlohns. Diese Einkommensspreizung sollte in einer demokratischen Gesellschaft ausreichen und das Maximum sein.³²

Für **Vermögen** soll es eine Obergrenze von 20 Mio. Euro geben. Vermögen die darüber liegen, sollen so besteuert werden, dass das Vermögen schrittweise auf die Obergrenze abgeschmolzen wird.

*Begründung: 20 Mio. Euro ist die Grenze von mittelständischen zu Großunternehmen. Von einem solchen Vermögen können die Besitzer*innen selbst bei der vorgeschlagenen hohen Steuerquote gut leben, ohne zu arbeiten.*

Zeitliche Begrenzung: Vermögen sollen nicht in unveränderter Höhe über Generationen weitergegeben werden können.

*Begründung: Heute bilden die Besitzer*innen großer Vermögen einen Erbadel. Die Basis von drei Vierteln der Großvermögen entstand vor Ende des 2. Weltkrieges – die Hälfte sogar noch aus dem Kaiserreich.³³ Dies ist nicht verträglich mit dem Anspruch einer Demokratie von Gerechtigkeit, Durchlässigkeit und Chancengleichheit.*

Substanzbesteuerung: Um die oben genannten Ziele zu erreichen, muss der resultierende Spitzensteuersatz auf Einkommen unter Einbeziehung aller Steuer- und Abgabenarten über 100 Prozent liegen, weil sonst die Akkumulation von immer mehr Reichtum in wenigen Händen nicht gestoppt wird.

Erläuterung: Das gilt heute offiziell schon bei der Erbschaftssteuer, auch wenn es tatsächlich für die großen Vermögen nicht zutrifft.

Ein solches Steuersystem ist keine utopische Phantasie. Es war vielmehr in den 1950-er Jahren in vielen Staaten Praxis. In den USA lag der Spitzensteuersatz für Einkommen noch unter Kennedy bei 91%. Damals kam es zu einer erheblichen Umverteilung der Vermögen und zur Entstehung der sogenannten Mittelschicht.³⁴

Es wurde oft die Auffassung vertreten, dass eine Substanzbesteuerung nicht verfassungskonform sei. Insbesondere findet man in der Literatur den Halbeinkünftegrundsatz, der aber 2006 vom Bundesverfassungsgericht wieder gekippt wurde. In Ausnahmefällen ist auch nach heutiger Rechtsauffassung eine Substanzbesteuerung zulässig, aber nur als einmalige Maßnahme wie beim Lastenausgleich 1952³⁵.

Wenn aber die Vermögenskonzentration in Konflikt mit der Demokratie gerät, ergäbe sich eine neue Situation. Schon der konservative Ökonom Irvin Fisher war der Auffassung, dass eine große Konzentration von Reichtum auch eine Konzentration von politischem Einfluss und ökonomischer

32 Untersuchungen ergeben, dass ein Verhältnis von 1:20 allgemein akzeptiert wird. Interessanterweise ist dies das Verhältnis zwischen dem Einkommen eine*r Geringverdiener*in und einer Bundeskanzler*in. Siehe dazu: Robert Misik: *Anleitung zur Weltverbesserung – Das machen wir doch mit Links.*

33 Siehe Albers u.a.: *The Distribution of Wealth*

34 Der Begriff „Mittelschicht“ ist missverständlich. Gemeint ist meistens nicht das mittlere Drittel, sondern das 6. bis 9. Dezil der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung. Oberhalb der Mittelschicht befindet sich die Oberschicht (nur 10%). Unterhalb findet sich die Unterschicht, die 50% - die Hälfte der Bevölkerung umfasst.

35 Zum Beispiel: Wolfgang Spindler - *Verfassungsrechtliche Grenzen der Besteuerung*

Macht bedeutet. Deshalb steht eine zu große Konzentration nicht im Einklang mit dem Gedanken einer Demokratie.

3.2 Einkommenssteuer

Alle **Einkommen** werden einheitlich besteuert. Jede*r hat einen Freibetrag in Höhe von 10.000 Euro. Der Steuersatz steigt progressiv an auf bis zu 90% ab einem Jahreseinkommen von 40 Mio. Euro. Ein solcher Steuersatz ist möglich, wenn aufgrund des internationalen Informationsaustausches Steuerflucht nicht mehr möglich ist. (siehe Abschnitt 5 – Steuervermeidung verhindern). Dabei können allerdings Unternehmenssteuern gegengerechnet werden. Zur Verteilung der Einkommenssteuer auf die politischen Ebenen siehe in Teil 1 unter „Dezentralität“.

Begründung: Das Einkommen im hier verwendeten engeren Sinne besteht aus Löhnen, Kapitalerträgen, Wertzuwachsen des Vermögens und Renten. Der Freibetrag ist bewusst niedrig angesetzt. Dies ermöglicht einen gleitenden Übergang von der Arbeitslosigkeit in Arbeitsverhältnisse (mehr dazu unten unter Sozialabgaben).³⁶

Die unteren Einkommen werden entlastet. Bis 130.000 € Jahreseinkommen pro Person liegt die Steuerlast noch niedriger als heute. Die Gesamtbelastung ist so gewählt, dass mit 12 Millionen Einkommen das angestrebte Maximaleinkommen von 2 Mio. Euro erreicht wird. Bei noch höheren Einkommen bewirkt die progressive Vermögenssteuer, dass das Einkommen nicht weiterwächst (siehe unten).

AG-Brutto + Kapitaleinkommen	AN-Bruttoeinkommen heute	Heutige E-Steuer (Steuerklasse 1) % nach Sozialabgaben ³⁷		heutige Einkommenssteuer + Sozialabgaben in % vom AG-Brutto		Attac-E-Steuer-Vorschlag %-Satz nach Sozialabgaben		Attac-E-Steuer plus NE-St und Berufsrentenbeitrag ³⁸ - in % vom AG-Brutto	
20.000 €	16.650 €	620€	5%	7320 €	37%	500 €	3%	5300 €	27%
80.000 €	67.000 €	14.000 €	26%	40.000 €	50%	19.000 €	30%	37.000 €	46%
200.000 €	185.500 €	66.500 €	39%	95.500 €	48%	65.000 €	40%	102.000 €	52%
400.000 €	385.500 €	159.000 €	43%	188.000 €	47%	167.000 €	50%	234.000 €	58%
4 Mio. €		1,9 Mio. €	48%	1,9 Mio. €	48%	2,38 Mio.	70%	3 Mio. €	75%
12 Mio. €		5,8 Mio. €	48%	5,8 Mio. €	48%	8,08 Mio.	80%	9,9 Mio. €	83%
40 Mio. €		19 Mio. €	48%	19 Mio. €	48%	30,6 Mio.	90%	37 Mio. €	93%

Wertzuwächse³⁹ gelten als Einkommen und müssen jährlich deklariert werden. Zuwächse und Verluste werden jeweils auf 10 Jahre verteilt. Die Versteuerung der Wertzuwächse eines Vermögens bis zu 1 Mio. €, das der Alterssicherung dient, kann unter Anrechnung anderer Versorgungsbezüge freigestellt werden.

³⁶ Für Menschen mit zu geringem Einkommen kommen dann die Sozialtransfers hinzu, die aber nicht besteuert werden. Im weiteren Sinne können aber auch staatliche Leistungen wie das staatliche Gesundheitssystem, das Bildungssystem oder andere kostenlos zur Verfügung gestellte öffentliche Leistungen und die Nutzung der kostenlosen Infrastruktur als Einkommen bzw. Sozialtransfers betrachtet werden.

³⁷ Diese Steuersätze beziehen sich auf das ausgewiesene Einkommen. Die Wertzuwächse von großen Vermögen werden heute in der Regel nicht besteuert, da sie nie verkauft werden. Die Gewinne werden mit 25% besteuert. Dadurch sinken die Steuerquoten nicht selten auf unter 10%, in Einzelfällen sogar unter 1%.

³⁸ Siehe im Abschnitt 4 „Sozialabgaben“: Dies sind für alle Einkommen 15% Nationaleinkommenssteuer (NE-St). Bis 80.000 € Jahreseinkommen (Beitragsbemessungsgrenze) zusätzlich 10% Berufsabgaben für Zusatzrente und Arbeitslosenversicherung (zusammen 23,5%). Darüber müssen konstant 6800 Euro Berufsabgabe gezahlt werden.

³⁹ Entsprechend Einkommensteuergesetz § 4 Satz 1.

*Begründung: Durch die Verteilung der Vermögenszuwachsbesteuerung auf 10 Jahre und eine Steuerbemessung auf Basis von 70% der aktuellen Marktwerte führen Wertschwankungen von Aktien und anderen Geldanlagen nicht zu besonderen Ausgleichsnotwendigkeiten.*⁴⁰

*Begründung: Durch die Verteilung der Vermögenszuwachsbesteuerung auf 10 Jahre und eine Steuerbemessung auf Basis von 70% der aktuellen Marktwerte führen Wertschwankungen von Aktien und anderen Geldanlagen nicht zu besonderen Ausgleichsnotwendigkeiten.*⁴¹

Welteinkommen: Grundsätzlich soll das Welteinkommensprinzip gelten, auch für deutsche Staatsbürger, die im Ausland leben. Bei Einkommen aus dem Ausland kann dann die dort gezahlte Steuer gegengerechnet werden. Bei Ausländern wird nur das in Deutschland erzielte Einkommen besteuert.

*Erläuterung: Dies ist möglich, wenn Deutschland oder noch besser die EU den mittlerweile international vereinbarten Informationsaustausch auch gegenüber der USA und ggf. gegenüber anderen nicht kooperierenden Staaten durchsetzt, so dass alle Staaten der Welt den Deutschen Steuerbehörden die Daten für alle deutschen Staatsbürger*innen zu liefern.*⁴²

Individualbesteuerung: Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden und durch eine Individualbesteuerung ersetzt werden. Da davon jedoch Lebensmodelle betroffen sind, die vor allem ältere Menschen nicht mehr ändern können, sollen Menschen ab 50 nicht mehr von den Änderungen betroffen werden und es soll für Paare zwischen 30 und 50 Jahren gestaffelte Übergangsregelungen und einen Rentenausgleich geben.

Begründung: das Ehegattensplitting hat eine abschreckende Wirkung auf die Arbeit von Frauen und subventioniert reiche Alleinverdiener.

3.3 Unternehmenssteuern

Die Körperschaftssteuer soll bei einem Freibetrag von 20.000 € mit 10% starten und auf einen Steuersatz von 40% für Unternehmensgewinne von über 1 Mio. € anwachsen. Sie kann vollständig auf die Einkommenssteuer angerechnet werden.

Begründung: Durch die Anrechnung ist die Körperschaftssteuer nur noch eine Vorabzahlung auf die Einkommenssteuer. Diese Vorauszahlung stellt sicher, dass auch nicht erfasste Einkommen – insbesondere von Ausländern, die an in Deutschland tätigen Unternehmen beteiligt sind – an der Finanzierung des Staates beteiligt werden.

Für **gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Unternehmen** sollen die Steuersätze jeweils um 25% reduziert werden. Der Spitzensteuersatz beträgt dann 30%.

Gesamtkonzernbesteuerung (GKS): Gewinne von internationalen Unternehmen werden weltweit zusammengerechnet (Weltbilanz) und dann auf die Länder aufgeteilt, in denen das Unternehmen tätig ist (**Gesamtkonzernsteuer**). Grundlage der Berechnung soll eine Formel sein, die den Umsatz, die materiellen Investitionen, die Beschäftigten (50% Lohnkosten, 50% Beschäftigtenzahl) und bei Digitalkonzernen die Zahl der User berücksichtigt. ⁴³

⁴⁰ Eine differenzierte Diskussion der Besteuerung von Wertzuwächsen findet sich hier: Lorenz Jarass: Fair and Simple Taxation of Wealth: Taxation of Unrealized Capital Gains.

⁴¹ Eine differenzierte Diskussion der Besteuerung von Wertzuwächsen findet sich hier: Lorenz Jarass: Fair and Simple Taxation of Wealth: Taxation of Unrealized Capital Gains.

⁴² Die USA hat dies mit dem FATCA-Gesetz von Obama getan, liefert aber ihrerseits immer noch nicht alle Daten.

⁴³ An der Festlegung der Formel sollten auch die Länder des globalen Südens beteiligt werden - siehe dazu auch oben in Teil 1 im Abschnitt „Internationale Steuerbehörde“.

*Begründung: Die GKS verhindert die Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen. Damit wird die Ursache für das Steuerdumping der letzten Jahre beseitigt. Sie kann von jedem Land unilateral erhoben werden. Noch besser wäre es, wenn dies die EU übernehme. Die einzige Voraussetzung dafür ist es, dass der **internationale Datenaustausch** über die Kenndaten internationaler Konzerne funktioniert - was die USA für sich bereits durchgesetzt haben.*

Mindeststeuersätze: Deutschland setzt sich international für Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne ein, die eine Gesamtbesteuerung der Gewinne von 20% bis 40% (progressiv mit dem BIP pro Kopf wachsend) sicherstellen. Wenn Gewinne von Konzernen, die in Deutschland tätig sind, im Ausland nicht mit dem Mindeststeuersatz versteuert werden, kann Deutschland diese nachversteuern.⁴⁴

Begründung: Die Festlegung von Mindeststeuersätzen ist die einzige Maßnahme, die nicht national einseitig durchgesetzt werden kann. Mit der Nachversteuerung wird das Steuerdumping verhindert.

Gemeindeertragssteuer: Die heutige **Gewerbsteuer** wird abgeschafft. Die Kommunen erhalten stattdessen eine Gemeindeertragssteuer mit der gleichen Bemessungsgrundlage wie die Körperschaftssteuer und einem Freibetrag von 50.000 Euro Gewinn. Dabei werden aber sowohl Körperschaften wie auch Einzelbetriebe – also auch Freiberufler – steuerpflichtig. Besteuert wird der Gewinn beziehungsweise der Anteil des Konzerngewinns in Deutschland entsprechend dem Anteil der örtlichen Lohnsumme mit eigenem Hebesatz. Diese Gemeindeertragssteuer wird wie die Körperschaftssteuer auf die Einkommenssteuer angerechnet.

Begründung: Die Gemeindeertragssteuer dient der Beteiligung der ortsansässigen Betriebe an den Kosten der kommunalen Infrastruktur. Durch die Zuordnung der Gewinne nach Lohnsumme ist es nicht mehr möglich, Gewinne durch interne Gestaltung der Verrechnungspreise in eine Steueroase mit niedrigen Gewerbesteuern zu verschieben. Durch die neue kommunale Einkommenssteuer und die stärkere Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer wird die Abhängigkeit der Kommunen von den lokalen Unternehmen deutlich reduziert. Daher wird sich entsprechend der heutigen Varianz ein Steuersatz zwischen Null und maximal 10% je nach Verkehrslage und Infrastruktur einpegeln.

3.4 Vermögenssteuern und -abgaben

Vermögenssteuer (Eigentumssteuer): Versteuert wird das gesamte Vermögen einschließlich Auslandsvermögen nach Marktwert mit einem Abschlag von 30%. Der Freibetrag soll 1 Mio. Euro pro Person betragen. Die gesetzliche Altersversorgung wird nicht angerechnet. Darüber steigt die Vermögenssteuer von

Vermögen	Attac- Vermögenssteuer		Vorschlag von Piketty	
400.000 €	0 €	0%	4.000 €	1%
1 Mio. €	0 €	0%	20.000 €	2%
5 Mio. €	50.000 €	1%	250.000 €	5%
20 Mio. €	1 Mio. €	5%	2 Mio. €	10%
200 Mio. €	20 Mio. €	10%	120 Mio. €	60%
2 Mrd. €	400 Mio. €	20%	1,8 Mrd. €	90%

⁴⁴ Vorrang bei der Nachversteuerung hat das Land, in dem die Konzernzentrale sitzt. Wenn dieses dies Recht nicht wahrnimmt, kann Deutschland dies wahrnehmen – muss sich dabei aber natürlich ggf. mit anderen Staaten abstimmen, die das ebenfalls wahrnehmen wollen.

0,5% schrittweise auf 5% bei einem Vermögen von 20 Mio. Euro an, danach progressiv bis zum Spitzensteuersatz von 20% für Milliardäre. Inlandsvermögen von Ausländern werden ebenfalls besteuert.⁴⁵

Begründung: Vermögenssteuern sollen künftig verhindern, dass die Vermögenskonzentration weiter zunimmt und Vermögen über 20 Mio. schrittweise abbauen. Die Steuersätze sind so angesetzt, dass ohne zusätzlichen Vermögensaufbau ein Milliardenvermögen in ca. 20 bis 40 Jahren auf das gesellschaftliche akzeptierte Maximalvermögen von 20 Mio. Euro reduziert wird.⁴⁶

Umwandlung der Grundsteuer und Abschaffung der Grunderwerbsteuer: Beide Grundsteuern sollen im Rahmen der Einführung von Vermögenssteuern abgeschafft werden. Die Grundsteuer soll durch eine Infrastrukturabgabe der Kommunen ersetzt werden, die dem Erhalt der Verkehrswege und anderer kommunaler Infrastrukturen dienen. Steuerbasis soll ein praktikabler Kompromiss zwischen Bodenwert und Immobilienwert sein. Die Steuer darf nicht auf die Mieter umgelegt werden.⁴⁷

Begründung: Die Grunderwerbsteuer betrifft zwar nicht die Unterschicht, da diese sich sowieso selten Immobilien leisten kann. Sie belastet aber einseitig Eigenheimbesitzer. Die Besitzer von großen Immobilien können sie dagegen vermeiden, wenn die Immobilien Dachgesellschaften gehören, bei deren Verkauf keine Grunderwerbssteuer anfällt.

Die heutige Grundsteuer ist ungerecht, weil junge Familien, deren Häuser mit hohen Krediten belastet sind, die gleichen Grundsteuern bezahlen müssen, wie Besitzer von Immobilien, die ihnen zu 100 Prozent gehören. Außerdem ist sie stark degressiv, da heute vor allem die Mittelschicht (Eigenheimbesitzer) und die Unterschicht (über die Mieten) die Grundsteuer bezahlt. Sie sollte daher durch eine zweckgebundene Infrastrukturabgabe und z. T. durch die Vermögenssteuer ersetzt werden.

Die **Erbschaftssteuer** fällt für die Erben an. Alle Vermögen werden gleich belastet, auch Firmenvermögen. Die Progression bleibt wie heute für Erben 1. Grades bestehen. Sie steigt aber oberhalb von 5 Mio. € weiter auf bis zu 90% für Milliarden-Erben an.

Erbschaft	Erbschaftssteuer auf Erbschaft		Vorschlag von Piketty	
400.000 €	0 €	0%	80.000 €	20%
1 Mio. €	150.000 €	15%	500.000 €	50%
5 Mio. €	1,5 Mio. €	30%	3 Mio. €	60%
20 Mio. €	10 Mio. €	50%	14 Mio. €	70%
200 Mio. €	140 Mio. €	70%	160 Mio. €	80%
2 Mrd. €	1,8 Mrd. €	90%	1,8 Mrd. €	90%

Begründung: Die Erbschaftssteuer stellt sicher, dass große Vermögen nicht über Generationen weitergegeben werden

können. Die heutige Freistellung von Firmenvermögen ist ungerecht und unsinnig, denn ein Großteil der Besitzer großer Vermögen mit der Firmenleitung nichts mehr zu tun hat.

Um die **Liquidität der Unternehmen** zu erhalten, gibt es folgende Möglichkeiten:

- Stundung der Steuerschuld mit Ratenzahlung über mehrere Jahre
- Verkauf von Vermögensanteilen
- Steuerpflichtige können die Steuer in Form von Aktien oder anderen Anteilen begleichen.
- Steuerpflichtige können Unternehmensanteile an den Staat als stillen Teilhaber übertragen.

⁴⁵ Die verschiedenen Optionen der Besteuerung des Vermögens von Ausländern werden hier nicht diskutiert. Sinnvoll erscheint uns, dass hierzu eine Quellensteuer erhoben wird. Siehe dazu auch: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/vermoegensbesteuerung-fuer-eine-gerechte-zukunftsgestaltung/>

⁴⁶ Vermögen von 10 Mio. Euro wachsen heute jährlich um ca. 5% nach Steuern. Bei einer Besteuerung der Einkommen um 70% (Piketty-Vorschlag) ergibt sich eine Vermögenssteuer von ca. 2% jährlich.

⁴⁷ Anmerkung: Der Privatbesitz von Grund- und Boden sollte grundsätzlich abgeschafft und durch ein Nutzungsrecht gegen eine Nutzungsgebühr (Pacht) ersetzt werden. Dies ist aber nicht Gegenstand dieses Papiers.

Besteuerung von Stiftungen: Stiftungen mit privaten Begünstigten gelten als Eigentum der Begünstigten und werden künftig auch so versteuert. Das Stiftungsvermögen von gemeinnützigen Stiftungen soll im Erbschaftsfall (nach 30 Jahren) in den Besitz einer gemeinnützigen Einrichtung überführt werden.

Begründung: Es gibt keinen Grund dafür, dass Familienstiftungen steuerlich privilegiert werden.⁴⁸ Bei gemeinnützigen Stiftungen macht das zwar grundsätzlich Sinn. Es ist aber nicht akzeptabel, dass die Verfügung über die Stiftungserlöse von steuerbegünstigtem Kapital und damit die Ausübung von politischem Einfluss über die Stiftungen durch die Stifter oder durch von ihnen beauftragte Personen dauerhaft von privaten Familien ausgeübt wird. Deshalb sollte dies zeitlich begrenzt werden. Auf diese Weise vergrößert sich der gemeinnützige Unternehmenssektor (im Gegensatz zum staatlichen und privaten Sektor).

4 Sozialabgaben

Bei den Sozialleistungen wird künftig unterschieden zwischen den allgemeinen und gleichen Leistungen für alle, den einkommensabhängigen Leistungen und den besonderen Leistungen.

Allgemeine Sozialleistungen – Nationaleinkommensabgabe: Die allgemeinen – für alle Menschen gleichen – Sozialleistungen werden durch eine Abgabe in Höhe von 15% auf alle Personalausgaben und Gewinne finanziert. Dabei handelt es sich um folgende Leistungen:

- a) Das Gesundheitssystem – eine einheitliche Bürgerversicherung für alle.
- b) Eine Grundrente von 1000 € (alternativ 500 € + Wohngeld) im Monat, für alle die ab dem 20. Lebensjahr 40 Jahre in Deutschland gelebt haben, anteilig bei kürzerer Aufenthaltszeit.
- c) Eine Kindergrundsicherung von 450 € im Monat⁴⁹
- d) Eine Grundversorgung für Arbeitslose⁵⁰

Begründung: Die Nationaleinkommensabgabe gewährleistet eine einheitliche Belastung aller Einkommen für alle allgemeinen Sozialabgaben, deren Umfang nicht einkommensabhängig ist. Damit entfällt auch die Beitragsbemessungsgrenze.

Berufsversicherung – einkommensabhängige Sozialversicherung: Als zweite Komponente des Sozialsystems soll eine Berufsversicherung dienen, die eine einkommensabhängige zusätzliche Berufsrente und ein einkommensabhängiges zusätzliches Arbeitslosengeld für maximal 5 Jahre (je nach Einzahlungszeiten) gewährleistet. Diese Pflichtversicherung wird nach dem Äquivalenzprinzip durch eine lineare Abgabe von 10% aufs Bruttoeinkommen nach der Nationaleinkommenssteuer finanziert. Einkommen bis 10.000 € sind frei. Bis 20.000 € gibt es eine Übergangszone. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei 80.000 €.

Begründung: Die Rentenversicherung wird damit nach Schweizer Vorbild in eine Basisversicherung für alle und eine ergänzende Berufsrente zur Sicherung des Lebensstandards aufgeteilt. Die Basisversicherung wird von allen Einkommen anteilig finanziert. Bei der Berufsrente entspricht die Höhe der Rente den Einzahlungen.

*Der Freibetrag und die Progressionszone sollen die Belastung von Geringverdiener*innen senken und damit die Arbeitsaufnahme erleichtern, indem die heutige hohe Einstiegsbelastung reduziert wird. Mit dem Arbeitslosengeld für 5 Jahre folgen wir dem dänischen Vorbild. Dies ermöglicht Arbeitslosen mit*

48 Heute führt die Einbringung des Vermögens in eine Stiftung dazu, dass die Erbschaftsteuer in der Praxis meist für eine Generation (30 Jahre) ausgesetzt wird.

49 Die Sozialverbände fordern ca. 450€/Monat + 250€ Kinderbetreuungskosten. Die Kinderbetreuung sollte aber durch eine kostenlose Kinderbetreuung durch die Länder gewährleistet werden, damit Eltern keinen Anreiz haben, die Kinder nicht in die Krippe bzw. die KiTa zu schicken. Siehe Bündnis Kindergrundsicherung: *Kinderarmut hat Folgen*.

50 Die AG Finanzmärkte und Steuern ist sich uneinig, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen gefordert wird, ob es ein bedarfsabhängiges Arbeitslosengeld 1 ohne weitere Auflagen geben soll oder ob jedem Arbeitslosen von den Kommunen ein 30-Stundenjob mit Mindestlohn (1550€/Monat) angeboten wird.

höherem Einkommen, die Probleme haben, in ihren Beruf wieder einzusteigen, eine Neuorientierung bzw. eine veränderte Lebensplanung.

Besondere Leistungen – staatliche Zuschüsse: Weiterhin wird das Sozialsystem ergänzt durch rein staatlich finanzierte bedarfsabhängige Sozialleistungen – insbesondere für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst tragen können, Menschen die einen erhöhten Bedarf haben und für Personen, die wegen kurzer Aufenthaltsdauer keine eigenständigen Versorgungsansprüche aufbauen konnten und auch keine Ansprüche im Ausland haben.

5 Steuervermeidung verhindern

Die immer noch weltweit grassierende Steuervermeidung kann auch national oder auf EU-Ebene durch klare Regeln für Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern wirksam bekämpft werden.⁵¹ Dazu werden zusätzlich Öffentlichkeit und Transparenz, ein wirksames Steuerstrafrecht sowie wirksame und handlungsfähige Steuerbehörden benötigt.

5.1 Maßnahmen gegen Steuerflucht

Um Steuerflucht zu vermeiden und um zu verhindern, dass Einnahmen und Gewinne nicht ordentlich versteuert deklariert und versteuert werden, sollen alle deutschen Staatsbürger unabhängig vom Wohnsitz in Deutschland versteuert werden. Jede Bürger*in und jede Firma sind verpflichtet, alle Einkommen bzw. Vermögen anzugeben und darauf die entsprechenden Steuern zu zahlen. Dazu soll der internationale automatische Informationsaustausch der Steuerbehörden gegen alle Staaten – auch gegen die USA – durchgesetzt werden.

Wer dem entfliehen will, indem er die Staatsbürgerschaft abgibt, soll mit einer Exit-Steuer belegt werden, die dies unattraktiv macht. Dazu müssen die Lücken der bereits bestehenden Regelungen beseitigt und an die höheren Steuersätze der Erbschaftssteuer und der Vermögenssteuer angepasst werden.

5.2 Amt für Steuergerechtigkeit

Es wird ein **Amt für Steuergerechtigkeit** eingerichtet⁵². Dieses Amt hat die Kompetenzen von Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Steuerverstößen.

Begründung: Um eine angemessene Besteuerung sicherzustellen und die Flucht in Steueroasen zu kontrollieren, ist auch eine Stärkung der Steuerfahndung mit Personal und Kompetenzen nötig. Dem Amt müssen u.a. unter persönlicher Strafandrohung gegen den Vorstand des Unternehmens alle Steuerstrategien der Konzerne gemeldet werden. Dabei soll der „Grundsatz der wirtschaftlichen Substanz“ gelten. Jede Form der Vermeidung wird damit illegal, auch wenn sie sich auf Gesetzeslücken stützen kann.⁵³ Das Amt hat auch die Aufgabe, ausländische Steuerpraktiken zu überwachen und ggf. das Finanzministerium zu beauftragen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Steueroasen zu ergreifen.

⁵¹ Saez und Zucman widersprechen entschieden den Behauptungen von interessierter Seite, Steuervermeidung sei national nicht zu verhindern und machen dazu Vorschläge. Insbesondere das FATCA-Gesetz von Obama war extrem erfolgreich und zeigt was möglich ist.

⁵² Ein Vorschlag von Saez und Zucman – sie nennen es *Public Protection Bureau*. Die GdP fordert eine Bundesfinanzpolizei, die u.a. Vermögen unbekannter Herkunft sucht.

⁵³ Dieses Prinzip gilt nach einem Gerichtsurteil in Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Skandal in Deutschland schon heute, wird aber leider in der Praxis nicht angewandt.

5.3 Steuerstrafrecht

Das Steuerstrafrecht soll um folgende Punkte erweitert werden:

Die **Missbrauchsklauseln** in der Abgabenordnung (insbesondere §42) sollen so konkretisiert werden, dass sie Personen und Unternehmen wirksam verbieten, Geschäftsvorgänge oder buchhalterische Maßnahmen mit dem Ziel vorzunehmen, Steuern zu vermeiden, Steuern an einem anderen Ort zu zahlen, Steuerrückzahlungen zu erlangen, ohne dass Steuern gezahlt wurden oder mehrfache Rückzahlungen für den gleichen Tatbestand zu erlangen. Dazu soll die Beweislastumkehr vorgenommen werden, so dass der Steuerzahler im Zweifelsfall die wirtschaftliche Funktion einer betrieblichen Maßnahme nachweisen muss.

Ein **Unternehmensstrafrecht**, das die Verfolgung und Bestrafung von Unternehmen unabhängig vom Nachweis der Schuld von Personen ermöglicht. Es sollen Sanktionen bis zum 10-fachen der nicht gezahlten Steuer gegen die Firmen verhängt werden können.

Eine **Managementverantwortung**: Für alle Geschäftsvorgänge werden verantwortliche Manager benannt. Sie machen sich strafbar, wenn sie nicht nachweisen können, dass sie aktiv gegen Steuerverstöße in ihrem Geschäftsbereich vorgegangen sind.

Die **Verjährungsfrist** von Steuerstraftaten soll erst mit der Erklärung der zu versteuernden Tatsachen beginnen, so dass eine Nichtklärung keiner Verjährung unterliegt.

Whistleblower: Die Weitergabe von Firmendaten zur Aufdeckung von Straftaten soll grundsätzlich straffrei sein. Whistleblower sollen bei beruflichen Nachteilen Anspruch auf Entschädigung haben.

6 Anlagen

In den folgenden Anlagen haben wir einige Zahlen und Grafiken aus aktuellen Veröffentlichungen zusammengestellt, die wir bei der Erstellung unseres Steuerkonzeptes herangezogen haben.

Anlage 1: Vermögensverteilung in Deutschland⁵⁴

Gruppe	Anteil an der Bevölkerung	Anzahl Personen	Anteil am Gesamt-Vermögen	Vermögen der Gruppe	Vermögen je Person	Minimum je Person
Besitzlose	50 %	41 Mio.	2 %	0,3 Bio. € *	7.300 €	*
Mittelschicht	40 %	32,8 Mio.	31,5 %	5,4 Bio. €	160 T €	30 T €
Wohlhabende	9 %	7,4 Mio.	31,5 %	5,4 Bio. €	700 T €	250 T €
Reiche	0,9 %	740 T.	15 %	2,5 Bio. €	3,4 Mio. €	1,4 Mio. €
MHNWI	0,09 %	74 T.	8 %	1,4 Bio. €	19 Mio. €	5 Mio. €
UHNWI	0,009 %	≈ 7400	5 %	0,8 Bio. €	110 Mio. €	20 Mio. €
XUHNWI	0,0009 %	≈ 740	4 %	0,7 Bio. €	900 Mio. €	200 Mio. €
XXUHNWI	0,0001 %	≈ 100	3 %	0,5 Bio. €	5 Mrd. €	1 Mrd. €
Gesamt	100 %	82 Mio.	100 %	17 Bio. €	125 T €	

⁵⁴ Daten aus Hentschel - Aktuelle Studien zur Ungleichheit des Vermögensbesitzes in Deutschland

Anlage 2: Anteile am Vermögen⁵⁵

		USA	Deutschland	Europa
1 % Reiche besaßen:	1919	38 %	44 %	56 %
	ca. 1985 (Minimum)	24 %	23 %	16 %
	2015/2017	39 %	35 %	21 %
10 % Wohlhabende besaßen:	1919	79 %		86 %
	ca. 1985 (Minimum)	62 %		51 %
	2015/2017	74 %	67 %	52 %

Anlage 3: Anteile am Einkommen⁵⁶

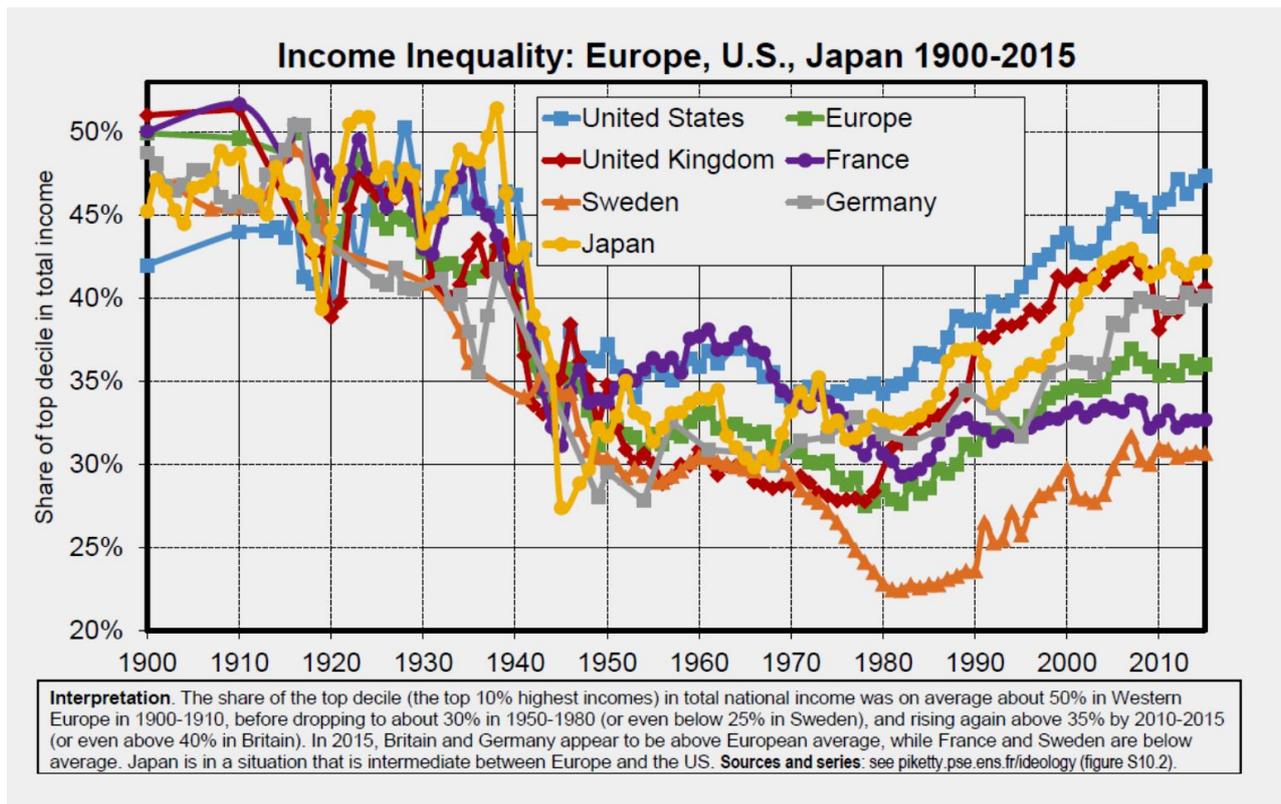
		USA	Deutschland	Europa
1 % Reiche bekamen:	1919	16 %	20 %	18 %
	ca. 1980 (Minimum)	12 %	11 %	7 %
	2015	22 %	13 %	12 %
10 % Wohlhabende bekamen:	1919	41 %	44 %	46 %
	ca. 1980 (Minimum)	34 %	32 %	28 %
	2015	47 %	40 %	36 %

55 Daten aus Piketty – *Kapital und Ideologie*; Albers u. a. – *The Distribution of Wealth in Germany*

56 Daten aus Piketty – *Kapital und Ideologie*

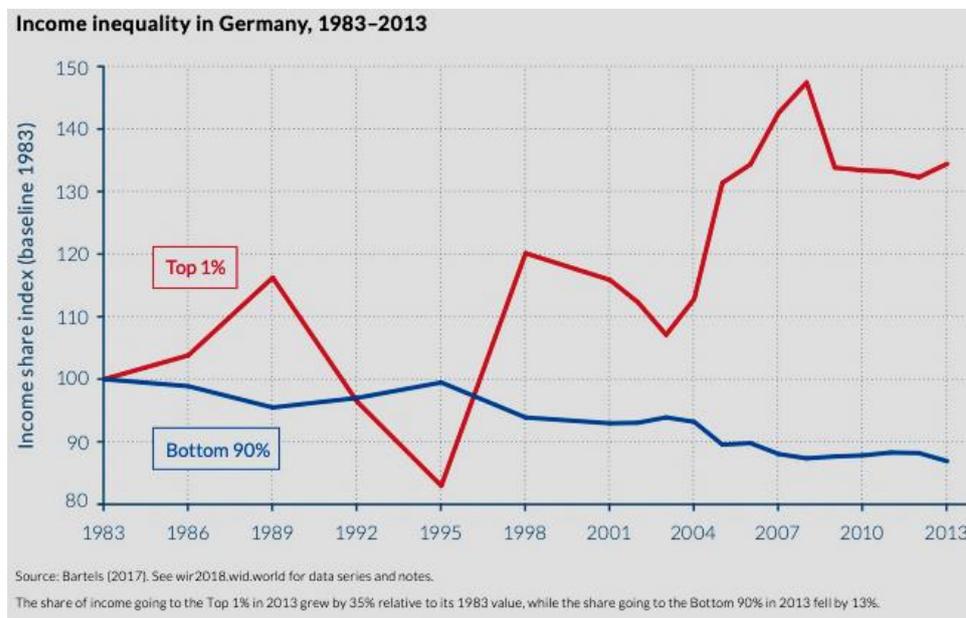
Anlage 4: Einkommensanteil der oberen 10% im Vergleich seit 1900

Entscheidend für die Abnahme der Ungleichheit war die Hochsteuerphase nach dem 2. Weltkrieg. Ab 1980



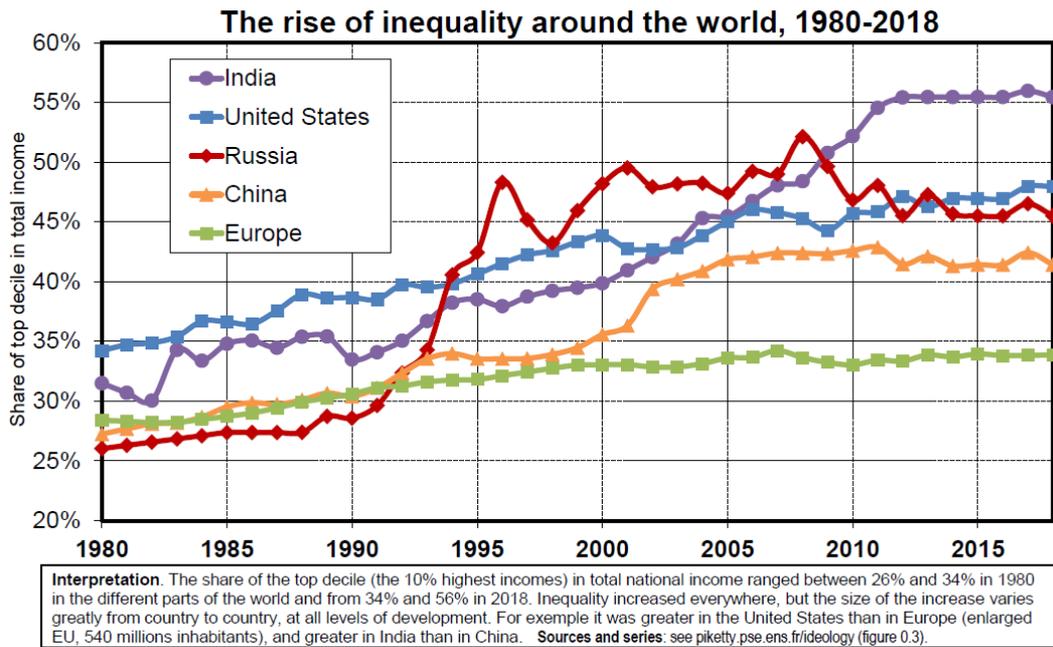
nimmt die Unleichheit wieder zu.

Anlage 5: Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland 1983 bis 2013⁵⁷

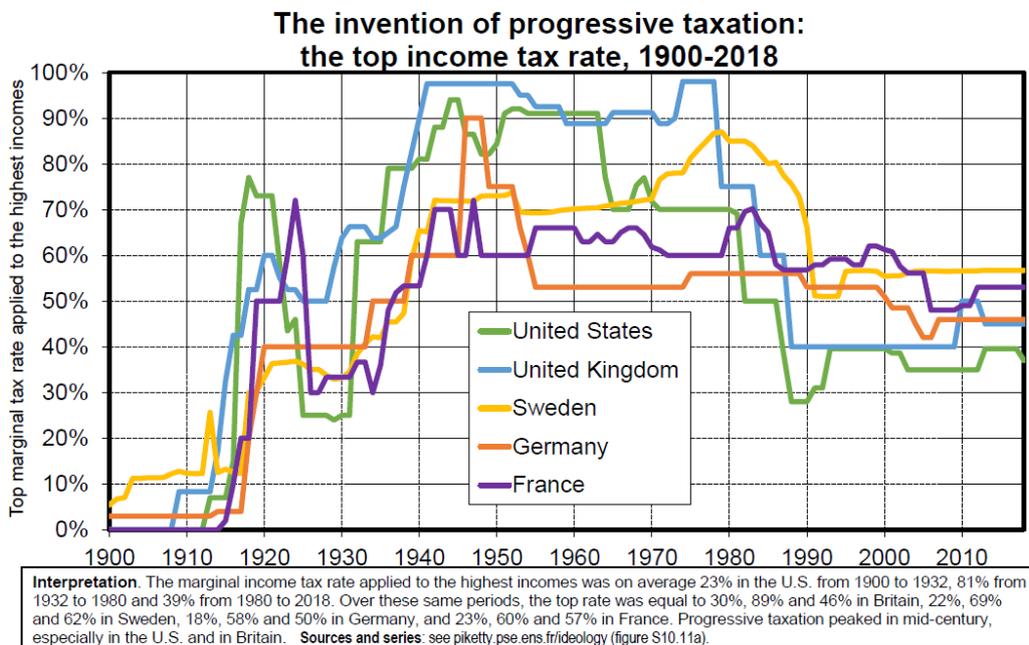


57 Facundo Alvaredo, Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: *World Inequality Report 2018*, siehe Anlage 5: Vergleich der Einkommensanteile der oberen 10% im Vergleich ab 1980

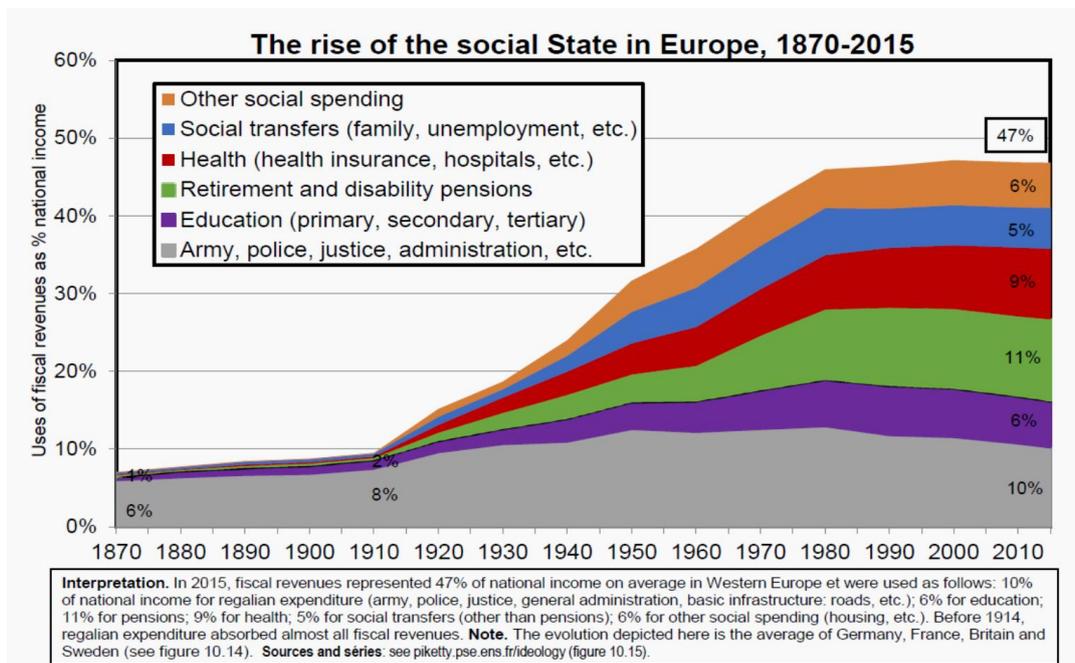
Anlage 6: Vergleich der Einkommensanteile der oberen 10% ab 1980



Anlage 7: Spitzensteuersätze



Anlage 8: Die Entstehung des Sozialstaats⁵⁸



Anlage 9: Wachstum der Vermögen

The rise of top global wealth holders, 1987-2017		
<i>Annual average real growth rate 1987-2017 (after deduction of inflation)</i>	World	U.S.-Europe-China
The one hundred-millionth richest (Forbes)	6,4%	7,8%
The one twenty-millionth richest (Forbes)	5,3%	7,0%
The top 0,01% (WID.world)	4,7%	5,7%
The top 0,1% (WID.world)	3,5%	4,5%
The top 1% (WID.world)	2,6%	3,5%
Per adult average wealth	1,9%	2,8%
Per adult average income	1,3%	1,4%
Total adult population	1,9%	1,4%
GDP or total income	3,2%	2,8%

Interpretation. Between 1987 and 2017, the average wealth of the one hundred-millionth richest individuals in the world (i.e. about 30 individuals out of 3 billions adults in 1987, and 50 out of 5 billions in 2017) grew by 6,4% a year globally; the average wealth of the 0,01% richest individuals (about 300 000 individuals in 1987, 500 000 in 2017) grew by 4,7% a year, and average global wealth by 1,9% a year. The rise of very top wealth holders has been even more marked if we concentrate on U.S.-Europe-China. **Sources:** see piketty.pse.ens.fr/ideology (table 13.1).

Das sind die Zahlen nach Steuern. Vor Steuern liegt die Rendite von Millionären nach Piketty bei über 10%.

⁵⁸ Siehe Piketty: *Kapital und Ideologie*

Anlage 10: Vorgeschlagene Steuersätze nach Piketty

The circulation of property and progressive taxation					
Progressive tax on property (funding of the capital endowment allocated to each young adult)			Progressive tax on income (funding of basic income and social and ecological State)		
Multiple of average wealth	Annual tax on property (effective tax rate)	Tax on inheritances (effective tax rate)	Multiple of average income	Effective tax rate (including social contributions and carbon tax)	
0,5	0,1%	5%	0,5	10%	
2	1%	20%	2	40%	
5	2%	50%	5	50%	
10	5%	60%	10	60%	
100	10%	70%	100	70%	
1000	60%	80%	1000	80%	
10000	90%	90%	10000	90%	

Interpretation. The proposed tax system includes a progressive tax on property (annual tax and inheritance tax) funding a capital endowment for all young adults and a progressive tax on income (including social contributions and progressive tax on carbon emissions) funding the basic income and the social and ecological State (health, education, pensions, unemployment, energy, etc.). This system favouring the circulation of property is one of the constituting elements of participatory socialism, together with a 50-50 split of voting rights among workers representatives and shareholders in corporations. **Note:** in the exemple given here, the progressive property tax raises about 5% of national income (allowing to fund a capital endowment of about 60% of average net wealth, to be allocated to each young adult at 25-year of age) and the progressive income tax about 45% of national income (allowing to fund an annual basic income of about 60% of after-tax income, costing about 5% of national income, and the social and ecological State for about 40% of national income). **Sources:** see piketty.pse.ens.fr/ideology (table 17.1).

Anlage 11: Einkommenssteuern im Vorschlag von Piketty im Vergleich zu deutschen Steuern 2020/59

AN-Bruttoeinkommen	AG-Brutto + Kapitaleinkommen	heutige Einkommenssteuer + Sozialabgaben		Steuern nach Piketty	
16.500 €	20.000 €	6.500 €	32%	2.000 €	10%
67.000 €	80.000 €	50.000 €	63%	32.000 €	40%
185.000 €	200.000 €	110.000 €	55%	100.000 €	50%
385.000 €	400.000 €	190.000 €	48%	240.000 €	60%
4 Mio. €	= .	1,8 Mio. €	45%	2,8 Mio. €	70%
40 Mio. €	= .	18 Mio. €	45%	32 Mio. €	80%
400 Mio. €	= .	180 Mio. €	45%	360 Mio. €	90%

Selbst bei einem Bruttoeinkommen von 150.000 Euro pro Person – also einem Familieneinkommen von ca. 300.000 Euro im Jahr – liegt die von Piketty vorgeschlagene Belastung noch unter der, die heute anfällt. Nur weniger als 5 % der Bevölkerung müssten bei den vorgeschlagenen Steuersätzen mehr Steuern und Abgaben bezahlen als heute.

59 Eigene Berechnung auf Grundlage der von Piketty (Kapital und Ideologie) vorgeschlagenen Steuersätze, der Einfachheit halber habe ich Dollar = Euro angenommen. Das Durchschnittsvermögen liegt bei ca. 200.000 Euro.

Die tatsächliche Steuerbelastung für die Multimillionäre dürfte weiterhin viel niedriger liegen. Dazu müssen die Wertzuwächse der Vermögen versteuert werden.

Anlage 12: Vermögenssteuern nach Piketty

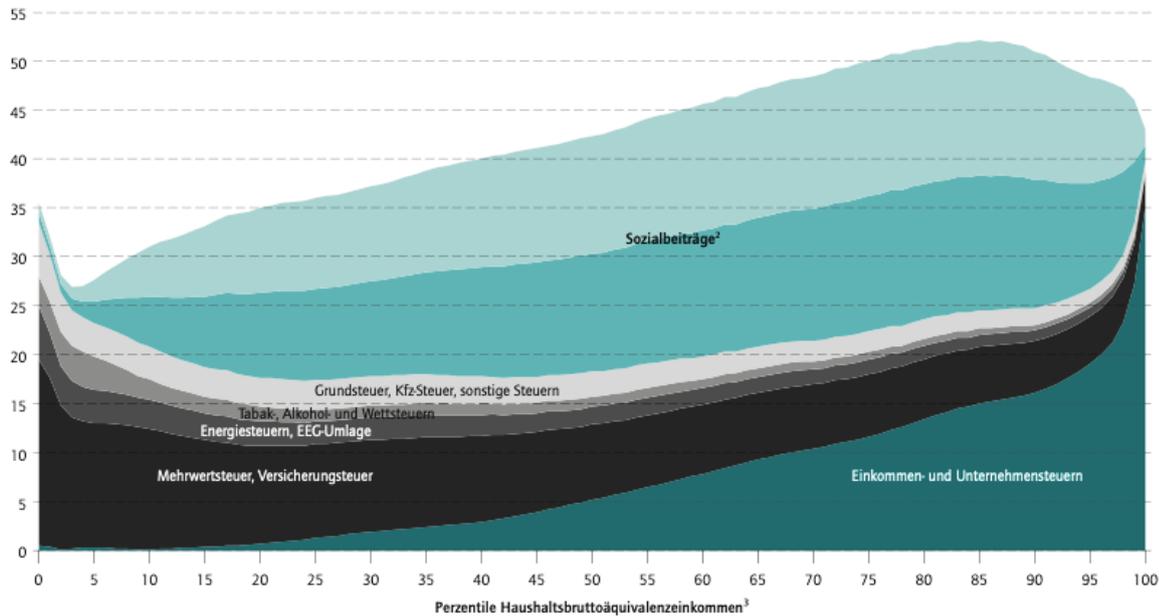
Vielfaches des \emptyset	Vermögen	Vermögenssteuer	Erbschaftssteuer
0,5	100.000 €	100 €	5.000 €
2	400.000 €	4.000 €	80.000 €
5	1 Mio. €	20.000 €	500.000 €
10	2 Mio. €	100.000 €	1,2 Mio. €
100	20 Mio. €	2 Mio. €	14 Mio. €
1.000	200 Mio. €	120 Mio. €	160 Mio. €
10.000	2 Mrd. €	1,8 Mrd. €	1,8 Mrd. €

Die jährliche Steuerbelastung läge also bei einem Vermögen von 100.000 Euro bei 100 Euro – also vergleichbar der heutigen Grundsteuer. Der reichste Deutsche mit einem Vermögen von ca. 40 Mrd. € würde nach 10 Jahren ohne Rendite nur noch ca. 20 Mio. € besitzen.

Anlage 13: Belastung durch Steuern und Abgaben in Deutschland⁶⁰

Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015¹

Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik



¹ Werte polynomisch geglättet.

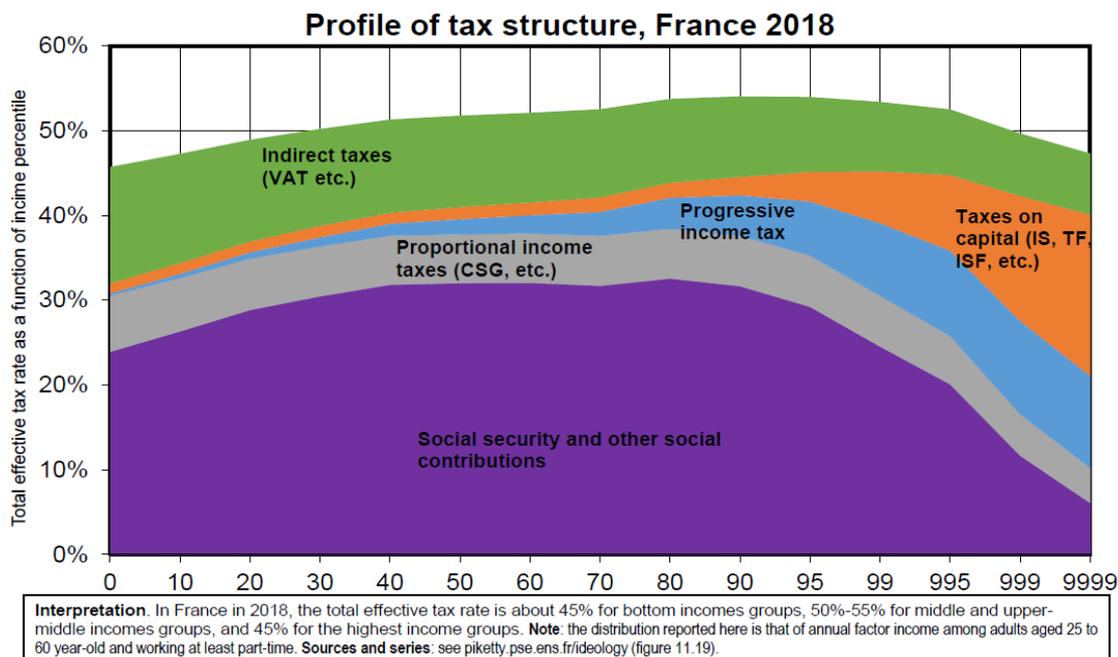
² Häufigte Aufteilung der Sozialbeiträge.

³ Äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala.

Quelle: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015.

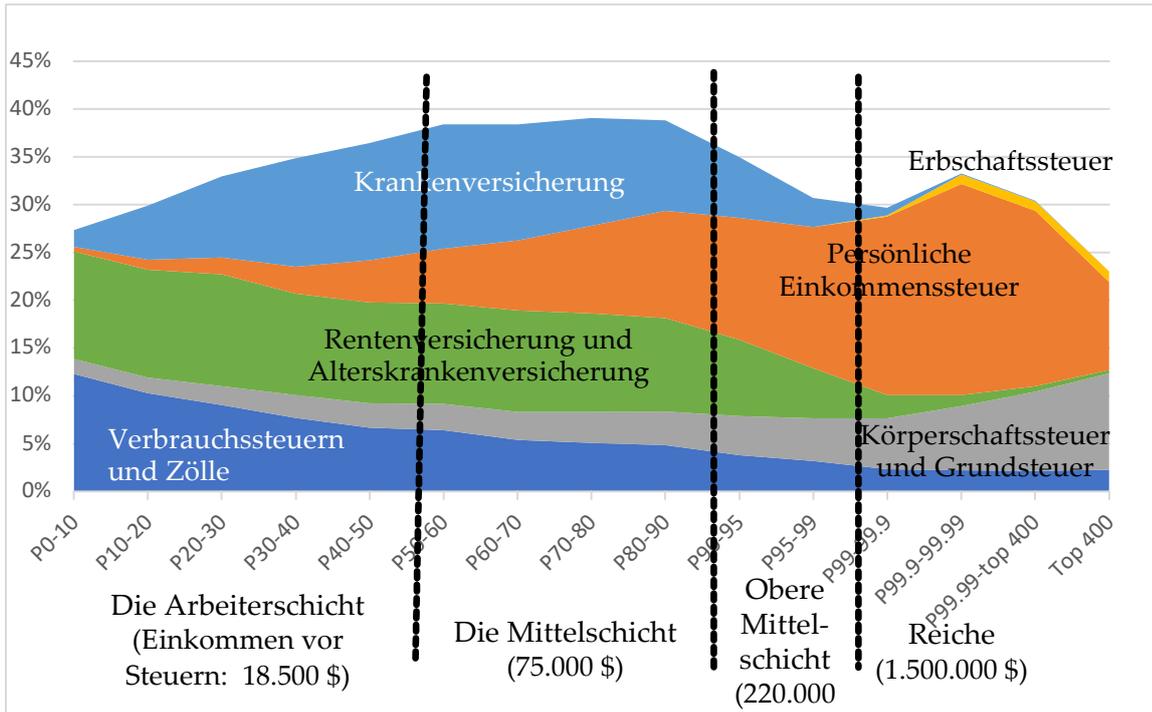
© DIW Berlin 2016

Anlage 14: Belastung durch Steuern und Abgaben in Frankreich

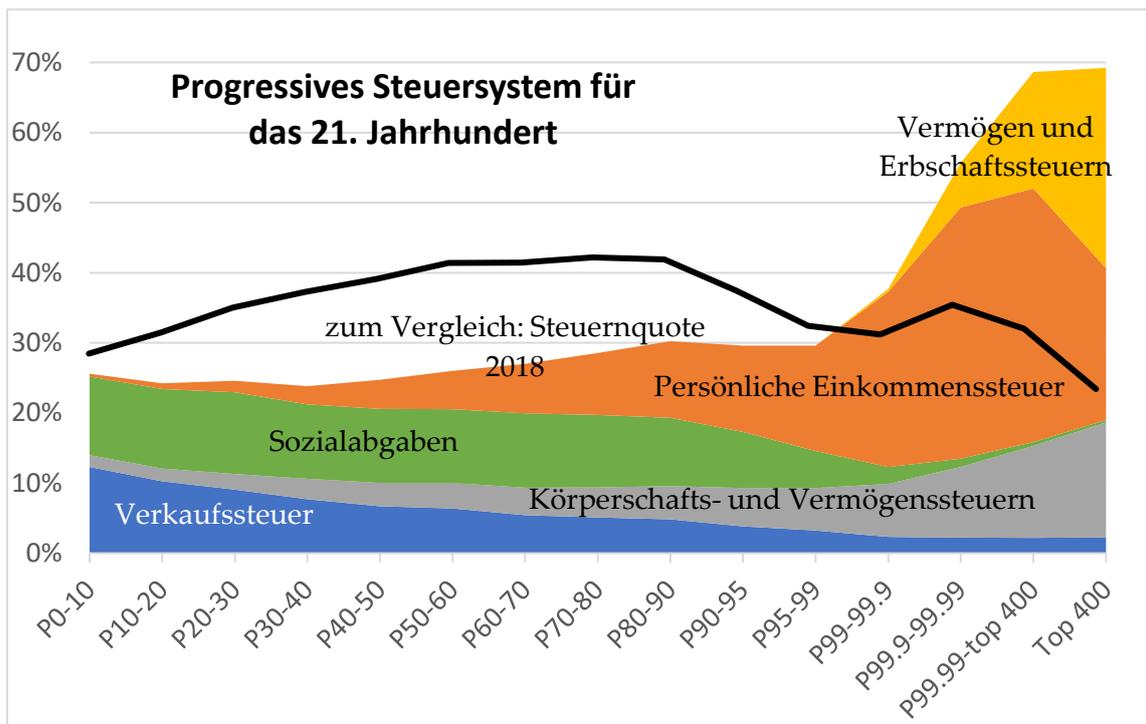


⁶⁰ Dies ist die sogenannte Walgrafik. Siehe Bach u.a. - *Wer trägt die Steuerlast in Deutschland?*

Anlage 15: Belastung durch Steuern und Abgaben in den USA⁶¹



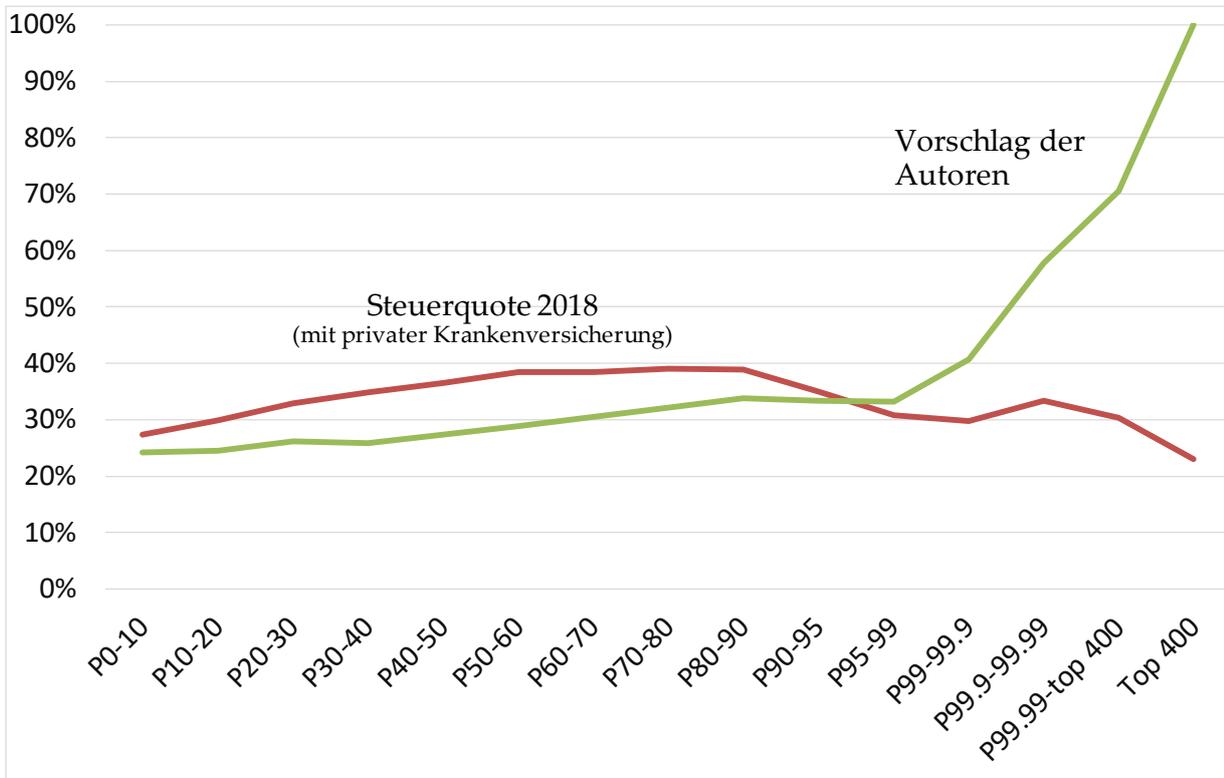
Anlage 16: Das Steuersystem für die USA nach Saez und Zucman (Variante 1)



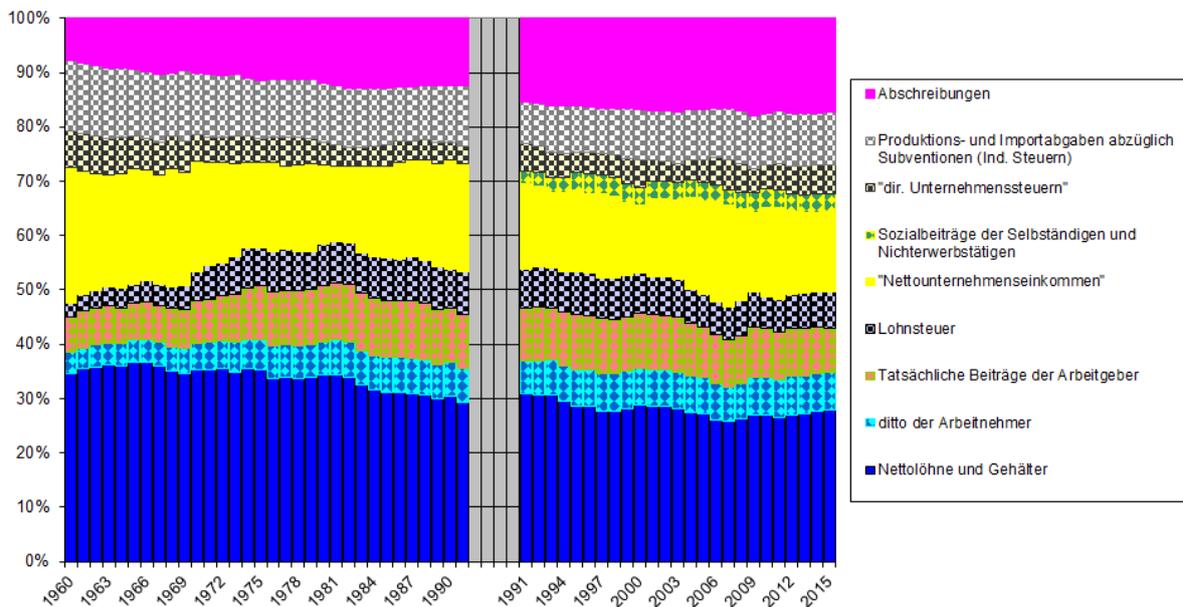
61 Saez und Zucman: *Der Triumph der Ungerechtigkeit*

Anlage 17: Das Steuersystem für die USA nach Saez und Zucman (Variante 2)

Dieses Steuersystem ersetzt die Verbrauchssteuern durch eine Nationaleinkommenssteuer zur Finanzierung der Krankenversicherung und erhebt eine 10%-Vermögenssteuer für Vermögen über einer Milliarde.



Bruttonationaleinkommen und Verteilung bis 1991 altes, ab 1991 neues Bundesgebiet



Anlage 18: Brutto- und Nettoneationaleinkommen (siehe Wikipedia: Bruttonationaleinkommen)

7 Quellen

- Thilo Albers, Charlotte Bartels, Moritz Schularick: The Distribution of Wealth in Germany, 1895-2018. Gelesen in: https://www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute_PB_001_2020.pdf
- Facundo Alvaredo, Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: World Inequality Report 2018, siehe Anlage 5: Vergleich der Einkommensanteile der oberen 10% im Vergleich ab 1980
- Stefan Bach, Martin Beznoska, Viktor Steiner: Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv. In DIW-Wochenbericht Nr. 51+52.2016
- BBK, MD: Handbuch Klimaschutz. Gelesen in: <https://handbuch-klimaschutz.de/>
- Bündnis Kindergrundsicherung: Kinderarmut hat Folgen. Gelesen in: <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/>
- Kerry A. Dolan ua.: Forbes World's Billionaires List - The Richest in 2021. Gelesen in: <https://www.forbes.com/billionaires/>
- EURODAD, GATJ: Proposal for a United Nations Convention on Tax. Gelesen in: https://www.eurodad.org/un_tax_convention
- Karl-Martin Hentschel: Aktuelle Studien zur Ungleichheit des Vermögensbesitzes in Deutschland. Siehe www.sozialoekonomie-online.de
- Lorenz Jarass: Fair and Simple Taxation of Wealth: Taxation of Unrealized Capital Gains. In Online Workshops on Wealth Taxation. Siehe: http://www.jarass.com/Steuer/C/Wealth_Taxation,_Jarass
- Naomi Klein: This Changes Everything. Penguin Books, London 2014
- Ralf Krämer und Yannick Schwarz: Vermögensbesteuerung für eine gerechte Zukunftsgestaltung. Gelesen in: <https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/vermoegensbesteuerung-fuer-eine-gerechte-zukunftsgestaltung/>
- Branco Milanovic: Kapitalismus global – Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. Suhrkamp Verlag, Berlin, 2020
- Robert Misik: Anleitung zur Weltverbesserung – Das machen wir doch mit Links. Aufbau Verlag, Berlin 2010
- Thomas Morus (britischer Lordkanzler und katholischer Heiliger: Utopia. Reclam, Ditzingen 1986 (Originaltitel: De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia. Löwen [Niederlande] 1516)
- Oxfam: 8 Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Nachricht 16.1.2017, in www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung
- Thomas Piketty: Kapital und Ideologie, Verlag C.H.Beck, München 2020.
- John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp, Frankfurt 1979
- Michael J. Sandel: Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2020.
- Wolfgang Spindler: Verfassungsrechtliche Grenzen der Besteuerung. In https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/aktionen/vermoegensteuer/reden_kongress/rede_dr_wolfgang_spindler.pdf
- Gabriel Zucman, Emmanuel Saez: Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Suhrkamp Verlag, Berlin 2020. Hintergrundinformationen und Steuerrechner für die USA in: <https://www.taxjusticenow.org/#/>
- WID: World Inequality Database. In wid.world

5.13 Vorschlag Peter Berres Wissenschaftlicher Beirat

Die Ratschlags-Vorbereitungsgruppe empfiehlt diesen Vorschlag nicht zu behandeln. Der Wissenschaftliche Beirat ist in seiner Arbeitsweise autonom und kann daher vom Ratschlag nicht dazu angewiesen werden sich in einer bestimmten Art und Weise zu organisieren.

Antrag an den ATTAC-Frühjahrs-Ratschlag 2022

zur Abarbeitung der angeblichen Auflösung des Beirats durch eine angebliche Mail-Abstimmung einer Minderheit seiner Mitglieder, nach rechtswidriger Nichtbefassung auf dem Herbstratschlag 2021.

Der Ratschlag möge beschließen:

„ I Die angebliche Auflösung des Beirats durch eine nicht geregelte unkontrollierbare Interpretation der angeblichen Mails einer Minderheit der Beiratsmitglieder durch die Beirats-Koordinatoren wird auf das Schärfste missbilligt, ebenso die Beteiligung hieran durch weitere Attacies und die Verschleierungsversuche der Geschäftsstelle und anderen. Die angeblichen Mails mit der Zustimmung zur Auflösung des Beirats müssen unverzüglich ATTAC-öffentlich gemacht werden.

II Es wird festgestellt, dass der Beirat nicht aufgelöst ist, sondern in seiner Zusammensetzung vom 11. Mai 2021 unter Berücksichtigung etwaiger weiterer Austritte und Zugänge und mit etwaigen zuvor gestrichenen Mitgliedern (z.B. Bauer) fortbesteht.

III Wer auch immer nach dem 11. Mai 2021 an den Knöpfen der ATTAC-Selbstdarstellung , an den Listen , an den Diskussionsforen, an den Mailinglisten usw. herumgespielt hat, sie gelöscht oder unzugänglich gemacht hat, wird aufgefordert, sich selbst NAMENTLICH anzuzeigen und seine/ihre illegalen Maßnahmen rückgängig zu machen.

IV Der bisherige Beirat wird mit Wirkung ab dem 01. Juni 2022 aufgelöst. Die Beirat-Koordinatoren werden mit fast sofortiger Wirkung entlassen, nachdem sie zuvor noch eine, auch virtuelle, Sitzung sämtlicher Beiratsmitglieder nach dem Stand vom 11. Mai 2021 einberufen haben, der vor Ende Mai 2022 stattfinden muss.

Den zukünftigen Beirat betreffende Fragen können nur vom Ratschlag und ggf. von dem einzurichtenden Schiedsgericht entschieden werden.

V Ab dem 01. 06. 2022 wird ein „ATTAC-Beirat für wissenschaftliche und politisch-ökonomische Fragen“ an Stelle des bisherigen Beirats gegründet. Für die Besetzung wird eine Kandidatenliste auf unlimitierten Vorschlag aus allen ATTAC-Gruppen und -Mitgliedern erstellt, die von Rat UND Ko-Kreis zur Auswahl der Zusammensetzung vor dem 01. 06. 2022 nach dem d'Hondtschen Wahlverfahren benutzt wird. Jede/r Stimmberechtigte hat 30 Stimmen, die sie/er auf beliebige Kandidaten verteilen kann (kumulieren und panaschieren). Auf dem nächsten erreichbaren Ratschlag im Herbst 2022 wird die Wahl in den Beirat nach dem gleichen Wahlverfahren bestätigt oder gestrichen. Die weiteren Regeln für die Arbeit des Beirates werden vorzugsweise von Peter Wahl entworfen und vorgeschlagen. “ Peter Berres

5.14 Vorschlag Peter Berres Unvereinbarkeit & Begründung

Die Ratschlags-Vorbereitungsgruppe empfiehlt diesen Vorschlag nicht zu behandeln. Die geforderte Unvereinbarkeit von Religionszugehörigkeit und der Mitarbeit bei Attac verstößt gegen die festgeschriebene weltanschauliche Pluralität in unserem Selbstverständnis (Wer wir sind und was wir wollen, Absatz 1). Das geforderte Arbeitsverbot für mehrere Mitarbeiter*innen des Bundesbüros widerspricht Arbeitsrecht.

Guten Tag

Zum Frühjahrsratschlag habe ich folgende Anträge:

1. ALLE schon zum Herbstratschlag gestellten Anträge
 - a) zur Einrichtung einer Schiedskommission beim e.V.
 - b) zur Feststellung der Unwirksamkeit der vorgetäuschten Beirats-Auflösung
 - c) zur Auflösung des Beirats durch den Ratschlag und die Neuerrichtung eines Beirats für wissenschaftliche Fragen
2. Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit und Rechtswidrigkeit folgender Beschlüsse des Herbstratschlags 2021
 - a) unwirksam ist die Aufhebung der Vereinbarung über das Erfordernis qualifizierter Mehrheiten bei ALLEN Beschlüssen außer über Personen und Finanzen mit einfacher Mehrheit, inklusive Suspendierung des Vetorechts,
 - b) unwirksam ist die Beschlussfassung über den Darmstadt-Änderungsantrag, da der Ausgangsantrag Dresden zurückgenommen wurde und daher über den Darmstadt-Antrag nicht mehr entschieden werden durfte, da verspätet.
 - c) rechtswidrig ist die Befassung mit unzulässigen Anträgen auf dem Herbstratschlag zur Vermeidung der Befassung mit rechtzeitig vorher gestellten und VORRANGIGEN Anträgen, z.B. Berres, Schellmann, Amiri. Die Manipulatoren des Ratschlags Herbst 2021 werden hiermit ausdrücklich für ihr Verhalten und ihre demokratiefeindlichen Absichten gerügt und aufgefordert, auf die Dauer von zwei Jahren keinerlei ATTAC-Zusammenkünfte mehr zu leiten.
3. Antrag, ALLE Personen NAMENTLICH zu benennen, die seit April 2021 an den Mailinglistenlöschungen, den Verlautbarungen z.B. zur Beirats-Auflösung, zur namenlosen Protokollierung des Herbstratschlages und allen anderen Attac-widrigen Aktivitäten im Zusammenhang mit Ausschliesserei, Unvereinbarkeits-Definitionen, Löschung von Mitgliedschaftseinträgen, z.B. Rudolph Bauer, beteiligt waren oder diese veranlasst haben.
4. Alle unter 3. genannten/gemeinten Personen für die Dauer von zwei Jahren von allen Funktionen innerhalb von Attac Deutschland und dem Trägerverein

auszuschließen, gerechnet ab Beschlussfassung (ACHTUNG: Personenregel), einschließlich Kündigung von Arbeitsverhältnissen und Freistellung bis zum Ablauf des Kündigungszeitraums.

5. Der Ratschlag möge unter Aufhebung aller anderen Unvereinbarkeitsbeschlüsse beschließen:

Unvereinbar mit Attac Deutschlands Grundüberzeugungen ist

- a) die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche oder der Umgang mit Mitgliedern derselben,
- b) die Zugehörigkeit zu jedweder evangelischen Sekte (die sind ja keine Kirche laut Joseph Ratzinger), kein Umgangsverbot,
- c) die Zugehörigkeit zu einer islamischen Organisation oder das Bekenntnis zum Quran, insbesondere Sure 2 (Mordaufruf gegen Ungläubige, Boykott-Aufruf gegen Schriftgläubige)
- d) die Zugehörigkeit zu einer jüdischen Organisation, die sich zum sogenannten Alten Testament bekennt (Aufruf zur Schändung und Ermordung von Jungfrauen und Frauen, durch Jahwe!)
- e) die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen, die sich auf christliche und/oder islamische und/oder jüdische „Grundwerte“ berufen oder beziehen und nicht einmal angeben können, worin diese angeblich oder tatsächlich bestehen oder die pausenlos gegen diese Grundwerte (es gibt sie ja wirklich!) in ihrem politischen Handeln verstoßen.
- f) Arbeit in oder für Presseerzeugnisse, die pausenlos gegen ihre Wahrheitspflicht und ihre Pflicht zur vollständigen und unparteiischen Berichterstattung verstoßen.
- g) Kontakt mit Personen, die innerhalb von Attac Deutschland behaupten, die früheren Attac-Konsense zu exekutieren, ohne hierzu die geringsten Befugnisse zu haben (braucht ihr Beispiele oder Namen?)
- h) selbstverständlich auch Zugehörigkeit zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen oder zu Leuten, die die politische Praxis in der BRD für verfassungskonform halten (zum Beispiel Attac Fulda).

Begründungen werde ich in gesondertem Brief liefern; da aber die bisherigen Ausschließerioten auch keine abliefern, werde ich mir da keine große Mühe geben.

Ich versende mit Zugangsprotokoll und Empfangsprotokoll durch posteo.

Peter Berres

Begründung:

ERGÄNZUNG zu meinem Antragspapier vom 25. 2. 2022 und
BEGRÜNDUNGEN für die Unvereinbarkeits- und Ausschließungsanträge

I zur Unvereinbarkeit für Attacies vom Umgang mit den genannten Personen und Gruppen:

Außer für Kontakte zur Katholischen Kirche, also deren Mitglieder und Repräsentanten, gilt KEIN Gesprächs- und Umgangsverbot mit allen anderen genannten Personen und Gruppen. Tritt jedoch einer der genannten Personen und/oder Gruppen einzeln oder als Organisation einer von attacisten veranlassten Veranstaltung hinzu, hat sich jeder zu Attac gehörige sofort zu entfernen, bei Strafe der Ausschließung wegen passiver Kontaktschuld. Dies gilt auch für Unterschriften unter Aufrufe und Einladungen, politische Statements und ähnliches; sobald sich eine persona non grata oder mehrere personae non gratae ebenfalls beteiligen. In dem Falle ist öffentlich zu erklären, dass die Beteiligung an den genannten Aktionsformen gegenstandslos ist wegen der Beteiligung von nicht attac-konformen Personen und/oder Gruppen. Achten Sie hierbei besonders auf bestimmte Mitglieder bestimmter Gewerkschaften und auf jeden, der die Solidarität mit jüdischen Mitmenschen NICHT gleichsetzt mit der Solidarität mit dem Handeln des israelischen Staates!

II Zur Begründung für Unvereinbarkeiten gemäß Antrag Abschnitt 5 vom 25. 02. 2022

A) Katholiken jedweder Funktion

Die RÖMISCH-katholische Kirche ist die älteste und erfolgreichste kriminelle Vereinigung in der Geschichte der Menschheit. Seit 325 unserer Zeitrechnung betätigt sie sich als entweder staatslenkend oder staatsstützend. Sie hat unzählige Güter, Ländereien und Vermögen an sich gebracht, und hält es im Widerspruch zu ihren Narrativen und ihren Geboten nicht für nötig, Unrechtes wieder gutzumachen. Sie ist zudem in jüngerer Zeit als Päderasten-Verein enttarnt worden; auch dort verweigert sie substantielle Wiedergutmachung oder Entschädigung.

Getrost darf sie bezeichnet werden als diejenige, die Jesus von Nazareth als FALSCHER PROPHETEN vorhergesagt hat, laut NT in der gefälschten konstantinischen Fassung.

Ohne ihr historisches Wirken sind so psychopathische Verbrecher wie Hitler, Stalin, Mao Tse Tung, Kim Jong Un etc. usw. nicht denkbar. Sie hat die Vernichtung andersdenkender jahrhundertlang praktiziert und damit die Matrix abgegeben für den heutigen Umgang von Menschen mit ihres gleichen.

Scheiterhaufen, „Hexen“-Verfolgung, Exkommunikation (nachgeahmt von Lindner und Konsorten in Attac), wirtschaftliche Vernichtung, Kinderschändung.

B) Evangelikale und sonstige Wurmfortsätze der rk-Kirche

Sie predigen fast den gleichen menschenverachtenden Unsinn wie die A)-Typen und hatten nur weniger Gelegenheit zu Untaten der katholischen Art. Weil sie TEILWEISE gegen die Verbrechen der kath. Kirche angegangen sind, darf mit ihnen gesprochen werden. Gemeinsame Veranstaltungen bleiben verboten bzw. sind nicht attac-konform. Eine passive Kontaktschuld gibt es insoweit aber nicht.

C) Der Islam ist sowohl eine Fortsetzung der 632 u.Z. bereits stabil verfassten römisch-katholischen Kirche, die das untergegangene römische Reich nahezu nahtlos fortsetzte und das Machtvakuum im Bereich des römischen Reiches ersetzte und nutzte, soweit, dass jeder Herrscher die Zustimmung der Kirche zu seiner Herrschaft im allgemeinen und zu seinen Regierungs- Maßnahmen im besonderen benötigte, um legitim zu erscheinen, als auch eine Fortsetzung des religiösen Judentums des 7. Jahrhunderts. Wohl unter dem Eindruck der Machtfülle von Juden und Christen entschlossen sich die vier Islam-Gründer zu einem brutal-radikalen Kurs gegenüber jedem, der ihre religiöse Überzeugung nicht akzeptierte: Tod den Ungläubigen und jedwede Art von Boykott denen, die zwar an das NEUE Testament oder mindestens an das ALTE Testament und mithin an den gleichen Gottvater glaubten, aber nicht an Mohammad als DEN einzigen und nach Jesus letzten Propheten dieses Gottes und an den vom angeblichen Gott der Juden (!) angeblich diktierten Quran. Niemand bei den Muslimen traut sich, vom Quran Abstand zu nehmen, außer jenen, die sogar bestreiten, dass es Mohammad überhaupt gegeben hat. Wir Attacies wollen jedenfalls mit solchen Leuten nichts zu tun haben und sie auch nicht in unseren Reihen dulden.

D) Eigentlich ist es selbstverständlich, dass die Grundleger für das unter A) bis C) beschriebene inhumane Denken und Handeln, also heute die Anhänger jüdischer Religionen, quasi automatisch auch in den Verschiss gehören. Für einen deutschen Juden wie mich hat es aber noch etwas mehr Begründungszwang.

Schon die historischen Grundlagen der Religionsgründung sind erschreckend. Eine Vereinigung von Stämmen wählt sich aus der Masse der für vorhandenen gehaltenen (!) Götter (!) den stärksten aus und macht ihn fortan zu IHREM einzigen Gott (DU SOLLST KEINE FREMDEN GÖTTER NEBEN MIR HABEN!). Erst später wird das umformuliert, da hat dann Jahwe sich SEIN Volk

ausgesucht, unter Ausschluss aller anderen.

Die Qumran-Sekte, der auch Jesus anhing, hat dann nahezu 3000 Jahre später erkannt, dass darin eine weitgehend menscheitsfeindliche Ideologie steckte und die Liebe zu allen Menschen propagiert. Diesen gemeinschaftsstiftenden Gedanken hat Jesus dann entwickelt hin zur Feindesliebe. Kein Religionsbegründer oder Moral-Apostel ist je weitergegangen. LEIDER haben weder die christlichen noch die islamischen noch die jüdischen Praktiker jemals diese Lehre gelebt. Sie sind lieber mit dem Kreuz oder dem Halbmond oder der Menora / dem Davidstern in die verschiedensten Kriege gezogen.

Also auch die religiösen Juden - - - kein Umgang für Attacies.

E) Muss ich nicht erklären: wer die Ideologie der zu A) bis D) genannten verbreitet, kann ja nur den Grundkonsens von Attac verneinen.

Was also sollen wir mit CDU/CSU/SPD/FDP/Bündnis90Grünen/Linken/AfD?

Du wunderst Dich über die Aufzählung? Schau mal genau hin, wer alles bei den kirchlichen Veranstaltungen des Deutschen Bundestages aufläuft, oder im Gebetsteppichraum ebenda, oder eine Kippah trägt. Eigentlich kannst Du nur Agnostikern und Atheisten trauen und Buddhisten! Aber das sind per Saldo ja auch Atheisten.

F) Zum Lügen gehört das Verbreiten, durch Weglassen, Parteinahme, direkte Falsch-Info. Jeden Tag sterben 20000 Kinder unter 6 Jahren an Hunger, Verdursten, unterlassener medizinischer Versorgung, aber unsere Informationslügner berichten fünf Tage lang mit Bild und Ton und Druckerschwärze über einen Jungen, der in einen Brunnen gefallen ist. Wenn Du bei Gericht als Zeuge etwas weglässt oder als Partei verschweigst, was zur Sache gehört, bist Du ein Straftäter. Für Pressefritzen gehört das zum blutigen Handwerk. Nicht nur „esa economia mata“ (Franziskus), sondern auch das lügende Lückenberichten.

Kein Umgang für Attacies . . .

G) Der Feind sitzt im eigenen Fell: innerhalb von attac gibt es Personen, denen jedes illegale Mittel recht ist, um ihre Positionen durchzusetzen, insbesondere die Aufgabe aller Regeln, die sich Attac Deutschland im Laufe seiner über 20jährigen Geschichte gegeben hat. Dazu zählen: Reden, reden, reden – niemand wird gezwungen, seine Position aufzugeben, auch wenn dadurch die Mehrheit ihre „Pläne“ nicht durchsetzen kann, genauer: Einigkeit statt Mehrheitsherrschaft -, also Vetorecht. Das einzige bestimmende Gremium ist der Ratschlag. Der Rat und der KoKreis „verwalten“ – exekutieren – die Ratschlags-Beschlüsse, eine eigene Attac-Politik steht ihnen nicht zu. Die Pseudo-Auflösung des Beirats und die absolut manipulative und rechtswidrige Gestaltung des Herbstratschlages mit Durchwinken unzulässiger Alternativ-Anträge und „Verschieben“ unerwünschter Anträge haben bewiesen, dass in Attac konterrevolutionäre Gesellen am Werke sind. Woher nehmen sich unbenannte Herr-Schaften in der Geschäftsstelle das Recht, an den Computer-Knöpfen herumzudrücken, Mailing-Historien verschwinden zu lassen, gewählte Leute aus Mitgliederlisten zu löschen, erlogene Erklärungen zu posten? Was sind das für Feiglinge, die ihren

Namen nicht unter ihre „Aktionen“ setzen? Und wie kann eine inhaltliche Politik-Positionierung dadurch verbreitet werden, dass Namenlose Leute rauschmeißen oder ihre private ideologische Einschätzung als ATTAC verkaufen?

Legt diese Hasardeure still!

Braun wird nicht bekämpft, indem die eigenen Leute mit der eigenen SCHEI?E beworfen werden, wohlgermerkt der SCHEI?E der Werfer. Und die widerliche Anbiederung an die Regierungspolitik bei dem „Kampf“ gegen eine Pandemie und an die regierungsgeilen Teile der LINKEN und der Bündnis90/Die Grünen ist das Gegenteil von praxiskritischer und ideologiekritischer NGO-Politik.

H) Selbstverständlich will ich unsere Verfassung nicht abschaffen, Aber als gelernter Verfassungsjurist will ich, dass sie – insbesondere der Menschenrechtskatalog – endlich angewendet wird, vor allem Artikel 20 GG. Denn wie schon Schäuble immer wieder zu Recht betont hat: Wir haben (noch?) keine Demokratie, sondern nur eine parlamentarische Demokratie, sie findet also nur IM Parlament statt, aber nicht durch das Volk und mit dem Volk.

KEINE Regierung ist eine demokratische Regierung, sie ist maximal demokratisch eingesetzt, dann ist aber auch schon Schluss mit Volkswillen. Die Justiz ist ein Feudalismus-Verein, das Rechtssystem würgt bei Bedarf sogar die Herrschaft des Parlaments und der Regierung ab. Im Bezug auf die Menschenrechte ist das sogar gut so, nur: mit ihrer Corona-Politik haben erst die CDU/SPD-Regierung und dann die Ampel bewiesen, dass sie unsere Verfassung nicht anwenden, wenn es ihnen nicht passt.

Und wenn die AfD genau dies sagt, hat sie recht, wie auch der Papst, wenn er verkündet, dass die Erde ein Rotationsellipsoid ist. Und ich unterstütze die AfD NICHT, wenn ich bemerke, dass sie in Person irgend eines Parteibonzen etwas Richtiges sagt, wie ich auch keinerlei antisemitische Ambitionen habe, wenn ich die Palästinenser-Politik des Staates Israel für menschenrechtswidrig erkläre.

Genug begründet.

Peter

5.15 Vorschlag Abstimmungen der Regionalgruppen

Antrag an den Attac-Ratschlag zur Einführung eines neuen Verfahrens zur Abstimmung durch die Attacgruppen

Der Attac-Ratschlag möge folgende Ergänzung der Regelsammlung* beschließen:

Neben dem Ratschlag als oberstes Entscheidungsgremium wird eine Abstimmung der Attacgruppen als gleichwertig erachtet, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- 1., Alle tatsächlich existierenden Regionalgruppen, Mitgliedsorganisationen, Junges Attac, Bundesarbeitsgruppen, Projektgruppen und Wissenschaftlicher Beirat werden angeschrieben.
- 2., Vom Tag des Anschreibens bis zur Abgabe der Voten durch die Attacgruppen stehen mindestens 6 Wochen für die interne Debatte zur Verfügung.
- 3., Den Attacgruppen wird für den gesamten Zeitraum ein Diskussionsverteiler (e-mail-Verteiler) zur Verfügung gestellt, aufgeteilt in die 5 Regionen Mitte, Nord, Süd, Ost, West. Den BAGs, Wbs, etc. steht es frei, in welchen e-mail-Verteiler sie gehen möchten. Die Verteiler werden von den, durch die jeweiligen Regionen gewählten, Ratsmitglieder betreut.

Bei Regionen, in denen nicht ausreichend Regionsvertreter*innen im Rat vorhanden sind, können andere Ratsmitglieder mit eingesetzt werden.
- 4., Es können Videokonferenzen angeboten werden, in der sich Attacis aus der jeweiligen Region austauschen können, müssen aber nicht.
- 5., Die Abgabe der Voten erfolgt nach den Vorgaben des Konsensprinzips, also : Volle Zustimmung, Zustimmung mit Bedenken, Enthaltung, Dagegen, Veto. Die Voten der Attacgruppen werden an den e-mail-Verteiler der Region und an die Regionsvertreter*innen weiter gegeben.

Die unterschiedlichen Argumentationslinien, die zu den jeweiligen Voten (Zustimmung bis hin zu Veto) geführt haben, werden ebenfalls an den e-mail-Verteiler (zum besseren Verständnis der Beweggründe für Basismitglieder) und an die Regionsvertreter*innen weiter gegeben.
- 6., Die jeweilige Anzahl der Stimmen wird im Rahmen des Konsensprinzips addiert, um ein bundesweites Ergebnis zu erhalten. Auch die Argumentationslinien werden überregional zusammen gefasst und dem Rat zur Verfügung gestellt.
- 7., Das Abstimmungsergebnis kann nur als Ersatz eines Ratschlagbeschlusses gelten, wenn mehr als 50% der Attacgruppen ein Votum abgegeben haben.

Begründung:

- Attacis, die mangels Zeit und Geld oder aus gesundheitlichen Gründen nicht am Ratschlag teilnehmen können, werden derzeit von der Abstimmung ausgeschlossen.
- Durch eine Abstimmung in den Attacgruppen wird das Ergebnis sehr viel repräsentativer, da sehr viel mehr Attacis abstimmen. Stichwort Demokratisierung.
- Mit der Einbindung der Attacgruppen steigt auch die Identifikation und damit die Motivation der Attacis, Wissenschaftler*innen, Mitgliedsorganisationen, sich für die Attac-Themen einzusetzen.
- Attacgruppen, insbesondere kleinere, profitieren von der Diskussionsliste der Region, indem sie dort verschiedene Blickwinkel zum Thema lesen und damit teils besser verstehen können. Dies fördert konsensorientierte Entscheidungen.
- Die Regionsvertreter*innen bekommen mit der Zeit ein Gefühl dafür, welche Interessen ihre Region hat, sodass Ratsentscheidungen, die an der Basis vorbeigehen, reduziert würden.
- Wir sollten mit der Zeit gehen und die technischen Möglichkeiten zur Demokratisierung nutzen.
- Bei drängenden Fragen muss nicht mehr bis zum Herbstratschlag gewartet werden.

*** Regelsammlung Attac-d (vorläufig)** (Stand: 160806, ergänzt am 19.05.09 um Satz 2 der Regel 11a aufgrund des Attac-Herbstratschlags vom 16.-18. November 2007 in Gladbeck, https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Zusammenfassungen/20090519_Regelsammlung.pdf)

Erstunterschriften:

Micha Amiri, Attac München

Christiane Hansen, Attac München

Antje Kirchner, Attac-Gruppe Cottbus, Attac-Rat, BAG Globalisierung und Krieg

Ingeborg Schellmann, Attac Halle, AG Europa, PG Soziale Fragen

Barbara Volhard, BAG WTO und Welthandel, Attac Freiburg

Irene Himbert, Mitglied des Attac-Rats, BAG Globalisierung und Krieg, Attac Untere Saar

Christian Weber, Attac Würzburg

Marie-Dominique Vernhes, Mitglied des Attac-Rats, Attac Hamburg, BAG Europa + EKU, PG Soziale Frage, SiG-Redaktion

Silke Jehnert, Attac Halle

Reinhard Frankl, BAG Globalisierung und Krieg, Attac Aschaffenburg-Miltenberg

Remi Fiedler, Attac Berlin

Werner Heinz, Attac Frankfurt, Mitglied des Rats

Uta Wagner, Attac München

Klaus-P. Schleisiek, Attac Aachen

Birgitt Kerres, Attac Aachen

Till Strucksberg, Attac Dortmund

5.16 Vorschlag Verkehrswende (nicht fristgerecht eingegangen)

Vorschlag zum Frühjahrsratschlag – Unterstützung der Aktivitäten zum Weltverkehrsforum in Leipzig

Antragsstellerin: Kampagnengruppe einfach.umsteigen

Antragstext: Der Ratschlag möge beschließen:

„Attac Deutschland unterstützt die Aktion und inhaltliche Veranstaltung zum Güterverkehr der Attac-Kampagnengruppe einfach.umsteigen beim Weltverkehrsforum (ITF) in Leipzig vom 18. bis 20. Mai 2022 und bewirbt diese.

Inhaltlicher Fokus der Aktion wird einerseits die Abschaffung des Dieselprivilegs auf der Straße sein, wodurch der Ausbau der Bahninfrastruktur für Güterverkehr mitfinanziert werden soll. Der zweite Fokus soll bei der Luftfracht die Skandalisierung der Subventionierung von Flughäfen sein. Als Drittes wird die Forderung aufgestellt, eine internationale Kerosinsteuer einzuführen. Die Aktion wird Elemente zivilen Ungehorsams enthalten. Die inhaltliche Veranstaltung soll umfassender zum Thema Steuerpolitik, Subventionen und Infrastrukturpolitik im Güterverkehr ausgerichtet sein, bei der Wachstumskritik mit einbezogen wird.

Die Aktivitäten beim ITF könnten Startschuss für eine Mini-Kampagne sein, bei der Regionalgruppen ähnliche Aktionen vor Ort machen können (z. B. an Logistik-Hubs, Containerhäfen, Flughäfen). Gemeinsames Aktionsbild können dabei Pakete in unterschiedlicher Größe sein. Zur Vorbereitung eignet sich die Aktionsakademie vom 25. bis 29. Mai 2022. Möglicher Höhepunkt dieser Mini-Kampagne könnte im Juli das Ampel-Sommerpaket sein.

Zentrale Punkte im Überblick:

- Inhaltlicher Fokus: Abschaffung des Dieselprivilegs zur Finanzierung des Ausbaus des Schienengüterverkehrs, Skandalisierung der Subventionierung von Flughäfen, Forderung nach einer Kerosinsteuer als Schritt zur Reduktion von Flugverkehr
- Message und Slogan: „Endlich umSteuern / Zeug in den Zug / Güterwahnsinn auf der Straße und in der Luft stoppen!“
- mögliche Hebel: Koalitionsvertrag zur Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen, EU-Beihilfeleitlinie zu Flughafensubventionen, Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Kerosinsteuer im Rahmen des „fit for 55“-Klimapakets
- Adressat*innen: Politik, ITF
- Partner*innen: Robin Wood, Klimacamp Leipziger Land. Evtl.: Junges Attac, Attac Leipzig, Aktionsbündnis gegen Flughafenausbau, Leipzig fürs Klima, Konzeptwerk Neue Ökonomie“

Begründung: Das Weltverkehrsforum (ITF = International Transport Forum) vom 18. bis 20. Mai in Leipzig, auch als „Davos des Verkehrs“ bezeichnet, ist eine an die OECD angegliederte Organisation und die Nachfolge der Europäischen Verkehrsministerkonferenz. Hier kommen

Verkehrsminister*innen aus den 63 Mitgliedsländern zusammen, aber auch viele Großkonzerne kommen über das Corporate Partnership Board dazu. Inwieweit das selbsterklärte Ziel der Inklusion daher der Maßstab für Entscheidungen ist, bleibt fraglich, da der Fokus auf Lösungen für mehr Verkehr und Wirtschaftswachstum liegt. Als einzige globale Organisation mit Mandat für alle Verkehrsträger bietet es daher die ideale Bühne, um die klimaschädliche Verkehrspolitik von gestern zu thematisieren.

Zur Erläuterung der fraglichen Subventionen, die im Fokus der Aktion stehen:

1. Straße: Dieselprivileg

Diesel wird pro Liter 18 Cent niedriger besteuert als Superbenzin. Würde der Diesel-Steuersatz aufs Benzinniveau angehoben, könnte die LKW-Fahrleistung um 2,8% reduziert und 1,5 Mio. t THG-Emissionen eingespart werden. Perspektivisch sollten Kraftstoffe darüber hinausgehend nach Äquivalenzprinzip – d. h. auf Basis ihres CO₂- und Energiegehalts – besteuert werden. Dann läge der Steuersatz für Diesel über dem für Benzin. Das eingenommene Geld kann zum Ausbau des Schienengüterverkehrs und allgemein zum Ausbau von Bus und Bahn verwendet werden.

2. Luft: Subventionierung von Flughäfen

Stand 2015 schrieben nur sechs von 15 internationalen Flughäfen und kein einziger der 19 Regionalflughäfen in Deutschland schwarze Zahlen. Das Defizit der neun internationalen und 19 Regionalflughäfen lag in der Regel im ein- bis zweistelligen Millionenbereich und wird indirekt von den Steuerzahler*innen ausgeglichen. Der Flughafen Leipzig-Halle, viertgrößter Frachtflughafen in Europa und bedeutendstes Luftfracht-Drehkreuz von DHL Express, machte 2019 18,7 Mio. Euro Verlust; das Defizit tragen die Eigentümer – also v. a. der Freistaat Sachsen (77%), das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Leipzig. Dort ansässige Logistikunternehmen wie DHL Express oder Amazon verdienen derweil Milliarden.

3. Luft: Energiesteuerbefreiung Kerosin

Auf Kerosin fällt in keinem einzigen EU-Land (in ganz Europa nur in Norwegen) Energiesteuer an; z.B. auf Zugfahrten dagegen schon. Für Deutschland lag das Subventionsvolumen 2019 bei über 8 Mrd. Euro; die Klimakosten belaufen sich auf rund 17,4 Mrd. Euro. Deutschland soll die Subvention abbauen und sich gleichzeitig für eine internationale Besteuerung von Kerosin einsetzen, um eine Verlagerung ins Ausland zu minimieren. Auf EU-Ebene wäre das durch bilaterale Abkommen oder eine EU-weite Vereinbarung möglich. Durch die Besteuerung von Kerosin würden jährlich 25 Mio. t CO₂ vermieden und Inlandsflüge könnten fast vollständig auf die Schiene verlagert werden.

6. Kandidaturen KoKreis 2022

6.1 Kandidatur Sonja Taubert - Nord

Persönliches:

Ich bin 59 Jahre alt, verheiratet und lebe seit 26 Jahren in Bremen.

Als Musikalienhändlerin arbeite ich für einen Online-Musik-Notenversand in Bayern.

Attac:

Seit 2014 bin ich Mitglied bei Attac und aktiv bei Attac Bremen.

Auf dem Herbstratschlag 2015 wurde ich das erste Mal in den Rat gewählt.



Im Herbst 2018 habe ich das erste Mal für den Koordinierungskreis kandidiert.

Zur Zeit arbeite intensiv in der Büro AG, Tools AG und der Internet AG.

Außerdem bin ich immer wieder in die Organisation von Webinaren oder anderen Veranstaltungen eingebunden.

Seit Herbst 2019 engagiere ich mich zusätzlich in der EKV AG (Energie, Klima, Umwelt).

Attac ist jetzt 20 Jahre jung und ich empfinde den angestossenen Erneuerungsprozess als enorm wichtig. Hier haben wir die Möglichkeit unsere grundlegenden Erklärungen und Aussagen zu diskutieren. So haben wir die Chance zu prüfen was uns wichtig ist und welche Positionen ergänzt werden sollten. Oder gegen welche Einflüsse wir uns abgrenzen wollen. Es ist ein Prozess der Zeit benötigt, Zeit die wir uns nehmen müssen.

Am Frühjahrsratschlag kann ich dieses Jahr aus persönlichen Gründen nicht dabei sein. Wenn ihr im Vorfeld Fragen an mich habt, freue ich mich über direkte Nachrichten.

Die Regionalgruppe Bremen unterstützt meine Kandidatur für den KoKreis.

Keine Mitgliedschaft in einer politischen Partei.

6.2 Kandidatur Carmen Junge – Mitte

Frankfurt/M. - 17. März 2022

Die bin ich gerade

Bis 2018 habe ich erfolgreich ein Unternehmen der Medizintechnik geleitet. Danach war ich in der Organisations- und Geschäftsfeldentwicklung tätig. Seit 2021 beschäftige ich mich ausschließlich mit Projekten in Politik und Gesellschaft, die mir am Herzen liegen. Neben politischem Engagement ohne Parteizugehörigkeit sind das die Bereiche Hospizbegleitung und Mentoring für Grundschüler*innen. Ich habe zwei erwachsene Kinder und bin 61 Jahre alt.

Für mich sind sowohl die Problemstellungen vor Ort als auch die globalen Zusammenhänge wichtig. Ich kann es nicht akzeptieren, dass der tief in uns verankerte Wachstumsdruck unsere eine Welt zerstört und wenige auf Kosten vieler gut leben lässt. Hochrüstung, Abschottung und Kriege sind nie

eine Lösung. Sie bringen zum Nutzen weniger großes Leid für viele in die Welt. Ich setze mich ein für einen sozialen und ökologischen Umbau und ein buntes, vielfältiges und friedliches Miteinander weltweit.

Attac und ich

Seit ca. 2015 bin ich Mitglied bei Attac. 2018 wurde ich Mitsingende und zeitweise auch Koordinatorin des AttaChor Frankfurt/M., solange es ihn gab. Wir traten auf Demos auf, ich beteiligte mich mehr und mehr an Attac-Aktionen vor Ort und tauchte immer tiefer in die Attac-Strukturen und Probleme ein. Heute engagiere ich mich mit Klimattac und bin seit 2021 Mitglied im Frankfurter KoKreis. Ich arbeite in lokalen Bündnissen zu Themen wie klimagerechte Stadt, Bürger*innenbeteiligung, solidarisch Leben und soziale Gerechtigkeit. Bundesweit war ich beteiligt an der Orga der letzten Sommer-akademie und gehöre aktuell zur Moderationsgruppe für den Erneuerungsprozess.

Deshalb kandidiere ich für den bundesweiten KoKreis

Attac ist der Zusammenhang, wo ich mich zugehörig fühlen möchte, um gemeinsam für eine bessere Welt zu streiten. Ich möchte dazu beitragen, dieses wertvolle Netzwerk mit seinem vielfältigen Wissen strategisch, organisatorisch und inhaltlich weiterzuentwickeln und wirksamer zu machen.

6.3 Kandidatur Hermann Mahler – AG JdW

Kandidatur zum KoKreis beim FRS 2022 für die AG JdW

Hermann Mahler

Ich bin 75 Jahre alt, wohne in Duisburg und bin von Beruf Bauingenieur.

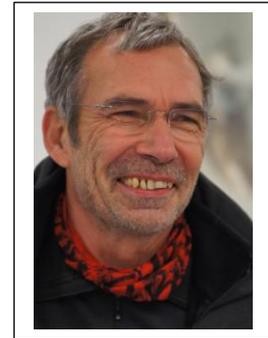
Zu meiner politischen Biografie gehören Gewerkschaftsarbeit, Aktivitäten zur internationalen Solidarität, insbesondere zu Ländern des südlichen Afrikas, Zentralamerikas und Bolivien. Ich war aktiv in der Anti-AKW Bewegung und bisher nie Mitglied einer Partei.

Bei Attac bin ich seit 2004, ich war an der Reaktivierung der Regionalgruppe Duisburg beteiligt und bin seit 2011 in der AG Jenseits des Wachstums aktiv. 2012 wurde ich in den Rat und 2015 in den KoKreis gewählt. Neben der allgemeinen KoKreis Arbeit war ich u.a. an Aktivitäten des Antirassismus und der politischen Wahrnehmbarkeit von Geflüchteten beteiligt, habe in Vorbereitungsgruppen für Rat, Ratschlag und SoAk mitgearbeitet und war bis Ende 2021 Mitglied der Büro AG. In der Verkehrswendekampagne bin ich seit deren Bestehen aktiv.

Ich kandidiere für die AG Jenseits des Wachstums, der ich seit Beginn angehöre. Mein Anliegen für 2022 ist die Fortführung der derzeitigen Kampagne zur Verkehrswende und die Unterstützung des Erneuerungsprozesses von Attac.

6.4 Kandidatur Roland Süß – Süd

Kurzvorstellung zur Kandidatur für den KoKreis: Roland Süß



Ich bin 67 Jahre, seit 2018 in Rente. Kein Mitglied in einer Partei.

In Attac bin ich seit der Gründung 2000 aktiv. Seit 2001 aktiv in der AG Welthandel & WTO. Gründungsmitglied von Attac Heidelberg 2001. Seit Herbst 2006 Mitglied im KoKreis und seit einigen Jahren arbeite ich in der Presse AG mit.

Inhaltlicher Schwerpunkt war für mich vor allem die Auseinandersetzung um die internationale Handelspolitik. In den letzten Jahren standen „Freihandelsabkommen“, wie TTIP, CETA, TiSA und Co. im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung. Was dabei leider unterging ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Themen wie Afrika und den EPAs. Auch hier gibt es Entwicklungen die für Attac relevant sein sollten. Wichtig ist mir, dass Attac als eigenständiger Akteur, mit eigenen Kampagnen und eigenen Inhalten wieder mehr sichtbar wird. Uns ist das in den letzten Jahren bei dem Thema „Freihandel“ teilweise gelungen. Daran möchte ich auch für die Zukunft anknüpfen. Dabei sollten wir auch weiterhin die „Freihandelsideologie“ angreifen und Alternativen aufzeigen. Dies betrifft auch die „Binding Treaty“ Kampagne zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten mit der Forderung nach einem verbindlichen Vertrag unter dem Dach der UNO. Auch mit ihr machen wir deutlich, dass es auch auf internationaler Ebene Alternativen zur Diktatur der Märkte geben kann, wenn der politische Wille vorhanden ist. Jedoch, und das ist und war mir immer besonders wichtig, der Multilateralismus wie wir ihn kennen ist gescheitert. Wir sehen das schon seit Jahren bei der WTO und immer deutlicher bei der UNO. Doch auch hier erleben wir momentan eine entscheidende Zuspitzung. Der Krieg in der Ukraine wird diesen Prozess noch drastisch verschärfen. Machtverhältnisse auf dem Weltmarkt haben sich erheblich verschoben. Systemkonkurrenz und Kalter Krieg werden wieder die politische Agenda bestimmen. Vor allem China und Russland wurden wieder zu systemischen Rivalen. In dieser Konkurrenzlogik traten gemeinsame Sicherheitsinteressen und eine Europäische Friedensordnung aus dem Blickfeld. Die Krise des Multilateralismus ist umfassend. Diese Entwicklung war aber in den letzten Jahren fast kein Thema. Daran muss sich etwas ändern, wenn Attac sich weiterhin als Teil einer globalisierungskritischen Bewegung verstehen will. Daran will ich auch im Koordinierungskreis arbeiten.

Bündnisarbeit ist ein wichtiges Betätigungsfeld für Attac. Ich habe in den letzten Jahren immer wieder Attac in Bündnissen vertreten. In den letzten beiden Jahren, im Klimastreik Unterstützungsbündnis, im Demobündnis zu IAA in München, im Bündnis zu den Ukraine-Demos, in den unterschiedlichen Bündnisstrukturen zu G7 und einige andere. Ich möchte mich an dieser Arbeit auch im nächsten Jahr beteiligen.

6.5 Kandidatur Alfred Eibl – Süd

Alfred Eibl – Bewerbung zum Mitglied des KoKreis von Attac

Ich bin 73 Jahre alt, geboren in Landshut und lebe seit 1972 in München.

Nach einem Ingenieurstudium habe ich in der Elektroindustrie bis zu meiner Pensionierung 2014 gearbeitet.

Im Betrieb war ich in Gewerkschaft und Betriebsrat aktiv und hatte dort verschieden Funktionen in der betrieblichen Mitarbeitervertretung inne, unter anderem Betriebsratsvorsitzender, Mitglied im Aufsichtsrat. Zudem war ich im Rahmen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit für die IG Metall als Referent tätig.



Nach meiner Pensionierung bin ich bei Attac mit dem Schwerpunkt Finanz- und Steuerpolitik aktiv geworden. Diese Schwerpunktsetzung erfolgte aus zwei Gründen:

- Dieses Themenpaar bildete den Dreh- und Angelpunkt der neoliberalen Wende und steht bis heute im Zentrum politischer Auseinandersetzungen
- Über meine Tätigkeit in der betrieblichen Mitarbeitervertretung musste ich mich ganz praktisch mit den Wechselwirkungen von Finanzmarktkapitalismus und Unternehmenspolitik auseinandersetzen und kann dadurch einiges an Erfahrungen und Kenntnissen einbringen.

Nach einigen Jahren Mitarbeit im Koordinierungskreis habe ich bei den letzten Wahlen nicht mehr kandidiert um wieder verstärkt in meinem Kernbereich Steuern und Finanzen tätig zu sein.

Ich wurde aber gebeten, bei meinen bisherigen Arbeitsgebieten Attac-Haushaltsplanung, Pressegruppe und Attac-Internetpräsentation im Rahmen von Kooptation weiter mitzuarbeiten.

Da also die Mitarbeit sowieso weiter ging, kandidiere ich wieder zum ordentlichen Mitglied des KoKreises

Ich bin Mitglied der IG Metall, kein Mitglied einer Partei

Alfred Eibl

München, 25. März 2022

6.6 Kandidatur Thomas Eberhardt-Köster – West

Düsseldorf

Zu mir

Ich habe eine Lehre als Kaufmann gemacht und nach ein paar Jahren Berufstätigkeit über den zweiten Bildungsweg Betriebswirtschaft und später berufsbegleitend Politikwissenschaften studiert. Ich arbeite in einer Kommunalverwaltung, bin 61 Jahre alt und habe zwei erwachsene Kinder. Mitglied einer Partei bin ich nicht.

Zu meiner Attac-Sozialisation

Seit 2002 bin ich in der Regionalgruppe Düsseldorf aktiv und arbeite dort in der AG „Lokal – global“ mit und engagiere mich im lokalen Bündnis Mobilitätswende. Ich kümmere mich leidlich um die lose Vernetzung der Attac-Gruppen in NRW, und arbeite in Attac vor allem zu den Themen Wohnen, Mobilitätswende und engagiere mich beim Erneuerungsprozess sowie in den Vorbereitungsgruppen für den Rat und den Ratschlag und beteilige mich am Aufbau von Awareness-Strukturen in Attac.

Zu meiner bisherigen Tätigkeit im bundesweiten Koordinierungskreis

Seit dem Ratschlag in Köln im Herbst 2012 bin ich im bundesweiten Koordinierungskreis. Zurzeit liegt mein Schwerpunkt in der Kampagne Einfach.umsteigen und in der Projektgruppe zum Erneuerungsprozess. Ich war für Attac an der Vorbereitung der Proteste gegen die IAA in München beteiligt und bin jetzt aktiv in der Vorbereitung der Proteste anlässlich des Internationalen Verkehrsforums im Mai 2022 in Leipzig.

Zu dem, was ich mir für die kommenden Monate vorgenommen habe

Attac befindet sich in einer schon länger andauernden, sehr tiefen inhaltlichen und organisatorischen Krise, die durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt wurde. Mit dem Projekt „Globalisierungskritik fortschreiben und für Attac nutzbar machen“ haben wir einen Prozess gestartet, der produktiv mit dieser Krise umgeht, um Attac neu aufzustellen. Ob dies gelingt, ist offen. Ich will meine Arbeit im Koordinierungskreis vor allem dafür nutzen, diesen Prozess zu unterstützen und voranzutreiben.

Düsseldorf, 15. März 2021

6.7 Kandidatur Judith Amler – Süd

Frühjahrsratschlag 2022:

Bewerbung für die Wahl in den KoKreis von Attac D

Judith Amler Attac-Regionalgruppe Rosenheim; aktiv seit 04/2015



Meine bisherigen Attac-Aktivitäten auf/für die Bundesebene:

- 06/2016 - 09/2016: Mitglied im Arbeitsausschuss des bayerischen Bündnisses für die Münchner Stop-CETA-Demo vom 17.09. und Koordination des dortigen Attac-Auftritts
- seit 11/2016: Mitglied im Rat von Attac D
- seit 01/2017: Vertretung von Attac D im Arbeitsausschuss der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“
- seit 11/2017: Mitglied im KoKreis von Attac D
- Sonstiges: Organisation und/oder Moderation von Informationsveranstaltungen und Workshops; Beteiligung an Aktionen und an der Öffentlichkeitsarbeit von Attac D; Vertretung von Attac mit Redebeiträgen bei mehreren Demos; Beteiligung an Kampagnen von

Was mich bewegt:

Nach Jahrzehnten der neoliberalen Globalisierung finden wir uns heute in einem Zustand multipler Krisen wieder: Während die Covid-19-Pandemie noch nicht überwunden ist, ringen wir aktuell mit dem Krieg Putins gegen die Ukraine sowie seinen vielfältigen Folgen; gleichzeitig ist es mehr denn je eine dringende Menschheitsaufgabe, den Klimakollaps abzuwenden und Biodiversität zu erhalten.

Für immer breitere Teile der Gesellschaft wird manifest, dass die gängige kapitalistische Logik außerstande ist, die multiplen Krisen unserer Zeit zu bewältigen, und dass ein Systemwandel erforderlich ist. Dafür wurde in zurückliegenden Jahren von vielen Aktivist*innen weltweit ein Fenster geöffnet, das sich derzeit allerdings womöglich sogar für lange Zeit wieder zu schließen droht: In anhaltenden und sich vervielfältigenden Krisen gewinnen autoritäre Kräfte und Gesellschaftsentwürfe an Einfluss, in der Folge werden Demokratien zerstört, Kriege geführt und Menschen ermordet. Die Vision für eine nachhaltige Zukunft auf diesem Planeten, ein gutes Leben für alle, dringt bislang nicht durch.

Für mich gilt: Wir haben gute politische Konzepte für eine solidarische Gesellschaft und Welt, an deren Weiterentwicklung in ganz Deutschland, Europa und global viele Menschen ausdauernd und mit großer Leidenschaft arbeiten. Diese müssen wir noch besser in die Öffentlichkeit und in die politische Debatte einbringen. Attac wird als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise gebraucht.

Dafür müssen wir unsere teils 20 Jahre alten Grundlagen unter Wahrung unseres Selbstverständnisses auf die Höhe der Zeit heben, junge Menschen integrieren und Attacies empowern, die Lust auf Bewegung haben, ihre Ideen einbringen können und wollen und dennoch noch viel zu selten gesehen und mitgenommen werden.

Dafür möchte ich mich in der kommenden KoKreis-Periode einsetzen.

Ich bin kein Mitglied einer Partei. Meine Regionalgruppe unterstützt meine Bewerbung.

6.8 Kandidatur Achim Heier – Nord

Bewerbung für Kokreis 2022/23

Achim Heier

Aktiv bei Attac Bremen, 68 Jahre / Rentner, bis 2016 in der Stahlindustrie beschäftigt



Im Kokreis seit 2016, u.a.in der Pressegruppe. Aktiv in der Kampagnengruppe einfach.umsteigen. Ich habe 2021 maßgeblich den IAA-Kongress in München vorbereitet und vertrete Attac im Bündnis „ÖPNV braucht Zukunft“ und in der Vorbereitung der Vergesellschaftungskonferenz im Okt.22 in Berlin.

Ich möchte noch ein letztes Jahr im Kokreis mitwirken, um mit dem Erneuerungsprozess an der inhaltlichen Aktualisierung unserer Globalisierungskritik und an der notwendigen Verjüngung von Attac mitzuarbeiten. Es zeigt sich, dass sich die erste Attac-Generation zurückzieht und jüngere Menschen schwer für kontinuierlicher Attac-Arbeit zu gewinnen sind. Den Rückgang ehrenamtlicher Attac-Arbeit der „Alten“ sollten wir durch Angebote und Formate für jüngere Aktivist*innen

auffangen. Wir haben uns als Attac mit dem Schwerpunkt Sozial-ökologische Transformation und dem Slogan „System Change, not Climate Change“ auf einen Weg gemacht, der soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit verbindet. Auf diesem Feld gibt es viele Anknüpfungspunkte zur Klimagerechtigkeitsbewegung. Ich möchte noch ein Jahr mithelfen, hier eine fruchtbare Zusammenarbeit zu vertiefen.

6.9 Kandidatur Christine Rose – Nord

Mein Name ist Christine Rose. Ich bin 59 Jahre alt und wohne seit Frühjahr 1985 mit kurzen Unterbrechungen in Göttingen. Nach meiner Ausbildung als Landwirtin und habe ich einen Magisterabschluss in den Fächern Sinologie, Geographie und Agrarökonomie erworben. Ich bin Angestellte und arbeite 30 Stunden in der Woche.



Vor Ort engagiere ich mich bei Attac Göttingen und dem Göttinger Friedensforum. Auf dem Frühjahrsratschlag 2021 wurde ich in den Kokreis gewählt. Seit einem Jahr arbeite ich in der Finanz-AG, der Ratsvorbereitungs-AG und der Kokreis-Vorbereitungs AG mit, seit kurzem auch im FLINTA-Plenum.

Ich kandidiere auf dem Frühjahrsratschlag 2022 wieder für den Kokreis. Ich möchte meine Arbeit mit den Themen-Schwerpunkten Friedensarbeit und Gendergerechtigkeit fortsetzen.

Ich bin kein Mitglied einer Partei. Meine Regionalgruppe unterstützt meine Bewerbung

6.10 Kandidatur AG Finanzmärkte und Steuern – Stephan Lindner

Als AG Finanzmärkte und Steuern wollen wir wieder für den Koordinierungskreis kandidieren.

Als AG haben wir im letzten Jahr vor allem unser Steuerkonzept überarbeitet (siehe dazu unseren Antrag an den Ratschlag) und arbeiten an Kampagnen zum Thema Erbschaftssteuer und Rente. Wir vertreten Attac im Bündnis Umverteilen und im Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Sollten wir als AG gewählt werden, hat die AG mich, Stephan Lindner, als ihren Vertreter im KoKreis vorgesehen.

Ich war bereits von 2004 bis 2007, von 2009 bis 2013 und letztes Jahr Mitglied im Koordinierungskreis. Aktiv bin ich nur bei Attac, aber unter anderem auch Mitglied in der Partei Die Linke, bei ver.di, der Informationsstelle Militarisierung und Gemeingut in BürgerInnenhand.

Bei Attac bin ich neben der AG Finanzmärkte und Steuern auch in der AG gegen Rechts aktiv.

Ich bin 52 Jahre und lebe in Berlin.

6.11 Kandidatur Hendrik Küster

Kandidatur KoKreis

Hendrik Küster

Ich bin 28 Jahre alt und arbeite als Psychologe. Neben Attac bin ich auch Verdi-Mitglied; in einer Partei bin ich nicht.



Seit 9 Jahren bin ich in der Regionalgruppe Bamberg aktiv. 2016 habe ich eine junges Attac Gruppe in Bamberg mitgegründet und seit 2018 setze ich mich bundesweit für die Vernetzung der jungen Gruppen ein. Das letzte Jahr habe ich junges Attac im KoKreis vertreten und möchte dieses Jahr weiter im KoKreis mitarbeiten.

Mein Schwerpunkt war die Arbeit in der Moderationsgruppe des Erneuerungsprozesses und der Aufbau von Strukturen in junges Attac. Ich fände es schön, wenn wir es schaffen, dass überall in Attac ein achtsames, inklusives und konstruktives Zusammenarbeiten möglich wird. Außerdem wünsche ich mir, dass es keine Diskussionen mehr darüber braucht, ob rechte Positionierungen und eine Zusammenarbeit mit rechten Akteur*innen einen Platz in Attac haben können.

Ich möchte mich an den Protesten gegen den G7-Gipfel in Elmau beteiligen und an Aktionen für Klimagerechtigkeit. Nach dem mich das Thema Globalisierung und Krieg schon länger bewegt, bin ich im letzten Herbst in der Antikriegsbewegung aktiv geworden. Die neuen Antikriegsbewegungen, ob entstehend aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, aus antirassistischen Bewegungen oder Rheinmetall Entwaffnen, finde ich gerade sehr spannend. Vielleicht können wir es als Attac schaffen zu einer breiten und starken Antikriegsbewegung beizutragen.

6.12 Kandidatur Florian Leiner

Bewerbung für einen Platz

im KoKreis von Attac Deutschland

Name: Florian Leiner

Alter: 24

Mitgliedschaften: VVN-BDA, Mietshäuser Syndikat, Rote Hilfe

Bei Attac: Aktiv bei junges attac, dort in verschiedenen AGen



Vorstellung:

Ich habe in Würzburg Politikwissenschaften und Soziologie studiert und in dieser Zeit viele Kontakte in die politische Szene der Stadt geknüpft. Unter anderem was ich bei der Grünen Jugend, der Seebrücke, Ende Gelände und diversen lokalen Initiativen aktiv. Heute bin ich in Klimagerechtigkeitsgruppen auf überregionaler Ebene aktiv und dieses Jahr Teil der Fortbildungsreihe der attacademie. Bei junges attac bin ich Teil der Social Media AG und eines Prozesses, in dem auch hier ein Grundsatzpapier erarbeitet wird.

Mich beschäftigen die großen Fragen unserer Zeit:

Klimakrise, Artensterben und deren Ursache: Der menschliche Einfluss aufgrund einer neoliberalen Globalisierung, die sich auf einem Nährboden aus Kapitalismus, Imperialismus, Nationalismus und patriarchalen Hierarchien zerstörerisch gedeiht.

Als junge Stimme möchte ich mich im KoKreis einbringen und Attac beim Erneuerungsprozess aktiv begleiten. Wichtig ist mir hierbei eine klare Abgrenzung gegen totalitäre und rassistische Tendenzen, sowie ein produktives Arbeitsumfeld mit Bezug zu anderen Akteur*innen in der Zivilgesellschaft. Attac als Organisation mit dem Hauptfokus auf die Finanzwirtschaft als zentrales Element der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten dieser Welt hat eine große Aufgabe, progressive Alternativen aufzuzeigen und vorzuleben, wie eine solidarische, basisdemokratische Selbstorganisation möglich sein kann. Ich möchte gerne dazu beitragen, in diesen turbulenten Zeiten auch positive Akzente zu setzen und mit klarer Haltung die gesellschaftliche Transformation bewusst zu beeinflussen.

Ich bitte um eure Stimme und danke für euer Engagement!

Solidarische Grüße

Florian Leiner

6.13 Kandidatur Hugo Braun - MGO

Kandidatur für die Mitgliedsorganisation Euromärsche

6.14 Kandidatur Maria Wahle

Maria Wahle

Erfurt

Bewerbung für den KoKreis von Attac Deutschland

Zu mir

Ich bin Maria (35) und arbeite momentan in einer Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) in der Nähe von Erfurt. Seit diesem Frühjahr sind wir dabei, das erste Ackersyndikatsprojekt zu realisieren und eine Solidarische Landwirtschaft für Jena und Umgebung aufzubauen.

Attac & Ich

Seit 2012 ist die Ortsgruppe Erfurt ein Zuhause von mir – ab 2014 war ich wechselweise im Rat und im KoKreis unterwegs. Arbeitsbedingt habe ich innerhalb der Vegetationszeit leider nicht viele Kapazitäten – springe aber gerne als Joker für Sonderaufgaben ein und bin im Winter aktiver bei Attac dabei. Meine Themen innerhalb von Attac und auch für die zukünftige KoKreis-Arbeit sind Klimagerechtigkeit, Alternative Landwirtschaft und gerechter Welthandel.



7. Kandidaturen Rat

7.1 Region Mitte

7.1.1 Kandidatur Werner Heinz

Kandidatur für den Rat 2022: Werner Heinz, Frankfurt/ Main

Beruflicher Background: Planungswissenschaftler, Vielzahl von Studien, Veröffentlichungen und Vorträgen zu Fragen kommunaler und regionaler Entwicklung(spolitik) - überwiegend im internationalen Kontext, vielfältige Beratungs- und Moderationstätigkeiten.

Meine Attac-Aktivitäten: Bis 2018 Mitglied in der PG "Kommunen", seit 2015 Mitglied der AG wefi Frankfurt, mehrmals Mitglied im Rat, Vorträge zu Fragen investorengetriebener Stadtentwicklung bei mehreren attac-Sommerakademien, Mitwirkung bei der Vorbereitung der ESU22 in Mönchengladbach.

Meine thematischen Schwerpunkte, meine Ziele: Auseinandersetzung mit kommunalen Entwicklungsprozessen im Kontext der neoliberalen Globalisierung; Überlegungen zu transformatorischen Eingriffen in das Privateigentum an Boden und Wohnungen - für solche Einstiegsprojekte in einen Systemwechsel will ich mich bei attac auch weiterhin einsetzen ebenso wie für eine Revision von Struktur und Organisation von attac über eine Stärkung basisdemokratischer und regionalspezifischer Positionen.

7.1.2 Kandidatur Irene Himbert

Irene Himbert

Persönliches:

Ich wurde 1952 in Schlesien geboren und lebe seit 1959 im Saarland.

Ich bin seit 50 Jahren verheiratet und wir haben eine Tochter.

Ich gehöre keiner Konfession oder Partei an.

Nach meinem Beruf als Augenoptikerin bin ich seit 2015 eine ausgelastete Rentnerin.



Wie ich zu Attac kam:

Bei einer Großdemo in Luxemburg gegen den Irakkrieg habe ich Attacies von Attac Saar getroffen. Danach wurde 2005 mit einigen Gleichgesinnten aus dem nördlichen Saarland zusätzlich die Regionalgruppe Untere Saar gegründet und seitdem bin ich für unsere Webseite verantwortlich. Wir haben Attac Saar bei der ersten ESU 2008 in Saarbrücken unterstützt und waren oft mit Aktivisten aus Frankreich, Luxemburg und Belgien unterwegs, besonders gegen TTIP.

Zu diversen Attac-Themen sind wir mit Infoständen präsent und haben an zahlreichen Demonstrationen (G8 Rostock, G20 Hamburg, Straßburg, Brüssel, Berlin, Frankfurt usw.) teilgenommen.

Die Nähe zu Militärstandorten (Büchel, Ramstein usw.) hat unser Engagement für den Frieden zu einem wichtigen Thema gemacht, auch gemeinsam mit Friedens- und Umweltaktivisten aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz.

2017 wurde ich Mitglied der AG Globalisierung und Krieg und seit 2020 bin ich die Ansprechperson für den Trägerkreis "Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!" - "Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt".

Ich unterstütze die PG Soziale Frage und bin seit 2018 Ratsmitglied.

Die Regionalgruppe Untere Saar unterstützt meine Kandidatur für den Rat.

Themen, die mir besonders wichtig sind: Frieden, Soziales und Umwelt mit dem Bestreben Gleichgesinnte zu vernetzen.

7.1.3 Kandidatur Martin Uebelacker

Kandidatur zum Attac-Rat: Martin Uebelacker

Ich stamme aus Hessen und möchte für den Attac-Rat kandidieren.

Ich bin 58 Jahre alt und lebe in Fulda in Osthessen.

Ich arbeite seit 15 Jahren für LichtBlick Ökostrom. Vorher war ich 16 Jahre bei der regionalen Tageszeitung in Fulda tätig. Dort war ich auch im Betriebsrat aktiv.

Ich bin Mitglied bei ver.di und war bis 2011 der Ortsvereinsvorsitzende im Ortsverein Fulda und im Bezirksvorstand Osthessen meines Fachbereiches tätig.

Ich war von 1984 – 1999 Mitglied bei den Grünen, bis zum Kosovokrieg. Bin in keiner Partei Mitglied. In 2006 habe ich für die Kommunalwahlen in Fulda eine Wählergemeinschaft gegründet, die mit 5 Abgeordneten in der Stadt Fulda sowie mit 2 Abgeordneten im Kreistag Fulda vertreten ist.

Seit acht Jahren bin ich Mitherausgeber der Fuldaer Bürgerzeitung AGORA - Zeitung für Meinungsvielfalt, kreative Kritik und Satire, die seither regelmäßig kostenfrei mit 4000 Exemplaren und als Online-Ausgabe erscheint.

Seit 2014 bin ich im Bündnis Fulda stellt sich quer aktiv, welches sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagiert. Ich bin dort im Vorstand der Kassenwart.

Ich bin Vorstand im Verein „Bildungskoooperation für eine gerechte Globalisierung e.V.“.

Bei attac bin ich seit 2002 in der Fuldaer Gruppe aktives Mitglied. Ich habe mich in dieser Zeit schon bei sehr vielen Veranstaltungen, Bündnissen und Aktionen sowohl lokal in Osthessen als auch bundesweit beteiligt. U.a. haben wir in 2007 die Sommerakademie von attac in Fulda veranstaltet, hier war ich neben vielem anderen auch für das komplette Kulturprogramm zuständig. Danach habe ich bei mehreren anderen Sommerakademien das Kulturprogramm mit organisiert. 2012 auf der Sommerakademie in Mainz war mein Part der Auftritt der Berliner Compagnie. Mit der Attac Gruppe Fulda habe ich bereits viele Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, so zum Beispiel zum achten Mal einen Theaterabend mit der Berliner



Compagnie. Hier gelingt es uns, die Kosten über verschiedene Wege wieder einzuspielen, so daß die Aufführungen für alle Zuschauer kostenfrei sind. Attac Fulda unterstützt meine Kandidatur.

Im September 2018 war ich bei der Paulskirchenbesetzung durch Attac dabei und konnte dort mit 27 weiteren Attacies übernachten. Das war ein einmaliges Erlebnis!

Mitglied im Rat bin ich seit 2004. Die ersten Jahre war ich für kulturattac im Rat, seit 11 Jahren bin ich hier für die Region West, jetzt Region Mitte.

Seit etwa 2005/2006 bin ich der Beauftragte des Rechtshilfefonds von Attac.

Im Februar 2020 konnte ich mit meiner Rede in der Paulskirche in Frankfurt anlässlich der Feier des 20. Geburtstags von Attac einen persönlichen Blick auf die Bedingungen unserer Herkunft, unsere Wege bis zur Gegenwart und einen Ausblick auf die Herausforderungen für die Zukunft werfen. Die Rede ist abrufbar unter: <https://youtu.be/vnMfRroaKrc>

Für mich erfüllt Attac eine sehr wichtige Aufgabe. Es ist die Organisation in der politischen Landschaft, die aufgrund Ihrer unterschiedlichen Akteure, Ihrer guten Expertise und Ihrer nun schon langen Erfahrung Bewegung ins Land bringen kann und mit zukunftsweisenden Forderungen und Aktivitäten den politischen Betrieb aufmischt.

Die Herausforderungen der Corona-Pandemie und des Klimawandels deren Ursachen auch in unserem wachstumsorientierten kapitalistischen Wirtschaftssystem zu finden sind, bieten wichtige Handlungsfelder, die in unserem Sinne bearbeitet werden wollen.

Der aktuelle Ukraine-Krieg mit seinen schrecklichen Auswirkungen verlangt ebenfalls einen genauen Blick auf die Ursachen, die Versursacher und die Folgen für die Menschen in Europa und der Welt.

attac als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und utopischem Überschuss ist meine politische Heimat. Daher möchte ich im attac-Rat weiter am Projekt attac arbeiten.

Martin Uebelacker

7.2 Region Nord

7.2.1 Kandidatur Carsten P. Malchow

Hiermit bewerbe ich mich wieder um einen Sitz im Rat von Attac Deutschland.

Ich arbeite seit gut acht Jahren bei Attac Lübeck mit und bin seit vier Jahren Mitglied im Rat sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen des Rates aktiv.

Schon seit einiger Zeit fällt mir auf, dass sich bei der Kommunikation im Rat (und das schließt natürlich die Kommunikation zwischen dem Kokreis – als Teil des Rates – und den „anderen“ Ratsmitgliedern ein) ein Stil entwickelt hat, der – in wechselndem, unterschiedlichem Maße – durch Misstrauen, Missgunst und Aggressivität geprägt ist und der oft kaum noch Raum für eine konstruktive, produktive – und nicht zuletzt auch: befriedigende – Zusammenarbeit lässt.

In mehrfacher Hinsicht damit eng verbunden ist eine gravierende Einschränkung der früher für Attac wesentlichen und charakteristischen Toleranzspielräume, was sich nicht nur auf die oben angesprochene Arbeitsatmosphäre auswirkt, sondern darüber hinaus vor allem auch in diametralem Gegensatz zu den Grundprinzipien von Attac steht, wie sie insbesondere in dem Motto „Vielfalt des unsere Stärke“ zum Ausdruck kommen.

In meinen Augen stellen diese Tendenzen auf mittlere und längere Sicht eine große Gefahr für Attac dar – mich erinnert dies fatal an die internen Grabenkämpfe, mit der sich die 68er Studentenbewegung im späteren Verlauf zersplitterte und sich damit letztlich selbst in die politische Bedeutungslosigkeit beförderte.

Ich halte es für wichtig und ich denke, dass Attac es wert ist, einige Mühen darauf zu verwenden, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren, und ich bin bereit, daran mitzuarbeiten.

Carsten P. Malchow, Attac Lübeck

7.2.2 Kandidatur Jürgen Sylvester

Bewerbung für den attac-Rat 2022, in der Regionalgruppe Nord

Mein Name ist

Jürgen Sylvester, Alter 61 Jahre.

Ich wohne seit langer Zeit in Hamburg, komme aber aus dem Hamburger Umland.

Nach dem Studium der Sozialpäd. und Geisteswiss., jeweils ohne Abschluss arbeite ich als Erzieher mit Kindern mit Beeinträchtigung. Mitglied bei verdi.

Delegiert und Nominiert von der AG gegen Rechts

Meine politische Geschichte:

- Als Jugendlicher aktiv gegen AKW, NPD, Krieg.
- Ich habe den Kriegsdienst verweigert und war somit schon quasi in der Friedensbewegung beheimatet. Den Afghanistan-Krieg habe ich, obwohl mir eine Frau diesen schmackhaft machen wollte, nach dem Motto 'hier kümmere sich ein Vater um sein kleines unmündiges Kind', vehement abgelehnt, auch wenn die DKP sich dann sehr aktiv und dominant in der Friedensbewegung hervorgetan hat. So entwickelte sich dann auch meine in etwa Grundhaltung, Ziviler Widerstand, Zäune von Kasernen übersteigen, Zugänge blockieren, im Wendland Barrikaden bauen usw.
- Weiter ging es selbstverständlich mit der Hafenstraße, die wir in HH sehr aktiv durchgesetzt haben. Weitere Hausbesetzungen folgten.
- Desweiteren spielte selbstverständlich die Ökologie eine wichtige Rolle, wegen der ich u. a. auch in die GAL eintrat, dann aber schnell wieder verließ und seitdem in keiner Partei mehr aktiv bin.
- 1985 wurde Ramazan Avci in Hamburg von Neonazis ermordet, was dann noch einmal zu einer verstärkten Mitarbeit in Antifaschistischen Zusammenhängen führte. Was sich bis heute auswirkt; dazu später.
- An der Uni in männerkritischen, geschlechterkritischen Männergruppen aktiv, um auch über mein inneres Bild von mir als Mann zu sprechen und diese mit meinen Bildern einer besseren, gleichberechtigten Welt aller Menschen in Einklang zu bringen. Eine anstrengende Arbeit, aber eine sehr bereichernde und mich verändernde.
- Von 2014 bis Herbst 2020 arbeitete ich bei attac Hamburg mit und wurde 2017 Mitglied bei attac D, nach dem G 20-Gipfel in HH. Ab 2021 arbeite ich in der AG gegen Rechts und dem Rat mit.
- Des Weiteren beteilige ich mich am Erneuerungsprozess, Schwerpunkt: Geschlechtergerechtigkeit und feministische Globalisierungs- & Kapitalismuskritik.

So, und nun noch zu meinem aktuellen Schwerpunkt bei attac

In den 70er, 80er und 90er Jahren gab es starke rechte und neonazistische Gewalt.

Dieses beginnt sich nun zu wiederholen (Corona-Pandemie als willkommener Auslöser); mehr noch, eigentlich linke und antiautoritäre Menschen und Bürger:innen der sog. Mitte der Gesellschaft bewegen sich aktiv nach Rechts. Es ging u. a. mit dem Sturm auf den Reichstag 2020 los und setzt sich weiter fort, Angriffe auf Journalist:innen, Maskenträger:innen, Morde usw.

Als attac HH sich auch im Herbst 2020 nicht von diesen Menschen, den Rechten, Reichsbürger:innen, „Mitläufer:innen“ usw. distanzieren wollte, aber auch den unteilbar-Aufruf nicht unterstützen wollte, war hier für mich Schluss!

Weshalb ich dann in die AG gegen Rechts wechselte, auch und besonders, weil hier schon VA stattgefunden haben, die gerade über die – von attac HH verharmlosenden Anzeichen, Auswüchse – gesprochen und aufgeklärt wurde.

7.2.3 Kandidatur Hanni Gramann

Kandidatur für den Attac-Rat, Region Nord

Hanni Gramann

Ich bin 77 Jahre alt und wohne in Bückeberg, einer Kleinstadt im Landkreis Schaumburg, und habe als Realschullehrerin in mehreren Städten Niedersachsens an verschiedenen Schulen der Primar- und Sekundarstufe gearbeitet.

Seit Beginn meiner Lehrtätigkeit bin ich Mitglied der GEW und gehöre keiner politischen Partei an; vor Ort engagiere ich mich im kirchlichen Bereich.

Eine Patchwork-Familie mit fünf Kindern, später die Situation einer Alleinerziehenden und weitere familiäre Aufgaben haben mir über lange Zeiten kaum Raum für aktives politisches Engagement gelassen. Seit 2001 bin ich Mitglied bei Attac und seitdem lokal bei Attac Hannover und bundesweit bei der AG Welthandel und WTO aktiv.

2007 wurde ich erstmals in den Attac-Rat gewählt, 2009 in den Koordinierungskreis und 2018 wieder in den Rat; dort arbeite ich mit in der AG Gruppenunterstützung.

Ich vertrete Attac im Bündnis „Meine Landwirtschaft“/ Wir haben es satt und im Netzwerk Gerechter Welthandel in verschiedenen AGs.

Gemeinsam mit anderen möchte ich in der kommenden Wahlperiode Verantwortung für Attac übernehmen. Den Schwerpunkt meiner Arbeit wird weiterhin die internationale Handelspolitik mit ihren vielen Facetten bilden, u.a. die Arbeit zu CETA, EU-Mercosur oder zum ECT, aber auch innerhalb der Kampagne „Menschenrechte vor Profit“ die Arbeit zum EU-Lieferkettengesetz.

Im Rat werde ich mich erneut auf die Mitarbeit in der AG Gruppenunterstützung konzentrieren, da die Arbeit vieler lokaler Gruppen während der Pandemie Einbußen erlitten hat; ihre Stärkung durch Präsenztreffen ist wesentlich für die Sichtbarkeit und Wirksamkeit von Attac.

Grundsätzlich ist mir wichtig, dass wir in und zwischen den Gremien wieder zu einer sachlichen, kritischen und vertrauensvollen Zusammenarbeit finden.

Die Regionalgruppe Hannover unterstützt meine Kandidatur für den Rat.

27. März 2022

7.2.4 Kandidatur Ulrike Paschek

Zur Person

Mein Name ist Ulrike Paschek. Ich bin 57 Jahre alt und wohne seit Frühjahr 1993 in Göttingen. Geboren und aufgewachsen bin ich in Halle/Saale.

Ich bin ausgebildete Bibliothekarin und habe einen Magisterabschluss in den Fächern Politikwissenschaft, Publizistik und Skandinavistik.

Ich bin Angestellte im öffentlichen Dienst und arbeite an der Universität Göttingen. Seit Herbst 2016 arbeite ich 40 Stunden in der Woche. Davor hatte ich eine Teilzeitanstellung.

Engagement vor Ort und in der Region

Seit Januar 2002 bin ich aktiv bei Attac Göttingen. Im gleichen Zeitraum wurde auch die Göttinger Attacgruppe gegründet. Seit 2007 bin ich die Ansprechpartnerin für Attac Göttingen. Außerdem verrete ich die Gruppe in verschiedenen regionalen Bündnissen vor Ort, wie z. B. im Göttinger Bündnis gegen Rechts.

Gremienarbeit

Auf dem Herbstratschlag 2008 wurde ich zum ersten Mal von der Region Nord in den Rat gewählt. Von 2009 bis 2014 wurde ich in den KoKreis gewählt. Seit 2015 kandidiere ich nur noch für den Rat. Das hat persönliche Gründe und hängt im wesentlichen mit meiner beruflichen und familiären Situation zusammen. In diesen zurückliegenden Jahren wurde ich von der Region Nord in den Rat gewählt. Ich hatte in all den Jahren, in denen ich mich zur Wahl stellte und jetzt wieder stelle, das Votum von meiner Regionalgruppe in Göttingen.

Meine Arbeitsgebiete waren von Anfang an die Gruppenunterstützung und die Ratschlagsvorbereitung. Während meiner Zeit im KoKreis kamen noch die Tätigkeit in der Büro AG und das Fundraising dazu. Von 2015 bis 2018 und seit April 2021 war und bin ich in der RatsVG aktiv. In der Gruppenunterstützung war ich mit daran beteiligt, verschiedene Formate als Angebote für die Gruppen zu entwickeln. So z. B. die Gruppenbroschüre (liegt inzwischen in der 4. Aufl. vor), Regionaltage in kleiner gefassten Regionen, wie z.B. in Niedersachsen/Bremen, Nordost, Südost, Südbayern und Nordbayern und den Workshop "Ratschlag für Neue", welcher sich an Aktive aus den Gruppen richtet, die zum ersten Mal auf einem Ratschlag sind. Außerdem habe ich gemeinsam mit Hanni Graman und einigen interessierten Attacies vor Ort bei den zurückliegenden Evangelischen Kirchentagen einen Infostand beim „Markt der Möglichkeiten“ organisiert. Seit Herbst 2019 bin ich in der damals neugegründeten und inzwischen anerkannten bundesweiten Attac-AG gegen Rechts aktiv.

Zu meiner Kandidatur

Ich möchte auch auf dem Frühjahrsratschlag 2022 für den Rat für die Region Nord kandidieren. Themen- und schwerpunktmässig möchte ich meine Arbeit im Rat gerne fortsetzen, wobei ich auch immer für Neues offen bin. Nach erfolgreichen 20 Jahren in der globalisierungskritischen Bewegung hat sich Attac auf einen Weg der Erneuerung begeben. Hier braucht es in den Bereichen Klima und Umwelt, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden, Rechtsextremismus und Querdenken Veränderungen. Einiges wird sich auch in der Arbeit mit den Regionalgruppen tun müssen. Hier geht es vor allen Dingen um eine bessere Einbindung von jungen Menschen in die Strukturen und um eine noch stärkere Vernetzung. Nicht nur die

Coronasituation ist an manchen Gruppen nicht spurlos vorbeigegangen. 20 Jahre Attac haben unweigerlich zu einer spürbaren Überalterung der meisten Regionalgruppen geführt. Da muss Unterstützung neu gedacht werden, wobei eine intensive Rückkopplung mit den Gruppen notwendig ist. Ich bin gespannt, was in diesem Bereich leistbar sein wird und dabei möchte ich gerne weiter aktiv sein.

Ich bin Mitglied in keiner Partei und bekleide auch sonst keinerlei Ämter.

7.2.5 Kandidatur Marie-Dominique Vernhes

27.3.2022 – Marie-Dominique Vernhes: Kandidatur zum Rat von Attac Deutschland

Angesichts der vielen globalen Krisen, die eine katastrophaler als die andere, so dass die Existenz vieler Menschen tagtäglich vernichtet bzw. höchst bedroht wird, aber auch angesichts der Risse innerhalb von Attac erscheint es mir dringend, dass wir Attacies uns auf unsere gemeinsamen Grundlagen besinnen und unsere Kooperation stärken. Das möchte ich auch im Rat unterstützen.

1. Unsere gemeinsamen Grundlagen

Als **Kompass** sehe ich weiterhin die drei Grundorientierungen von Attac DE ([Erklärung von 2002](#)):

1. „Attac streitet für eine **neue Weltwirtschaftsordnung**“
2. „Attac will als **Teil der außerparlamentarischen Bewegung** einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.“
3. „Attac ist **Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung**, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.“

In diesem großen Rahmen führen Gruppen im Attac-Netzwerk verschiedene Aktivitäten und Kampagnen durch. Dabei gibt es m.E. Konsens über mehrere Ziele: globale soziale, ökologische und steuerliche Gerechtigkeit (= sozial-ökologische Transformation), Frieden, keine Diskriminierung und kein Rassismus, Demokratie, weltweite Solidarität und Kooperation.

Zur Umsetzung dieser Ziele sind Analysen, strategische Debatten und vielfältige starke Bewegungen sowie Kooperation unabdingbar. Ebenfalls das Ringen um Entspannungspolitik, Abrüstung und Frieden.

Im politischen Alltag haben wir es aber keineswegs leicht, denn „die Umbrüche in der „großen“ Politik, tektonische Verschiebungen in der Gesellschaft und im internationalen System, sowie die globalen Krisenzusammenhänge“ führen dazu, „dass sich Verunsicherung, Ängste, Ohnmachtsgefühle und Orientierungslosigkeit rasant ausbreiten. Zugleich nährt es die gefährliche Sehnsucht nach klaren Verhältnissen, in denen richtig und falsch, gut und böse klar unterscheidbar sind. Folglich schießt das allgemeine Erregungslevel nach oben und das gesellschaftliche Klima wird immer aggressiver.“ (Aus: Wo steht Attac, April 2021)

Die gesellschaftlichen Spaltungen und eine Debatten“*unkultur*“ haben auch Teile von Attac DE erfasst und es besteht die Gefahr, dass Attac-Mitglieder sich frustriert abwenden und Attac in die Bedeutungslosigkeit ableiten könnte.

Wie also können wir Attacies es schaffen, die komplizierten Fragen in einer solidarischen Debattenkultur offen, fair und diskursiv zu bearbeiten?

2. Einige Pfade zur produktiven Kooperation

A. Gemeinsam eine Art Check-up über Attac DE vornehmen

Der im vorigen Sommer angefangenen Prozess einer „Attac-Erneuerung“ könnte dazu beitragen.

Weitere Debatten (bisher gab es nur 2 Videokonferenzen) werden sicher organisiert. Diese sollten auch zu den brisanten Themen durchgeführt werden, die die gesamte Ausrichtung von Attac betreffen (u.a. Geopolitik; Friedenspolitik; Einschätzung der Corona-Maßnahmen und der dazu kritischen Bewegungen; Abgrenzung gegen rechts;)

Möglichst viel Austausch mit Attacies und weiteren Aktiven aus anderen Ländern vor und während der ESU (17.- 21.8.22) wäre sinnvoll.

Vorschläge zum Vorgehen beim Erneuerungsprozess und zur Einbeziehung möglichst vieler Attacies sind im – damals nicht angenommenen - Antrag für den HRS enthalten: [„Zukunft von Attac – Antrag zu einem basisdemokratischen Verfahren“](#)

B. Kommunikation stärken

Miteinander solidarisch und ergebnisorientiert streiten:

- Erst einmal sind grundlegend ein solidarischer und argumentativer Diskussionsstil sowie – auch vor dem Hintergrund der Ereignisse des letzten Jahres – eine **wertschätzende Debattenkultur** in Attac zu pflegen (bzw. wieder zu gewinnen). Dazu gehört u.a., pauschale Urteile zu unterlassen (z.B. „Coronaleugnerspektrum“, „Verschwörung“, „rechtsoffen“, „Querdenker“ ...).

- Die Unterstützung einer professionellen Konfliktmoderation kann hilfreich sein.

- Bei Themen mit größerer Beteiligung und politischer Brisanz wäre eine ergebnisorientierte Debatte zu fördern: Übereinstimmungen und Differenzen herausarbeiten. Konsens suchen. Fazit aus der Diskussion ziehen. Lernprozesse festhalten. Zusätzliche ModeratorInnen wären hierfür – jeweils zeitlich begrenzt – notwendig. Die neu eingerichtete Discourse-Liste kann es nicht leisten. Andere Tools wären auszuprobieren. (s. dazu die Anträge zur [\(Wieder-\)Einrichtung und Neuerstellung](#) und Neuerstellender allgemeinen **Attac-Diskussions-Mailingliste** und zur [Schließung von discourse.](#))

Einige weitere Elemente einer produktiven Kommunikation:

- **Voneinander erfahren, Anregungen bekommen:** Eine regelmäßige strukturierte Übersicht über die Schwerpunkte, Aktivitäten und Vorhaben der einzelnen Attac Gliederungen (inkl. der Regionalgruppen und der Mitgliedsorganisationen) könnte dazu beitragen.

- **Miteinander diskutieren und sich weiter bilden:** Videokonferenzen (thematisch, auf eine Kampagne gerichtet oder zwischen Regionalgruppen) sind dafür ein Mittel, grundsätzlich wäre eine Fortsetzung – angesichts der jeweils geringen Diskussionszeit – zu überlegen - ggf. in der Form eines thematisch begrenzten **Forums**.

C. Demokratische Entscheidungswege in Attac stärken

Für richtungsweisende Prozesse und weiterreichende Entscheidungen ist eine Beratung nicht nur im Kokreis, nicht nur im Rat, sondern möglichst unter vielen Attac-Mitgliedern erforderlich; damit wird auch der Zusammenhalt von Attac gestärkt, und das wirkt motivierend.

Darum unterstütze ich den Antrag zur [Einführung eines neuen Verfahrens](#) zur Abstimmung durch die Regionalgruppen und den Antrag zur [Schiedskommission](#) von Ingeborg Schellmann u. a. .

Die Überprüfung der Vor- und Nachteile der Entscheidungswege bei attac DE sollte auch Teil des Erneuerungsprozesses werden. Bei Interesse will ich gern im Sinne eines klärenden Vergleichs über die Strukturen und die Erneuerungsprozesse von Attac Frankreich und Attac Österreich berichten.

Zuletzt eine kurze Vorstellung meiner Person:

Rentnerin, also im „Unruhestand“.

- Seit 2002 Mitglied von attac Hamburg (zurzeit sozialen Themen, Gesundheit, Wohnen)
- Seit 2002 in der Redaktion von 'Sand im Getriebe' tätig <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig>
- Veröffentlichungen und Vorträge zu den sozialen Kämpfen in Frankreich; Soli-Aktionen dazu
- Mitglied der AG Europa, der EKU-AG und der PG Soziale Frage; seit 2013 aktiv im europäischen Netzwerk Alter Summit, www.altersummit.eu
- Seit 2012 Rats-Mitglied.

7.2.6 Kandidatur Gabriele Stribny

KANDIDATUR FÜR DEN RAT VON ATTAC

Gabriele Stribny

ZU MIR:

Ich bin Gabriele aus Lübeck, war viele Jahre Lehrerin (Deutsch, Englisch, Kunst) an Real- und Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein und in dieser Zeit auch Mitglied der GEW.

Ich habe einen Sohn, der in Göttingen lebt.

ATTAC:

Seit 2013 arbeite ich aktiv in der Regionalgruppe Lübeck mit. Auslöser war meine Empörung über die Auswirkungen der Freihandelsabkommen. (Erfolgreiche Teilnahme an „10000 Kommunen gegen TTIP“)

Seit 2017 war ich in die Gestaltung von thematischen Vortragsreihen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Lübeck involviert. (2017 „Ein anderes Europa ist möglich“,

2018/19 „Umdenken – die Grenzen unseres Wachstums endlich ernst nehmen!“,

2019/20 „Vom Leben auf Kosten anderer zum Guten Leben für alle!“

Seit 2020 (Corona) bemühe ich mich verstärkt um eine Zusammenarbeit unserer Regionalgruppe mit Fridays For Future in Lübeck, den Studierendengruppen von IPPNW und Health For Future, der Gruppe VVN-BdA, den Omas gegen Rechts sowie der Regionalen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus der AWO.

THEMEN, DIE MICH BEWEGEN: Gerechter Welthandel, Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, ökologische Agrarwende, Rechtsextremismus, Emanzipation und FLINTA.

Im RAT arbeite ich in der Arbeitsgruppe „Green New Deal“ mit.

Ebenfalls bewegt mich die Weiterentwicklung und Zukunft von Attac. Deshalb setze ich mich seit 2 Jahren für die Entwicklung einer „Professionellen Prozessbegleitung“ ein, damit wir in Attac zu einer Solidarität

untereinander finden, die uns in unserer Arbeit beflügelt und stärkt, statt uns in Energie raubenden Auseinandersetzungen zu verlieren.

So hoffe ich denn, in diesem Rahmen weiterhin zur Arbeit im Rat beitragen zu können!

Lübeck, d. 28. März 2022

7.2.7 Kandidatur Aaron Gerdes

Name: Aaron Gerdes(er/sein)
Alter: 22
Mitgliedschaften: Digitalcourage, Attac
Aktiv bei Attac: junges Attac Bayreuth, Noya, junges Attac, Erneuerungsprozess

Vorstellung:

Zu G20 bin ich auf Attac aufmerksam geworden, weil ich das Gefühl hatte, dass Attac die besten Positionen hatte. Deshalb habe ich mich mit Freunden 2018 entschieden Noya in Hannover zu gründen. Als ich 2020 zu meinem Jura Studium nach Bayreuth gezogen bin habe ich eine mehr oder weniger (eher weniger) erfolgreiche junges Attac Gruppe in Bayreuth gegründet. Dafür hat sich mein Schwerpunkt eher auf die überregionale Ebene verschoben.

Warum ich in den Rat möchte:

Mir ist Attac in den letzten Jahren immer mehr ans Herz gewachsen. Da ich mit dem was in der letzten Zeit im Rat passiert ist nicht zufrieden bin, habe ich die Hoffnung meinen Teil dazu beizutragen, ihn wieder handlungsfähig zu machen. Ich glaube in Attac gibt es sehr viel potenzial, welches „nur“ genutzt werden muss.

Viele liebe Grüße, Aaron

7.3 Region Ost

7.3.1 Kandidatur Antje Kirchner

Kandidatur Antje Kirchner für den Attac Rat

Mandat: Attac Gruppe Cottbus für Region Ost

Seit ich mich 2005 entschlossen habe, wieder politisch aktiv zu werden, bin ich bei Attac. Ich habe mich bewusst für Attac als globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation entschieden, da ich mich von keiner Partei mehr vereinnahmen lassen wollte. Die Verbindung zwischen Bildung, Aktion und Netzwerken zusammen mit der internationalen Sichtweise und das Selbstverständnis von Attac (von 2001, zuletzt geändert 2006) und dem Motto „Eine andere (bessere) Welt ist möglich“ haben mich begeistert und motiviert. Der basisdemokratische Ansatz, die eigenständige Handlungsmöglichkeit unserer Regionalgruppe, das Setzen eigener regionaler Schwerpunktthemen und die Zusammenarbeit mit anderen (linken und umweltpolitischen) Organisationen vor Ort, hat jahrelang gut funktioniert. Wir konnten zwar unserem Ziel, publikumswirksame Veranstaltungen zu organisieren um damit immer mehr Menschen zu begeistern, an der Ausgestaltung einer besseren Welt mitzuwirken, nicht immer gerecht werden, aber die Einbindung vieler Menschen in unserer Gruppe in viele gute Initiativen rund um Cottbus haben uns zusammengeschmiedet

und über die Jahre zu einer stabilen Gruppe gemacht. Wir kümmern uns um das, was uns am meisten am Herzen liegt: Frieden, Klima, soziale Gerechtigkeit (wozu in unseren Augen die Kritik des Finanzmarktkapitalismus als Grundlage gehört). Die Erde ist ein zusammenhängendes System, in dem wir als Menschen nur eine Spezies sind und wir sollten aus Achtung und Dankbarkeit vor der Kreativität dieser komplexen Welt uns miteinander vertragen, kooperieren und nicht konkurrieren. Die Ausbeutung des Menschen (und der Mitwelt) durch den Menschen, die Bereicherung von Wenigen zu Lasten der Vielen sollte mit friedlichen Mitteln überwunden werden.

Seit April 2021 bin ich im Attac Rat. Der Einblick in das „Innenleben“ dieses wichtigen Gremiums von Attac hat mich entsetzt – und erstmal sprachlos gemacht. Ich will für die „schweigende Mehrheit“ trotzdem am Ball bleiben und an der dringend notwendigen Erneuerung von Attac mitwirken.

Unser deutscher Ableger des internationalen Attac-Netzwerkes war mal ein wichtiger gesellschaftspolitischer Akteur und Hoffnungsträger, den vertrauensvoller freundschaftlicher Umgang untereinander prägte und -hochkarätig besetzt – sich mutig in die neoliberale Politik einmischte. Warum wir auf die vielen uns umgebenden Krisen nicht mehr angemessen reagieren können, liegt in meinen Augen in der Einengung des Debattenraumes unter dem Vorwand des Antisemitismus, Rassismus, Sexismus. Vielfalt ist unsere Stärke, eine von jeglichen kritischen Meinungen „befreite Zone“ nicht.

Ich bin Mutter, Großmutter, Großhandelskauffrau, Ehefrau, 56 Jahre alt, davon 36 Jahre in der Lausitz wohnhaft und Mitglied in keiner Partei.

7.3.2 Kandidatur Uwe Schnabel

Geboren 1968, Asperger-Autist. 2002 bin ich über die AG Visionen zu attac Dresden gekommen und seitdem dort engagiert. U.a. bin ich für die Internetseite zuständig. Daneben bin ich auch in vielen anderen Bereichen aktiv, z.B. in der Friedensbewegung, gehe häufig zu Fridays-for-future-Demonstrationen und -Kundgebungen und setze mich auch sonst für Klima- und allgemein Umweltgerechtigkeit ein. In Verbindung damit stehen meine Aktivitäten in der Eine-Welt-Politik, z.B. in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen (ENS) und anderen Gruppen im Umfeld des Ökumenischen Informationszentrums (ÖIZ) Dresden. Seit den 1990er Jahren bin ich (queer-)feministisch aktiv, z.B. bei Aktionen am 8. März, außerdem antirassistisch und antifaschistisch (z.B. beim Mahngang Täter*innenspuren im Umfeld der Aktionen zum 13. Februar in Dresden oder bei Anti-PEGIDA-Aktionen). Ich setze mich für Basisdemokratie und das Konsensprinzip ein und versuche, verschiedene Gruppen, die für ein gleichermaßen selbstbestimmtes Leben für alle Menschen weltweit einschließlich zukünftiger Generationen eintreten, übereinander zu informieren und das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern. Bei Einwohner*innenversammlungen in meinem Heimatort habe ich mich u.a. für faire Beschaffung, Demokratisierung, eine ökologischere Stadtentwicklung (z.B. weniger Neubau von 1-Familien-Häusern), dezentrale Unterbringung von Geflüchteten usw. eingesetzt. Auch in vielen anderen Bereichen bin ich in dieser Hinsicht aktiv.

Diese Erfahrungen möchte ich gern in den attac-Rat einbringen und insbesondere dazu beitragen, die Diskussionen in attac bei allen Meinungsunterschieden auf einer konstruktiven, sachlichen und gegenseitig wertschätzenden Grundlage ablaufen zu lassen.

Ich gehörte noch nie einer Partei an und bin nur Mitglied der IG Metall und bekleide keine Ämter bzw. Mandate.

Ich würde mich freuen, mit der Unterstützung Eurer Stimme im Rat aktiv werden zu können. Vielen Dank.

7.3.3 Kandidatur Barbara Fuchs

Barbara Fuchs (Ost)

Kandidatur für den Rat

Ich kandidiere erneut für den Rat und habe dafür die Unterstützung von Attac Berlin, wo ich in der monatlich tagenden Vorbereitungsgruppe aktiv bin. Mein Schwerpunkt bei Attac ist seit 2001 die Arbeit für Frieden und Abrüstung sowohl in der Berliner als auch in der bundesweiten Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg und in verschiedenen Bündnissen. Im letzten Jahr gehörte ich zu den InitiatorInnen des Friedensblocks der #UNTEILBAR-Demonstration und in diesem Jahr des Friedensblocks der Fridays for Future-Demo am 25. März 2022 in Berlin. Ich bin Diplom-Kulturwissenschaftlerin und habe die meiste Zeit meiner Berufstätigkeit mit Kunstmanagement verbracht. Ich bin Mitglied bei ver.di, im Deutschen Friedensrat e. V. und in der Partei Die Linke.

7.3.4 Kandidatur Milena

Bewerbung um einen Platz im Attac Rat

Hallo liebe Attacies,

hiermit möchte ich mich um einen Platz im Rat bewerben. Ich bin jetzt seit dem Herbst 2020 bei Attac aktiv, zuerst bei junges Attac und im AK für Bildungsmaterialien, seit letztem Sommer bringe ich mich auch in der Moderationsgruppe für den Erneuerungsprozess ein. Mir ist es wichtig, eine progressive Stimme in den Rat zu tragen, die sich klar von rechts abgrenzt und für eine Globalisierungs- und Kapitalismuskritik aus intersektionaler Perspektive einsteht. Das heißt, alle Systeme der Ungleichheit und Unterdrückung im Zusammenhang zu bekämpfen und sowohl gesellschaftlich als auch intern patriarchale, rassistische oder queer-feindliche Strukturen anzugehen. Ich freue mich über eure Stimme!

Liebe Grüße

Milena

7.3.5 Kandidatur Remi Fiedler

Remi Fiedler

polnischer Architekt und Softwareentwickler,
freischaffend, 56 Jahre alt, zwei erwachsene Kinder,
seit 1988 in Deutschland (West-Berlin).

Mitglied bei Verdi seit 2012 und bei der SPD seit 2018.

Aktiv bei Attac Berlin seit 2014

Einstieg durch die Protestaktionen gegen TTIP und CETA

Seitdem Unterstützung praktisch aller Attac-Kampagnen innerhalb Berliner AGs

Auseinandersetzung mit den Methoden der Öffentlichkeitsarbeit

Mitentwicklung und Mitbetreuung unserer regionalen Webseite

Die Regionalgruppe Berlin unterstützt meine Kandidatur für den Rat.

Die wichtigste und dringendste Aufgabe dort sehe ich in den Abbau der Demokratiedefizite innerhalb von Attac, als Voraussetzung für jegliche Erneuerungsprozesse, effektive Gruppenarbeit und Gewinnung neuer Mitglieder!

7.3.6 Kandidatur Helga Reimund

Kandidatur für den Attac-Rat

Helga Reimund

Attac Berlin

Nach über sieben Jahren Attac, halte ich es für an der Zeit, durch Mitarbeit im Rat mehr Verantwortung für Attac zu übernehmen. Die Kämpfe innerhalb von Attac und der teilweise verletzende Umgangston treiben mich neben meiner inhaltlichen Arbeit um.

Bei Attac Berlin bin ich in der AG Gerechter Welthandel aktiv gegen neoliberale Handelspolitik, für ein starkes Lieferkettengesetz zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt. Wir machen Vorträge, Infostände, Flugblätter, Onlineveranstaltungen etc.

Vor der Corona Pandemie war ich beim erfolgreichen Start der Mobigruppe dabei, die hoffentlich bald einen Neuanfang starten kann. Die Gruppe macht Öffentlichkeitsarbeit für Attac Berlin und hat z.B. einen Stammtisch zur informellen Begegnung und zum Kennenlernen für neue Interessierte ins Leben gerufen.

Seit vergangenem Jahr bin in der Impfpatente-Koordination von Attac und habe z.B. die Demo für die Freigabe der Impfpatente in Berlin im vergangenen Juni mit organisiert.

Wichtig sind mir Demokratie, Solidarität mit dem globalen Süden, Klimaschutz und -gerechtigkeit, Gendergerechtigkeit, Antikapitalismus. Gemeinsam möchte ich im Rat die Weiterentwicklung von Attac mitgestalten.

Ich lebe in Berlin, bin 61 Jahre alt, arbeite als Heilpraktikerin für Psychotherapie, vorher war ich Architektin und Programmiererin.

Die Attac Gruppe Berlin unterstützt meine Kandidatur für den Rat

7.4 Region Süd

7.4.1 Kandidatur Angela Fleck

Die Regionalgruppe Westallgäu delegiert Angela Fleck zum Ratschlag 2022 und für die Ratskandidatur Frühjahr oder Herbst 2022

Marie Friedrichs

RG Westallgäu

11.3.2022

7.4.2 Kandidatur Julia Günther

Kandidatur für den Rat (Region Süd)

Name: Julia Günther

Mail: julia.tue@posteo.de

Insta: www.instagram.com/juliasbeitrag

Ich bin seit 2005 bei der Attac Regionalgruppe Tübingen, jetzt Tübingen-Reutlingen aktiv. Seit 2021 engagiere ich mich auch auf Bundesebene, in der Projektgruppe "Wer zahlt für die Krise?" zu den Themen Vermögens- und Erbschaftssteuer und habe Attac auch im Bündnis "Wer hat, der gibt" vertreten. Seit dem virtuellen Frühlingsratschlag 2021 bin ich im Rat und dort auch in der Vorbereitungsgruppe, diese Arbeit würde ich gerne fortführen. Zusätzlich bin ich bei der AG Finanzmärkte und Steuern, der Projektgruppe Rente, der Gruppe "Neu bei Attac" und in der Moderationsgruppe Erneuerungsprozess dabei.

7.4.3 Kandidatur Harald Porten

Harald Porten, Jahrgang 1954, Regionalgruppe Böblingen

Kandidatur für den Rat 2022, Region Süd

Erstmals gewählt 2017

Bestätigt 2018, 2019 und 2021 jeweils mit dem Mandat der Regionalgruppe Böblingen, die ich 2003 mitgegründet habe

Als Rat tätig

- in der Ratsarbeitsgruppe Gruppenunterstützung, den „Grupies“,
- in der Ratsarbeitsgruppe Internationales, hier insbesondere aktuell in der Vorbereitungsgruppe für die ESU22 in Mönchengladbach mit Schwerpunkt „Kultur auf der ESU“,
- in der Bundesarbeitsgruppe Europa,
- in der Moderationsgruppe für das Projekt „Globalisierungskritik fortschreiben

Parallel zu meiner Fördermitgliedschaft in Attac Mitglied der IG Metall und Mitglied des „Vereins für ganzheitlichen Journalismus“ in Stuttgart



7.4.4 Kandidatur Dani Dörper

Vorstellung Dani (Dagmar) Dörper: Kandidatur als Mitglied im Rat

Über mich: Ausgebildet für das Lehramt an Gymnasien (Biologie und Chemie) in München, habe ich als Beamtin mit damals „garantiertem Widerruf“ nach dem zweiten Staatsexamen sofort auf IT umgeschult und bin inzwischen über 30 Jahre im selben Unternehmen in der forschungsnahen IT beschäftigt.



Schon immer politisch interessiert, hat es doch Jahre gedauert, bis ich aktiv wurde.

Ich bin in keiner Partei und war es auch nie.

Über mich bei attac: Seit 2011 bin ich bei attac und jetzt im achten Jahr im Rat.

Regional bin ich aktiv bei attac Mannheim, attac Ludwigshafen und früher bei dem inzwischen aufgelösten Mannheimer umFairteilen Bündnis.

Das Besondere an attac ist für mich die Verzahnung von ökonomischer und politischer Bildungsarbeit. Hier mitzuwirken, ist für mich Herausforderung und Motivation zugleich.

Meine Themen: Inspiriert von Umfairteilen/Umverteilen begann ich bei Attac. Inzwischen erweiterten sich die Themen von zunehmender Ungleichheit - in Deutschland, der EU, in Europa und weltweit - hin zu Krieg und Frieden und zu allem, das damit zusammenhängt.

Über mich im attac Rat: Aktuell arbeite ich in der GND-Gruppe des Rats mit. Weiter engagiere ich mich in der AG Europa, in der wir Analysen und Visionen für „ein anderes Europa“ entwickeln.

Für mich stehen die soziale Frage und die Lebensgrundlagen im Vordergrund:

Mensch und Natur vor Profit! Hier und weltweit.

Dafür möchte ich mich im Rat einsetzen.

Trotz begrenzter Ressourcen würde ich gerne meine Tätigkeit im Rat fortsetzen und intensivieren.

7.4.5 Kandidatur Herma Geiß

Bewerbung für den Attac-Rat 2022



Herma Geiß

Geb. 1948, pens. Gymnasiallehrerin (Deutsch, kath. Religion, Psychologie), Beratungslehrerin an der Schulpsychologischen Beratungsstelle Aalen, Supervisorin für Lehrer*innen und Schulleiter*innen.

Seit 2015 aktiv bei Attac Aalen (Sprecherin seit 2018),

seit 2017 Bündnisrätin im Entschuldungsnetzwerk *Erlassjahr.de*, aktiv im Bündnis *Aufstehen gegen Rassismus Ostalb*, Bündnis *Entwicklung braucht Entschuldung Aalen*, *Netzwerk Demokratie Ostalb* und bei *Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.*, RAG Ostwürttemberg.

Aktivitäten:

- 2017: Aktion zum Finanzministertreffen der G20 in Baden-Baden (ACK, erlassjahr.de)
- 2017: Veranstaltungen im Rahmen der DEBT20-Kampagne zu EPAs, Landgrabbing, Menschenrechten Schuldenkrisen im Globalen Süden, Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ (8 Events)
- 2018-19: Aquisition, Organisation und Teilnahme am EU-Program „Citizens for Financial Justice“ (> 20 Veranstaltungen, u.a. mit Referenten aus Senegal, Ghana, Mozambique, Ecuador und Pakistan, diverse Ausstellungen, zahlreiche Workshops in Schulen)
- 2017, 2018, 2020: Mitorganisation der Holocaust-Gedenkveranstaltungen (27. Januar) in Aalen
- 2019: Ausstellung „Angezettelt - Antisemitische Aufkleber von 1880 bis heute“ in Aalen
- 2020-21: Kundgebungen gegen AfD, „Querdenker“ und „Spaziergänger“
- Seit 2021: Mitarbeit an der Erforschung der Geschichte des KZ-Natzweiler-Außenlagers Aalen-Wasseralfingen

Meine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Entwicklungspolitik - hier speziell zum Thema Schuldenkrise im Globalen Süden - und Erinnerungsarbeit. Dabei ist mir die Vernetzung - sowohl lokal als auch bundesweit - besonders wichtig. Mit meiner Kandidatur für den Attac-Rat verbinde ich die Hoffnung, entwicklungspolitische Themen und insbesondere die Problematik der Überschuldung des Globalen Südens bei Attac stärker einbringen zu können.

Wichtig ist mir auch eine klare Abgrenzung von Attac gegen Rechts.

7.4.6 Kandidatur Carla Renzi

Liebe Alle,

ich heiße Carla Renzi und bin 21 Jahre alt. Aufgewachsen bin ich in Hannover und habe mich dort in meiner Schulzeit unter anderem bei Amnesty International und Greenpeace engagiert. Im Zuge der Proteste gegen den G20 Gipfel in Hamburg wurde mir klar, dass ich ein anderes Netzwerk suche, um mich politisch

einzubringen. So bin ich auf attac gestoßen – hier gefällt mir, dass die multiplen Krisen unserer Zeit ganzheitlich betrachtet werden. Denn Klimawandel, Artensterben, Sexismus, Rassismus und Armut sind struktureller Natur. Sie müssen also unbedingt zusammen gedacht werden und können nur so effektiv bekämpft werden. Genau das wird bei attac durch die vielen AGs und verschiedenen Perspektiven ermöglicht. Heute studiere ich in Bayreuth „Philosophy and Economics“ und bin vor allem auf lokaler Ebene vernetzt. In meinem Studium befasse ich mich insbesondere mit der großen Frage, wie wir nachhaltig wirtschaften können. Ich denke aber, dass wir auch auf kleinerer Ebene ansetzen müssen, um eine gute Zukunft für alle zu schaffen. Lokale Gartenprojekte und ein bewusster Umgang miteinander (zum Beispiel durch Awarenessgruppen in unseren Strukturen) sind ebenso wichtig und notwendig wie Aktionen zivilen Ungehorsams oder Demonstrationen.

Ich kandidiere für den Rat, weil ich mich dort mit einer jungen und feministischen Perspektive einbringen möchte. Klimakrise, Artensterben und soziale Ungleichheit dulden keinen weiteren Aufschub – wir bei attac haben heute mehr denn je zu tun! Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir innerhalb unserer Strukturen respektvoll miteinander umgehen, so dass sich alle wohlfühlen und wir gemeinsam stark sind. Ich bitte euch um eure Stimme, damit ich dafür im Rat eintreten kann!

Liebe Grüße von Carla

7.5 Region West

7.5.1 Kandidatur Annette Schnoor

Bewerbung für die Wahl in den Rat von Attac D, 04/2022

Annette Schnoor

Zu mir: Ich wohne in Bochum, bin 75 Jahre alt und habe 2 erwachsene Kinder. Ich habe Soziologie und Germanistik studiert, war in der Studentenbewegung und nachfolgenden linken Gruppen aktiv und habe – um ein Berufsverbot zu vermeiden - die meiste Zeit meiner Erwerbstätigkeit in einem Konzern der Metall- und Elektroindustrie verbracht.

Meine **politische Biografie** ist geprägt durch meine Arbeit in Betriebsrat und IG Metall, aber auch durch den Feminismus der 2. Welle der Frauenbewegung und durch internationalistische Aktivitäten. Seit 1995 bin ich Referentin in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und gebe bis heute Seminare im Bereich Gesellschaftspolitik, mit Schwerpunkt auf Seminaren der „Respekt!“- Initiative



Attac und andere Aktivitäten: Ich bin seit 2005 Attac Mitglied und habe damals im Bochumer Sozialforum mitgearbeitet. Zwischendurch habe ich Attac etwas aus den Augen verloren, aber bei der Wiederbelebung der Bochumer Gruppe 2019 war ich dabei. Nach Aktivitäten zur Verkehrswende, zum „Versammlungsverhinderungs“ - Gesetz“ NRW und zur Kampagne „Wer zahlt?“ konzentrieren wir zur Zeit recht erfolgreich unsere Kräfte auf die Kampagne „Gesunde Krankenhäuser“ in NRW. Außer in der Attac-Gruppe engagiere ich mich seit Jahren in antirassistischen Initiativen und Netzwerken für Geflüchtete.

Was mich bewegt:

Überall in Europa gewinnen rechte Kräfte und Ideologien an Einfluss, nutzen Unzufriedenheit und (berechtigte) Kritik in der Bevölkerung zur Anhangbildung aus und versuchen, unsere Themen in ihrem Sinne zu besetzen. Mir persönlich und auch unserer Attac-Gruppe ist es ein Anliegen, dem unmissverständlich entgegenzutreten. Die entschiedene Abgrenzung nach rechts ist für mich eine Voraussetzung, ohne die der Erneuerungsprozess nicht erfolgreich sein kann. In diesem Sinne möchte ich mich gern in diesen Prozess einbringen – auch mit der Absicht, patriarchale Prägungen zu hinterfragen und Geschlechtergerechtigkeit mehr Raum zu verschaffen.



7.5.2 Kandidatur Günter Küsters

Kandidatur zum Rat: Günter Küsters

Ich bin 67 Jahre alt, wohne in Rösrath, 200 m vor der Kölner Stadtgrenze, und kandidiere wie im letzten Jahr auch diesmal für den Rat. Mittlerweile verbringe ich nach der Geburt unserer Enkelin häufiger die Zeit mit Familie in Spanien. Wegen der am gleichen Wochenende anstehenden Trauung unserer Tochter in Madrid, kann ich beim Ratschlag nur unter Abwesenheit in Deutschland dort kandidieren.

Wie wohl auch für andere, schon ältere Kandidat*innen wäre es nach den Erfahrungen der Corona-Zeit ein aktives Einbringen auf den Ratssitzungen, in einer Hybrid / VK -Veranstaltungsform sinnvoll. Das erspart wie bei Sitzungen von BAG'en so manches Mal lange Anfahrten und Kosten.

Zum politischen Hintergrund:

Während des Studiums in Köln ab 1974 zum Gymnasiallehrer mit den Fächern Sowi, Geschichte und Philosophie war ich politisch über den SHB (Sozialistischer Hochschulbund) in Fachschaften, als Phil. Fak. - Sprecher sowie im Studentenparlament und im Bundesvorstand des SHB aktiv .

Ab Ende des Studiums engagierte ich mich gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen innerhalb der Kölner Südstadt-Friedensinitiative (hier zeitweise lokal mit über 200 Aktiven) und im Kölner Friedensforum sowie als Mitherausgeber der Kölner Friedenszeitung . Für die DFG-VK war ich projektbezogen im Koordinierungskreis einer bundesweiten Demo gegen die Mittelstreckenraketen, während des Referendardienstes in der Klever Friedensinitiative. Danach war ich etwa 2 Jahre für den Bereich Friedensarbeit beim Bezirksvorstand Mittelrhein der Jusos unterwegs.

Wegen damaliger Nichteinstellung von Lehrern – u.a. mit meiner Fächerkombination – schulte ich ab Mitte der 80iger Jahre zum Technischen Assistenten Informatik um und war ab 1990 in der Zentral-EDV von Versicherungen in Köln (als Entwickler von Planungssystemen auf dem IBM-Host, Organisator im Bereich Data Warehouse) tätig.

Seit dem Studium bin ich Gewerkschaftsmitglied in der GEW, und berufsbedingt in der IG-Metall, ÖTV und bis heute bei Verdi. Ich gehöre keiner Partei an.

Seit 2003 aktiv bei Attac in verschiedenen Zusammenhängen arbeitete ich inhaltlich an den Themen WTO/Welthandel, EU-Bolkestein, Lateinamerika, TTIP , Frieden... auf lokaler wie Bundesebene; war auch tätig als Referent auf mehreren Sommerakademien, wie der europ. Sommerakademie (in Saarbrücken zum Thema Agrosprit... mit all der verbundenen Naturvernichtung u.a. nun als Ursache, via Agrobusiness, bei der Pandemie -Entstehung)

Ich bin/war Mitbegründer/aktiver Teilnehmer bei den Kölner Pappnasen rot-schwarz noch in Aktionszusammenhängen von G8-Gipfel Heiligendamm, Occupy, mehreren Blockupy-Demos und TTIP. Nun bin ich in Köln und bundesweit u.a. im Bereich der Friedensbewegung aktiv.

In Anknüpfung an meinem Lehramts-Studium-Fach Geschichte interessiert mich im Bereich außereuropäische Geschichte (gegen den dominanten Eurozentrismus) aktuell das China-Thema in verschiedenen Zusammenhängen.

Seit einiger Zeit bin ich bei Attac in der Bundes-AG „Globalisierung und Krieg“ aktiv.

Als Mitglied im Rat würde ich meine politischen Erfahrungen, mit inhaltlich unterschiedlichen Kenntnissen einbringen. Gerade in Pandemie-Zeiten sind die internationale Zusammenarbeit, nicht der Ausbau von Feindbildern, und umso mehr in Kriegszeiten nicht die Eskalation, Waffenlieferung in Kriegsgebiete, sowie noch exorbitantere Aufrüstung, wie ständige Verstöße gegen das Völkerrecht zu verantworten. Dies sehe ich auch aktuell im Zusammenhang einer globalisierungskritischen Bewegung in einer multipolaren Weltordnung unter der völkerrechtlichen Achtung von unteilbarer Sicherheit, siehe im OSZE-Verhaltenskodex von 1994 <https://www.osce.org/files/f/documents/8/4/41357.pdf>

7.5.3 Kandidatur Gabi Bieberstein

Bewerbung Gabi Bieberstein: Kandidatur als Mitglied im Rat

Über Ausbildung und Beruf: Ausgebildet bin ich für das Lehramt an Gymnasien mit den Fächern Wirtschaftswissenschaften und Mathematik und war über 20 Jahre bis zu meiner Rente als Fachbereichsleiterin an einer VHS mit den Bereichen Politik und Gesellschaft, Kaufmännische Bildung, Natur und Umwelt sowie nachträgliche Schulabschlüsse tätig.

Über mich bei attac: Seit 2007 bin ich bei attac, seit 2013 Ratsmitglied und in einer Periode war ich außerdem Kokreismitglied. Seit langem engagiere ich mich in der bundesweiten AG Globalisierung und Krieg sowie in der Regionalgruppe Bielefeld.

Mein Schwerpunkt ist Internationale Politik und insbesondere das Thema Krieg und Frieden. Für mich stehen die beiden Hauptbedrohungen der Menschheit Atomkrieg sowie die tägliche zunehmende Zerstörung der Lebensgrundlagen im Vordergrund. Durch den Ukrainekrieg haben die Bedrohungen enorm zugenommen. Deswegen ist es zentral für Attac, dass wir uns für eine schnelle Beendigung dieses Krieges einsetzen und für die Verringerung der Atomkriegsgefahr.

Für eine konsequente sozial-ökologische Transformation engagiere ich mich – bei Attac und anderswo. So bin ich bei der Friedensinitiative Bielefeld/ Ostwestfalen-Lippe aktiv und bei regionalen und bundesweiten Demonstrationen, Aktionen, Vernetzungstreffen sowie bei der Organisation von Veranstaltungen. Wichtig bei Attac ist mir, dass Attac für eine Weltwirtschaftsordnung streitet, in der der Reichtum der Welt gerechter verteilt und ökologisch genutzt wird und dass Attac Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung ist. Im Rat will ich insbesondere dazu beitragen, dass das Thema Krieg und Frieden stärker in den Fokus rückt sowie die Zusammenhänge zwischen Kriegspolitik, Umweltzerstörung, Armut und Neoliberalismus intensiver thematisiert werden.

Weitere Mitgliedschaften: die Linke, Amnesty Koordinationsgruppe Bangladesch, Bielefelder Nahostinitiative, Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig, BUND

7.5.4 Kandidatur Anne Bergmann

Antrag an den Frühjahrs-Ratschlag Attac auf Wiederwahl in den Rat

Ich möchte für den Attac-Rat kandidieren, weil ich meinen Einsatz bei Attac stark in der queer-feministischen Arbeit in diesem hohen Gremium von Attac sehe.

Ich sehe das Bilden und starke Aktivieren des FLINTA*-Plenums als eine dringend notwendige - möglichst international- antikapitalistische, antipatriarchale Arbeit an, die selbstverständlich rechte, rassistische, faschistische oder sexistische Inhalte und Ausrichtungen untersucht.

Ich stelle mir vor, dass jede*r bei Attac in ihrem/seinem Lebensbereich und als Gruppe innerhalb von Attac wie auch zusammen nach außen durch Aktionen - wie die Sprayaktion zum 8. März, aber nicht nur dann - tätig wird.

Durch Vortrag oder – wie bereits jetzt zweimal geschehen: 2021 als internationales Frauen-Podium und 2022 als internationales FLINTA*Podium sollen Widersprüche, die sich durch die permanente ungleiche Verteilung von Geld, (Lebens-)Zeit, Rechtsansprüche und Zugriff auf Ressourcen auf FLINTA* krass bemerkbar gemacht werden!

Vor allem schwebt mir eine gemeinsame Arbeit vor, die in alle Bereiche von Attac einfließt. Die das jetzt aktuelle Kriegs-/Friedenthema als Anlass nimmt und ein Papier entwickelt wird, wie eine tragbare Friedensperspektive aus FLINTA*globalisierungskritischer Sicht aussehen muss!

Wichtig ist mir, dass sich diese Position auch innerhalb von Attac im Alltagsgeschehen in den Sitzungen und auch beim schriftlichen Austausch zeigt. Ich möchte nicht nur am PC kopfschüttelnd diese - zum Großteil hochinteressanten - Positionen und Informationen unter den hochgeschätzten Rät*innen wegklicken, die teilweise respektlos oder sogar feindselig an das Gegenüber gerichtet zu uns Mitlesenden* rüber kommen.

Ich stehe dafür, dass ungeachtet der unterschiedlichen politischen Positionen, diejenigen, die angegriffen werden – auch wenn sie politisch andere Ziele haben als ich sie verfolge, vor diesen eben Angriffen schützen zu dürfen. (Was nichts mit meinem politischen Standpunkt zu tun hat.) So ist auch meine Haltung zur Welt.

Mit anderen Worten, ich bin insofern keine verlässliche „Lagerfrau“, sondern nur meinen - möglichst weisen - Rückschlüssen des politischen Geschehens verpflichtet.

Diese sind dabei immer zum internationalen Frieden ausgerichtet.

Ich gehöre zur Regionalgruppe Euskirchen (wir sind hier aktiv zu zweit); wir machen hauptsächlich bei Aktionen bei FfF oder Aktionen gegen rechts als Attacies mit.

Ich bin Mitglied der Linken.

Anne Bergmann

7.6 Mitgliedsorganisationen

7.6.1 Kandidatur Emilio (Alfred) Weinberg – MGO Kritische Aktionäre

Hallo alle,

ich kandidiere erneut für die Mitgliedsorganisation <https://www.kritischeaktionaere.de/>. für den Rat.

Mein Schwerpunkt ist seit ca. 12 Jahren der Mosaik-Widerstand bzw. der Bewegungsaufbau im Rheinischen Braunkohle-Revier.

Seit über einem Jahr gelingt es mir zusammen mit 15-20 Mitstreiter*innen durch der Initiative www.rwe-tribunal.org (in der Tradition der Russell-Tribunale) das destruktive Agieren des Energie-Konzerns RWE umfassend aufzudecken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung zu leisten. Darüberhinaus bin ich u.a. aktiv in der EKU-AG, www.attac-netzwerk.de/ag-eku/startseite

Auf dieser Basis beabsichtige ich, weiterhin im Rat Anregungen zur strategischen Orientierung von Attac D zu geben.

7.6.2 Kandidatur Matthias Jochheim – MGO IPPNW

Kandidatur zum Attac-Rat

Frühjahrsratschlag 2022

Matthias Jochheim, 60326 Frankfurt/M

Hiermit melde ich meine Kandidatur zum Attac-Rat an, mandatiert durch den Vorstand der Attac-Mitgliedsorganisation IPPNW.

Ich bin 73 Jahre alt, verheiratet, eine erwachsene Tochter; konfessions- und parteilos (früher mal einige Jahre bei den GRÜNEN Mitglied, bevor die dem Bellizismus verfielen)

Von Beruf Allgemeinarzt und - in den letzten 20 Jahren - bis zum Renteneintritt 2019 als Psychotherapeut in eigener Praxis tätig.

Politische Vorerfahrungen: seit ca. 1976 in der Friedensbewegung aktiv; 1984 als „Gesundheitsbrigadist“ in Nicaragua tätig, danach Mitgründer der „Städtefreundschaft Frankfurt-Granada (Nicaragua)“; seit 1997 Mitglied der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW, 2001 – 2013 im geschäftsführenden IPPNW-Vorstand, zuletzt als Vorsitzender.

7.6.3 Kandidatur Werner Rätz – MGO ila

Die ila - Informationsstelle Lateinamerika kandidiert für den Attac-Rat. Wir gehen davon aus, dass wir den Attacies bekannt sind, da wir fast ohne Unterbrechung dem KoKreis oder dem Rat angehört haben. Mehr findet sich unter <https://www.ila-web.de/>

Ich (Werner Rätz) werde auch zukünftig personell die Vertretung er ila übernehmen.

8. Texte, Diskussionsbeiträge & Ankündigungen

8.1 Barbara Volhard: Kampf gegen Rechts – Abgrenzung oder Ausgrenzung?

Barbara Volhard, Attac Freiburg

Kampf gegen Rechts – Abgrenzung oder Ausgrenzung?

In Attac tobt ein Kampf gegen Rechts. Mir scheint jedoch, dass der Kokreis den wichtigen Unterschied zwischen der **Abgrenzung** von politischen Ideologien und der **Ausgrenzung** von Menschen oder Gruppen nicht kennt. Selbstverständlich muss Attac sich gegen rechte, faschistische oder auch nur faschistoide Ideologien **abgrenzen** und tut das in seiner Selbstverständnis-Erklärung ja auch.

Was jedoch **gar nicht geht**, ist die **Ausgrenzung** von Menschen, die ein Leben lang links standen und immer noch stehen oder von ganzen Gruppen, wie beispielsweise Attac Cottbus oder möglicherweise Attac Hamburg (dem das vielleicht bevorsteht). Ausgrenzung ist nämlich selbst faschistoides Verhalten: Mit scheinbar „harmloser“ Ausgrenzung begann die Verfolgung der Juden (aus manchen Kinos oder Restaurants) in der Nazizeit, und sie endete mit ihrer Ausgrenzung aus dem Leben. Dass Ausgrenzung bei Attac dennoch erfolgt, liegt an unserer Geschichte, auf die ich einen etwas anderen Blick habe als die meisten von euch. Denn sie ist Teil meines erlebten Lebens und meiner Sozialisation, was sich auf mein politisches Leben und Denken natürlich auswirkte:

Geboren 1934, aufgewachsen im besetzten Polen, 1944 Flucht aus dem Osten (ich bin also Kriegskind und Flüchtling), Sommer 1945 Konfrontation der 11-jährigen Gymnasiastin per Zeitungslektüre mit Bildern und Texten über den Holocaust – für das Kind, das noch kein Fernsehen, keine Filme kannte, absolut traumatisierend, vor allem der Gedanke: *Während ich fröhlich gespielt habe, wurden wenige Kilometer von mir entfernt andere Kinder umgebracht, nur weil sie eine andere Religion hatten!?* Entsetzter Blick auf die Erwachsenen, einschließlich der Eltern: *Warum hatten die das zugelassen?* Völlig alleine gelassen damit, denn niemand redete mit mir, schwor ich: *Wenn ich groß bin, Sorge ich dafür, dass so etwas nie wieder passiert.* Diese Grundeinstellung prägte mein späteres politisches Engagement bis heute. Mit 17 Jahren initiierte ich 1951(!) einen zwei Tage lang durchgehaltenen und erfolgreichen(!) Schulstreik unserer 12. Klasse gegen eine Nazilehrerin. Vermutlich der erste Schulstreik Deutschlands – an einem Mädchengymnasium notabene.

1960 Eintritt in die Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS), einer politischen Hochschulgruppe, Untergruppe des SDS. Thema: Aufarbeitung der deutschen Geschichte unter der Frage, wie es zur Shoah kommen konnte. Niemand von uns Studierenden damals hatte je etwas darüber in der Schule gelernt! Das gilt vermutlich für alle Deutschen, die heute über 70 oder sogar jünger sind, vor allem für diejenigen, die nie eine Chance hatten, dieses Wissen nachzuholen, so wie wir.

Versuche in Parteien: 1974 Austritt aus der SPD wegen des Radikalenerlasses (von wegen „Mehr Demokratie wagen“!), in den 80ern zehn Jahre sehr aktiv bei den Grünen, Austritt 1994 in der Erkenntnis, dass auch diese Partei die Demokratie der Macht zu opfern bereit ist. Seit 2003 bei Attac, 2007-2009 Mitglied des Attac-Rats, und zwar als radikale Demokratin.

Wahrscheinlich haben viele junge Deutsche 1945 von ihren Eltern gehört: *Du glaubst doch das alles nicht! Das ist doch Feindpropaganda! Wir müssen jetzt halt eine Weile stillhalten, aber unsere Zeit wird wieder kommen.* Haben sie das vielleicht an ihre Kinder und Enkel so weitergegeben, ist das einer der Gründe, dass sich Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Nazi-Ideologie so lange bei uns gehalten haben? Denn von einer Aufarbeitung der Nazizeit kann kaum die Rede sein – abgesehen von einigen wissenschaftlichen Beiträgen, offiziellen Gedenktagen und -reden. Entscheidend ist in meinen Augen vielmehr, was in den Familien und auch Institutionen tradiert wurde an rechten Einstellungen und Haltungen

bis hin zu rechten Einstellungen bei Justiz, Geheimdiensten und Polizei bis heute. Als ich in den 70er Jahren als Lehrerin den Kindern in der Schule vom Holocaust erzählte, waren sie erschüttert. Am nächsten Tag saßen sie mit starren Gesichtern und sagten: *Meine Oma sagt aber, das war alles ganz anders. Wie gehst du mit so etwas um?*

Niemand hat uns Lehrkräften das je in unserer Ausbildung beigebracht, auch jenen von den 68ern geprägten Lehrkräften nicht, die dann die Jugendlichen – genau so wie ich – mit ihrem eigenen Trauma überschütteten, so dass die (auch vor lauter Überfütterung) ächzten: *Nicht schon wieder!* Vermutlich gestützt durch das weit verbreitete familiäre Narrativ: *Es muss doch endlich mal Schluss sein.* Denn natürlich sind wir alle traumatisiert (wenn auch viele der Jüngeren über die transgenerationale und oft unbewusste Tradierung), und um damit umgehen zu können, müssen wir uns das erst einmal selbst eingestehen. Solange wir das nicht können, gehen wir irrational mit unserer Geschichte um.

Irrational ist es beispielsweise, die Singularität des Holocaust auf alles zu übertragen, was vor und während der Nazizeit sonst noch politisch geschah und jeden Vergleich damit zu verbieten, weil das angeblich den Holocaust verharmlose. Dabei ist es doch gerade diese entsetzliche Singularität, die es für die politisch Handelnden damals mangels historischer Erfahrung gar nicht möglich machte, sich so eine Folge ihres Handelns überhaupt vorzustellen! Ja, manche dachten, es könne fürchterlich werden, aber wie fürchterlich konnte man im Vorhinein nicht ahnen. Wie sollen wir aus der Geschichte lernen, wenn wir nicht vergleichen dürfen?

Die Ermächtigung der Exekutive durch das Parlament war 1933 und ist auch heute gängige Praxis in einer Demokratie. Müssen wir nicht aus dem Ermächtigungsgesetz 1933, dem die konservativen Parteien (sogar der spätere Bundespräsident Heuss) vermutlich ziemlich ahnungslos hinsichtlich der Folgen (die „Endlösung“ begann erst acht (!) Jahre später) zugestimmt haben **lernen**, dass eine zu weit gehende Ermächtigung der Exekutive schlimme Konsequenzen haben kann, auch wenn Geschichte sich natürlich nie punktgenau wiederholt? Wenn also heutige Konsequenzen „nur“ Hunderttausende, vielleicht Millionen von Menschen das Leben kosten könnte, aber eben nicht industriell organisiert wie von uns ach so tüchtigen Deutschen, sondern „nur“ als „Kollateralschaden“ infolge Klimawandel, Wassermangel, Hunger, Ausbeutung, Kriegen und ja, auch Pandemien?

Denn heute geschieht diese Ermächtigung der Exekutive über völkerrechtliche Verträge, denen die Parlamente so ahnungslos wie damals zustimmen. Das galt schon für GATS, es gilt noch stärker für TTIP, CETA und TiSA. Es sind Verträge, die die Privatisierung des Öffentlichen sanktionsbewehrt erzwingen, und ermächtigt wird eine Exekutive, die durch transnationale Exekutiv-Gremien ergänzt wird. In diesen Gremien aber ist auch die weltweite Konzernmacht vertreten, die sich um Menschenrechte nicht scheren muss, uns aber alle bald ganz beherrschen wird mitsamt den von eben diesen Konzernen verursachten „Kollateralschäden“, weil unsere Parlamente wieder nicht wissen, dass es um ihre eigene Entmachtung geht und welche Folgen das haben könnte. Und davor soll ich im Zusammenhang beispielsweise mit der Ratifizierung von CETA nicht mit Hinweis auf **das aus unserer Geschichte Gelernte** warnen dürfen. Wirklich? Müssten wir nicht aus 1933 gelernt haben, dass gerade aus einer Demokratie heraus und mit demokratischen Mitteln – also parlamentarischer Abstimmung – die Demokratie zerstört werden kann? Schon jetzt erfahren wir doch schon diese Macht der Konzerne in ihrer Weigerung, wegen Corona Betriebe zu schließen oder bei sich selbst Pandemie-Gegenmaßnahmen vorzunehmen – und zugleich die Machtlosigkeit der Politik, dem regulierend etwas entgegen zu setzen!

Und noch ein historischer Rückblick könnte die Debatte versachlichen: die Nazis verstanden sich als „Nationale Sozialisten“, die Abkürzung NSDAP bedeutete **National-Sozialistische-Deutsche-Arbeiter-Partei**, und sie hatten selbstverständlich auch sozialistische Vorstellungen, die sie teilweise sogar politisch umsetzten, beispielsweise durch die [nationalsozialistische](https://de.wikipedia.org/wiki/Kraft_durch_Freude#Tätigkeiten) Gemeinschaft **Kraft durch Freude (KdF)** (https://de.wikipedia.org/wiki/Kraft_durch_Freude#Tätigkeiten). Da ist es wohl genauso selbstverständlich, dass auch ihre Nachfolgeorganisationen derartiges in ihrem Gepäck haben, schließlich wollen sie den

„Linken“ Wähler*innen abjagen. Im Mittelalter, so heißt es, habe man den Überbringer der schlechten Botschaft geköpft. Wie rational ist es also, wenn Antje, die darauf aufmerksam macht, dass die AfD in ihrem Kurzprogramm linkskompatible Teile habe, aber zugleich darauf verweist, dass in der Langfassung die wahren Absichten dieser Partei stehen, für das Überbringen dieser schlechten Botschaft verdammt wird? Ist das nicht eher ein archaisches und vor allem ahistorisches Denken?

Unser aller, uns oftmals nicht bewusster Traumatisierung durch den Holocaust – seien wir nun die Nachfahren von Tätern, Opfern oder „Mitläufern“ – führt dazu, dass wir auf untergründige und den meisten von uns unbewusste Weise nach wie vor vom „Dritten Reich“ gefangen sind, bis hin dazu, dass wir unsere Sprache davon beherrschen und sie uns so von den Nazis einfach wegnehmen lassen. Deshalb glauben wir, in jener Zeit benutzte, mit dem Framing der Nazis versehene und dadurch missbrauchte Begriffe nicht mehr verwenden zu dürfen und grenzen Menschen aus, die das dennoch tun. Uns fehlt die aus echter Verarbeitung gewonnene Souveränität, sie einfach neu zu „framen“ und sie uns dadurch zurück zu holen, beispielsweise:

Volk ist kein Nazibegriff, sondern bezeichnet die Gemeinschaft der auf einem Territorium lebenden Menschen. Das Volk ist außerdem im Grundgesetz als staatlicher Souverän festgelegt. Hätten wir diesen Begriff von *Volk*, könnten wir den heutigen Nazis entgegnen, dass **nicht sie das Volk** sind.

Ehnie ist keine rassische, sondern eine kulturelle (oft transnationale) Gemeinschaft, denn Menschenrassen gibt es nicht. Eine solche transnationale Ethnie sind beispielsweise die in Südbaden, Elsass und der Nordschweiz lebenden Menschen mit sowohl sprachlichen als auch kulturellen Gemeinsamkeiten und Traditionen genauso wie viele indigene Ethnien, die oft durch kolonial gezogenen Grenzen getrennt sind, sich aber zusammengehörig fühlen.

Gleichschaltung der Medien muss nicht notwendigerweise als faschistischer Zwang auftreten. Das geht auch sehr subtil und vor allem heimlich durch Kapitalmacht, wie **die Anstalt** nachgewiesen hat.

https://www.youtube.com/watch?v=Uelj8Hjf_Oc (7 Min.) Die Subtilität besteht darin, den Medien gerade so viel Meinungsfreiheit zu lassen, dass sie sich „frei“ **glauben**. Könnten wir das erkennen, könnten wir dem Begriff *Lügenpresse* getrost Begriffe wie *Lückenpresse* oder *Verschiebepresse* (*Wir klären doch auf, aber verschieben das auf Tageszeiten, in denen die meisten arbeitenden Menschen im Bett liegen – oder verstecken es im Wirtschaftsteil der Zeitung, den kaum jemand liest*) entgegensetzen und damit politische Aufklärungsarbeit leisten.

Schutz vor Faschismus und anderen autokratischen Systemen bietet in meinen Augen nicht die irrationale Abwehr all dessen, was im weitesten Sinne als „rechts“ oder „rechtsoffen“ definiert werden könnte, sondern einzig und allein **radikale Demokratie**, im Sinne einer echten Volks-Herrschaft, in der das Volk tatsächlich der Souverän ist, also Einfluss nehmen kann. Das ist in Deutschland zwar im Grundgesetz durchaus angelegt, jedoch nie umgesetzt worden. Die gegenwärtigen Versuche von *Mehr Demokratie*, mit ausgelosten Bürgerräten eine Ergänzung zu schaffen scheinen mir ermutigend.

Eine große und leider sehr grundsätzliche Gefahr für die Demokratie sehe ich in Folgendem:

Von Anfang der Republik an wurde die Gewaltenteilung, wie sie aus guten Gründen, nämlich aus unserer Erfahrung mit der Nazi-Vergangenheit in Art. 20 GG festgelegt wurde, nie umgesetzt, obwohl mehrere Bundespräsidenten das kritisiert haben. Das Ergebnis ist eine unzulässige Konzentration der Macht bei der Exekutive, die doch eigentlich nur „ausführende Gewalt“ sein sollte und leider auch, dass alle (einschließlich leider auch unserer Parlamentsmitglieder) das für selbstverständlich halten. Die Bundeszentrale für politische Bildung hält das ebenfalls nicht für besonders schlimm, es hat ja auch bisher recht gut funktioniert:

<http://www.bpb.de/apuz/25526/gewaltenteilung-zwischen-legislative-und-exekutive?p=all>

Immerhin weist die BPB auf ein quasi Trostpflaster hin:

"Ausnahmsweise, wenn die Regierung wirklich ihre Macht missbrauchen sollte, steht die rechtliche Gewaltenteilung zwischen Bundestag und Bundesregierung als materielle Reservefunktion zur Sicherung der Freiheit im Sinne Montesquieus zur Verfügung."

Jetzt in der Krise stellen wir fest, dass nicht einmal **das** zutrifft. Ich glaube, das ist so, weil sich in sieben Jahrzehnten Missachtung des Art. 20 GG in Deutschland eine verhängnisvolle Tradition herausgebildet hat, an die wir alle – Bürger*innen wie Parlamentsmitglieder und auch die Medien – uns so sehr gewöhnt haben, dass wir gar nicht mehr erkennen, wie hart das an der Grundgesetzwidrigkeit vorbei schrammt: Eigentlich müsste doch die Legislative bzw. der „Gesetzgeber“ (also der Bundestag) unsere Gesetze „geben“, de facto jedoch werden Gesetze immer von der Exekutive formuliert, also den Ministerien (und häufig genug von privaten Kanzleien mit sehr eigenen Interessen). Nur weil der Bundestag dann noch ein bisschen daran ändern kann, fällt niemandem auf, dass das so nicht im Sinne der Erfinder war, die ja gerade – aus ihrer Erfahrung der Nazizeit – die Macht der Exekutive **begrenzen** wollten. Ergebnis: Erst blickten alle auf die Kanzlerin, jetzt auf den Kanzler wie das Kaninchen auf die Schlange: ER soll das Pandemieproblem lösen. Das ist aber nicht seine Sache, sondern Sache des Parlaments!

Im Grunde hätte also eine Bildungsbewegung(!) wie Attac die Parlamentsmitglieder schon letztes Jahr darüber aufklären müssen, dass sie ein eigenes Initiativrecht haben (denn das scheinen sie nicht zu wissen) und den Bundestag auffordern es zu nutzen und Hearings mit den unterschiedlichsten Experten – vor allem solchen, die in den Ministerpräsidentenrunden **nicht** eingeladen wurden – zu veranstalten, um dann auf dieser Basis ein eigenes Infektionsschutzgesetz zu formulieren und zu erlassen, **das der Exekutive die notwendigen Grenzen setzt**. Das würde erstens zu mehr Transparenz und zweitens auch zu mehr Akzeptanz führen. Auf die Idee aber kommt niemand – mit Ausnahme eines viel zu späten und zu zahmen Vorstoßes des Bundestagspräsidenten Schäuble in diese Richtung. Dabei wäre eine solche Initiative jetzt in der Pandemie notwendiger denn je. Wie sehr deshalb die Judikative in Anspruch genommen wird und de facto Aufgaben der Legislative übernehmen muss, zeigen viele Gerichtsverfahren. Allerdings gibt das auch der Judikative mehr Macht als ihr zusteht: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/corona-vor-gericht>

Zusätzlich wird jetzt auch noch an der vertikalen Gewaltenteilung (Föderalismus) herum geschraubt, kurz: Die Pandemie sorgt für eine massive Gewichtsverschiebung in der deutschen Demokratie zugunsten der Exekutive. **Das** sollte in meinen Augen Thema bei Attac sein, denn das vor allem nützt – wie man beobachten kann – den Rechten.

Ich halte die irrational-aggressive Abwehr all derjenigen Menschen, die ob des entstandenen Wirrwarrs mit teilweise schrecklichen Konsequenzen verunsichert sind und oft zum ersten Mal in ihrem Leben glauben demonstrieren zu müssen, für falsch. Die Aufgabe einer Bildungsbewegung ist Aufklärung, die kann aber **nicht** erfolgen, wenn man die Leute damit vor den Kopf stößt, dass man sie für potentielle Nazis erklärt. Damit ruft man nur Abwehr hervor, treibt sie möglicherweise erst recht in die rechte Ecke. Schon die antike Rhetorik hatte mehr psychologisches Wissen. Zu ihren Regeln gehört: An den Anfang einer jeden Rede, mit der man Menschen überzeugen will, gehört die „captatio benevolentiae“, das „Erobern des Wohlwollens“ um damit die Bereitschaft zum Zuhören zu erreichen. Diese Bereitschaft kann auch erworben werden, indem man Verständnis für die Sorgen, Nöte und Ängste des Anderen zeigt.

Man könnte sich daher durchaus eine Art Guerilla-Taktik überlegen, bei der man sich zu mehreren unter die Demonstranten mischt, sie anspricht mit: *Ich habe auch Kritik, aber eine andere, können wir darüber sprechen?* Da werden viele sein, mit denen das möglich ist und ja, auch solche, die schon zu verbohrt sind dafür. Aber Gegendemonstrationen mit Beschimpfungen der Demonstrierenden klären nicht auf, sondern verschärfen den Konflikt. Adorno sagte schon 1967: „*Das einzige, was mir etwas zu versprechen scheint, ist dass man die potentiellen Anhänger des Rechtsradikalismus warnt vor den Konsequenzen, dass man ihnen klar macht, dass diese Politik auch ihre eigenen Anhänger unweigerlich ins Unheil führt*“.

Tonaufnahme: <https://www.mediathek.at/atom/014EEA8D-336-0005D-00000D5C-014E5066>

Rechtes Denken kann nicht durch Verbote und Diskursverweigerung entsorgt werden – weder innerhalb noch außerhalb von Attac. Eine „andere Welt“ braucht eine Erzählung, die die Mehrheit der Menschen überzeugt. Eine doktrinäre „linke“ Erzählung wird das nicht tun, schon gar nicht, wenn sie wie bei Attac und mit „Zero-Covid“ geradezu autoritäre Züge trägt, die das generelle Vorurteil gegen „Links“ nur bestätigen.

Genau deshalb bin ich in das **überparteiliche** Attac eingetreten, „*das sehr bewusst die Wege bis weit in die CDU und den rechten Teil der Grünen ebenso offengehalten hat wie in den Mainstream der Gewerkschaften und der SPD*“ (Werner Rätz) bei gleichzeitiger Abgrenzung nach rechts und halte diesen Grundkonsens nach wie vor für richtig. Zugleich beobachte ich, dass der Linkskurs, den unser „Chefideologe“ Rätz Attac D verpasst hat, es uns an der Basis erschwert, bei ausdrücklich neoliberal orientierten lokalen Medien noch Gehör zu finden. Das ist ausgesprochen fatal und erschwert die Aufklärungsarbeit. Deshalb halte ich auch eine strukturelle Änderung von Attac für notwendig, die durch entsprechende Kontrollmechanismen wie die Gewaltenteilung eine Machtentfaltung Einzelner begrenzt.

8.2 Peter Wahl: Ukraine – Hintergrundpapier



AG Globalisierung & Krieg

Hintergrundpapier Nr. 1

Der Ukraine-Krieg
und seine
geopolitischen Hintergründe

Autor: Peter Wahl

Das Thema Krieg und Frieden ist wieder an die Spitze der politischen Agenda in Europa gerückt. Das wird auf längere Zeit so bleiben. Auch aus friedenspolitischer Sicht stellen sich zahlreiche neue Fragen. Die Attac-AG Globalisierung & Krieg will mit einer Reihe von Papieren zur Klärung beitragen. Die Texte werden in der AG diskutiert. Die letztliche Verantwortung für den Inhalt liegt jedoch bei den Autoren.

1. Einleitung

Der vorliegende Text ist ein Hintergrundpapier. Wie der Name sagt, geht es darum, Hintergründe und Zusammenhänge in den Blick zu nehmen, Ursachen zu analysieren, das Einzelne in seinen strukturellen und historischen Kontext des Ganzen zu stellen. Dieser methodische Ansatz entspricht dem Verfahren, das emanzipatorische Gesellschaftsanalyse schon immer verfolgt.

So beruht z.B. deren Kapitalismuskritik auf einem **systemischen Verständnis** von Kapitalismus, aus dem heraus die Einzelphänomene (dialektisch) interpretiert werden und verbindet das mit ihrer historischen Entwicklung. Nicht nur linke Gesellschaftskritik denkt so. Auch die Klimaforschung, um nur ein Beispiel herauszugreifen, tut das. Wenn es in Norddeutschland einen verregneten Sommer gibt, ist das keine

Bestätigung zur Leugnung des Klimawandels. Einzelne Wetterereignisse stehen in einem klimatischen Gesamtzusammenhang und dessen Evolution. Zwar verschwindet das Einzelphänomen nicht, aber es wird in eine Relation zum Ganzen gesetzt.

Eigentlich sind das Basics für jedes aufgeklärte Denken. Aber in der gegenwärtigen⁶² Debattenlage um den Ukraine-Krieg ist eines der markantesten Phänomene, dass bis in Teile der gesellschaftlichen Linken hinein das einzelne Ereignis von seinem historischen und strukturellen Kontext abgetrennt und zum singulären Ereignis und moralischen Absolutum gemacht wird, das nicht mehr diskutiert werden darf.

Das singularisierte Ereignis, um das es hier geht, ist der russische Angriff auf die Ukraine. Er ist ein gravierender Bruch des Völkerrechts und eine neue Qualität von Gewaltanwendung in einer seit langem sich drehenden Konfliktspirale. Er nimmt humanitäre Katastrophen und das Risiko eines Kontrollverlusts mit unabsehbaren Folgen in Kauf. Global wird er, wie immer der Krieg ausgeht, die geopolitische⁶³ Konfrontation und damit die Unsicherheit in der Welt verschärfen.

Dennoch läuft die Ausblendung der historischen und strukturellen Zusammenhänge des Krieges auf eine intellektuelle Kapitulation hinaus und nimmt sich selbst die Möglichkeit, eine autonome, an Friedenssicherung orientierte dritte Position jenseits der Kriegsparteien einzunehmen.⁶⁴ Sicher ist es nicht einfach, sich der totalen Emotionalisierung des politischen Klimas zu entziehen. Ressentiments und Feindbilder werden von der Kette gelassen und wachsen ins Monströse, sodass viele sich dem so entstandenen Konformitätsdruck nicht mehr entziehen können.

Doch dieser Krieg fällt nicht vom Himmel. Er ist nicht singulär und auch keine Zeitenwende. Russland übernimmt jetzt Praktiken, wie sie in dieser Radikalität seit Ende des Kalten Krieges 1.0 bereits von den USA und der NATO eingeführt wurden, so z.B. im Jugoslawienkrieg 1999: „*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.*“ [So am 24. März 1999 der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder](#).⁶⁵ Es war der erste große Krieg, mit aktiver Beteiligung der Bundeswehr, und die erste gewaltsame Grenzveränderung in der europäischen Nachkriegsgeschichte.

In Libyen missbrauchten Frankreich und Großbritannien 2011 einen UN-Sicherheitsratsbeschluss für eine Flugverbotszone, um einen Angriffskrieg zwecks Regime-Change zu beginnen. Der in humanitärer Perspektive schwerwiegendste Krieg mit zivilen Opfern in der Größenordnung von 100.000 war der Angriffskrieg gegen den Irak 2003. Gerechtfertigt mit der bald als Lüge entlarvten Behauptung, Saddam Hussein besäße Massenvernichtungswaffen, griff eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA den Irak an. Beteiligt waren nicht nur sämtliche östlichen Mitgliedsländer der EU, sowie Mazedonien und Georgien, sondern [mit 1.650 Soldaten auch die Ukraine](#). Das war das sechstgrößte Kontingent unter den 36 Angreiferstaaten.

„Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ wie der vielzitierte Militärtheoretiker Clausewitz schrieb, ist also auch in der Ära nach dem Kalten Krieg 1.0 leider wieder etabliert worden. Und zwar von den USA und in deren Gefolge Großbritannien, Frankreich, Deutschland u.a.

62 Redaktionsschluss dieses Texts war der 18. März 2022.

63 Der Begriff Geopolitik kommt von einer veralteten Theorie internationaler Beziehungen, die das außenpolitische Verhalten von Staaten aus ihrer geographischen Lage ableitet. Heute ist er allgemein zur Bezeichnung internationaler Machtpolitik gebräuchlich.

64 Im Schlagwort vom sog. „*whataboutism*“ wird diese Selbstbescheidung des Denkens sogar zur Tugend verklärt. Das Messen mit zweierlei Maß, also Doppelmoral, wird jedoch schon immer für unmoralisch gehalten, wie u.a. in dem berühmten Bibelzitat aus Matthäus 7-39 zum Ausdruck kommt: „*Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?*“

65 Der Kosovo war bis 1999 eine serbische Provinz mit mehrheitlich albanisch sprechender Bevölkerung. Nach der militärischen Niederlage Belgrads und der Besetzung des Kosovo durch die NATO, erklärte die Region 2008 ihre Unabhängigkeit, die von den meisten westlichen Ländern auch sofort anerkannt wurde.

All das sind Fakten, die damals wie heute im Gegensatz zu den Idealen und Interessen emanzipatorischer Friedenpolitik stehen. Aber sie sind die geopolitische Realität. Die maßgeblichen Politiker in den maßgeblichen Ländern denken und handeln in machtpolitischen Kategorien und nicht nach den Leitbildern der Friedensbewegung. Wenn man diese traurige Realität verändern will, muss man wissen wie sie funktioniert. Dafür sind Analyse und normative Orientierung, Sachliches und Emotion auseinanderzuhalten. Schon die Anfänge wissenschaftlichen Denkens in der Antike hatten die Devise: *sine ira et studio – ohne Zorn und Eifer!*

Gerade wenn man Empathie mit den Opfern hat, sollte man nicht den Verstand ausschalten. Moralisch ist bei unserem Thema, wer und was zur Erhaltung des Friedens beiträgt. Und wenn dennoch Krieg ist, ist moralisch alles, was ihn so schnell wie möglich beendet. Das ist die Moral, für die die Opfer – gegenwärtig die Menschen in der Ukraine – das entscheidende Kriterium für Friedenspolitik gerade auch in Kriegszeiten sind.

Begeben wir uns dennoch jetzt in die Welt der Geopolitik, auch wenn sie für viele fremd oder gar verabscheuungswürdig ist.

2. Struktur und Dynamik des internationalen Systems⁶⁶

Es war eingangs die Rede vom systemischen Charakter kritischer Gesellschaftstheorie. Für die internationalen Beziehungen heißt das, dass auch sie als System begriffen werden. Das ist für linke Theorie-Traditionen, die auch die internationalen Beziehungen, Konflikt und Krieg systemisch auffassen, eigentlich nicht neu. Es gilt für die Imperialismustheorien aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch für Ansätze aus neuerer Zeit. So die *Weltsystemtheorie* Immanuel Wallersteins oder die neo-gramscianisch geprägte *Politische Ökonomie der internationalen Beziehungen*.⁶⁷ Allerdings wurden sie in der gesellschaftlichen Linken kaum rezipiert, so wie die Friedensthematik generell seit geraumer Zeit ein Schattendasein auf deren Agenda fristete.

Hier nun - in Telegrammstil - wesentliche Eckpunkte des systemischen Blicks auf die Weltordnung:

Erstens: Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass kein Staat für sich allein existiert, sondern immer nur in Wechselbeziehung zu anderen, zu Nachbarn, Rivalen, Gleichgesinnten usw. Dementsprechend entsteht sein außenpolitisches Verhalten nicht nur aus seinen inneren Verhältnissen, sondern auch aus der Dynamik des Systems, in dem er ein Element ist. Es gibt eine systemische Logik, die Pfadabhängigkeiten konstituiert. Das heißt nicht, dass dieses System ein mechanisch ablaufendes Uhrwerk wäre. Als von Menschen gemacht, erlaubt es immer verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Zum Beispiel indem man machtpolitische Konfrontation durch friedensorientierte Kooperation ersetzt.

Zweitens: Es gibt keinen Weltstaat. Das unterscheidet das internationale System grundlegend vom Binnensystem der Staaten. Moderne Staatlichkeit weist durch Verfassungen, Rechtssystem, politisches System etc. eine hohe Regelungsdichte auf, die die Machtverhältnisse und Konflikte der Gesellschaft in geordneten Bahnen halten und moderieren sollen. Demgegenüber ähneln die zwischenstaatlichen Beziehungen eher dem, was die politische Theorie als „*gesellschaftlichen Naturzustand*“ beschreibt, der weitaus weniger geordnete, sondern tendenziell anarchische Züge aufweist. Regulierende Staatlichkeit existiert hier nur in Ansätzen als Völkerrecht, zwischenstaatliche Verträge und internationale Institutionen. Vor allem existiert keine legitimierte oberste Instanz, wie ein Verfassungsgericht und eine Exekutive, die

⁶⁶ Der Territorialstaat ist nach wie vor der zentrale Akteur des internationalen Systems. Andere Akteure, wie Transnationale Konzerne, sind letztlich ihren Herkunftsstaaten untergeordnet, wie sich gerade am Ukraine-Krieg zeigt, wo die Profitinteressen der Konzerne aus dem Westen hinter geopolitischen Interessen zurückstehen müssen.

⁶⁷ Wallerstein, Immanuel (2004): *World Systems Analysis. An Introduction*. Durham

Cox, Robert (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie*. Marburg

Gill, Stephen (2008): *Power and Resistance in the New World Order*. London

dessen Entscheidungen umsetzt. Der UN-Sicherheitsrat, der das tendenziell können soll, ist durch das Veto-System blockiert, wenn Veto-Mächte an Konflikten beteiligt sind.

Drittens: Auch wenn völkerrechtlich alle den gleichen Status, haben und nominal über völkerrechtliche Souveränität verfügen, sind die Elemente des Systems nicht gleich. Das System ist hierarchisch. Wer an der Spitze steht, hat prägenden Einfluss. Je weiter es nach unten geht, umso geringer sind Handlungsspielräume und Einfluss.

Viertens: Die Position in der Hierarchie hängt von den Machtressourcen ab, über die ein Land verfügt: Militär, Ökonomie, Technologie, politische Netzwerke und Soft Power.⁶⁸ Die Durchsetzungsfähigkeit und Handlungsoptionen für eigene nationale Interessen ergeben sich daraus.

Fünftens: Aufgrund all dieser Faktoren sind das zentrale Regulationsprinzip im internationalen System die machtpolitischen Kräfteverhältnisse. Normen, Völkerrecht und institutionelle Arrangements werden von den großen Akteuren nur solange akzeptiert, wie sie ihre vitalen Interessen nicht in Frage stellen. Eine Großmacht will möglichst keine normativen Bindungen eingehen, die ihre machtpolitischen Handlungsspielräume einengen könnten. Die USA sind auch hier globale Führungsmacht.⁶⁹

3. Im Epizentrum: unipolare versus multipolare Weltordnung

Aus den machtpolitischen Kräfteverhältnissen entsteht eine systemische Dynamik. Für etwa anderthalb Jahrzehnte nach Ende der UdSSR war das System unipolar, d.h. die USA waren unangefochten einzige Supermacht. Es war die Ära des *American Empire*. Inzwischen geht die unipolare Weltordnung zu Ende. An ihre Stelle tritt ein multipolares System. In dessen Zentrum steht die Rivalität zwischen den USA und China. Gleichzeitig gibt es ein Comeback von Russland als Großmacht. Auch Indien strebt einen Aufstieg zur Supermacht an.

Der Konflikt zwischen unipolarer und multipolarer Weltordnung steht seit etwa einem Jahrzehnt mit wachsender Bedeutung im Zentrum des internationalen Systems. Er bildet quasi sein Betriebssystem, das nicht nur das Verhalten der Großmächte prägt, sondern auch alle wichtigen regionalen Probleme beeinflusst. Der Umbruch bedeutet eine Entwestlichung der Welt und das Ende der 500-jährigen euroatlantischen Überlegenheit. Barack [Obama hat die US-Sicht dazu prägnant formuliert](#): „*Jene die meinen, dass Amerika sich im Niedergang befindet oder seine weltweite Führungsrolle verlieren würde, irren sich. ... Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. ... Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an den amerikanischen Exzeptionalismus.*“ Joe Biden steht ungebrochen in der gleichen Tradition: „*Ich will dafür sorgen, dass Amerika wieder die Welt führt,*“ weil „*keine andere Nation die Fähigkeit dazu hat.*“ Auch wenn dies von der gesellschaftlichen Linken in Westeuropa kaum zur Kenntnis genommen wird, für die US-Machteliten steht es mit Abstand an der Spitze ihrer Agenda.

Demgegenüber ist das strategische Ziel der chinesischen und russischen Außenpolitik ausdrücklich eine multipolare Weltordnung, wie bereits 2009 beim [BRICS-Gipfel in Jekaterinburg](#) formuliert: „*Wir wollen eine demokratischere und gerechte multipolare Welt auf der Grundlage des Völkerrechts, der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Handelns und kollektiver Entscheidungen aller Staaten.*“⁷⁰ Oder [in Worten des chinesischen Staats- und Parteichefs](#): „*Wir dürfen die Regeln nicht durch ein oder einige wenige Länder festlegen lassen, die sie den anderen aufzwingen oder Unilateralismus von gewissen Ländern zulassen, die der ganzen Welt die Richtung vorgeben wollen.*“

68 Soft-Power = kulturelle Ausstrahlung

69 So sind sie z.B. nicht der Seerechtskonvention beigetreten, und US-Behörden ist es sogar ausdrücklich verboten, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren.

70 BRICS = Kooperationsprojekt von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Allerdings sind Umbrüche in der Hegemonialordnung der Welt immer auch gefährlich. Eine Harvard-Forschungsgruppe spricht von der *Thukydides-Falle*. Die Metapher bezieht sich auf den Peloponnesischen Krieg als Modellfall (431-404 v. Chr.), den der antike Historiker Thukydides aus eigener Anschauung beschrieben hat. Mit dem Krieg ging die Vorherrschaft über Griechenland von Athen auf Sparta über. Die Harvard-Studie hat zwanzig solcher Fälle durch die Geschichte der letzten 2000 Jahre hindurch untersucht. In sechzehn kam es demnach zum Krieg.⁷¹ Die etablierten Mächte wollen den status quo erhalten, die aufsteigenden wollen ihn verändern. Das führt zu einem enormen Anstieg von Rivalität und Konflikt. Unter kapitalistischen Verhältnissen kommt die ökonomische Konkurrenz der einzelnen Kapitalinteressen und deren staatlicher Standort hinzu. Ein Beispiel, das uns noch relativ nahe ist, ist der Erste Weltkrieg, der ebenfalls aus einem Thukydides-Moment entstand - was übrigens auch linke Imperialismustheorien jener Zeit ähnlich sahen.

4. Machtressourcen und Kräfteverhältnisse

Im Folgenden skizzieren wir die Kräfte- und Interessenskonstellation an der Spitze des internationalen Systems, in deren Kontext auch der Ukraine-Krieg einzuordnen ist. Wie in Kapitel 2. dargelegt, spielen die **Machtressourcen** eines Landes eine zentrale Rolle für das außenpolitische Verhalten eines Landes. Aus ihnen ergeben sich die **Kräfteverhältnisse** zwischen den Mächten. Denn welche Position ein Akteur in der Hierarchie der Weltordnung einnimmt, ergibt sich nicht aus Wollen und Wünschen, sondern aus seinem Machtpotential. Zur Erinnerung: dessen wichtigste Komponenten sind Militär, Wirtschaft und Technologie, politischer Einfluss und Soft-Power.

4.1. Die USA und ihre Machtressourcen

Die USA wollen erklärtermaßen ihre Vormachtstellung um jeden Preis erhalten. Dazu unternehmen sie alles, um den weiteren Aufstieg Chinas zu stoppen und Russland in Schach zu halten. Letzteres begann schon sehr früh. So äußerte Ende Februar 1990 der damalige Präsident Bush (Senior): „*Wir haben gesiegt und sie nicht. (...) Wir werden das Spiel gewinnen, aber wir müssen uns clever anstellen.*“⁷² In den Verteidigungsrichtlinien des Pentagons (*Defense Planning Guidance*) von 1992 heißt es: „*Jede in Frage kommende feindliche Macht (ist) daran zu hindern, in einer Region dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist. (...) Potenzielle Rivalen (sollen) erst gar nicht auf die Idee kommen, regional oder global eine größere Rolle spielen zu wollen.*“⁷³

Die Strategie fand ihre praktische Umsetzung in der NATO-Osterweiterung. Das sukzessive Heranrücken der Militärallianz der USA an die russischen Grenzen ist der harte Kern des geopolitischen Konflikts zwischen Russland und dem Westen. Das sah schon so 1995 der damalige russische Präsident [Jelzin, als er bei einem Gipfel mit Bill Clinton seine strikte Ablehnung erklärte](#). Das Thema ist also [keineswegs erst durch Putin auf die Tagesordnung](#) gekommen.

Die USA haben von Anfang an die Eindämmung Russlands kompromisslos durchgezogen. Sie glauben sich in der Lage dazu, weil sie quer durch alle Kategorien von Machtressourcen über Supermachtpotential verfügen:

- das mit Abstand stärkste **Militär** (s. Tabelle 2 im Anhang). Dazu ca. 120 Militärstützpunkte auf allen Kontinenten, sowie mit der NATO die Verfügung über ein Militärbündnis auf das 55% der globalen Rüstungsausgaben entfallen. Im pazifischen Raum sind sie dabei, anti-chinesische Allianzen – militärisch und ökonomisch zu etablieren. Hinzu kommen die globalen Überwachungs- und

71 Allison, Graham (2017): *Destined for War: Can America and China Escape Thucydides's Trap?* Boston/New York.

72 Greiner, Bernd (2021): *Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben.* München. S. 168

73 Greiner 2021, S. 164

Beeinflussungsmöglichkeiten im Cyberspace.⁷⁴ Hinzu kommt eine geographische Lage als Kontinent quasi in Insellage, die eine strategische Asymmetrie gegenüber allen anderen Großmächten konstituiert. Wenn sie ihre Kriege im Irak, in Afghanistan oder in Jugoslawien führen, ist das immer Tausende von Kilometern entfernt.

- das größte **ökonomische Potential** (s. Tabelle 1 im Anhang). Mit ihren transnationalen Konzernen im Finanzsektor und der digitalen Industrie, die die Avantgarde des zeitgenössischen Kapitalismus bilden, verfügen sie über globale Präsenz. Hinzu kommt die Rolle des Dollars als Weltwährung und der Zugriff auf die globale Finanzinfrastruktur, wie SWIFT oder das Kreditkartensystem. Durch ihr ökonomisches Potential verfügen sie auch über enormen extraterritorialen Einfluss, weil sie ausländischen Unternehmen den Zugang zu ihrem Markt, zur Weltwährung und zur globalen Finanzinfrastruktur verwehren können. Unternehmen reagieren darauf meist mit vorseilendem Gehorsam;
- **Technologieführerschaft** in vielen Bereichen, u.a. in strategisch wichtigen wie Mikrochips, Quantencomputing, Bio-Engineering etc.;
- **politische Vernetzung** durch den global größten diplomatischen Apparat, Einfluss in allen multilateralen Institutionen, sei es durch ihren Status als Vetomacht in der UNO oder die rechtlich abgesicherte Sperrminorität in IWF und Weltbank;
- **Soft-Power**, intellektueller Einfluss auf gesellschaftspolitische und kulturelle Narrative, Einfluss der Kulturindustrie (Popkultur, Hollywood, etc. incl. der kommerziellen Infrastruktur);

Damit verfügen sie über eine Bandbreite an Handlungsoptionen, wie sonst kein Land auf der Welt. Das ist verbunden mit einer strategischen Kultur, die diese Möglichkeiten auch rigoros nutzt. Wenn es im US-Interesse liegt, jederzeit auch ohne Rücksicht auf Völkerrecht und Menschenrechte, wie die lange Geschichte von Angriffskriegen, Regime-Changes und Unterstützung von Putschismus und Bürgerkriegen bis zum immer noch andauernden Drohnenkrieg gegen angebliche oder tatsächliche Terroristen belegt.

Im Konflikt mit Russland wird das Machtpotential seit Jahren in voller Breite genutzt, allerdings unterhalb der Schwelle der offen militärischen Konfrontation. Unter dem etwas verharmlosenden Begriff „Sanktionen“ führt Washington einen Wirtschaftskrieg, der über die Jahre immer weiter eskaliert wurde. Regeln, wie das friedenspolitisch zentrale Prinzip der ungeteilten Sicherheit, also die Einsicht, dass Sicherheit nur gemeinsam nicht aber auf Kosten der anderen Seite erreicht werden kann, werden ignoriert. Seit Obamas Hinwendung nach Asien eskaliert auch der Einsatz der US-Machtmittel gegenüber China.

Allerdings haben die schweren Verwerfungen in der Gesellschaft und im politischen System des Landes, die in der Ära Trump zu Tage traten - aber nicht vorbei sind – zu einer gewissen Erosion von politischem Einfluss und von Soft-Power geführt.

4.2. China und seine Machtressourcen

Der Aufstieg Chinas vom Entwicklungsland zur Supermacht ist nicht nur einmalig in der Menschheitsgeschichte, sondern auch ein Schock für die USA. Hier ist nicht der Raum, Chinas Gesellschaftsmodell – Staatskapitalismus, Sozialistische Marktwirtschaft etc. - zu erörtern. Festzuhalten sind aber zwei grundlegende Tatsachen, die auch geopolitisch höchst relevant sind:

- die Überwindung der absoluten Armut und zunehmender Massenwohlstand sind, vor allem im Vergleich mit Indien, das ähnliche Ausgangsbedingungen hatte, Ausdruck eines am gesellschaftlichen Gemeinwohl orientierten Entwicklungsmodells. Das Ende der Armut eröffnet durch die Teilnahme an

⁷⁴ So betrug z.B. das Budget der US-Geheimdienste 2013 schon 52,6 Milliarden Dollar, wie die [Veröffentlichungen Edward Snowdens](#) enthüllten. Im gleichen Jahr betrugen die [russischen Militärausgaben](#) 63,8 Milliarden US-Dollar.

Bildungs-, Gesundheitssystem und Kultur individuelle Selbstverwirklichungschancen und materialisiert so soziale Menschenrechte für Hunderte von Millionen. Das sichert eine breite und seit Jahren wachsende Zustimmung der Bevölkerung, wie auch von westlicher Seite durchgeführte Umfragen bestätigen.⁷⁵ Das gesellschaftliche Klima unterscheidet sich sehr von der Krisen- und Katastrophenstimmung in den westlichen Gesellschaften;

- *Conditio sine qua non* des Aufstiegs war die Rolle der KP. Wie immer man ansonsten das politische System des Landes beurteilt, fügt dies der üblichen geopolitischen Rivalität zu den USA eine zusätzliche Dimension hinzu, quasi einen ideologischen Systemkonflikt.⁷⁶

Militärisch liegt China, gemessen an den Militärausgaben, an zweiter Stelle (s. Tabelle 2). Die chinesische Nukleardoktrin schließt einen atomaren Erstschlag aus. Die Zweitschlagskapazität ist derzeit nicht so groß wie die der USA und Russlands, aber so ausgelegt, dass sie bisher als ausreichend angesehen wurde. Anders als die USA, aber ähnlich wie Russland hat China das Problem der militärstrategischen Einschnürung. Bei einem Blick auf die Landkarte wird deutlich, dass sich das Land an seiner Seegrenze einer Kette aus US-Verbündeten und US-Militärstützpunkten gegenüber sieht. Die Kette beginnt im Norden mit Japan, geht über Südkorea, Taiwan, Guam, Australien, die pazifischen Stützpunkte des NATO-Partners Frankreich bis nach Singapur.

Hinzu kommen die schwimmenden Stützpunkte der USA in Gestalt der US-Flotte und ihrer Flugzeugträger, die regelmäßig im chinesischen Meer kreuzen. Hier liegt der harte Kern des Konflikts um Inseln und Atolle im südchinesischen Meer.

Ökonomisch ist China, was die absolute Größe seines BIP angeht, den USA dicht auf den Fersen. In Kaufkraftparitäten gerechnet wurden die USA sogar bereits deutlich überholt (s. Tabelle 1). Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass China in den Avantgarde-Sektoren des zeitgenössischen Kapitalismus, wie der digitalen Industrie, mit den USA allmählich gleichzieht und in einigen Bereichen wie Künstliche Intelligenz oder Quantencomputing möglicherweise sogar schon vorne liegt. Auch in der Weltraumtechnologie gehört China neben den USA und Russland inzwischen zu den großen Drei. Hinzu kommt, dass China in Asien, im pazifischen Raum, Afrika und Lateinamerika ökonomisch immer stärker vernetzt ist, und mit dem Seidenstraßenprojekt eine ökonomisch-infrastrukturelle Verbindung zu Europa entsteht. Die ökonomischen Gewichte der Weltwirtschaft verschiebt sich deutlich nach Asien und China ist dessen Gravitationszentrum.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der allgemeine Lebensstandard, gemessen am BIP pro Kopf, noch weit hinter dem der USA liegt (s. Tabelle 1). Hier liegt das Land auf einem Niveau wie Bulgarien.

Politisch: China ist ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied. Über seinen langjährigen Status als Entwicklungsland in der sog. *Gruppe der 77*, ist es außerhalb der transatlantischen Zone bestens vernetzt.

Kulturell ist die Ausstrahlung Chinas aufgrund der großen kulturellen Unterschiede im Westen gering. In Asien ist das jedoch anders. Darüber hinaus ist der Erfolg seines Entwicklungsmodells vielen Entwicklungs- und Schwellenländern China eine beträchtliche Soft-Power-Ressource.

Chinas Rolle als Gegengewicht zu den USA ermöglicht es Ländern, sich von einer einseitigen Abhängigkeit der USA oder den alten Kolonialherren in Europa zu lösen. Das ist eine Konstellation, die bereits im Kalten Krieg 1.0 die Blockfreien-Bewegung ermöglichte.

⁷⁵ So z.B. eine Umfrage der kanadischen Universität York (Le Monde, 19/20.7.2020. S. 2)

⁷⁶ Damit wird China nicht zur Verwirklichung von Gesellschaftsutopien der europäischen Linken.

4.3. Russland und seine Machtressourcen

Russland ist ein kapitalistisches Land, das mit dem Zerfall der Sowjetunion 1992 zur kapitalistischen Peripherie wurde. Der russische Kapitalismus leidet durch seine chaotische Entstehung unter einigen Deformationen, von denen das Oligarchenwesen und das Gewicht des Rohstoffsektors zu den wichtigsten gehören. In der Ära Jelzin war das Land kurz davor, ein *failed state* zu werden.

Deshalb konnte der kraftlose Protest Jelzins gegen die NATO-Osterweiterung oder den NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 im Westen einfach ignoriert werden. Mit dem Amtsantritt Putins begann eine ökonomische und politische Konsolidierung, die auch mit einer Modernisierung der militärischen Fähigkeiten einher ging.

Anfängliche Versuche eine Partnerschaft mit den USA und EU auf Augenhöhe einzugehen, die sich z.B. nach dem 11. September 2001 in logistischer Unterstützung der USA im Krieg gegen den Terror zeigten, scheiterten an mangelnder Bereitschaft der USA.

Militärisch ist Russland eine Supermacht. Seine Nuklearstreitkräfte erreichen annähernd Parität mit den USA. Durch neue Technologien wie lenkbare Hyperschallgleiter, die die Raketenabwehr der USA durchdringen können, wird die atomare Zweitschlagskapazität gehärtet. Bei der konventionellen Rüstung ist Russland Großmacht, aber der NATO gegenüber deutlich unterlegen.

Unter diesen Bedingungen ist das große Sicherheitsproblem Moskaus die direkte Grenze mit der NATO in Estland und Lettland, sowie durch die Exklave Kaliningrad mit Polen und Litauen sowie etwa 200 km mit Norwegen in der Nordpolarregion. Von Estland aus ist die 100 km entfernte Metropole St. Petersburg schon mit Raketenartillerie erreichbar. Mit einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre die NATO noch einmal an eine um 2.000 Kilometer längere Grenze vorgerückt. Die Vorwarnzeit für einen Enthauptungsschlag gegen Moskau würde auf fünf Minuten schrumpfen, und ein enormes Erpressungspotential entstehen lassen. **Hier liegt der Kern der russischen Bedrohungswahrnehmung.**

Eine weiteres Sicherheitsprobleme, entstand durch den chaotischen Zerfall der Sowjetunion an der russischen Peripherie. Dor gibt es russische Minderheiten, die oft diskriminierenden Bedingungen ausgesetzt sind, darunter auch in den EU-Ländern Estland und Lettland.⁷⁷ In einigen Fällen hat das zu separatistischen Bestrebungen und territorialen Abspaltungen geführt, wie in Süd-Ossetien und Abchasien gegenüber Georgien, in Transnistrien gegenüber Moldawien, und seit 2014 besonders dramatisch in der Ukraine. In einem Klima gutnachbarschaftlicher Beziehungen, Kooperation und internationaler Entspannung wären solche Probleme lösbar. Dass Straßburg einmal deutsch war, spielt heute keine Rolle mehr, weil es eingebettet ist in kooperative, friedliche Strukturen. In einem Klima der Konfrontation und des Kalten Krieges erstarrt so etwas jedoch zu eingefrorenen Konflikten die dann von der Gegenseite instrumentalisiert, und schnell wieder zum heißen Konflikt werden.

Ökonomie: Mit seinem sozio-ökonomischen System – ein Mix aus Neoliberalismus, Staatskapitalismus und Resten sowjetischer Strukturen – ist es den weitaus dynamischeren USA (und auch China) gegenüber weit unterlegen (s. Tabelle 1). In Kaufkraftparitäten gemessen liegt sein BIP hinter Deutschland und vor Frankreich und Großbritannien. In Wechselkursparitäten kommt es nicht einmal unter die ersten Zehn des globalen Rankings, was allerdings an der Schwäche des Rubels liegt. Vom enormen Rohstoffreichtum des Landes werden vor allem Öl und Gas sowie Metalle genutzt. Im Hinblick auf den globalen Trend zur Dekarbonisierung beginnt neuerdings auch eine Orientierung auf Rohstoffe, die für die ökologische Wende benötigt werden, darunter Kobalt, Kupfer und seltene Erden, von denen große Mengen in sibirischem Boden liegen. Zudem verfügt Russland mit [63,8 Petawattstunden p.a.](#)⁷⁸ [über die mit Abstand weltweit größten](#)

⁷⁷ Golbeck, Matthias (2013): Russland, die baltischen Staaten und ihre Minderheiten. Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien, Berlin

⁷⁸ 1 Petawatt = 1.000 Terawatt

[nutzbaren Windkraftkapazitäten](#). Die russische Landwirtschaft entwickelt sich recht dynamisch. So ist das Land heute der weltweit größte Weizenexporteur.

Im für Weltmachtstatus wichtigen Bereich Spitzentechnologien kann Russland nur bei der Raumfahrt und Rüstungsgütern mithalten. In der Breite der technologischen Entwicklung ist es nicht Großmacht.

Politisch beruht Russlands Großmachtstatus vor allem auf der ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Seit geraumer Zeit ist auch eine Annäherung zu China im Gange, die den Charakter einer strategischen Partnerschaft angenommen hat. Ein Ergebnis des Ukraine-Kriegs könnte sein, dass zwischen beiden Ländern die Lagerbildung verstärkt wird, wobei Russland vor allem ökonomisch und technologisch in die Rolle eines Juniorpartners geriete.

Die russische **Soft-Power** im Westen ist sehr gering.⁷⁹ Schon seit geraumer Zeit ist im Westen eine sich steigernde mediale Feindbildproduktion im Gange. In den USA nahm sie McCarthyhafte Züge an, nachdem Hilary Clinton die Schuld an ihrer Wahlniederlage gegen Trump dem Kreml in die Schuhe schob. Mit dem Ukraine-Krieg wird sich das Ansehen des Landes im Westen vollends ins Minus drehen. Allerdings sieht das in China, Indien und so manchen Ländern Afrikas und Lateinamerikas anders aus. So ist z.B. Indiens Neutralität in diesem Krieg bemerkenswert. Sie bestätigt, dass die Transformation der Weltordnung zum Polyzentrismus nicht nur von China und Russland getragen wird. Von daher ist es eine Illusion, man könne Russland international isolieren und zu einem großen Nord-Korea machen.

Dennoch lässt sich unterm Strich festhalten, dass in der globalen Auseinandersetzung um die Struktur des Internationalen Systems Moskau gegenüber den USA aus einer strategischen Defensive agiert.

4.4. Die EU und ihre Machtressourcen

Seit geraumer Zeit strebt die EU einen Platz im Club der Weltmächte an. Es gibt kaum mehr ein Statement aus Brüssel, in dem nicht die Sehnsucht zum Ausdruck kommt, in der geopolitischen Champions League mitzuspielen. Um den Aufbau der Hardpower, d.h. militärische Fähigkeiten, voranzutreiben, wurde dazu die sog. *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit* (PESCO) intensiviert, gemeinsame Rüstungsprojekte vor allem der großen Mitgliedsstaaten darunter ein Kampfflugzeug der neuen Generation und ein Panzer in deutsch-französischer Kooperation.⁸⁰

Aber *Wollen* ist eine Sache, *Können* eine andere. So gibt es gute Gründe daran zu zweifeln, dass die EU Weltmacht wird. Denn sie ist kein Staat wie die USA, China oder Russland, sondern ein Hybrid aus einer *Allianz von Nationalstaaten* und Elementen *supranationaler Staatlichkeit*. Das ist eine komplizierte Schönwetterkonstruktion, die nicht über die Handlungsfähigkeit eines großen Nationalstaates verfügt und zudem seit einem Jahrzehnt von multiplen Krisen überrollt wird - von der Finanz- und Eurokrise, über die Flüchtlingskrise, den Brexit bis zu Corona.

Eine wirkliche strategische Autonomie, die der französische Präsident Macron in seiner Sorbonne-Rede 2017 proklamierte, wurde schon mit Bidens Amtsantritt unwahrscheinlich. Erst recht jetzt mit dem Ukraine-Krieg. Der transatlantische „Schulterschluss,“ auf den ersten Blick Wohlfühlexempel für Völkerfreundschaft, ist nüchtern betrachtet die Eingliederung der EU als subalterner Juniorpartner in das Lager der USA.

Washington ist es damit einmal mehr gelungen, eines seiner ältesten außenpolitischen Prinzipien Geltung zu verschaffen: **Kooperation zwischen Westeuropa und Russland unbedingt zu blockieren**. Diese Doktrin war bereits die Grundlage der US-Eindämmungsstrategie im Kalten Krieg 1.0 wie sie von dem damaligen Außenminister Dean Acheson (1949 -1953) prominent vertreten wurde, später von Henry Kissinger (Außenminister im Vietnam-Krieg) und danach dem einflussreichsten Vordenker der US-Geopolitik, Zbigniew

⁷⁹ Ganz im Gegensatz zur Sowjetzeit, als es weltweit kommunistische Parteien gab, die mit Moskau sympathisierten.

⁸⁰ S. ausführlicher dazu: Wahl, Peter (2022): Die Illusion von der europäischen Armee. In: [Jacobin, 1.1.2022](#).

Brzeziński.⁸¹ Das wurde nach dem Ende der Sowjetunion fortgesetzt. In den o.g. zitierten US-Verteidigungsrichtlinien heißt es dazu: „Wir müssen darauf achten, dass es keine auf Europa zentrierten Sicherheitsvereinbarungen gibt, welche die NATO untergraben könnten.“⁸² Das richtete sich gegen das Konzept Gorbatschows vom *Gemeinsamen Haus Europa*, und das auch in Westeuropa durchaus Anklang gefunden hatte. So heißt es noch in der Präambel des Minsk II-Abkommens: „Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik,“ wie Hollande, Merkel, Poroschenko und Putin unterschrieben.

5. Die ukrainische Eskalationsgeschichte⁸³

Die ukrainische Eskalationsgeschichte ist zum einen Teil der weltpolitischen Konstellation, wie sie hier skizziert wurde. Die Ukraine soll seit langem zum Außenposten in der Globalstrategie der USA ausgebaut werden. Zum anderen hat sie auch ihre eigene Dynamik. Der für die Konfliktgeschichte entscheidende Ausgangspunkt ist das in 4.3. erwähnte Problem, dass es nach dem Ende der UdSSR an der Peripherie Russlands in den 14 neu entstandenen Staaten⁸⁴ russische Minderheiten mit entsprechendem Konfliktpotential gab,⁸⁵ sowie in Kombination damit die US-Strategie der Eindämmung Russlands.

In jungen Staaten gibt es zudem die generelle Tendenz zu starkem Nationalismus. In der Ukraine ist er besonders aggressiv, und erhielt nach dem Maidan-Umsturz offiziellen Status. Russisch wurde als Amtssprache verboten, auch andere Minderheiten, wie die ungarische kamen unter Druck einer rigorosen Ukrainisierung. Die geschichtsrevisionsistische Erzählung vom sog. *Holodorm*,⁸⁶ sowie die Heroisierung von Nazi-Kollaborateuren und Verantwortlichen für Judenpogrome wurden zum Nationalmythos.

Der Maidan, anfangs als Protest gegen Korruption und Oligarchen durchaus nicht ohne Legitimität, geriet bald unter rechtsextreme Hegemonie und wurde rasch geopolitisch instrumentalisiert. Der damalige deutsche Außenminister Westerwelle und die EU-Außenbeauftragte Ashton traten auf dem Maidan auf. Am stärksten involviert waren die USA mit der damaligen Botschafterin *Nuland*, berühmt geworden durch ihre Verachtung gegenüber Versuchen der EU („Fuck the EU“), eigenständige Interessen in der Krise 2014 zu verfolgen. Eine vernünftige politische Lösung, unter Beteiligung der französischen und deutschen Außenminister, nämlich Neuwahlen binnen einiger Monate später, wurde durch den Umsturz zunichte gemacht. Dennoch erkannte der Westen das neue Regime in Kiew sofort an.

Anlass dieser Konfliktetappe war der EU-Assoziierungsvertrag. Das Land war jahrhundertlang Teil des russischen Reiches. Der Vertrag erzwingt aber eine scharfe Kappung unzähliger historisch gewachsener Verbindungen. Ein legitimes Interesse Russlands, in einem dreiseitigen Verständigungsprozess auch seine Interessen eine gewisse Berücksichtigung zu gewähren, wie das das z.B. bei der Trennung Großbritanniens von der EU der Fall war, wurde von Brüssel ignoriert.

81 Brzezinski, Zbigniew (2016): *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*. New York

82 Greiner 2021, S. 164

83 Wir beschränken uns hier auf die Grundzüge und wichtigsten Stationen der Vorgeschichte des Krieges. Eine detaillierte Darstellung findet sich auf der [Homepage der Informationsstelle Militarismus \(IMI\)](#).

84 Estland, Lettland, Litauen, Belarus, Moldawien, Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgistan.

85 In einigen Fällen gibt es aus ähnlichen Gründen auch Konflikte zwischen den postsowjetischen Staaten, wie der Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan.

86 In Anspielung auf den Begriff Holocaust wird eine Hungersnot in den 1930er Jahren, die durch die stalinistische Landwirtschaftspolitik in vielen den Agrarregionen der Sowjetunion ausbrach, zu einem absichtsvoll auf die Ukraine gezielten Völkermord umgedeutet.

Der Gegenschlag folgte dann mit dem Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim, rechtlich mit dem Selbstbestimmungsrecht gerechtfertigt,⁸⁷ und die anschließende Integration der Halbinsel in die russische Föderation. Die Regie dafür wurde in Moskau geführt. In Zentrum stand dabei das russische Interesse, den Flottenstützpunkt in Sewastopol nicht in die Hände der NATO fallen zu lassen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt auch ohne Studium an der Bundeswehrakademie, dass der Hafen der Schlüssel zur militärischen Kontrolle des nördlichen Schwarzen Meeres ist.

In einem informellen Referendum im Donbass, vergleichbar etwa der Abstimmung, wie sie Katalonien durchgeführt wurde, erklärten sich Donezk und Luhansk für unabhängig. Die Regierung Poroschenko erklärte die Separatisten zu Terroristen und schickte Armee und rechtsextreme Freischärler. Russland unterstützte die Separatisten mit Waffen und Beratern, was mit einer militärischen Niederlage Kiews endete.

Die damaligen Kräfteverhältnisse wurden dann in dem Minsker Abkommen (Minsk II) festgeschrieben. Kiew blockierte von Anfang an die Umsetzung von Minsk II, und von seinen westlichen Garantemächten Frankreich und Deutschland kam außer Worten keine praktische Initiative. Stattdessen gab es im Donbass einen **Krieg niedriger Intensität**, dem 14.000 Menschen zum Opfer fielen. In der Ukraine wird also nicht erst seit dem 24. Februar geschossen.

Die Haltung des Westens zu Minsk II ermutigte Kiew eine ihm genehme Lösung der Probleme vorzubereiten. [Im Dekret Nr. 117 des ukrainischen Präsidenten vom 24.3.2021](#) wird die Vorbereitung von Maßnahmen angekündigt, um ‚die vorübergehende Besetzung‘ der Krim und des Donbass zu beenden. Die Regierung wurde beauftragt, einen entsprechenden ‚Aktionsplan‘ zu entwickeln.“

Die Reaktion Moskaus war jene Doppelstrategie, die der Westen schon länger für sich reklamiert: *Dialog und Stärke*. So forderte Putin einerseits den Stopp der NATO-Ausdehnung, keine Stationierung von Angriffswaffensystemen an den russischen Grenzen und eine Rückführung der NATO-Infrastruktur auf den Stand von 1997, als die NATO-Russland Akte vereinbart wurde. Zum anderen ließ er Truppen an der ukrainischen Grenze aufmarschieren.

Die USA beharrten kompromisslos auf der Verweigerung von Sicherheitsgarantien für Moskau und demonstrierten so einmal mehr, dass sie nicht bereit sind, das Prinzip der gleichen und ungeteilten Sicherheit zu akzeptieren.

Darauf folgte dann als Eskalationsstufe neuer Qualität der russische Angriff.

Putin rechtfertigt ihn mit seiner Bedrohungswahrnehmung: „[Das nennt man, das Messer an der Kehle zu haben.](#)“ Es kann sein, dass er das tatsächlich so sieht, es kann auch sein, dass es nur vorgeschoben ist, so wie Tony Blair vor dem Angriff der *Koalition der Willigen* auf den Irak behauptete, [Saddam Hussein könne innerhalb 45 Minuten Mittelstreckenraketen mit biologischen oder chemischen Sprengköpfen abschießen.](#)

Wie auch immer, hier stellt sich ein Grundproblem internationaler Beziehungen unter den gegenwärtigen Umständen: **die Rolle von Bedrohungswahrnehmungen und Feindbildern**. Polen und Balten fühlen sich von Russland bedroht. Israel fühlt sich vom Iran bedroht. China fühlt sich von den USA bedroht. Der Iran fühlt sich von den USA bedroht. Taiwan fühlt sich von Peking bedroht. Armenien fühlt sich von Aserbeidschan bedroht. Man kann diese Liste noch lange fortsetzen. In allen Fällen kann es sein, dass etwas dran ist, ebenso wie es möglicherweise Propaganda sein kann - oft wohl auch eine Mischung aus beidem.

Die in Abschnitt 2. und 3. skizzierten Verhältnisse führen also generell zu einem Klima des Misstrauens in den internationalen Beziehungen.⁸⁸ Das kann man nicht mit Worten abbauen nach dem Motto *Aber-wir-wollen-euch-doch-gar-nichts-tun*, oder *ist-doch-in-Wirklichkeit-nicht-so-schlimm*, sondern geht nur durch Taten. D.h.

87 Nicht nur das Referendum brachte eine deutliche Mehrheit, auch westliche Meinungsumfragen kamen zum Ergebnis, dass die große Mehrheit der Bevölkerung zu Russland gehören will: Pew Research Center (2014): *Despite Concerns about Governance, Ukrainians Want to Remain One Country*. Washington. S. 6

88 Daher denken Militärs ja auch immer in worst-case-Szenarien.

hier wird die Bedeutung einer Politik **vertrauensbildender Maßnahmen** deutlich, die Schärfe und Spannungen aus dem System herausnehmen. Wenn Russland meint, die NATO an ihren Grenzen sei eine Bedrohung, was spricht dann eigentlich dagegen, dass die NATO sich den Grenzen fernhält? Überhaupt nichts, es sei denn die NATO verfolgt tatsächlich die Absicht, Spannungen zu erzeugen und Russland unter Druck zu setzen.

6. Kompromissfrieden statt Sieg und Rache

Zu jedem Zeitpunkt in einer Eskalationsspirale gibt es Alternativen. Die gab es zwischen Dezember 2021 und dem 24. Februar, als die Situation sich zuspitzte. Und es gibt sie auch, nachdem der Krieg begonnen hat, vorausgesetzt die entscheidenden Akteure haben den politischen Willen dazu.

Gegenwärtig fordern Teile der Friedensbewegung von ihren Regierungen Waffenlieferungen an die Ukraine und/oder scharfe Sanktionen u.ä. Schritte gegen Russland, die von den NATO-Regierungen aber ohnehin schon längst unternommen werden. Sie begeben sich damit ins Schlepptau der NATO.

Gefragt ist dagegen eine Friedenspolitik, die „*vom systemischen Charakter der internationalen Beziehungen und damit einem dritten Standpunkt ausgeht.*“⁸⁹ Entscheidendes Kriterium für eine dritte, autonome Position jenseits von NATO und Russland muss sein, was das Beste für die Menschen in der Ukraine ist. Und das sind Maßnahmen, die so schnell wie möglich zum Ende des Krieges führen. Gefragt ist eine Paketlösung, deren Kern darin bestünde, die Kampfhandlungen zu beenden und die russischen Truppen zurückzuziehen, und die Russland Sicherheitsgarantien gibt und Verhandlungen zur Lösung der übrigen strittigen Fragen, wie Status des Donbass etc. beginnt.

Und es gilt, die Zeit nach dem Ende des Krieges in den Blick zu nehmen. Mit der Klimakatastrophe steht die Menschheit vor einer historisch einmaligen Herausforderung. Sie ist nur zu meistern, wenn an die Stelle von Machtpolitik, Rüstungswettlauf und Kriegen, eben Entspannung, Koexistenz und Kooperation treten.

Wir werden uns in weiteren Hintergrundpapieren mit Themen beschäftigen, die im Rahmen des vorliegenden Textes nicht oder nur andeutungsweise behandelt werden konnten. So z.B. mit den Zusammenhängen zwischen Binnenverfasstheit von Staaten und deren Außenpolitik, darunter die Imperialismusfrage, der Sicht des Globalen Südens und die Auswirkungen der Großmachtpolitik und des Ukraine-Krieges auf ihn, sowie der Rolle Chinas.

⁸⁹ Wahl, Peter: Krieg und Frieden in der multipolaren Welt-Un-ordnung. In: Demirović, Alex et al. (2021): Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona? Hamburg. S. 97

Anhang

Tabelle 1. BIP ausgewählter Länder im Vergleich. Absolut/Pro Kopf & in Kaufkraft- und Wechselkursparitäten⁹⁰

		BIP absolut		BIP pro Kopf	
		in Kaufkraftparität	In Wechselkursparität	in Kaufkraftparität	in Wechselkursparität
		Billionen USD		Tausend USD	
		laufende Preise			
1.	China	29,38	18,46	20.670	12.990
2.	USA	24,80	24,80	74.730	74.730
3.	Indien	11,35	3,25	8.080	2.310
4.	Japan	5,97	5,38	47.840	43.120
5.	Deutschland	5,20	4,50	62.400	54.650
6.	Russland	4,70	1,70	32.210	11.660
7.	Frankreich	3,55	3,14	54.180	47.950
8.	UK	3,54	3,44	52.250	50.880
9.	Italien	2,80	2,27	48.520	38.170

Quelle: IWF, World Economic Outlook 2021 (October), datamapper:

<https://www.imf.org/external/datamapper/datasets/WEO>

Aufgerufen 12.3.2022

Tabelle 2: Rüstungsausgaben – Die Spitzenreiter Mrd. USD, in konstanten Preisen (2019)⁹¹

	2000	2010	2020
USA	475,2	865,3	778,2
China	41,2	129,4	252,3
Indien	30,3	50,0	72,9
Russland	23,6	49,8	61,7
UK	48,7	63,2	59,2
Saudi Arabien	30,8	53,6	5,5

⁹⁰ Meist wird das Bruttoinlandsprodukt in Wechselkursparität angegeben. Nachteil ist, dass eine Auf- oder Abwertung der nationalen Währung eine Volkswirtschaft über Nacht stärker oder schwächer aussehen lässt. KKP legt dagegen einen Warenkorb zugrunde der die inländische Kaufkraft wiedergibt. Eine volkstümliche Erklärung liefert der sog. *Big Mac Index*. Die Fast-Food-Frikadelle, überall auf der Welt gleich, kostet in New York 4,50 \$ in Oslo jedoch 8,50 \$, in Peking 2,50\$ und in Neu Dehli 1,20\$ (jeweils in Landeswährung). Die Preisunterschiede entstehen durch die unterschiedlichen Herstellungskosten. Was für den Big Mac gilt, gilt für alle inländischen Produkte und Dienstleistungen, bis hin zum Kampfflugzeug.

⁹¹ Auch hier gilt das in der vorigen Fußnote genannte Problem: für Länder mit einem hohen Anteil inländischer Rüstungsproduktion (vor allem China und Russland) dürften die Zahlen bei einer Erfassung in Kaufkraftparitäten deutlich höher liegen.

Deutschland	42,4	41,0	52,8
Frankreich	45,0	48,4	52,7

Quelle: SIPRI Database:

<https://sipri.org/sites/default/files/Data%20for%20all%20countries%20from%201988-2020%20in%20constant%20%282019%29%20USD%20%28pdf%29.pdf>

Aufgerufen: 12.3.2022

8.3 Den Krieg in der Ukraine stoppen!

Den Krieg in der Ukraine stoppen!

Matthias Jochheim, AG Globalisierung und Krieg

Eine andere Welt ist möglich - Sicherheit neu denken

In der Ukraine sterben tausende von Menschen in Folge der russischen Invasion. Zuvor kamen schon 13.000 Bewohner*innen der abtrünnigen Donbass-Region in den bewaffneten Kämpfen mit ukrainischen Truppen ums Leben.

Auf Kosten der Bevölkerung in der Ukraine wird ein brutaler, völkerrechtswidriger Machtkampf um die Vorherrschaft in der betroffenen Region ausgetragen, dessen mittel- und langfristige Folgen kaum abzusehen sind. Am gravierendsten sind die unmittelbaren menschlichen Opfer. Hinzu kommen zu erwartende ökologische Verwüstungen, wie sie etwa im Jugoslawien-Krieg 1999 durch NATO-Bombardements verursacht wurden. Und nicht zuletzt zeichnen sich gravierende ökonomische Folgeschäden nicht nur für die unmittelbar betroffenen Länder, sondern in erheblichem Ausmaß auch für Mitteleuropa ab, mit allen sozialen Konsequenzen, die gerade die benachteiligten Bevölkerungsgruppen treffen werden. Dieser Krieg ist ein grauenvoller Atavismus, ein erneuter Rückfall und das Ergebnis primitiver, rückständiger Verhaltensmuster, die längst überwunden sein sollten.

Schon 1945 proklamierte die Gründungsversammlung der UNO:

„Wir- die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen

- künftige Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat...

und für diese Zwecke

Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren...

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuarbeiten.“

(Die Ukraine gehörte 1945 ebenso wie die Sowjetunion und Weißrussland zu den Gründungsstaaten der UN)

Dass dieses Gründungsversprechen jetzt wieder so weit entfernt scheint, liegt an machtvollen ökonomischen Interessen – der Sicherung von Rohstoffen in anderen Ländern, der ökonomischen Vorherrschaft in globalen Weltregionen, und ganz wesentlich an den ökonomischen Interessen des militärisch-industriellen Komplex, den bereits US-Präsident Eisenhower anprangerte.

Als Attac-D sind die zerstörerischen Aspekte kapitalistischer Globalisierung unser Thema – und deshalb werden wir uns noch profunder mit der krieglerischen Seite imperialer Globalisierung auseinandersetzen müssen – analysierend und in praktischen Friedensaktionen. Unsere Orientierung ist menschliche Sicherheit – gegen Klima- und Naturzerstörung, für die Sicherung von Ernährungs- und Gesundheitsbedingungen – für ein menschenwürdiges Leben überall.

8.4 Richtigstellungen zum Antrag an den Ratschlag zur neuen Attac-Diskussionsliste mit dem Discourse-Tool

Anmerkung der VG Ratschlag: dieser Text vom 9.9.2021 wurde schon im Reader des Herbstratschlags 2021 abgedruckt – aufgrund der Überweisung des Vorschlags zum Discourse-Tools wurde er ebenfalls überwiesen.

Richtigstellungen zum Antrag an den Ratschlag zur neuen Attac-Diskussionsliste mit dem Discourse-Tool

Von Alfred Eibl (Attac Rat, Moderationsteam Discours), Kathrin Eggers (Bundesbüro Webteam), Nico Wehnmann (Bundesbüro Webteam), Stephan Lindner (Attac-KoKreis, Moderationsteam Discourse)

Vorbemerkung

Dem Ratschlag liegt ein Antrag vor, der das Ziel hat, das neu eingeführte Diskussions-Tool Discourse abzuschalten und stattdessen wieder die alte Mailingliste so wie früher zu betreiben.

Der Antrag wird mit einer Reihe von Aussagen begründet, die in allen wesentlichen Punkten falsch sind. So soll das Tool angeblich gegen eine Reihe von Datenschutzbestimmungen verstoßen, weil es unter anderem ermögnliche, ohne Wissen und Einwilligung der Nutzer*innen Profile von ihnen zu erstellen und die so gewonnenen Daten auch an Dritte wie Google weiterzuleiten. All diese Aussagen sind falsch. Tatsächlich ermöglicht die jetzt eingeführte Software ein wesentlich höheres Datenschutzniveau als unsere Mailinglisten. Denn anders als die E-Mails der Mailinglisten, die unverschlüsselt an Dutzende von Mail-Server übertragen werden, bleiben die Diskussionsbeiträge auf dem Attac-Server, wo sie nur von registrierten Nutzern gelesen werden können. Die Übertragung beim Lesen findet mit einer Ende zu Ende Verschlüsselung zwischen Attac-Server und Webbrowser des angemeldeten Besuchs statt, so dass niemand dazwischen mitlesen kann, welche Inhalte übertragen werden.

Was ist Discourse?

Discourse ist eine frei nutzbare und quelloffene Software. Sie kann also nicht nur von allen kostenlos genutzt werden, sondern alle können auch den Quellcode anschauen, ihn an eigene Bedürfnisse anpassen und ihn auf einem eigenen Server installieren. Weitere Informationen zu dem Programm finden sich auf der Homepage <https://www.discourse.org/>.

Entwickelt wird sie von der Firma Civilized Construction Kit mit einem weltweit verstreuten Team: <https://www.discourse.org/team>. Die Firma verdient ihr Geld damit, dass sie für all diejenigen anbietet, die die Software nicht selbst betreiben wollen, dies für eine Gebühr auf ihren eigenen Servern zu übernehmen. So können die Entwickler*innen bezahlt und die Software trotzdem allen frei zur Verfügung gestellt werden.

Auf GitHub ist der Quellcode unter <https://www.discourse.org/team> einsehbar. Der Code steht unter der Lizenz der GNU GENERAL PUBLIC LICENSE (<https://github.com/discourse/discourse/blob/main/LICENSE.txt>), einer seit vielen Jahren weit verbreiteten und bewährten Lizenz der Free Software Foundation.

In Deutschland wird Discourse zum Beispiel auch von Bits&Bäume verwendet (<https://discourse.bits-und-baeume.org/>), dem Nachfolgeprojekt der Bits&Bäume Konferenz (<https://discourse.bits-und-baeume.org/>),

die u.a. vom Chaos Computer Club, dem Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, dem BUND und dem Konzeptwerk Neue Ökonomie organisiert wird (<https://bits-und-baeume.org/>).

International wird Discourse zum Beispiel auch genutzt

- von Diaspora (<https://diasporafoundation.org/>), einer Alternative zur Datenkrake Facebook: <https://discourse.diasporafoundation.org/>,
- von der Open Knowledge Foundation (<https://okfn.org/>), einer Organisation, die sich für den freien Zugang von Daten einsetzt: <https://discuss.okfn.org/>

Wie nutzt Attac Discourse?

Attac hostet Discourse auf seinem eigenen Server und hat die Software dabei so konfiguriert, dass sie im Rahmen ihres Anwendungszwecks nicht nur den deutschen Datenschutzgesetzen entspricht, sondern auch so datensparsam wie möglich betrieben wird. Der Server, mit Standort Berlin, wird vom Attac-IT-Team des Bundesbüros im Alleinzugriff betrieben. Das Team setzt auf freie, quelloffene Software und Verschlüsselungen.

Zu den Behauptungen des Antrags im Einzelnen:

Zu 2. Allgemeine Möglichkeiten des Discourse-Tools über Internet recherchiert:

a Erstellung eines Profils

Über Benachrichtigungsstufen „Verfolgen“ oder „Beobachten“ können Nutzer und Nutzerinnen mit Hilfe eines Algorithmus automatisch beobachtet werden. Jedes neue Mitglied wird in die Kategorie aufgenommen. Einen Zugriff hierauf haben die Nutzer und Nutzerinnen nicht

Das ist falsch. In der Attac Installation gibt es keine Benachrichtigungsstufen ‚Verfolgen‘ oder ‚Beobachten‘ und auch keinen Algorithmus zur automatischen Beobachtung von Nutzern.

Nutzungsaktivitäten sowie Teilnahmehäufigkeit werden erfasst.

Diese Daten können gefiltert und sortiert sowie das Verhalten und die Reaktionen aller bewertet werden. Etwa so: A mag den Inhalt von B und A antwortet auf den Inhalt von B. Die Datenstruktur ermöglicht eine vollständige Vernetzung Benutzer zu Inhalten. So entsteht ein Profil über jeden und jede, ohne dass dies nach außen erkenntlich ist.

Tatsächlich gibt es öffentlich einsehbar Nutzerprofile. Was hier zu sehen ist, ist für alle Benutzer*innen des Forums gleich, egal ob das eigene Profil aufgerufen wird oder das anderer Teilnehmender, unabhängig von der Berechtigungsstufe im Forum.

Darüber hinaus werden keine für andere nicht erkenntliche Profildaten erstellt. Und das, was dort zu sehen ist, ist für Außenstehende in der Tat nicht erkenntlich, denn um diese Profile aufzurufen, muss mensch sich

erst im Forum registrieren und anmelden. So sind diese Daten z.B. vor den Bots von Suchmaschinen wie Google geschützt.

b Automatische Einwilligung in die Nutzung der eigenen Daten für Forschungszwecke *Wer etwas posten möchte, darf dies nur nach Beantwortung von vorgegebenen Fragen. Die Antworten werden dann als Einwilligung in die Nutzung zu Forschungszwecken interpretiert. Es heißt: „Wir interpretieren diese Abfolge von Ereignissen folgendermaßen: Der Benutzer hat sein Einverständnis gegeben, an einem Forschungsprojekt mit Edgeryders teilzunehmen, und er hat die Art seiner Rolle in der Übung verstanden.“ (s. Fußnote 4)*

Das ist falsch. Wer das Attac Forum nutzt, muss lediglich unseren Datenschutzbestimmungen (<https://www.attac.de/datenschutz/discourse>) und Nutzungsbedingungen (<https://diskussion.attac.de/tos>) zustimmen. Diese enthalten keinerlei Einwilligung in die Nutzung von Daten zu Forschungszwecken. Ganz im Gegenteil heißt es dort klipp und klar:

Geben wir irgendwelche Informationen an Dritte weiter?

Weder verkaufen oder handeln wir deine personenbezogenen Daten noch übermitteln wir diese an Dritte. Sollte es ausnahmsweise doch einmal notwendig werden, deine Daten an Dritte weiterzugeben, so werden wir dich, für jede Übermittlung einzeln, vorher um Erlaubnis fragen.

Quelle: <https://www.attac.de/datenschutz/discourse>, auch von jeder Seite in Discourse aus in der Fußzeile verlinkt.

Die falsche Behauptung haben die Antragsteller anscheinend einfach auf einer x-beliebigen Internetseite gefunden, die auch Discourse verwendet und in ihren Datenschutzbestimmungen die Weitergabe von Daten erlaubt. Aber was hat das mit Attac zu tun?

c Löschung von Beiträgen und Nutzern

Unter bestimmten Bedingungen kann der Administrator Nutzer und Beiträge löschen. Allerdings sind die gelöschten Einstellungen „anschließend wieder auf die vorherigen Werte zurückzusetzen, da sie als Schutz gegen versehentlich oder absichtlich von Mitarbeitern verursachte Schäden dienen.“ Mit anderen Worten sie sind offiziell gelöscht, intern jedoch nicht.

Der Satz bezüglich des Zurückstellens von Werten, der aus dem Discourse Administrations-Handbuch stammt, bezieht sich auf eine Einstellung, nach der nur Beiträge gelöscht werden können, die nicht älter als eine bestimmte Anzahl von Tagen sind. Diese Einstellungen können Benutzer*innen mit Administrations-Rechten verändern, damit auch noch ältere Beiträge gelöscht werden können. Das ist zum Beispiel dann notwendig, wenn Benutzer*innen gelöscht werden soll, denn Discourse erlaubt das Löschen von Benutzer*innen erst dann, wenn vorher alle Beiträge gelöscht wurden. Wo ist dabei ein Problem?

Allerdings können gelöschte Beiträge im Backend tatsächlich noch einige Zeit von Administrator*innen und Moderator*innen eingesehen werden, damit versehentlich gelöschte Beiträge wiederhergestellt werden können. Dieser Zeitraum beträgt im Attac-Diskussionsforum 24h. Danach sind alle gelöschten Beiträge vollständig gelöscht und können auch nicht wiederhergestellt werden.

Im Übrigen: Wer damit ein Problem hat, sollte als Alternative nicht die Einführung einer Mailingliste vorschlagen. Denn da lassen sich, anders als in Discourse, einmal verschickte E-Mails gar nicht mehr aus der Welt schaffen. Wenn sie bei Discourse gelöscht sind, kann sie für weitere 24h nur noch eine auf den

Datenschutz verpflichtete Moderation oder Administration einsehen, für alle anderen ist der Beitrag sofort nicht mehr sichtbar. Nach den 24h sieht sie auch die Moderation und Administration nicht mehr.

d Missbrauch einer Anmeldung

Der Administrator kann ein Konto für einen Benutzer anmelden, der gar nicht versucht hat, sich anzumelden.

Das ist in der Tat bei vielen Softwareprogrammen möglich, zum Beispiel auch bei Mailinglisten. Und da sich auch jeder E-Mail-Absender problemlos fälschen lässt, lässt sich dann auch unter falschem Absender auf der Mailingliste posten.

e Erstellung und Herunterladen von Profilbildern von Kategorie-Beitragenden in Massen

Es ist möglich, Profilbilder von allen Personen zu erstellen, die zu einer bestimmten Kategorie und deren Unterkategorien beigetragen haben. Über ein Massendownload können diese Profilbilder in ein ausgewähltes Verzeichnis übertragen und für Publikationen verwertet werden. Möglich ist ferner ein Massendownload dieser links.

Mit Discourse lassen sich keine Profilbilder erstellen. Standardmäßig werden nur die Initialen als Profilbild verwendet. Wenn User*innen andere Profilbilder möchten, müssen sie diese selbst hochladen. Wie jedes Bild im Internet, kann dann auch dieses von Personen, die das Bild im Browser aufrufen, heruntergeladen werden. Aber wo liegt dabei das Problem?

Publikationen lassen sich mit diesen Bildern keine erstellen, denn dazu müsste Attac erst einmal die entsprechenden Rechte an den Bildern haben. Auch ein Massendownload ist in der Attac-Installation gegenwärtig ausgeschlossen. Dazu wäre ein spezielles Plugin nötig, das auf dem Attac-Server gegenwärtig nicht installiert sind.

f Allgemeines Abfragen von Daten

Die sog. SQL-Abfrage (Structured Query Language, deutsch: Strukturierte Abfragesprache) ermöglicht es, alle Daten, die auf Discourse gespeichert sind, abzufragen. Dies ist ein Mittel für den Administrator und kann für einzelne oder alle anderen gesondert zugelassen werden. Damit ist eine individuelle oder allgemeine Abfrage und eigene Auswertung ermöglicht.

Genau deshalb müssen alle, die bei Attac mit solchen Daten zu tun haben, eine Datenschutzerklärung unterzeichnen. Und genau deshalb ist es uns auch wichtig, dass diese Daten ausschließlich auf einem Attac-Server liegen. Auch hier ist im Vergleich zu einer Mailingliste unsere Discourse-Installation sicherer. Discourse nutzt ein moderneres Datenbankschema und verzichtet auf öffentliche Archive. Die SQL-Abfrage bleibt hier nur den Admins vorbehalten (zwei Menschen aus dem Attac Bundesbüro). Zum Verständnis: Die meisten Internetanwendungen benötigen eine SQL-Datenbank. Hier soll mit dem Stichwort „SQL-Abfrage“ eine negative Stimmung erzeugt werden. Tatsächlich gehören diese Abfragen zum normalen Tagesgeschäft von Administrator*innen auf Webseiten und bei Mitglieder-Datenbanken.

g Besonderheiten der Anmeldung

Aus den Anmeldungen kann gefiltert werden, ob und wie viele Benutzer sich über soziale Logins anmeldeten: z.B. 5 Google-Anmeldungen 8 Twitter-Anmeldungen 4 Facebook-Anmeldungen 4 GitHub-Anmeldungen.

Ein Abend Freibier für jeden, der es schafft, sich auf der Attac-Diskussionsplattform über Google, Twitter oder Facebook anzumelden!

Discourse lässt sich zwar prinzipiell um dieses Feature erweitern, dieses ist aber gegenwärtig auf unserer Diskussionsplattform nicht installiert und auch nicht geplant!

h Gestufter Zugang

Mit erstmaligem Zugang wird man eingestuft: „neu“, „einfach“, „Mitglied“, „regelmäßig“ und „Leiter“ Je nach Stufe sind Nutzungen gestaffelt: Hyperlinks posten, Bilder oder Dateianhänge posten, private Nachrichten verschicken, Beiträge oder Themen markieren etc.

Von dieser automatischen Art der Einstufung, abhängig vom Nutzungsumfang, wird auf dem Attac Server nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht, um die Sicherheit des Forums zu gewährleisten und es vor Spam zu schützen.

i Nutzer mit besonderem Vertrauen

Nutzer, die mit der Zeit das Vertrauen der Community verdient haben, können bei der Verwaltung der Community mitwirken. Sie können verschiedene Grade erreichen und sogar Titel mitbearbeiten sowie helfen, Themenkategorien zu ändern, bis hin zum Recht der globalen Bearbeitung für alle Themen oder Beiträge.

Diese Features sind im Attac-Forum alle deaktiviert und es gibt auch keinen Plan, daran etwas zu verändern.

j weitere Kontrollmöglichkeiten

Der Administrator hat Zugriff auf die privaten Nachrichten des Nutzers. Das Profil des Nutzers ist versehen mit der Anzahl der offiziellen Verwarnungen, der Suspendierungen und der Flaggen die er erhalten oder vergeben hat. Seine Einstellungen können eingesehen und geändert werden, so z.B. nicht-öffentliche Informationen wie beispielsweise seine Registrierung und die zuletzt verwendete IP-Adresse. Nutzer können zum Schweigen gebracht, gesperrt und ihre Vertrauensstufe „angepasst“ werden. Stumm geschaltete Nutzer können dann keine neuen Themen, Beiträge, Flaggen auf der Website erstellen. Sie können nur noch Beiträge „likern“ und Themen lesen. Gesperrte Nutzer können sich nicht mehr einloggen und keine Aktionen durchführen.

Regeln für Verwarnungen und Ausschlüsse existieren genauso für unsere Mailinglisten. Es erleichtert die Administration, wenn die entsprechenden Infos dazu nicht extern verwaltet werden müssen, sondern im Profil vorliegen. Außerdem sind alle, die zu diesen Daten Zugang haben, auf den Datenschutz verpflichtet.

k Verlinkung zu Social Media wie Facebook etc und Google Analytics

Discourse unterstützt gängige social-Login-Methoden sowie lokale Logins, und ist mit Google Analytics verknüpft. Gespeichert werden: Sitzungsdauer, Absprungrate, Ansehen von Kontaktdaten, Ansehen von

Bewertungen, Abspielen von Medien, Herkunft des Benutzers (E-Mail oder Google-Suche o.a.) Google Analytics verknüpft diese Daten mit Suchanfragen und demografischen Daten, die nicht auf dieser Website gesammelt wurden. Google Analytics ist äußerst umstritten. Es ermöglicht ein umfassendes Benutzerprofil. Die Daten werden in den USA bei nach deutschen und EU--Recht ungesichertem Datenschutz gespeichert.

All diese Features sind auf dem Attac-Server nicht aktiviert. Anders als bei Mailinglisten, wenn E-Mails an große E-Mail-Anbieter wie Google-Mail, web.de oder GMX verschickt werden und deren Webmail-Konten voller Cookies und personalisierter Werbung sind, findet bei Discourse keine Datenübertragung an Dritte statt. Und wenn Beiträge im Forum gelesen werden, geschieht das über eine sichere Verbindung über eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Bemerkenswert ist, dass viele Menschen noch immer Dienste wie web.de oder gmx.de nutzen. Dort werden alle E-Mails (auch die von unseren Mailinglisten) gescannt und ein persönliches Profil der Nutzer*innen erstellt. Es lohnt sich eher gegen solche Dienste vorzugehen als gegen eine sichere Forenlösung, wie Attac sie einsetzt.

Fazit

Wie einleitend bereits ausgeführt, werden in diesem Antrag eine ganze Reihe offensichtlich falscher Aussagen aufgeführt und keinerlei Belege dafür vorgelegt. Das Attac-IT-Team wurde im Vorfeld zu diesem Antrag nicht konsultiert. Es hätte alle Behauptungen schnell und einfach ausräumen können. Hier wird versucht, mit falschen Behauptungen Politik zu betreiben. Dieses Vorgehen ist zu verurteilen.

8.5 Die EKU-AG lädt ein

Die EKU-AG trifft sich auf dem Frühjahrs-Ratschlag am Samstag, 9. April in der Mittagspause von 13:45 bis 14:15, Treffpunkt im Eßsaal der Waldorfschule. Wir laden interessierte Attacies ein!

Kontakt: Bernd 01578 45 869 45

<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/startseite>

